

Jugend, Soziales, Information und Sport

Amt für Jugend und Familie der Stadt Wien (MAG ELF)

Organisationsentwicklung und Umstrukturierung

Die auf der Basis von Organisationsstudien des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums 1998 begonnene organisatorische Reform wurde mit einer Umstrukturierung der regionalen Ämter für Jugend und Familie fortgesetzt.

Fachspezifisch organisierte Serviceeinheiten der Jugendwohlfahrt lösten mit Oktober 1999 die traditionelle Struktur der Ämter für Jugend und Familie, früher Bezirksjugendämter, ab. Die MAG ELF, die weiterhin Amt für Jugend und Familie heißt, präsentiert sich nun als Familien-Dienstleistungsabteilung mit vielen professionell organisierten regionalen Servicestellen, die in Zukunft zu Familienzentren zusammengefasst werden sollen.

Die durchgeführte Umstrukturierung zielte darauf, kundenorientierte Einheiten zu schaffen, die folgende Voraussetzungen erfüllen:

- klare Zuständigkeiten mit flacher Hierarchie
- etwa gleich große professionelle Teams, die für bestimmte Regionen tätig sind
- fachlich ausgerichtete Organisationsstruktur für den Kinderschutz

Die Kernbereiche der ehemaligen Ämter für Jugend und Familie – Soziale Arbeit mit Familien und Rechtsfürsorge – sind nunmehr eigene Regionalstellen, die jeweils von Leitenden SozialarbeiterInnen bzw. Leitenden RechtsfürsorgerInnen geführt werden. Die vormals bestehenden Leiterstellen für die Ämter für Jugend und Familie wurden als nicht notwendige Zwischenhierarchie aufgelöst. Die Facheinheiten sind nunmehr jeweils direkt dem Fachdezernat in der MAG ELF-Zentrale zugeordnet. Damit soll überregional ein gleichmäßig hoher fachlich-methodischer Standard erreicht und die Qualität der Angebote gesichert werden.

Die Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien bieten ein umfassendes Familienservice: Unterstützung in Erziehungs- und Familienkrisen, Vermittlung weiterführender Hilfe, Beratung und Hilfe für einen gewaltfreien Umgang mit Kindern, Kinderschutz, Hilfe bei finanziellen Familienproblemen. In diesen Stellen sind diplomierte SozialarbeiterInnen tätig, die je nach Bedarf mit PsychologInnen, SozialpädagogInnen, KinderpflegerInnen eng zusammenarbeiten.

In den Regionalstellen Rechtsfürsorge sind in rechtlichen Belangen ausgebildete SachbearbeiterInnen (RechtsfürsorgerInnen) tätig, die Eltern vielfältige rechtliche Hilfestellungen geben: Unterstützung bei der Feststellung der Vaterschaft und bei Unterhaltsproblemen, Hilfestellung bei der Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen und bei der Erlangung von Unterhaltsvorschuss, weiters Auskünfte und Beratungen in allen Fragen des Eltern- und Kindschaftsrechtes.

Im **Kommunikationsbereich** erfolgte in Zusammenarbeit mit der MA 53 eine Neugestaltung der Informationsseiten über das Angebot der MAG ELF in Wien Online im Internet.

Weiters wurden die MAG ELF-spezifischen Informationsseiten im Intranet (MAG ELF-Homepage) weiter ausgebaut. Erstmals erschien ein kompletter Jahrgang der elektronischen MitarbeiterInnen-Zeitung „MAG ELF – Inside“. In monatlichen Intervallen erscheinen darin Informationen für MitarbeiterInnen und Fachartikel zu aktuellen Fragen. Weiters können auch, wenn es erforderlich ist, zusätzlich zu den monatlichen Ausgaben aktuelle Meldungen über dieses Medium rasch verbreitet werden. Alle Beiträge werden archiviert und sind auch zu späteren Zeitpunkten wieder abrufbar.

Um ein einheitliches Erscheinungsbild der MAG ELF mit allen ihren Einrichtungen zu präsentieren, wurden im April folgende Regelungen getroffen: Verwendung des Logos, einheitliche Schrift „StoneSans“, Standard für elektronische Briefköpfe bzw. Kopfpapier, Gestaltung von Medienwerken (Info-Blätter, Folder, Broschüren, Berichte) in einheitlicher Erscheinungsform mit vorgefertigten CI-Grafiken, einheitliches Impressum. Auf der Basis dieser Regelungen konnte im Laufe des Jahres bereits weitgehend ein einheitliches Erscheinungsbild für den Schriftverkehr und diverse Informationsmedien erreicht werden.

Zur Entwicklung eines Leitbildes für die Jugendwohlfahrt fand am 25. und 26. Juni 1999 im Ausbildungszentrum für Sozialberufe die Open Space-Veranstaltung „Unser Leitbild“ statt, zu der alle interessierten MitarbeiterInnen eingeladen wurden. Wie der Moderator der Veranstaltung, Univ.-Doz. Dr. Christoph Mandl, feststellte, handelte es sich dabei um den bisher größten Open Space-Event in Österreich. Rund 130 MitarbeiterInnen nahmen schließlich an der gesamten Veranstaltung Freitag und Samstag teil. In einer anregenden, kreativen Atmosphäre wurden die für ein Leitbild wesentlichen Aussagen in rund 50 Workshops erarbeitet.

Bei der aus Amerika stammenden Open Space-Methode, die international insbesondere in der Privatwirtschaft zunehmend angewendet wird, werden in zwei Tagen ohne Vorgaben in weitgehender Selbstorganisation die die MitarbeiterInnen bewegenden Fragen in vielen kleinen Workshops und vereinzelt in Großgruppensitzungen diskutiert und entsprechende Ergebnisse erarbeitet. Jede Teilnehmerin, jeder Teilnehmer hatte die Möglichkeit, einen Workshop zu seinem Thema oder Fragestellung zu veranstalten.

Vor allem die Atmosphäre dieser Veranstaltung wurde gelobt. Bei den Resümee-Workshops wurde vielfach vorgeschlagen, die beim Open Space erlebte Diskussions- und Kooperationskultur mit gegenseitiger Wertschätzung und berufsgruppenübergreifenden Ideen möglichst in den Arbeitsalltag zu übernehmen.

Das MAG ELF-Leitbild soll basierend auf den Ergebnissen der Open Space-Veranstaltung im Jahr 2000 fertig gestellt werden.

Medienkampagne „Jugend“

Bereits in den Jahren 1997 („G'sunde Watschn?“) und 1998 („Erziehungsfragen sind ganz natürlich“) führte die MAG ELF Medienkampagnen durch, mit dem Ziel, ihre Angebote in familiären Krisensituationen und die Servicenummer 4000-8011 zu propagieren. Je früher Angebote in Anspruch genommen werden, um so eher können größere Probleme vorbeugend verhindert werden. Diese erfolgreichen Kampagnen wurden nunmehr mit dem Schwerpunkt Jugend fortgesetzt.

Jugendliche bleiben heute meist länger von ihren Eltern abhängig, streben aber mehr Freiheit, Orientierung am Freundeskreis und an aktuellen Trends an. Mit den Eltern gibt es nicht selten Konflikte. Nach einer Studie (Sonderauswertung im Auftrag der MA 18 der Jugendstudie 1997, Institut Fessel GfK) bezeichnen 39 % der Jugendlichen in Wien ihr Verhältnis zu den Eltern als sehr gut und 10 % als sehr schlecht.

Viele Eltern machen sich Sorgen über Gefährdungen der Jugendlichen durch Drogen, Aids, Gewalt, Unfälle, ungünstige Beeinflussung etc. Manche Eltern gefährden aber die Entwicklung ihrer Jugendlichen auch selbst, z. B. durch Gewalt, Verwahrlosung, sexuellen Missbrauch. Mehrere hundert Jugendliche werden deshalb über die MAG ELF außerhalb ihrer Familie betreut bzw. in Krisensituationen in Krisenzentren vorübergehend aufgenommen.

Die MAG ELF-Jugendkampagne sollte deshalb sowohl den Jugendlichen als auch den Eltern die vorbeugenden Unterstützungsangebote in Konflikt- und Krisensituationen näher bringen.

Die Kampagne startete Ende November in Kooperation mit MA 53, MA 13 und WienXtra. Mit Citylights, Plakaten, Postern und Inseraten in Tageszeitungen und Magazinen wurde signalisiert, dass zwischen Jugendlichen und ihren Eltern oft unterschiedliche Anschauungen und Konflikte bestehen können. Die Eltern machen sich Sorgen; sie werden aber damit nicht allein gelassen. Die MAG ELF-Servicenummer 4000-8011 wurde als Erstberatungsnummer kommuniziert und verzeichnete auf Grund der Kampagne einen weiteren Anstieg in der Anruhfrequenz.

Die Sujets der Kampagne behandelten folgende Themenbereiche:

- Erste Liebe – Sex
- Die Clique (Bedeutung der Peergroup, problematische Freunde, nächtliches Ausgehen)
- Rückzug/Chaos (klassische Alltagssituation und Quelle ständiger Konflikte)
- Aggression, verbunden mit Weihnachten (Konfliktpotenzial gerade in der „stillsten Zeit“)

Viele Rückmeldungen zeigten, dass die in der Kampagne verwendeten Sujets genau die im Alltag von Familien mit Jugendlichen bestehenden Konflikte ansprachen und dadurch zur Inanspruchnahme möglichst frühzeitiger Hilfe motivierten.

Rechtsangelegenheiten

Ein neues Referat Sonderagenden übernahm in der Gruppe Rechtsangelegenheiten Aufgaben des umstrukturierten Dezernates I – Rechtsfürsorge. Das neue Referat beinhaltet die Aktualisierung der Rechtsunterlagen, die Betreuung der Rechtsinformation „Recht MAG ELF aktuell“ im Intranet (Homepage der MAG ELF), die Sammlung und Publikation von Rechtsmittelentscheidungen, die rechtliche Prüfung der Drucksorten der MAG ELF, Ausbildung der MitarbeiterInnen in der Rechtsfürsorge in Form von abteilungsinternen Kursen u. a.

Neben der Bearbeitung von allgemeinen und grundsätzlichen Rechtsangelegenheiten im Bereich der Jugendwohlfahrt und des Jugendschutzes nahm die Gruppe Rechtsangelegenheiten die **rechtliche Beratung für MitarbeiterInnen** der Einrichtungen der MAG ELF wahr. Besondere Bedeutung kam dabei der telefonischen Auskunftserteilung in Akutsituationen zu. Weiters wurden auf Grund von schriftlichen Anfragen Stellungnahmen bzw. Rechtsgutachten erstellt.

Die Zahl der **Begutachtungen von Gesetzes- und Verordnungsentwürfen** stieg auf 85 (z. B. Kindschaftsrecht-Änderungsgesetz-Entwurf und Eherechtsänderungsgesetz-Entwurf).

Im Hinblick darauf, dass mit dem Bundesgesetz vom 9. 4. 1999, BGBl. I Nr. 53/1999, welches am 1. 7. 1999 in Kraft getreten ist, wesentliche Änderungen im Jugendwohlfahrtsgesetz 1989 vorgenommen wurden und diese Änderungen in den Landesausführungsgesetzen der Bundesländer binnen Jahresfrist umzusetzen sind, wurde in mehreren Arbeitssitzungen ein Entwurf einer **Novelle 2000 zum Wiener Jugendwohlfahrtsgesetz 1990** erarbeitet. Der Entwurf sieht insbesondere eine Erweiterung der Sozialen Dienste vor (z. B. niederschwellige Einrichtungen wie betreute Not-schlafstellen), weiters eine Regelung über die Tagesbetreuung von Minderjährigen, die Ausweitung der Hilfen zur Erziehung bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres sowie Bestimmungen über die Meldung des Verdachts der Vernachlässigung, Misshandlung oder des sexuellen Missbrauchs von Minderjährigen. Darüber hinaus passte der Entwurf Bestimmungen des WrJWG 1990 an gesellschaftliche Entwicklungen und die neuen Strukturen im Bereich der öffentlichen Jugendwohlfahrt an.

Der Bund stellte mit der Jugendwohlfahrtsgesetz-Novelle 1998, BGBl. I Nr. 53/1999, eine Definition der Tagesbetreuung auf und legte fest, dass die Voraussetzungen für Bewilligung und Widerruf der Tagesbetreuung durch die Landesgesetzgebung festzulegen sind. Es wurden daher im Rahmen eines Arbeitskreises Entwürfe für ein Wiener Tagesbetreuungsgesetz und eine Wiener Tagesbetreuungsverordnung erarbeitet, welche anknüpfend an die Definition der Tagesbetreuung durch die Jugendwohlfahrtsgesetz-Novelle 1998 die Bewilligungs- und Widerrufsvoraussetzungen der Tagesbetreuung regeln und Richtlinien für die Durchführung der Tagesbetreuung aufstellen.

Auf Grund einer Überprüfung der Wiener Rechtsvorschriften durch eine magistratsinterne Arbeitsgruppe hinsichtlich **behindertendiskriminierender Bestimmungen** wurden die Verordnung betreffend Richtlinien für die Errichtung und den Betrieb von Heimen und sonstigen Einrichtungen für Kinder und Jugendliche sowie die Verordnung betreffend die Voraussetzungen für die Bewilligung zum Betrieb eines Kindertagesheimes für änderungsbedürftig erachtet. Demgemäß erarbeitete die Gruppe Rechtsangelegenheiten Entwürfe zur Änderung der Verordnung des Magistrates der Stadt Wien und der Verordnung der Wiener Landesregierung. Auf Grund dieser Entwürfe wurden die entsprechenden Verordnungen bereits erlassen.

Im Frühjahr beschloss die Wiener Landesregierung die von der MAG ELF erarbeitete Fassung einer **Pflegegeldverordnung für die Unterbringung von Kindern in Pflegefamilien**.

Bei der **Tagung der Arbeitsgemeinschaft Jugendwohlfahrt und Sozialhilfe, Sektion Jugendwohlfahrt** im Oktober konnten aktuelle Fragen im Zusammenhang mit dem Haager Adoptionsabkommen mit dem Bundesministerium für Justiz und dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie sowie den Vertretern der anderen Bundesländer erörtert werden.

Die **Kontaktpflege** zu maßgeblichen Stellen im Bundesministerium für Justiz und im Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie konnte weiter intensiviert werden. Mit der zuständigen Volksanwältin wurden persönliche Gespräche zu aktuellen Fragen der öffentlichen Jugendwohlfahrt und des Kindschaftsrechtes geführt. Im Jänner fand ein Arbeitsgespräch mit der Richterschaft und MitarbeiterInnen der Jugendgerichtshilfe des Jugendgerichtshofs (JGH) Wien über aktuelle Rechtsprobleme anlässlich einer Einladung in die MAG ELF statt. Weiters bestanden Kontakte zu den Jugendwohlfahrtsabteilungen der anderen Bundesländer.

Ein weiterer Schwerpunkt lag darin, MitarbeiterInnen in den regionalen Kriseneinrichtungen der MAG ELF eine **rechtliche Fortbildung** zu bieten.

Die Gruppe Rechtsangelegenheiten wirkte bei der Erarbeitung eines Konzepts für eine **niederschwellige Einrichtung für Kinder** („Kindernotschlafstelle“) mit. Weiters wurde im Zusammenhang mit der Schaffung einer neuen MA 11A bei der Erarbeitung des Entwurfs für die Änderung der Geschäftseinteilung mitgewirkt.

Familienpolitische Aktivitäten

Die diesjährige **Landesfamilienreferentenkonferenz** fand am 27. und 28. Mai in Linz statt. Zu den kontroversiellen Fragen von Kinderbetreuungsscheck und Karenzgeld wurde ein Beschluss gefasst, dass die Verhandlungen darüber auf Regierungsebene unter bestimmten Rahmenbedingungen erfolgen sollten, insbesondere ein hoher Grad an Wahlfreiheit und Durchlässigkeit zwischen den Lebensbereichen Familienarbeit und Erwerbsarbeit gegeben sein sollte, wobei sich die Teilhabe daran gegenseitig nicht ausschließen darf. Die Kompetenzen der Länder für Kinderbetreuungseinrichtungen müssten sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht beachtet werden. Weiters wurde empfohlen, bezüglich der Kleinkindbeihilfe die Informationsarbeit zu verbessern und die Einkommensgrenzen anzuheben. Weitere behandelte Themen waren unter anderem: Erfahrungsaustausch über neue familienorientierte Förderungsmaßnahmen auf Landesebene, Verhütung von Heim-, Freizeit- und Sportunfällen, Übereinkommen über die Rechte des Kindes, Mehrkindfamilien und Autos, Familie und Verschuldung.

Am 17. Juni fand eine Sitzung des **Wiener Familienforums** statt, bei dem die Tagesordnung nach den von den Mitgliedern des Wiener Familienforums vorgeschlagenen Themen zusammengestellt wurde. Der größte Teil der Vorschläge betraf Fragen der Kinderbetreuung, weitere Themen waren „Familientarife für Gas und Strom?“ und „Studie Wiener Kinderbetreuungsscheck“.

Beim Thema „Kinderbetreuung“ stand die Entwicklung der Kinderbetreuung in den letzten 10 Jahren, Qualitätsprüfung und Qualitätsstandards, Reaktion auf den Rückgang der Kinderzahlen und Betreuung nach der Karenz im Mittelpunkt. Bei der Diskussion des Tagesordnungspunkts „Kinderbetreuungsscheck“ informierte Vizebürgermeisterin Grete Laska über den bei der Landesfamilienreferentenkonferenz gefassten Beschluss, bei dem versucht wurde, eine Grundaussage zu der sehr konflikthafter Materie zu finden, der alle Ländervertreter zustimmen konnten.

Zur Unterstützung kinderreicher Familien und zur Förderung der Sicherheit im Verkehr startete Vizebürgermeisterin Grete Laska in Zusammenarbeit mit der Wiener Wirtschaftskammer/Fahrzeughandel die **„Aktion Familienauto“**.

Seit 1. Jänner 1999 muss auf Grund des Kraftfahrzeuggesetzes für jedes Kind in einem PKW ein eigener Sitzplatz mit einer geeigneten Rückhaltevorrückung vorhanden sein. Diese Neuerung soll die Sicherheit für Kinder im Verkehr erhöhen, bringt aber für Mehrkindfamilien eine besondere Belastung, da diese Familien nun so genannte „Mini-Vans“ benötigen.

Die Stadt Wien gewährt deshalb beim Kauf eines Familienautos einen Zuschuss in der Höhe von ATS 25.000, der Fahrzeughandel einen Preisnachlass von 10 % bis 15 % des Listenpreises. Es bestehen folgende Voraussetzungen:

Wiener Familie mit 4 und mehr Kindern, Jahresnettoeinkommen unter dem Richtsatz für Gemeindewohnungen, Auto mit 6 Sitzplätzen, das nicht gewerblich genützt wird und innerhalb von 3 Jahren nicht weiterverkauft werden darf.

Mit Dezember wurde auf Grund der bis dahin gemachten Erfahrungen die Aktion ausgeweitet: Einerseits wurden auch Vorführwagen in die Aktion mit einbezogen und andererseits eine rückwirkende Beantragung ab 1. Jänner 1999 ermöglicht. Weiters wurde die Aktion bis 31. Dezember 2000 ausgeweitet.

Bis Jahresende verzeichnete die MAG ELF-Servicestelle 506 Anfragen zur Aktion. Es wurden 38 Zusicherungen für die Förderung ausgestellt und 37 Autokäufe mit Förderung tatsächlich durchgeführt.

Wie bereits 1996 übernahm die MAG ELF als Förderung für das **Österreichische Institut für Familienforschung (ÖIF)** den auf die Stadt Wien entfallenden Kostenanteil für die Versendung des Informationsdienstes „beziehungsweise“ an in Wien mit Familienfragen befasste Personen und Einrichtungen.

Grundlagenforschung

Die Tätigkeitsbereiche der Grundlagenforschung bestehen nach wie vor hauptsächlich in der Evaluation von Projekten und speziellen Angeboten der Abteilung sowie in der Hilfestellung bei der Einführung von Qualitätsmanagement. Weitere Projekte betreffen den Aufbau eines Beratungsnetzwerks zur Integration nicht-deutschsprachiger Kinder in städtischen Kindertagesheimen sowie die Beratung und Begleitung von Fachbereichen zur Erlangung von EU-Förderungen.

Fertig gestellt wurde die **Outcome- und Prozessevaluation des Psychologisch Pädagogischen Zentrums (PPZ)**. Das PPZ versteht sich als Hilfseinrichtung mit einem psychologisch-sozialpädagogischen Behandlungsmodell für schwer traumatisierte Kinder und deren Familien. Als durchschnittliche Aufenthaltsdauer der aufgenommenen Kinder wurden 6 Monate veranschlagt. Ein multiprofessioneller Betreuungsansatz soll in gut aufeinander abgestimmten Interventionen ein therapeutisches Klima schaffen. Mittels Auswertung eines umfangreichen Bewertungs- und Dokumentationssystems konnte der Erfolg der Arbeit statistisch abgesichert nachgewiesen werden. Die Stringenz von Diagnostik und Behandlungsplanung konnte gut nachvollzogen werden und steht im Einklang mit den Behandlungserfolgen. Damit kann auch von guter Prozessqualität gesprochen werden.

Letztendlich evaluiert sich eine soziale Einrichtung nicht nur durch die Qualität der geleisteten Arbeit und durch die Nachfrage, sondern auch durch die Anpassung ins Gesamtsystem. Aus Gründen des Gesamtsystems kam es zur Entscheidung, die punktuelle aber personalintensive Einrichtung zugunsten eines flächendeckenden Modells mit Jahresende 1999 zu schließen und die aus dem Projekt gewonnenen Erfahrungen für die Entwicklung des neuen Modells zu verwenden.

Die Begleitforschung für das **Amt für Jugend und Familie 16. Bezirk** (Regionalstelle Soziale Arbeit mit Familien) befasste sich mit der Dynamik der Integration neuer MitarbeiterInnen in der speziellen Situation der arbeitsteiligen Fachteams.

Noch weiterlaufende Projekte sind die **Evaluation des Erlebnispädagogischen Zentrums**, in deren Rahmen drei Turnusse detailliert dokumentiert und die Wirkungen auf die TeilnehmerInnen untersucht wurden, sowie die Erhebung der Kundenzufriedenheit in verschiedenen Bereichen der Abteilung. Befragt wurden bisher NutzerInnen des Krisenzentrums Nußdorf, des Psychologisch Pädagogischen Zentrums, des Erlebnispädagogischen Zentrums sowie der Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien. Weitere Erhebungen sowie die ausführliche Auswertung werden im Laufe des Jahres 2000 stattfinden.

Mittels Erfassung von Arbeitsinhalten und -zeiten hat die Grundlagenforschung auch eine **Selbstevaluation** verfolgt, um die Vielfalt der Tätigkeit zu ermitteln und einer Kontrolle zugänglich zu machen. Je nach Aufgabenverteilung schwankt das Ausmaß der fachlichen Forschungstätigkeit der verschiedenen Mitarbeiterinnen zwischen 25 % und 50 %, die Verwaltungstätigkeit zwischen 2 % und 20 %, die Vortragstätigkeit und Teilnahme an diversen nicht direkt forschungsrelevanten Projekten zwischen 1 % und 5 %. Die Pausenzeiten liegen durchgängig bei 10 %.

Servicestelle und Kindertelefon

Die **MAG ELF-Servicestelle** verzeichnete insgesamt 16.538 Beratungskontakte (1998: 11.277), davon rund 8 % persönlich, 1 % mittels E-Mail und die Übrigen per Telefon. Gegenüber dem Vorjahr ergab sich somit eine Steigerung um 47 %. Die Servicestelle führt somit rund 70 bis 100 Beratungen und Auskünfte täglich durch.

Die Anfragen bewegen sich in folgenden Themenbereichen:

- Bewältigung der Alltagsorganisation, einschließlich Erziehungsfragen, finanzielle und familienrechtliche Beratung, Gewalt gegen Kinder (33 %)
- Ressourceninformation und -vermittlung, einschließlich Klärung von Anliegen, Informations- und Auskunftserteilung (30 %)
- Weitere Informations- und Beratungsthemen, wie Auskünfte und Information an die Fachöffentlichkeit, Zusammenstellung und Übermittlung von Informationsmaterial und Unterlagen über die MAG ELF-Tätigkeit, Kurzberatungen in Partnerschaftsfragen oder Beziehungskrisen, beratendes Beschwerdemanagement (30 %)
- Terminorganisation für Ehe- und Familienberatungsstellen, einschließlich Informationen und Auskunftserteilung (7 %)

In einem neuen Projekt erstellten PsychologInnen und SozialarbeiterInnen **Elterninformationen** zu derzeit 18 Themen. Das Motto dieser Infoblätter lautet „Erziehungsfragen sind ganz natürlich...“. Sie behandeln sensible Entwicklungsphasen oder Krisenzeiten im Zusammenleben von Eltern und Kindern vom Babyalter bis zur Pubertät in komprimierter und gut verständlicher Form. Diese Blätter liegen in MAG ELF-Einrichtungen auf und werden zunehmend auch von privaten Einrichtungen und Einzelpersonen angefordert.

Für die **Aktion Familienauto** führte die MAG ELF-Serviceestelle alle Interessentenkontakte, die Überprüfung der Anspruchsberechtigung und die Ausstellung der Zusicherungen durch.

Die von MitarbeiterInnen durchgeführten **Journalistenberatungen und -interviews** stiegen gegenüber 1998 um fast das Vierfache auf 124 an (davon TV/Radio 56, Printmedien 68).

Dabei waren für TV und Radio insbesondere Einzelfälle/Schicksalsberichte (14) interessant, die Jugendwohlfahrtstätigkeit allgemein (8), Kindesweglegung/Findelkind (7), Gewalt gegen Kinder/Jugendliche (8), Expertenmeinungen zu Familienthemen (9), Adoptiv- und Pflegekinder (5), Scheidung/Auswirkung auf Kinder (5).

Für die Printmedien standen Expertenaussagen zu verschiedenen Themen (13) an der Spitze, gefolgt von Jugendwohlfahrtstätigkeit allgemein (12), Gewalt gegen Kinder/Jugendliche (12), Einzelfälle/Schicksalsberichte (10), Kindesweglegung/Findelkind (10), Adoptiv- und Pflegekinder (8), Scheidung (3).

Im Zuge der **Jugendkampagne der MAG ELF** stellte die Serviceestelle einen Flyer mit rechtlichen Informationen unter dem Titel „Jugendliche Fragen – MAG ELF antwortet“ zusammen, um für die Zielgruppe Jugendliche bestimmte rechtliche Fragen konkret und praktisch zu beantworten.

Im Zuge der Kampagne stieg der Bedarf nach telefonischer Erst- und Krisenberatung von Eltern mit Kindern bzw. Jugendlichen in Pubertätskrisen stark an, ungefähr um das Dreifache.

Das **Wiener Kindertelefon** bietet durch sein Angebot von niederschweligen und anonymen Infos und Beratungen insbesondere für Kinder und Jugendliche präventive Hilfe für einen großen Personenkreis. Insgesamt verzeichnete das Kindertelefon 4.128 Telefonkontakte (1998: 5.209). Darüber hinaus gab es 26 persönliche Vorsprachen, die allgemeine Beratung und teilweise Krisenberatung zum Inhalt hatten. Die Frequenz der E-Mail-Kontakte ist langsam ansteigend und brachte Austausch mit Kindern, Eltern und MitarbeiterInnen von Sozialeinrichtungen.

Die Telefonberatungen betrafen in erster Linie Sozialkontakte (50 %), persönliche Anliegen (22 %), Eltern-Kind-Problematik (13 %), Sexualität (6 %), Rechtsfragen (5 %), Schulschwierigkeiten (4 %).

Während insgesamt im Beratungsbereich ein leichter Zuwachs festzustellen war, verringerten sich die „Schweige-, Leer- und Scherzanrufe“, bei denen die Telefonnummer erst einmal „getestet“ wird. Der „Testbereich“ hat sich somit zugunsten der tatsächlich zustande gekommenen Kommunikation verringert.

Zur Öffentlichkeitsarbeit wurden zwei Farbposter hergestellt, die mit Zustimmung des Wiener Stadtschulrates an alle Wiener Pflichtschulen versandt wurden. Das Wiener Kindertelefon beteiligte sich weiters am Wiener Ferienspiel. In Wien-Online wurde eine Information über das Kindertelefon in origineller Weise neu gestaltet.

Kinderbetreuung

Insgesamt errichtete die Stadt Wien 13 neue Kindertagesheime, zwei davon werden als städtische Kindertagesheime geführt, für 11 neue Kindertagesheime wurde die Betriebsführung an gemeinnützige Organisationen nach einer Ausschreibung übertragen.

In 369 städtischen Kindertagesheimen bestanden zum Jahresende insgesamt 37.268 Plätze.

Plätze in städtischen Kindertagesheimen

Stand am	Kleinkinderkrippen	Kindergarten	Hort	Zusammen
31. 12. 1998	5.238	21.736	10.359	37.333
31. 12. 1999	5.334	21.562	10.372	37.268

Der Anteil der in voller Höhe bezahlten **Besuchsbeiträge** in den städtischen Kindertagesheimen betrug in Krippen 24 %, in Kindergärten (ganztags) 29 %, in Kindergärten (halbtags) 25 %, in Horten 25 %. Gänzlich befreit von der Zahlung eines Besuchsbeitrages waren in Krippen 2 %, in Kindergärten 13 %, in Kindergärten (halbtags) 4 %, in Horten 20 %.

Die Gewährung von **Ermäßigungen für Kindertagesheimplätze privater Träger** analog den Ermäßigungen bei städtischen Kindertagesheimen konnte auf rund 4.800 Plätze (1998: 3.500) ausgeweitet werden, wofür rund ATS 64,3 Mio. aufgewendet wurden.

Für die **Essenversorgung** in den städtischen Kindertagesheimen lieferte die Firma Gustana 4.684.200 Essenportionen. Außerdem stellten Kindertagesheime mit Kleinkinderkrippen 728.680 Essenportionen selbst her. Im Rahmen des Kinder- und Schüleressens erhielten 369 Schüler insgesamt 66.420 Fertigmensüs.

In **privaten bzw. gemeinnützigen Kindertagesheimen** bestanden zum Jahresende 36.682 Plätze (5.432 für 0- bis 3-jährige, 22.667 Kindergartenplätze und 8.583 Hortplätze; 1998: 34.794). Zum Jahresende wurden 1.221 Kindertagesheim-Gruppen gemeinnütziger Vereine bzw. Organisationen gefördert (mit insgesamt rund ATS 429.955.000).

Die **Versorgungsquote** (Stand Ende 1999) mit Kindertagesheimplätzen (städtische und private) betrug für Kinder von 1½ bis 3 Jahren 45,41 % (1998: 41,18 %), für Kinder von 3 bis 6 Jahren 91,29 % (1998: 88,16 %).

In den **Kindergruppen** bestanden 1.200 bewilligte Plätze (1998: 1.204). Die Stadt Wien sicherte weiterhin den Bestand der Kindergruppen durch zusätzliche Förderbeträge nach dem Ausfall der Förderung des Arbeitsmarktservice.

Tagesbetreuungsplätze standen zum Jahresende 1.269 (1998: 1.273) bei freiberuflichen Tagesmüttern und 642 (1998: 648) bei angestellten Tagesmüttern zur Verfügung. Die Anstellung von 126 Tagesmüttern wurde durch Kostenzuschüsse in der Gesamthöhe von rund ATS 15,5 Mio. gefördert.

Im Arbeitsjahr 1999/2000 konnten die **Integrationsgruppen** zur Aufnahme behinderter Kinder von 99 auf 122 erweitert werden (11 Kindergartengruppen, 12 Hortgruppen). Die Zahl der mobilen Sonderhorteziehenden konnte von 7 auf 8 Mitarbeiterinnen aufgestockt werden.

In den **Sonderpädagogischen Ambulanzen** an städtischen Kindertagesheimen werden individuelle Förderkonzepte für verhaltensauffällige, entwicklungsbeeinträchtigte und/oder behinderte Kinder erstellt, die sowohl von Eltern als auch von Kindergärtnerinnen im Umgang mit den Kindern Anwendung finden können. Die Kinder werden dadurch im familiären Umfeld und in der Kindergruppe positiv beeinflusst. Das interdisziplinäre Team der Sonderpädagogischen Ambulanzen (PsychologInnen, ÄrztInnen, SprachheilpädagogInnen, SonderkindergärtnerInnen, PhysiotherapeutInnen) bietet, wie die große Nachfrage zeigt, eine wichtige Unterstützung bei der Erziehungsaufgabe. Im Arbeitsjahr 1999/2000 konnte die 13. Sonderpädagogische Ambulanz im Kindertagesheim 22, Hammerfestweg 3, eröffnet werden.

Das **Angebot für Schüler** aus ganztägig geführten Schulformen, in den Ferien einen Hort der Stadt Wien zu besuchen, wird von den Eltern positiv aufgenommen. Wie jedes Jahr bestand allerdings zwischen der Zahl der angemeldeten Kinder und dem tatsächlichen Besuch der Kinder eine große Diskrepanz. In den Semester- und Osterferien besuchte etwa ein Viertel der angemeldeten Kinder einen Hort, in den Sommerferien etwa die Hälfte.

Durch die Aufstockung der Planstellen für die **Kindergarteninspektorinnen** von 8 auf 13 Mitarbeiterinnen konnte einerseits die fachliche Betreuung der städtischen Kindertagesheime verstärkt werden, andererseits war es möglich, die Bewilligungsverfahren sowie die gesetzlich vorgeschriebenen Kontrollen von der Inspektion der Betriebsführung der städtischen Einrichtungen zu trennen. 10 Inspektorinnen sind nun für den Betrieb der städtischen Kindertagesheime zuständig, 3 Inspektorinnen erledigen die hoheitlichen Aufgaben der Bewilligung und Kontrolle.

Einen besonderen Stellenwert hatten in diesem Jahr die **Vorbereitungen zur Ausgliederung der Agenden der Kinderbetreuung** aus der MAG ELF. Eine Organisationsanalyse des Kommunalwissenschaftlichen Dokumentationszentrums zeigte Möglichkeiten der Neuorganisation auf, die intern weiter bearbeitet wurden. Obersenatsrat Dr. Hans Voigt wurde schließlich als Projektleiter für die Ausgliederung bestellt. Es wurden alle notwendigen Vorbereitungen getroffen, um mit Abschluss des Kalenderjahres diese Ausgliederung zu realisieren.

Rechtsfürsorge

Im Zuge der Umstrukturierung der ambulanten Jugendwohlfahrt erfolgten in der Rechtsfürsorge der Ämter für Jugend und Familie und im Dezernat I der MAG ELF **organisatorische und personelle Veränderungen**.

Aus den jeweiligen Bereichen Rechtsfürsorge der 17 Ämter für Jugend und Familie entstanden neun regionale Organisationseinheiten Rechtsfürsorge, möglichst gleich groß und nach modernen Managementprinzipien sinnvoll und wirkungsvoll steuerbar, mit einer Leistungsspanne zwischen 10 und 20 MitarbeiterInnen. Dazu waren auch Standortverlegungen erforderlich.

Neue Leitungsfunktionen (Leitende RechtsfürsorgerInnen) wurden eingerichtet. Den Leitenden RechtsfürsorgerInnen wurde mit direkter Zuordnung zum Fachdezernat Rechtsfürsorge der MAG ELF die fachliche Leitung der Regionalstellen übertragen, verbunden mit der Fachaufsicht über die SachbearbeiterInnen der Rechtsfürsorge. Zum Jahresende waren die regionalen Einheiten Rechtsfürsorge zum Teil noch an getrennten Standorten situiert, eine Zusammenführung ist vorgesehen.

Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung erfolgten auch organisatorische und personelle Veränderungen im Dezernat I – Rechtsfürsorge der MAG ELF. Allgemeine rechtliche Aufgaben wurden der Gruppe Rechtsangelegenheiten der MAG ELF, die fachliche Aufsicht über die SachbearbeiterInnen der Rechtsfürsorge den leitenden RechtsfürsorgerInnen übertragen.

Die neue Organisation des Bereichs Rechtsfürsorge erforderte auch zahlreiche Änderungen und Wiederverlautbarungen diverser Dienstvorschriften.

Ab Oktober 1999 wurde im Zuge der Neuorganisation des Bereichs Rechtsfürsorge der Postenstand für die SachbearbeiterInnen von 95 auf 100 erhöht, um mit Spezialaufgaben betraute MitarbeiterInnen von der übrigen Referatstätigkeit zu entlasten.

Der **SpezialistInnenpool zur Vertretung unbegleiteter minderjähriger Asylwerber und Fremder** konnte nach dem Ausscheiden einiger MitarbeiterInnen während des Jahres auf einen Personenstand von 10 MitarbeiterInnen zum Jahresende angehoben werden. Sie arbeiten als SpezialistInnen für das Asyl- und Fremdenrecht zusätzlich zu ihren Tätigkeiten in der Rechtsfürsorge. Entsprechendes Informationsmaterial, insbesondere über Gesetzesänderungen und die aktuelle Rechtsprechung, wird ihnen zur Verfügung gestellt. Außerdem erhielten sie laufend eine einschlägige fachliche Schulung. Im Laufe des Jahres wurden vom SpezialistInnenpool 58 (1998: 46) minderjährige Fremde gemäß § 95 Fremdenengesetz und 641 (1998: 239) minderjährige unbegleitete Asylwerber gemäß § 25 Asylgesetz vertreten.

Das **Kompetenzzentrum für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge und Fragen des Aufenthaltsrechtes** übernahm neben seinen Aufgaben der Beobachtung und Evidenzhaltung der rechtlichen und faktischen Entwicklungen im Rahmen des Asyl- und Fremdenrechts sowie der fachlichen Beratung der MitarbeiterInnen die Koordination der Vertretung von Asylwerbern und Fremden, die bisher das Dezernat I durchführte. Neben dem Leiter des Kompetenzzentrums ist noch eine ausschließlich für den SpezialistInnenpool tätige Sachbearbeiterin der Rechtsfürsorge für diesen Aufgabenbereich tätig.

Die Umstellung der Aktenbearbeitung und der Mündelgeldverrechnung auf ein **neues elektronisches Datenverarbeitungssystem** wurde zu Jahresmitte nach Abschluss umfangreicher Tests im Einvernehmen mit der MA 14 vorläufig unterbrochen. Das bislang in Verwendung stehende Programm für die Mündelgeldverrechnung wurde auf die Jahr-2000-Fähigkeit adaptiert.

Zu Jahresende bezogen 3.143 Familien **Wiener Familienzuschuss** in Höhe von ATS 700 bis ATS 2.100 pro Monat (1998: 3.364 Familien). Die Zahl der Anträge betrug 3.802 (1998: 4.148). Insgesamt wurden rund ATS 82,7 Mio. für Wiener Familienzuschüsse zur Auszahlung gebracht (1998: ATS 76,2 Mio.)

Die Rechtsfürsorge führte im Jahr 1999 29.054 **Betreuungsfälle** (1998: 29.003). Diese setzten sich zusammen aus 303 Übertragungen der Obsorge gemäß § 176 a ABGB, 260 gesetzlichen und 273 bestellten Vormundschaften, 24.819 Sachwalterschaften, 95 Amtshilfefällen für Jugendwohlfahrtsträger außerhalb Wiens und 3.304 Fällen der Hereinbringung von Kostenersatz für die Unterbringung für Kinder in Pflegefamilien, Heimen und sonstigen Einrichtungen der Stadt Wien.

Die **Gesamtsumme der hereingebrachten Beträge** erreichte ATS 566.847.867. An Pflegepersonen wurde ein Betrag von ATS 410.019.904 ausbezahlt, der Stadt Wien an Kostenersatzleistungen ATS 51.862.189 und der Republik Österreich ATS 101.709.245 an Rückzahlung für gewährte Unterhaltsvorschüsse weitergeleitet. 10.600 Minderjährige erhielten unter Mitwirkung der Rechtsfürsorge staatliche Unterhaltsvorschüsse.

Zur Erzielung des Arbeitserfolgs waren seitens der SachbearbeiterInnen der Rechtsfürsorge unter anderem 3.669 Unterhaltsvorschussanträge, 4.366 Exekutionen und 1.049 Strafanzeigen wegen Verletzung der Unterhaltspflicht sowie 50 Klagen und Mahnklagen erforderlich.

An **Mündelvermögen** wurde zu Jahresende ein Betrag von ATS 71.360.150 für 482 Minderjährige verwaltet.

Für BerufsanfängerInnen fand ein **Einschulungsseminar** in zwei Teilen („Unterschriftsberechtigung“ und „Prozessermächtigung“) statt. Sieben SachbearbeiterInnen der Rechtsfürsorge unterzogen sich im abgelaufenen Jahr einer kommissionellen Prüfung zur Erlangung der Prozessermächtigung.

Die SachbearbeiterInnen der Rechtsfürsorge hatten Gelegenheit, an zahlreichen EDV-Schulungen und an **Fortbildungsveranstaltungen** zu folgenden Themen teilzunehmen: Gesprächsführung und Mediation, Konkurs – Ausgleich – Privatkonkurs, Asyl- und Fremdenrecht.

Jugendwohlfahrt

Die **Reorganisation der ambulanten Jugendwohlfahrt** führte zur Auflösung der Ämter für Jugend und Familie und zur Schaffung der Organisationseinheiten Soziale Arbeit mit Familien und Rechtsfürsorge. Mit Stichtag 1. Oktober 1999 erhielten die 18 Organisationseinheiten Soziale Arbeit mit Familien 264 Dienstposten für Diplomierete SozialarbeiterInnen inklusive 18 höherwertige Dienstposten für Leitende SozialarbeiterInnen, die als Schlüsselpositionen qualifiziert wurden, zugeordnet. Der Pool für Langzeitvertretungen im Sprengel konnte um einen Dienstposten auf nunmehr zweieinhalb Dienstposten erweitert werden. Gleichzeitig wurden der Organisationseinheit 37 Dienstposten für Kanzleibedienstete zugeteilt. Die Leitenden SozialarbeiterInnen übernahmen zusätzlich zur fachlichen Leitung bisherige Aufgaben der LeiterInnen der Ämter für Jugend und Familie betreffend SozialarbeiterInnen und Kanzleibedienstete.

Ziel der Reorganisation war die Schaffung möglichst gleich großer und nach modernen Managementprinzipien steuerbarer Einheiten. Aus diesem Grund erhielten die Bezirke 10, 21 und 22 statt bisher einer Einheit zwei Einheiten, andererseits wurden kleinere Bezirke zusammengefasst. Die neuen Organisationseinheiten weisen nun jeweils durchschnittlich 12,5 SozialarbeiterInnensprengel auf, wobei pro Sprengel rund 1.240 Minderjährige zwischen 0 und 19 Jahren wohnen.

Im Dezernat II – Jugendwohlfahrt (Zentrale), dem Referat für Adoptiv- und Pflegekinder und den Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien waren im Jahr 1999 239 SozialarbeiterInnen mit voller Stundenzahl und 81 SozialarbeiterInnen in einem Stundenausmaß von 20 bis 35 Wochenstunden beschäftigt.

Zum Jahresende bestanden 3.398 **Hilfen zur Erziehung** auf Grund einer Vereinbarung (1998: 3.646). 55.892 Personen nahmen während des Jahres 1999 **Soziale Dienste** (1998: 41.781) in Form von besonderen Beratungsangeboten, speziellen Service- und Informationsdiensten und Hilfestellungen bei finanziellen und Wohnungsproblemen, bei Erziehungs- und Schulproblemen in Anspruch. Zahlreiche Gespräche mit Präventionscharakter behandelten den Bereich Gewalt in der Familie. Die deutliche Steigerung bei den Serviceleistungen der Sozialen Dienste spricht für die zunehmende Akzeptanz der Angebote in der Wiener Bevölkerung. Zum Jahresende bestanden außerdem 1.262 Hilfen zur Erziehung auf Grund einer gerichtlichen Verfügung (1998: 1.349).

Die Zahl der **KlientInnenkontakte** ist mit 173.311 gegenüber dem Vorjahr (178.590) relativ konstant geblieben.

Die Zahl der **Stellungnahmen** in pflegschaftsbehördlichen und strafgerichtlichen Verfahren betrug 4.084 (1998: 4.274).

Es fanden 12.288 **Informationsgespräche** gemäß § 212 Abs. 1 ABGB über die elterlichen Rechte und Pflichten und mögliche Hilfestellungen der Jugendwohlfahrt statt (1998: 13.684).

Die SozialarbeiterInnen der Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien stellten insgesamt 18.970 **Anträge auf Aushilfen für Familien** nach dem Wiener Sozialhilfegesetz (1998: 19.075) und vermittelten 6.675 weitere finanzielle Hilfen, wie z. B. wirtschaftliche Krisenhilfen, Hilfen aus Stiftungsmitteln etc. (1998: 7.890).

Die Zahl der **Meldungen von Gefährdungen** von Minderjährigen durch Vernachlässigung, Gewalt oder sexuellen Missbrauch betrug auf der Basis einer neuen Dokumentationsform 2.564.

Bei 1.440 Fällen handelte es sich um vermutete Vernachlässigung bzw. Verwahrlosung, bei 916 um Verdacht der körperlichen Misshandlung und bei 208 um Verdacht des sexuellen Missbrauchs.

Im Bereich der **Mutter-Kind-Unterbringungen** standen 33 Zimmer und 4 Wohnplätze für Mütter (Väter) bzw. schwangere Frauen in Krisensituationen in eng betreuten Einrichtungen zur Verfügung. Es wurden insgesamt 41 Frauen mit 41 Kindern aufgenommen und 38 Frauen mit 44 Kindern entlassen. 9 entlassenen Müttern konnte eine Altbau-Gemeindewohnung vermittelt werden, 18 Mütter kehrten in ihre vorhandene Wohnung zurück oder wurden von Verwandten aufgenommen, 11 Frauen fanden Platz in anderen Mutter-Kind-Einrichtungen bzw. in Herbergen, 16 Kinder mussten fremduntergebracht werden.

Die **Besuchscafes** zur Besuchsbegleitung bei schwierigen Scheidungs-, Obsorge- und Besuchsrechtsfragen haben sich an den bestehenden Standorten im 3., 10., 11., 12., 13./14., 16., 17., 21., 22. und 23. Bezirk weiterhin bewährt, um konfliktfreie und kinderorientierte Besuchskontakte mit sozialarbeiterischer Begleitung aufzubauen. Das Angebot konnte durch einen zusätzlichen Standort im 2. Bezirk erweitert werden.

Im Rahmen der **Sozialen Gruppenarbeit** bestanden 27 Gruppen für Eltern bzw. für Kinder und Jugendliche.

Das **Referat Fachentwicklung und Organisation** war neben den Bereichen Personal, Statistik, Fortbildung und Verbindungsdienst zum Jugendgerichtshof Wien sowie der Bearbeitung von Interventionen mit der Planung und Durchführung des im Rahmen der Reorganisation der ambulanten Jugendwohlfahrt erfolgten Belastungsausgleichs für die Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien befasst.

Im Bereich Fortbildung fanden zwei Seminarwochen für BerufsanfängerInnen und WiedereinsteigerInnen mit jeweils ca. 20 ReferentInnen statt, ferner spezielle Seminare u. a. für Leitende SozialarbeiterInnen und deren Vertretungen. Zur besseren Erfassung der konsumierten Fortbildungen wurden neue Richtlinien und ein MAG ELF-Bildungspass für SozialarbeiterInnen entwickelt.

Die Zahl der Interventionen stieg auf 271 an (1998: 191). 123 Interventionen langten über das Büro der Geschäftsgruppe Jugend, Soziales, Information und Sport ein, 76 über Ombudsman Dr. Zilk, 43 Fälle kamen direkt zur MAG ELF. Weiters waren 24 Volksanwaltschaftsbeschwerden zu bearbeiten. Inhaltlich behandelten die Interventionen vor allem finanzielle Probleme.

Im **Referat für Adoptiv- und Pflegekinder (RAP)** waren zum Jahresende 173 Paare für eine **Adoptionsvermittlung** vorgemerkt. Der Rückgang der BewerberInnen gegenüber dem Vorjahr ergibt sich daraus, dass nur noch in Wien lebende Paare zur Vermittlung vorgemerkt werden. 30 Kinder (12 Knaben und 18 Mädchen) konnten zur Adoption vermittelt werden, davon 26 Kinder direkt aus Geburts- bzw. Kinderkliniken. 2 Kinder waren kurzfristig bei passagere Pflegeeltern und 2 Kinder in einem Heim untergebracht.

39 Mütter/Eltern planten die Freigabe ihres Kindes zur Adoption, es kam aber nur in 30 Fällen zu einer Vermittlung. Zwei Mütter ließen ihre Kinder nach der Geburt in der Klinik zurück. Nach Ausforschung der Mütter konnten beide Kinder zur Adoption vermittelt werden. Zwei Mütter widerriefen ihre Zustimmung zur Adoption und übernahmen ihre Kinder in ihre eigene Pflege.

Viele freigebende Mütter wenden sich an die Adoptionsstelle mit dem Wunsch nach Fotos und Informationen über die Entwicklung der Kinder. Jugendliche und erwachsene Adoptierte ersuchen um Hilfestellung bei der Suche nach ihren leiblichen Angehörigen.

29 Familien standen als **passagere Pflegeeltern** zur Verfügung, es konnten 86 Kinder vorübergehend in diesen Pflegefamilien untergebracht werden. Diese Form der Krisenunterbringung hat sich in der Praxis sehr bewährt und für die Sozialarbeit einen hohen Stellenwert gewonnen, bietet sie doch die Möglichkeit, Entlastung in familiären Krisensituationen zu schaffen und in einem festgelegten Zeitrahmen mit der Herkunftsfamilie Ressourcen und Perspektiven zu erarbeiten, die eine Rückführung des Kindes möglich machen sollen. Durch die enge Begleitung seitens des Referates erleben die passagere Pflegefamilien Unterstützung und sind daher bereit, auch schwierige Situationen auf sich zu nehmen und zu bewältigen.

Zum Jahresende lebten insgesamt 1.213 Wiener Kinder in 954 Pflegefamilien, und zwar in 439 Wiener Pflegefamilien und 515 in Pflegefamilien anderer Bundesländer.

116 Kinder konnten auf Dauerpflegeplätzen untergebracht werden. Hier gäbe es einen größeren Bedarf, jedoch finden sich zu wenige Familien, die dazu bereit sind, eventuelle Schwierigkeiten in der Entwicklung der Kinder und die Unsicherheit über die Dauer des Pflegeverhältnisses zu akzeptieren. Speziell für Kinder mit besonderen Bedürfnissen und schwierigen Familienkonstellationen gibt es zu wenig belastbare Pflegefamilien.

Die Gesamtzahl der Kinder bzw. Jugendlichen in Gemeindepflege (Volle Erziehung) betrug zum Jahresende 2.604 (1998: 2.594), wovon 340 nicht die österreichische Staatsbürgerschaft hatten (1998: 304). Der Anteil der Kinder und Jugendlichen in Pflegefamilien blieb weiterhin bei 47 %. In Wiener Pflegefamilien befanden sich 545 (1998: 580), in Pflegefamilien anderer Bundesländer 668 (1998: 645).

Kinder und Jugendliche in Gemeindepflege (Volle Erziehung)	Ende 1998	Ende 1999
in sozialpädagogischen Einrichtungen – MAG ELF	722	749
in sozialpädagogischen Einrichtungen – Vertrag	647	642
in sozialpädagogischen Einrichtungen insgesamt	1.369	1.391
bei Wiener Pflegefamilien	580	545
bei auswärtigen Pflegefamilien	645	668
bei Pflegefamilien insgesamt	1.225	1.213

Die Zahl der Neuaufnahmen in Wohngemeinschaften bzw. Heime und Pflegefamilien stieg auf 684 (1998: 609, 1997: 644). An der Spitze der Unterbringungsgründe standen weiterhin Erziehungsprobleme (22 %), gefolgt von Gefährdung (21 %), Wunsch des/der Minderjährigen und Unvermögen der Pflegeperson (beide 13,5 %), Ausfall der Pflegeperson (12 %), Wohnungsprobleme (5 %), Misshandlung (2 %) u. a.

In der Altersverteilung der aufgenommenen Kinder bzw. Jugendlichen stieg der Anteil der über 15-Jährigen weiter an, und zwar auf 32 % (1998: 27 %, 1997: 22 %). Der Anteil der Kinder im Pflichtschulalter blieb mit 43 % gleich, während jener der unter 6-Jährigen auf 25 % sank (1998: 30 %).

Das Referat Materielle Grundsicherung konnte die Anzahl der Vermittlungen von Gemeindewohnungen aus sozialen Gründen über Befürwortung der MAG ELF auf 464 gegenüber 392 im Vorjahr erhöhen. 89 Wohnungen wurden Jugendlichen angeboten, die aus der Pflege der Stadt Wien entlassen wurden, 33 Wohnungen im Bereich der Obdachlosigkeit (Familienherbergen und Kriseneinrichtungen der MAG ELF), 342 Wohnungen zur Verhinderung von Obdachlosigkeit oder Gesundheitsschädigungen von Kindern. 135 dieser angebotenen Wohnungen wurden von den Bewerbern aus unterschiedlichen Gründen abgelehnt.

Der so genannte „Expertenkreis“ entschied in 23 Besprechungen über insgesamt 1.487 Anträge auf Zuweisung einer Gemeindewohnung aus besonderen Gründen. Bei Anträgen von Familien mit Minderjährigen wurden dafür in vielen Fällen von den SozialarbeiterInnen der MAG ELF zusätzliche Erhebungen durchgeführt. 611 der bearbeiteten Wohnungsansuchen konnten positiv erledigt werden. Darüber hinaus nahm ein Vertreter des Referats an 29 Delogierungsbesprechungen teil.

Im Bereich der Wirtschaftlichen Hilfen standen für Familien, Schwangere und Alleinerziehende ATS 14,5 Mio. zur Verfügung. Von den insgesamt 960 bearbeiteten Ansuchen konnten 886 positiv erledigt werden, 58 Ansuchen wurden abgelehnt und 16 hinterlegt. Zur Abdeckung von Mietzinsrückständen und zur Wohnraumbeschaffung dienten 33 % der ausbezahlten Summe, 12 % zur Abdeckung von Kosten für Gas, Strom und Fernwärme, 33 % zur Anschaffung von Möbeln und Hausrat und 22 % für Installationen u. a.

Das Jahr 1999 stand im Zeichen der Erprobung einer Regionalisierung der Vergabe der Wirtschaftlichen Hilfen. Die Leitenden SozialarbeiterInnen erhielten weitgehend die Entscheidungskompetenz über die Bewilligung der Anträge. Die Erprobung verlief bisher erfolgreich, sodass mit Sommer 2000 eine vollständige Regionalisierung geplant ist.

2.797 neue Haushalte kontaktierten im Lauf des Jahres die Schuldnerberatung der Stadt Wien. Zum Jahresende befanden sich 2.046 Haushalte in Intensivberatung. Die von der Schuldnerberatung vorbereiteten und besonders arbeitsintensiven Privatkonkurse sind gegenüber dem Jahr 1998 von 179 auf 260 gestiegen. Immer größer wird der Anteil an Klienten, deren Muttersprache nicht deutsch ist. Auch für diese Klientengruppe, in der sich ein hoher Anteil an Analphabeten befindet, stellt das gerichtliche Schuldenregulierungsverfahren (Privatkonkurs) eine wichtige Ressource dar. Der stark vermehrten Arbeitsbelastung in der Schuldnerberatung wird ab Jänner 2000 mit der Zuteilung eines zusätzlichen halben Dienstpostens Rechnung getragen werden.

Die Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS), in der ein Mitarbeiter der MAG ELF mitwirkt, war im Jahr 1999 mit 3.351 KlientInnen erstmals befasst (1998: 822) und konnte für 844 KlientInnen, bei denen bereits ein Räumungstermin festgesetzt war, die Wohnung sichern. Die Angebote von FAWOS erstrecken sich über das Erstellen von Haushalts- und Betreuungsplänen bis hin zu Rechts- und Sozialberatung sowie Krisenmanagement.

Das von der Stadt Wien geförderte Unabhängige Kinderschutzzentrum Wien 7, Kandlgasse 37, verzeichnete einen Anstieg der KlientInnenkontakte auf 2.181 (1998: 1.952) (telefonische Beratungen, Beratungen, Kriseninterventionen und Therapiesitzungen) sowie 452 HelferInnenkontakte (1998: 462). Diese Kontakte betrafen sowohl jene Fälle,

in denen nur HelferInnen Kontakt zum Kinderschutzzentrum aufgenommen hatten als auch solche, in denen die betroffenen Personen hier betreut und zusätzlich involvierte HelferInnen beraten wurden. Die Zahl der Fälle betrug 462, davon 42 % im Problemfeld sexueller Missbrauch, 19 % körperliche und 8 % rein psychische Misshandlung, 21 % multiple Misshandlung, 6 % Vernachlässigung u. a.

Unterstützungs- und Beratungsangebote

Im Dezernat V zusammengefasst sind Planung, Organisation und Koordination von Unterstützungs- und Beratungsangeboten sowie von Hilfen für Kinder, Jugendliche und Familien. Den Arbeitsschwerpunkten entsprechend erfolgt eine enge Kooperation mit dem Dezernat II – Jugendwohlfahrt bzw. den Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien. Im Zuge der Reorganisation der ambulanten Jugendwohlfahrt wurden Familien- und JugendintensivbetreuerInnen sowie Mobile Sozialpädagoginnen (vormals Kinderpflegerinnen) dienstrechtlich dem Dezernat V zugeordnet. Dies ermöglicht nunmehr eine effizientere Steuerung und Weiterentwicklung. Es handelt sich dabei um 16 Dienstposten für SozialarbeiterInnen (10 Familien- und 6 JugendintensivbetreuerInnen) sowie 33 Dienstposten für SozialpädagogInnen (7 FamilienintensivbetreuerInnen und 26 mobile Sozialpädagoginnen).

Im **Referat Eltern, Säuglinge, Kleinkinder** stand die Erarbeitung neuer Konzepte für die Elternschulen, die Eltern-Kind-Zentren und die Elternberatungen im Vordergrund, wobei insbesondere durch entsprechende Definition von Kriterien und Standards eine gute Service-, Beratungs- und Betreuungsqualität gewährleistet werden soll.

Für die **Elternschulen** sind ab dem Kursjahr 1999/2000 als Standard fachliche Beiträge von Hebammen, PsychologInnen, SozialpädagogInnen, SozialarbeiterInnen und ReferentInnen der Arbeiterkammer vorgesehen. Dieses Standardangebot kann mit Spezialthemen ergänzt werden. Bis September fanden die Elternschulkurse an 13 Standorten statt, ab September an 8 ausgewählten Standorten, und zwar in 7 Eltern-Kind-Zentren und in einer Elternberatung. Insgesamt verzeichneten die Elternschulen an 350 Kursabenden 3.365 BesucherInnen.

Da nunmehr auch bei niedergelassenen Kinderfachärzten Kinder kostenlos geimpft werden können, sank in den **Elternberatungsstellen** die Zahl der erstmals vorgestellten Kinder um 46 % auf 5.329. Die Zahl der Konsultationen sank um ca. 31 % auf 59.479. Der Durchschnittsbesuch lag bei 16 Säuglingen und Kleinkindern. Bei 5.394 Konsultationen wurden die Kinder von ihren Vätern begleitet.

An drei Standorten wurde die Beratungstätigkeit vorläufig eingestellt. Umfangreiche Erhebungen und Befragungen von BesucherInnen sollen die Grundlage für weitere Maßnahmen bilden.

Die **Eltern-Kind-Zentren** zählten insgesamt 53.675 BesucherInnen. 26.289 Mütter, Väter und Kinder nahmen die Beratungsangebote der SozialpädagogInnen in Anspruch, 913 Mütter und Väter kamen in die Sprechstunden der SozialarbeiterInnen, 805 zu den PsychologInnen. 1.099 Schwangere informierten sich persönlich über Babypflege und Ernährung, darüber hinaus erhielten 6.597 Frauen telefonisch Pflegetipps und Ernährungshinweise.

Die Mütter- und Elterncafés stellen einen besonderen Kommunikationstreffpunkt dar und verzeichneten insgesamt 8.110 Teilnahmen (3.764 Mütter mit 4.346 Kindern).

In den Stillgruppen steht der Austausch der Mütter über das Stillen, die fachliche Hilfestellung durch die Sozialpädagoginnen und die Ermutigung und Unterstützung der Frauen im Vordergrund. Dieser Erfahrungsaustausch findet großen Anklang. 4.597-mal nahmen Mütter mit 4.642 Kindern daran teil, was einer Steigerung um knapp 15 % entspricht.

Weitere Angebote waren die Kreativen Vormittage, die Spielgruppe im Eltern-Kind-Zentrum 21/I, die Beratungsangebote der Familienhebammen, das Schwangerenturnen im Eltern-Kind-Zentrum 21/I, die muttersprachliche Beratung für türkische Frauen im Eltern-Kind-Zentrum 10 und die Treffen von Müttern und Vätern von Zwillingen.

Die **Sozialarbeiterinnen im Klinikverbindungsdienst** informierten 14.612 Wöchnerinnen über die Service- und Beratungsangebote der MAG ELF. Die Sozialarbeiterinnen erhielten Zuweisungen von 530 Schwangeren und 1.195 Wöchnerinnen auf Grund problematischer Lebenssituationen. Bei 473 Frauen initiierten sie eine nachgehende Betreuung durch die SozialarbeiterInnen der Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien, bei 411 anderwertige Hilfestellungen. Zu den häufigsten Problemstellungen zählten Schwierigkeiten in der sozialen Anpassung, die Sorge, als AlleinerzieherInnen nicht zurechtzukommen, wirtschaftliche Probleme sowie Probleme von Ausländerinnen. Von den 1.195 Wöchnerinnen waren 315 noch minderjährig.

In Kinderspitälern waren bei 2.402 Kindern 7.134 Befassungen erforderlich (diverse Gespräche, Organisation von sozialen Diensten und Hilfestellungen). Bei den Problemlagen stehen Schwierigkeiten in der sozialen Anpassung und Verdachtsfälle hinsichtlich Misshandlung, Missbrauch und grober Vernachlässigung im Vordergrund. Bei 133 Kindern handelt es sich um Probleme durch Drogen- oder Alkoholkonsum der Mutter oder der Kinder und Jugendlichen selbst.

Die SozialarbeiterInnen in der Heilpädagogischen Station der Universitäts-Kinderklinik sowie der Abteilung für Neuropsychiatrie des Kindes- und Jugendalters sind bei allen aufgenommenen Kindern und Jugendlichen eingebunden und wirken bei der Erstellung einer psychosozialen Familiendiagnostik mit. Bei Ambulanzfällen sind sie dann mitbeteiligt, wenn sich aus schwierigen Familiensituationen ein sozialarbeiterischer Handlungsbedarf ergibt.

Die Sozialarbeiterin in der Kinderklinik im Allgemeinen Krankenhaus wirkte bei der Fortbildung des medizinischen, pflegerischen und therapeutischen Personals mit. Die Sozialarbeiterin im St.-Anna-Kinderspital nahm am Österreichischen Kinderschuttag in Graz teil und referierte über „Primären Kinderschutz“.

Insgesamt waren 29 **Sozialpädagoginnen** insbesondere in den Eltern-Kind-Zentren, aber auch in den Elternberatungsstellen und als Unterstützung für Pflegeeltern tätig. Außerdem gaben sie Müttern und Vätern im Rahmen von Hausbesuchen pflegerische Tipps und Ernährungshinweise. Die Zahl der Hausbesuche betrug 2.757. Weiters leiteten sie an vier Standorten Elternrunden, an denen insgesamt 736 Mütter und Väter mit Kindern teilnahmen.

In den Geburtshilflichen Abteilungen wurden insgesamt 7.440 **Säuglingsausstattungen** und 4.422 **Kleinkindausstattungen** ausgegeben, davon 4.083 auf Grund einer nachträglichen Anmeldung im Spital. Die Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien gaben 1.377 Säuglingswäschepakete und 1.248 Kleinkindausstattungen aus.

Die sehr beliebte **Broschüre „Rund ums Baby“** stand in einer aktualisierten Auflage weiterhin zur Verfügung; die Broschüre „Will schon! Kann schon?“ wurde durch Hand-outs zu speziellen Themen ersetzt.

Die Umstrukturierung der **Familienintensivbetreuung** in 3 regionale Teams führte zu verbesserter regionaler und interner Kooperation. Die methodischen Quellen der Familienintensivbetreuung liegen in Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Psychotherapie. Die Familien werden zur Selbsthilfe ermutigt und in einem Prozess der Veränderung unterstützt.

17 MitarbeiterInnen (10 SozialarbeiterInnen und 7 SozialpädagogInnen) betreuten 184 Familien. 92 Betreuungen konnten abgeschlossen werden. Es wurden 112 Informationsgespräche geführt, in 15 Fällen ist keine Betreuung zustande gekommen, 13 Familien mussten auf die Warteliste gesetzt werden. Insgesamt bezog sich die Betreuung auf 278 Erwachsene und 479 Kinder, davon 227 Mädchen und 252 Buben. Von den betreuten Familien waren wie im Vorjahr 49 % AlleinerzieherInnen. Die durchschnittliche Betreuungsdauer war um knapp 2 Monate geringer als im vorigen Jahr, sie betrug 10,4 Monate. 38 Familien (21 %) wurden zu zweit betreut. Dieses Modell hat sich weiterhin bewährt. Der damit verbundene zeitliche und organisatorische Aufwand wird durch hohe Effektivität der Arbeit aufgewogen.

Das Team der **Jugendintensivbetreuung**, bestehend aus 6 SozialarbeiterInnen, betreut Kinder und Jugendliche in der Altersgruppe von 10 bis 18 Jahren, die von den Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien vermittelt werden. Die Betreuung ist auf längerfristige Begleitung (durchschnittliche Dauer zwei Jahre) ausgerichtet und legt ihr Hauptaugenmerk auf Einzelfallhilfe und dichte Betreuung. Gruppenaktivitäten wie Ausflüge, Museumsbesuche etc. unterstützen die Betreuung. Ziel der Jugendintensivbetreuung ist es, Stabilität und Kontinuität in der Persönlichkeitsentwicklung der Kinder und Jugendlichen zu fördern und in der jeweiligen Problemlage gemeinsam zielorientiert Lösungen zu erarbeiten. Die Probleme reichen von Schwierigkeiten bei der Verselbstständigung, Arbeitsintegration und Kontaktproblemen bis zu aggressivem Verhalten, Erfahrung von Gewalt, Schwierigkeiten mit Bezugspersonen und Problemen in der Schule.

Insgesamt wurden 73 Jugendliche betreut. Zwei Drittel davon waren Burschen, ein Drittel Mädchen. Für 40 Jugendliche begann die Betreuung, für 16 endete sie. Das durchschnittliche Alter lag bei 12 bis 16 Jahren.

Seit dem Sommer besteht ein neues Projekt „Ehrenamtliche Jugendintensivbetreuung“. Hierbei handelt es sich um Studierende der Sozialakademie, die unter fachlicher Begleitung durch das Team Kinder und Jugendliche in Betreuung übernehmen, deren Bedürfnislage eher im Bereich sinnvolle Freizeitgestaltung, Beziehungsaufbau und Gesprächsangebot angesiedelt ist. Bisher wurden 6 Jugendliche von ehrenamtlichen BetreuerInnen übernommen.

Für das **Referat Jugendberufshilfe** erfolgte eine Neudefinition der Arbeitsschwerpunkte: Zielgruppe sind danach Jugendliche, die im Rahmen der Hilfen zur Erziehung betreut werden, sowie arbeitssuchende Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen, Jugendliche mit Problemen am Arbeitsplatz, in der Berufsschule oder mit persönlichen Problemen.

Die Jugendberufshilfe versteht sich einerseits als Informationsdrehscheibe, sie bietet andererseits fallbezogene Vermittlung zwischen Berufsschule und Sozialarbeitern bzw. Sozialpädagogen, einschlägige Beratung und Informationen Jugendlicher bei Arbeitsuche und Krisen während der Ausbildung sowie präventive Beratung bei drohendem Arbeitsplatzverlust, Schulversagen, Gewalt in der Familie, drohender Obdachlosigkeit, ungewollter Schwangerschaft u. a. an. Dazu ist eine umfangreiche Vernetzungstätigkeit erforderlich.

An finanziellen Förderungen standen ATS 650.000 zur Verfügung. Im Jahresdurchschnitt erhielten 40 Lehrlinge in einer besonderen Notlage über Anträge der SozialarbeiterInnen der Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien eine monatliche Beihilfe von ATS 600, 90 Lehrlinge eine einmalige Beihilfe in der Höhe von ATS 2.000 bis 4.000. Da Jugendliche nach Beendigung der Schulpflicht teilweise über äußerst geringe finanzielle Mittel verfügen, wurden 1999 an arbeitssuchende Jugendliche Fahrscheine der Wiener Verkehrsbetriebe im Wert von rund ATS 19.000 ausgegeben.

In Zusammenarbeit mit Antragstellern, Arbeitsinspektoraten, Arbeiterkammer, Schulen und Gesundheitsämtern bearbeitete die MAG ELF 86 (im Vorjahr 71) Anträge auf Verwendungsgenehmigung für Kinder nach dem Bundesgesetz über die Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen.

Das **Kompetenzzentrum (KPZ) „Jugendwohlfahrt und berufliche Integration“** stellte neun Informationsblätter über aktuelle AMS-Maßnahmen für Jugendliche zur raschen Informationsweitergabe innerhalb der MAG ELF her. Dadurch erhielten rund 80 Jugendliche die für sie passenden Informationen bzw. Hilfestellungen. 15 in Einrichtungen der MAG ELF betreute Jugendliche bekamen über das KPZ NAP-Ausbildungsplätze (im Rahmen des Jugend-

ausbildungsgesetzes). Diese Jugendlichen versuchten schon lange Arbeit zu finden oder waren auf Grund verschiedener Probleme schwer vermittelbar. Die MitarbeiterInnen des KPZ hielten Kontakt zu Kursmaßnahmen und Projekten des AMS und arbeiteten intensiv mit der Beschäftigungsinitiative JOBFABRIK (ein Projekt der Volkshilfe) zusammen. 9 Jugendliche konnten in dieses Projekt direkt vermittelt werden, für viele andere wurde ein Aufnahmegespräch ermöglicht.

Für das **Übersetzungs- und Dolmetschmanagement** der MAG ELF stand eine Mitarbeiterin zur Verfügung. Der Bedarf an Dolmetscharbeit stieg sowohl in der Betreuung und Beratung von Familien unterschiedlichster Herkunftsländer als auch durch eine Verdoppelung der Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge stark an.

Der Arbeitsschwerpunkt liegt bei der Vermittlung von Einsätzen in verschiedenen Einrichtungen der MAG ELF (Soziale Arbeit mit Familien, Kompetenzzentrum für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Krisenzentren, Klinikverbindungsdienst, Rechtsfürsorge), weiters werden Übersetzungsaufträge übernommen. Die kurzfristige Vermittlung ist insbesondere bei Krisensituationen von großer Bedeutung.

In Bezirken mit hohem Ausländeranteil sind muttersprachliche Berater (Türkisch, Serbisch, Bosnisch, Kroatisch) tätig. Da der Bedarf bei diesen Sprachen insgesamt rückläufig ist, wurden 2 muttersprachliche Beraterinnen gekündigt. Die mit der Organisation der Dolmetschdienste betraute Mitarbeiterin steht bei Bedarf für Bosnisch, Kroatisch und Serbisch (75 Einsätze, 1998: 49) sowie in 2 Ämtern zu fixen Zeiten zur Verfügung.

Steigend ist der Trend bei Familien unterschiedlicher Länder und Kulturkreise, die hier noch wenig integriert sind, Dienste der MAG ELF in Anspruch zu nehmen. So zeigt sich ein gestiegener Bedarf an Übersetzungen bei Albanisch, Amhari, Arabisch, Bengali, Farsi, Französisch, Hindi, Polnisch, Spanisch etc. Neu hinzugekommen sind Ägyptisch, Bashtu, Indonesisch, Makedonisch und Ukrainisch.

Von insgesamt 340 extern vergebenen Aufträgen (Vorjahr: 218) entfallen auf Arabisch 56, Gebärdensprache 40, Chinesisch 35, Polnisch 25, Albanisch 24, Französisch und Bengali je 15, Englisch und Spanisch je 14, Rumänisch 13 und Farsi 10. Weitere Anforderungen betrafen Hindi, Italienisch, Tschechisch, Ungarisch und 15 weitere Sprachen wie Griechisch, Khmer, Philippinisch, Russisch, Vietnamesisch etc. Vom MA 53-Übersetzungsdienst wurden nur 6 Aufträge (Englisch, Französisch) übernommen.

Auf Grund der 1998 mit den 5 **Instituten für Erziehungshilfe** getroffenen Vereinbarung, Kindern bzw. Familien, die von der MAG ELF im Rahmen der Hilfen zur Erziehung überwiesen werden, absolute Priorität einzuräumen, um Fremdunterbringungen möglichst gering bzw. kurz zu halten, liegen nun erstmals entsprechende Vergleichszahlen zur gesamten Patientenzahl – in Klammer angeführt – vor.

Aus 807 Anmeldungen (davon 86 Hilfen zur Erziehung) resultierten 538 (70) Neuvorstellungen. Die Zahl der Kindertherapien betrug insgesamt 275 (61). Die Therapiesitzungen fanden ein- oder zweimal wöchentlich statt, gelegentlich auch in Form von Kindergruppen oder als Mutter-Baby-Intervention. Eine therapiebegleitende Erziehungsberatung erhielten Eltern in 258 (58) Fällen, ausschließliche Erziehungsberatung mit Motivationsarbeit der Eltern fand 257- (49-)mal statt. Weiters wurden 5 (3) Familientherapien angeboten und 20 (8) Klientinnen in einer Gruppe betreut.

Insgesamt sind die Neuvorstellungen leicht zurückgegangen zugunsten einer gestiegenen Zahl an Kindertherapien, therapiebegleitender Erziehungsberatung und Motivationsarbeit mit Eltern.

Im November fand im Wappensaal des Rathauses die Festtagung „50 Jahre Institut für Erziehungshilfe – 50 Jahre ambulante Kinderpsychotherapie in Wien“ statt.

In den **Ehe- und Familienberatungsstellen** fanden insgesamt 4.340 Beratungen statt. Die Beratungsstelle für Familienplanung betreute 1.054 KlientInnen und führte 1.809 Beratungen durch, die Ehe- und Familienberatungsstelle, Wien 3, 879 KlientInnen und 1.396 Beratungen, die Ehe- und Familienberatungsstelle, Wien 12, 404 KlientInnen und 542 Beratungen, die Konfliktberatungsstelle, Wien 10, 115 KlientInnen und 593 Beratungen.

Erstmals konnte die Kurzdokumentation über die soziale Situation der KlientInnen ausgewertet werden. Danach nehmen vor allem Frauen die Beratung in Anspruch (73 % aller KlientInnen). Der Anteil der Paargespräche betrug insgesamt 29 %, der Familiengespräche 3 %; sonst fanden Gespräche mit Einzelpersonen statt.

Insgesamt sind es Personen im Alter von 30 bis 39 Jahren, die die Beratungsstellen aufsuchen (36 %), gefolgt von der Altersstufe 20 bis 29 Jahre (22 %), 40 bis 49 Jahre (16 %) und 15 bis 19 Jahre (11 %). Die meisten Personen haben ein Kind (32 %), gefolgt von jenen mit zwei Kindern (27 %), ohne Kinder (25 %), mit drei Kindern (9 %), 4 Kindern (3 %) u. a. Nach der Ausbildung überwiegen KlientInnen mit Lehre bzw. mittlerer Schule mit 25 % vor AHS-Absolventen mit 23 %, Pflichtschulabsolventen mit 13 %, mit höheren Abschlüssen 11 % u. a. Bei 27 % war ihre Ausbildung nicht bekannt. Die Anregung zur Beratung kam überwiegend von „sonstigen Ämtern und Institutionen, Jugendamt“ (29 %), gefolgt von Einzelpersonen (25 %) und Medien und Öffentlichkeitsarbeit (20 %).

Im **Institut für Ehe- und Familientherapie** haben sich im Jahr 1999 337 KlientInnen für eine Einzel-, Paar- oder Familientherapie angemeldet, davon erhielten 218 eine psychotherapeutische Behandlung. Insgesamt wurden 1.541 Therapiesitzungen durchgeführt. Zusätzlich wurden 301 Supervisionsstunden geleistet. Die begleitende Evaluationsstudie ergibt in etwa die gleichen Ergebnisse wie im Vorjahr, 89 % waren zufrieden und sehr zufrieden, 63% sahen die meisten ihrer Anliegen erfüllt.

Neben den traditionellen Therapie- und Supervisionsangeboten hat sich das Institut verstärkt auf „Therapien im Zwangskontext“ in Zusammenarbeit mit den Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien konzentriert sowie moderierte Tage mit zwei Regionalstellen abgehalten.

Der von der Stadt Wien geförderte **Verein Wiener Jugenderholung** führte gemeinsam mit den Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien Erholungsaktionen für Wiener Kinder durch, wobei Ferien in Erholungsheimen in den Bundesländern und in Tageserholungsstätten innerhalb Wiens zur Auswahl standen. Die Erholungsaktionen fanden größtenteils während der Schulferien statt, wobei sich die speziellen Turnusse für 14- und 15-jährige Jugendliche besonderer Beliebtheit erfreuten, ebenso Schwerpunktaktionen wie Badeaufenthalte an österreichischen Seen, Sportturnusse, Behindertenaktion oder Urlaub auf dem Bauernhof. Geförderte Familienurlaube haben das Ziel, bedürftigen Familien einen gemeinsamen Urlaub in vom Verein bereitgestellten Quartieren anzubieten. Während des Schuljahres ermöglicht der Verein den Wiener Pflichtschulen einwöchige Schulveranstaltungen in vereinseigenen Heimen.

Insgesamt nahmen an 230 Aktionen 9.488 Kinder bzw. Familienangehörige teil. Die Zuschüsse der Krankenkassen betragen rund ATS 2.045 Mio.

Psychologischer Dienst

Die in der ambulanten Jugendwohlfahrt erfolgten **Umstrukturierungen** erforderten auch entsprechende Anpassungsmaßnahmen beim Psychologischen Dienst. Bei der durchgeführten Bestandsaufnahme des Ist-Zustandes zeigte sich, dass die Angebote der JugendamtpsychologInnen nicht nur von KlientInnen, sondern auch von SozialarbeiterInnen und SozialpädagogInnen sehr geschätzt und als Unterstützung erlebt werden. Die Angebote bestehen in klinisch-psychologischer Diagnostik, psychologischer Behandlung, psychologischer Beratung bei komplexen Problemstellungen und Erziehungsfragen, Gruppenarbeit, Elternschulung, Supervision und Coaching.

Wegen der Vorbereitung der ab 2000 geplanten Installierung von BetriebspsychologInnen im Kindertagesheimbereich verringerten sich die Personalressourcen beim Psychologischen Dienst ab Juli deutlich. Der psychologische Fachbereich Kindertagesheime wurde ausgegliedert und neu organisiert. Statt der bisher 37 MitarbeiterInnen waren nunmehr 30 PsychologInnen im Rahmen der Jugendwohlfahrt tätig, davon 7 teilzeitbeschäftigt.

Eine bedarfsorientierte Neustrukturierung des Psychologischen Dienstes erfolgte mit September. Dabei wurde die Zuordnung der PsychologInnen in einzelne Fachbereiche zugunsten einer regionalen Teambildung aufgegeben. Die Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen bilden künftig ein regional gegliedertes, aufeinander bezogenes Verbundsystem.

Das Ziel ist, qualifizierte und differenzierte psychologische Hilfen für Kinder, Jugendliche und deren Familien im ambulanten und stationären Bereich der Jugendwohlfahrt anzubieten. Gemäß dem Jugendwohlfahrtsgesetz decken die Angebote des Psychologischen Dienstes einen fachspezifischen Beratungsbedarf ab, der sich bei individuellen und familiären Problemen, Verhaltensauffälligkeiten, Leistungsproblemen von Kindern und Jugendlichen, familiären Krisen im Kontext von Trennung und Scheidung sowie Gewalt und sexueller Misshandlung ergibt. Gemeinsam mit den PsychologInnen vor Ort wurden neue Schwerpunktsetzungen erarbeitet:

1. Psychologische Tätigkeit im Rahmen der **Eltern-Kind-Zentren**

Der Schwerpunkt liegt in diesem Bereich vermehrt auf Prävention, Elternbildung, Kleinkinderdiagnostik, dem Erstellen von Förderprogrammen für Vorschulkinder (z. B. mit Teilleistungsschwächen) und auf Beschulungsvorschlägen.

2. Psychologische Tätigkeit in den Regionalstellen **Soziale Arbeit mit Familien**

Dieser Bereich stellt nach wie vor das Hauptaufgabengebiet der PsychologInnen dar. Im Sinne einer verbesserten multidisziplinären Zusammenarbeit steht jeder Regionalstelle eine Psychologin oder ein Psychologe zur Verfügung. Die Aufgaben sind umfassend. PsychologInnen werden bei schwierigen Obsorgefragen, in Fällen von körperlicher oder sexueller Misshandlung von Kindern und Jugendlichen, im Zusammenhang mit Verwahrlosung und Vernachlässigung, bei Erziehungsfragen, für klinisch-psychologische Diagnostik, für Krisenintervention, für fachliche Beratung von SozialarbeiterInnen und für die Erstellung von Gutachten und Stellungnahmen herangezogen und bieten auch psychologische Behandlung von Kindern, Jugendlichen und deren Familien an.

3. Psychologische Tätigkeit im Rahmen der **Fremdunterbringung**

Die Reform „Heim 2000“ erforderte eine entsprechende Adaption der psychologischen Angebote.

Insgesamt waren die MitarbeiterInnen des Psychologischen Dienstes mit 6.911 Kindern, Jugendlichen und deren Familien (1998: 8.034) befasst. Ein Vergleich mit dem Vorjahr ist wegen der Umstrukturierung nur bedingt möglich. Zur genaueren Erfassung der **vielfältigen psychologischen Tätigkeiten** und der besseren Vergleichbarkeit des Angebots wurde die statistische Dokumentation verändert. Danach führten die PsychologInnen insgesamt 18.098 Beratungen, 15.123 Fallbesprechungen, 451 Kriseninterventionen, 1.281 Konfliktregelungen, 1.911 psychologische Behandlungen bzw. Psychotherapien und 655 sonstige Interventionen durch. Im Zuge der psychologischen Begutachtung wurden 3.930 klinisch-psychologische Diagnostikverfahren angewandt und 1.685 psychologische Gutachten, Stellungnahmen oder Befunde erstellt. Weiters nahmen die PsychologInnen an 1.088 multiprofessionellen Teams teil, sie wurden 1.025-mal zu psychologisch relevanten Fragestellungen konsultiert und supervidierten MitarbeiterInnen der MAG ELF im Ausmaß von insgesamt 408 Stunden.

4.115 Kinder, Jugendliche und deren Eltern nahmen psychologische Hilfestellung in den **Kinder- und Jugendpsychologischen Beratungsstellen** in Anspruch, wobei die Anzahl der Buben (52 %) höher als die der Mädchen (48 %) war. 55 % der vorgestellten Kinder waren Schulkinder, 32 % Kleinkinder und 13 % Jugendliche.

MitarbeiterInnen des Psychologischen Dienstes stehen werdenden Eltern mit ihrem Fachwissen in **Elternschulen** zur Verfügung und sind in Elternrunden AnsprechpartnerInnen, wenn es um entwicklungspsychologisch relevante Fragestellungen geht. Ziele des psychologischen Angebotes sind Information und Beratung für werdende Eltern, Früherkennung von Entwicklungsrückständen bei Kindern, Hilfestellung für Eltern bei Erziehungsproblemen und Stärkung der Eltern in ihrer Erziehungskompetenz.

325 Paare mit Kindern und Jugendlichen erhielten 1999 in den **Beratungsstellen für Scheidungs- und Trennungsfragen** psychologische Hilfestellung in Krisensituationen, die vor, während oder nach einer Trennung bzw. Scheidung auftraten.

Der **Tätigkeitsbereich Kindertagesheime** umfasste psychologische Begutachtung und Beratung in sämtlichen städtischen Kindertagesheimen (inklusive Hortgruppen und Integrationsgruppen) sowie in den 12 Sonderpädagogischen Ambulanzen. Insgesamt wurden 2.071 Kinder vorgestellt, was eine deutliche Steigerung zum Vorjahr bedeutet. Besonders nachgefragt wurden seitens der KindergartenpädagogInnen Fallbesprechungen mit supervisorischem Schwerpunkt. PsychologInnen führten in diesem Arbeitsbereich 2.995 Beratungen, 3.000 Fallbesprechungen, 109 psychologische Behandlungen bzw. Psychotherapien und 554 testpsychologische Untersuchungen durch. Sie verfassten 187 psychologische Gutachten, Stellungnahmen oder Befunde.

Das Arbeitsfeld für PsychologInnen im **Fremdunterbringungsbereich** hat sich – dem Trend der letzten Jahre folgend – geändert. Die Zahl der psychologisch betreuten und behandelten Kinder betrug 725. Eine besonders große Nachfrage bestand seitens der SozialpädagogInnen an testdiagnostischer Abklärung bei sehr komplexen Fragestellungen. Im Zuge der psychologischen Begutachtung wurden 550 klinisch-psychologische Diagnoseverfahren angewandt. PsychologInnen führten 2.779 Beratungen und 4.954 Fallbesprechungen durch. Die Anzahl der psychologischen Behandlungs- bzw. Psychotherapiestunden betrug in diesem Bereich 717. PsychologInnen erstellten 176 Gutachten, Stellungnahmen oder Befunde und wurden 61-mal für Konfliktmanagement und 52-mal für Krisenintervention beigezogen. Die Anzahl der sonstigen Interventionen betrug 184. Eine gut funktionierende Zusammenarbeit aller Fachkräfte im Team stellt die Voraussetzung für die optimale Betreuung von Kindern und Jugendlichen im Fremdunterbringungsbereich dar. PsychologInnen nahmen an 496 Teambesprechungen teil, wurden 365-mal zu fachspezifischen Themen konsultiert und arbeiteten bei der Entwicklung von Qualitätsstandards für die sozialpädagogische Arbeit in den Krisenzentren mit. Sie supervidierten SozialpädagogInnen im Ausmaß von 124 Stunden.

Das **Psychologisch-Pädagogische Zentrum** nahm 10 Kinder stationär auf (4 Buben, 6 Mädchen). In 50 % der Fälle war der Grund für die Aufnahme im PPZ sexuelle Misshandlung bzw. Misshandlungsverdacht, bei 30 % waren massive Aggressions- und Verhaltensauffälligkeiten und bei 20 % Beziehungsstörungen ausschlaggebend. Die intensive psychologische und sozialpädagogische Behandlung und Betreuung der Kinder und ihrer Familienangehörigen führte dazu, dass die Mehrzahl der Kinder wieder nach Hause entlassen werden konnte. Große Kundenzufriedenheit und die guten Behandlungserfolge rechtfertigten den vermehrten Betreuungsaufwand. Nach der Beendigung des Projekts mit Dezember werden die aus der Projektarbeit gewonnenen Erfahrungen und Erkenntnisse für die Entwicklung von sozialtherapeutischen Wohnplätzen für schwer traumatisierte Kinder und Jugendliche in den Sozialpädagogischen Regionen verwendet.

Anlässlich der **46. Arbeitstagung** beschäftigten sich die österreichischen JugendamtpsychologInnen mit Fragen der Qualitätssicherung. Die Tagung stand unter dem Motto: „How to put it out? – Perspektiven professioneller Qualität“ und fand in den Printmedien großes Interesse.

Außerdem hielten PsychologInnen der MAG ELF im vergangenen Jahr zahlreiche **Seminare und Einschulungskurse** an der Magistratsdirektion – Verwaltungsakademie ab und boten auch Fortbildungen für MitarbeiterInnen in der eigenen Abteilung an.

Sozialpädagogische Einrichtungen

Im Juni fand die **Tagung „Heim 2000 – Halbzeit“** statt, bei der eine erfolgreiche Zwischenbilanz der Reform Heim 2000 gezogen werden konnte. Die Reform trifft auf große Akzeptanz bei den MitarbeiterInnen. Auch international weckte die Reform großes Interesse. So hat z. B. Ungarn sich für denselben Weg entschieden und will ebenfalls Großheime in kleine Einheiten auslagern. Bei Kontakten mit Fachleuten der Bundesländer und auch mit internationalen Vertretern der Sozialpädagogik bestätigt sich, dass Wien mit dieser Reform den richtigen Weg eingeschlagen hat.

Mit Jahresende standen für die Unterbringung für Kinder und Jugendliche im Rahmen der Jugendwohlfahrt insgesamt **1.365 Plätze** (1998: 1.460) zur Verfügung. Davon entfielen 849 Plätze auf den stationären öffentlichen und 414 auf den privaten Bereich sowie 112 auf Krisenplätze. Die durchschnittliche monatliche Auslastung betrug im stationären öffentlichen Bereich 87 %, im stationären privaten Bereich 108 % und auf Krisenplätzen 76 %.

Platzsituation in Sozialpädagogischen Einrichtungen

Region	stationäre Plätze (MAG ELF)	stationäre Plätze (Vertragseinrichtungen)	Krisenplätze (MAG ELF)
Region I	68	8	16
Region II	112	52	16
Region III	82	42	8
Region IV	90	46	8
Region V	149	56	16
Region VI	72	25	16
Überregion weibliche Jugendliche...	91	30	16
Überregion männliche Jugendliche..	185	–	16
Überregionale Behinderteneinrichtungen	–	155	–
Gesamt	849	414	112

Aufgabe eines **Krisenzentrums** ist es, Kinder und Jugendliche in Krisensituationen aufzunehmen, bestehende Probleme zu analysieren und gemeinsam mit der zuständigen Regionalstelle Soziale Arbeit mit Familien die Krisenabklärung durchzuführen und Lösungen zu erarbeiten. Unter einer Krisenunterbringung versteht man eine kurzfristige (auf 6 Wochen limitierte) stationäre Unterbringung auf Grund einer aktuellen und akuten Krisensituation, die von der/dem fallführenden SozialarbeiterIn definiert wird. In einem regionalen Krisenzentrum stehen insgesamt 8 Plätze für Kinder im Alter von 2 bis 15 Jahren (bzw. bis zur Beendigung der Schulpflicht) zur Verfügung. Erfolgt eine Aufnahme durch die Polizei, durch Selbstmeldung oder durch andere Institutionen und Personen, z. B. die Eltern, so muss zum nächstmöglichen Zeitpunkt die/der zuständige SozialarbeiterIn davon informiert werden.

Das Ziel der Rückführung in die Herkunftsfamilie steht immer im Vordergrund. Ist dieses Ziel in dem vorgesehenen Zeitraum nicht realisierbar, ist eine passende Fremdunterbringung (Pflegefamilie, Wohngemeinschaft, Heim) ins Auge zu fassen. Auch bei einer solchen Maßnahme ist eine bestimmte Perspektive und ein zeitlicher Rahmen festzulegen. Erstmals erstellten die fachlich verantwortlichen MitarbeiterInnen der Krisenzentren in diesem Jahr einen „Qualitätskodex“, womit die Qualitätsstandards der Krisenarbeit definiert werden.

Seit dem Frühjahr erhielten die regionalen und überregionalen Krisenzentren auch die Funktion, außerhalb der Amtsstunden der Regionalstellen Soziale Arbeit mit Familien jugendwohlfahrtsrechtliche Maßnahmen durchzuführen. Dies betrifft z. B. die Aufnahme von Kindern in Krisensituationen ohne Zustimmung der Erziehungsberechtigten und die Festlegung von Ausfolgeverboten gegenüber Erziehungsberechtigten.

Zum Jahresende standen 10 regionale Krisenzentren zur Verfügung, weiters überregionale Krisenzentren für weibliche und männliche Jugendliche und in Zusammenarbeit mit einem privaten Träger ein überregionales Krisenzentrum für Kleinkinder.

Im Laufe des Jahres konnten 6 neue **Wohngemeinschaften** eingerichtet werden. Zum Jahresende standen insgesamt 36 Wohngemeinschaften zur Verfügung.

Mit Jahresende verließ die letzte Gruppe das Charlotte-Bühler-Heim, sodass das erste der drei Großheime planmäßig geschlossen werden konnte. Auch die Übersiedlung der Wohngruppen aus dem Heim Hohe Warte ist zügig vorangegangen. In der Stadt des Kindes wurde die Auslagerung des gesamten weiblichen Jugendlichenbereiches abgeschlossen. Zwei Familiengruppen der Stadt des Kindes übersiedelten in Wohngemeinschaften.

Die Zahl der minderjährigen **Asylwerber** stieg kontinuierlich an, was die Einrichtung einer Gruppe für jugendliche Asylwerber mit 10 systemisierten Plätzen in der Region für männliche Jugendliche notwendig machte.

Entsprechend den durchgeführten strukturellen Veränderungen und der neuen Konzeption erhielt das Heim der Stadt Wien Lindenhof die neue Bezeichnung „**Ausbildungszentrum der MAG ELF – Lindenhof**“.

Im **Gesellenheim Zohmannngasse** kann die ursprünglich zu versorgende Zielgruppe, ausgebildete Handwerker, die bereits über ein eigenes Einkommen verfügen, durch eine effiziente Zuweisungspraxis von Wiener Wohnen rasch in eigenen Wohnungen untergebracht werden, sodass nur noch in Einzelfällen eine Versorgung dieser Personengruppe erforderlich ist. Aus diesem Grund wurde das Gesellenheim in „Haus Zohmannngasse“ umbenannt.

Im Bereich der **Sonderförderungen** erhielten 15 Jugendliche aus Mitteln der Odescalchi-Stiftung und 27 Jugendliche im Rahmen der Wirtschaftlichen Hilfen Unterstützungen in der Höhe von je ATS 10.000 bis höchstens ATS 50.000 für Ausgaben bei der Wohnungsgründung und Verselbstständigung.

6 Kinder konnten über die Anglo-Austrian Society einen zweiwöchigen Sprachurlaub in Südengland verbringen.

Verschiedene Veranstalter stellten wieder Freikarten für Zirkus-, Kino- und Theatervorstellungen zur Verfügung, mit denen Kinder und Jugendliche aus den Sozialpädagogischen Einrichtungen viel Freude hatten.

Das **Erlebnispädagogische Zentrum – EPZ** führte insgesamt 17 Aktionen für jeweils 5 bis 12 Jugendliche durch, darunter Wintersportaktionen, Kameltracking, Planwagenfahrten, Fahrradtouren, Kanuprojekte, Floßbau u. a.

Im Mai fand im Institut für Sozialpädagogik die **Tagung „In & Out – Migration und Integration im Bereich Sozialer Arbeit“** statt. MitarbeiterInnen aus Sozialpädagogischen Einrichtungen wurden gemeinsam mit den Kindern und

Jugendlichen dazu eingeladen, Projekte zum Thema Migration und Integration zu veranstalten. Im November fand die Präsentation und Prämierung der Projekte statt.

Die **Sozialpädagogischen Beratungsstellen** bieten Kindern und Jugendlichen sowie deren Familien und/oder Bezugspersonen Hilfestellung bei familiären, sozialen, schulischen und beruflichen Schwierigkeiten an. Ein Arbeitsschwerpunkt ist die Rückführung der Kinder und Jugendlichen aus der vollen Erziehung in ihr Familiensystem.

Die Zuweisung erfolgt grundsätzlich über den Pädagogischen Leiter der Sozialpädagogischen Region, der für die Beratungsstelle zuständig ist. Weiters können Kinder und Jugendliche bzw. deren Eltern durch die/den SozialarbeiterIn der Regionalstelle Soziale Arbeit mit Familien direkt vermittelt werden. Der Pädagogische Leiter der Sozialpädagogischen Beratungsstellen koordiniert zwischen Angebot und Nachfrage.

Das **FOCUS-Team**, das im Auftrag von Vizebürgermeisterin Grete Laska und des Drogenkoordinators der Stadt Wien, Peter Hacker sowie der MAG ELF und der MA 12 tätig ist, führte für die Bezirksvorstehung 23 eine Erhebung hinsichtlich der sozialen Situation von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den Wohnhausanlagen Wiener Flur, Putzendoplergasse/Altmannsdorfer Straße sowie im Gebiet der U6-Stationen Längenfeldgasse bis Siebenhirten durch. Weitere Erhebungen bezogen sich auf Antrag der jeweiligen Bezirksvorstehungen auf öffentliche Gebiete im 3. Bezirk und auf die soziale Situation von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hinsichtlich Konsum und Handel illegaler Drogen im öffentlichen Raum der Schnittstellen der Bezirke Favoriten, Margareten und Wieden.

Bildungseinrichtungen

Die **Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien** verstärkte dem aktuellen Bedarf entsprechend die berufsbezogene Bildungsarbeit und die freizeitpädagogischen Lehrveranstaltungen. Im Bereich der „ergänzenden Unterrichtsveranstaltungen“ bot die Akademie die Vermittlung spezifischer Schlüsselqualifikationen wie z. B. Englische Fachsprache, EDV-Anwendung im Sozialbereich, Fundraising und Sponsoring, Projektmanagement u. a. an.

Der „**Praxisorientierte Unterricht**“ schenkte dem freizeitpädagogischen Aspekt viel Aufmerksamkeit. So gab es das Projekt einer „Fitness-Gruppe für Mütter aus den Mutter-Kind-Heimen“, „Animationstage für BewohnerInnen der ÖHTB-Behindertengemeinschaften“ u. a. Ein weiterer Schwerpunkt lag in der Betreuung ausländischer KlientInnen, z. B. in Form einer integrativen Kindergruppe und der Veranstaltung einer öffentlichen Diskussion über „Flucht, Politik und Sozialarbeit“.

Weitere Projekte bezogen sich auf die Betreuung junger Erwachsener im Schnittpunkt zwischen MAG ELF und MA 12, auf ATA- und Diversionsprojekte, Aktionen für behinderte Menschen, Obdachlose, Kinder u. a.

Im Rahmen der **SOKRATES-Programme** der Europäischen Union konnten 16 Studierende Praktika bzw. Gaststudien in einer Reihe europäischer Länder absolvieren, umgekehrt kamen 12 GaststudentInnen an die Akademie. LehrerInnen der Akademie hielten mehrere Gastdozenturen an europäischen Hochschulen ab. DozentInnen aus Saragossa (Spanien), Sligo (Irland) und Berlin führten Gastlehraufträge in Wien durch.

Für die **Ausbildungsreform** wurden durch stetige Entwicklungsarbeit einige Konzepte erarbeitet. Es kam zur Entscheidung, in Verbindung von Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Freizeitpädagogik einen integrativen einheitlichen Fachhochschulstudiengang „Soziale Arbeit im städtischen Raum“ zu entwickeln und einen entsprechenden Antrag an den Fachhochschulbeirat vorzubereiten. Die Akademie machte in Kooperation mit dem Institut für Sozialpädagogik ein Entwicklungsteam namhaft und übernahm die Aufgaben der Antragstellung. Auch in der Trägerstrukturfrage konnte eine Entscheidung gefunden werden. Ein Trägerverein („Verein zur Förderung von Fachhochschulstudiengängen“) wird im Einvernehmen mit der Stadt Wien die Trägerschaft übernehmen.

Der **Diplomjahrgang** umfasste 56 Personen, von denen im Laufe des Jahres 39 das Studium abschließen konnten (ca. 70 %). Weiters absolvierten 17 StudentInnen aus früheren Jahrgängen das Studium, so dass insgesamt 56 neue SozialarbeiterInnen das Diplom erhielten.

Die Berufsintegration der AbsolventInnen scheint schwieriger geworden zu sein. 31 Personen konnten eine berufliche Position sofort antreten (rund 55 %), erfahrungsgemäß werden in den nächsten Monaten noch weitere dazu eine Möglichkeit bekommen.

336 BewerberInnen unterzogen sich einer **Eignungsprüfung**, davon 16 Studienberechtigungsprüfungs-KandidatInnen. 52 BewerberInnen erhielten einen positiven Aufnahmebescheid, weiters war 10 BewerberInnen aus dem Vorjahr bereits die Aufnahme zugesagt worden. Von den 62 Aufgenommenen begannen tatsächlich 52 im Herbst mit dem Studium. Insgesamt besuchen derzeit 145 Studierende die Akademie (103 Frauen, 42 Männer).

Die Zahl der durchgeführten **Fortbildungsveranstaltungen** erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 26 %. An 53 Veranstaltungen nahmen insgesamt 686 MitarbeiterInnen teil. Inhaltlich war der Themenbereich weit gestreut. Ein Schwerpunkt lag auf methodischen Fertigkeiten und Übungsverhalten. Weiters wurde dem aktuellen Thema der Qualitätssicherung breiter Raum gegeben. Sozial relevante Themen von Seminaren waren Arbeitslosigkeit, Wohnen, sexueller Missbrauch, Alkoholproblematik, Drogenproblematik, Flüchtlinge. Ein weiterer Schwerpunkt lag auf Recht und Rechtspraxis.

Im **Institut für Sozialpädagogik** standen weiterhin zwei Jahrgänge des **Kollegs für Sozialpädagogik** am Programm. 25 Studierende legten die Diplomprüfung mit Erfolg ab. 26 Studierende begannen neu mit ihrer Ausbildung. 188

KandidatInnen bewarben sich um die Aufnahme. 26 Personen wurden schließlich auf Grund der Ergebnisse von Auswahlseminaren aufgenommen. Die Auswahlseminare haben sich sehr bewährt, weil sie BewerberInnen und SeminarleiterInnen Gelegenheit bieten, sich gegenseitig kennen und einschätzen zu lernen.

Die Lehrveranstaltung „Themenzentrierte Gruppen“ deckt den Bereich **Persönlichkeitsbildung** ab. Sie sind mit Erfahrungen aus den Praktika und den übrigen Lehrveranstaltungen vernetzt. Die Themen der Ausbildung werden in den Gruppen im Sinne einer Selbsterfahrung in individuell-persönlicher Weise wieder aufgegriffen.

Projekte behandelten Themen wie Kinderrechte, Sport und Kunst mit Obdachlosen, Erlebnispädagogik, Drama etc. Das alljährliche Spielefest wies wieder regen Besuch von ca. 800 Kindern samt Erwachsenen auf. Auch eine Gruppe behinderter Jugendlicher nahm daran teil; für sie war das Spielefest ein Top-Ereignis.

Das Institut führt laufend zwei Jahrgänge des **Lehrganges für Behindertenarbeit für Berufstätige**. Ein Lehrgang endete Anfang des Jahres mit der Diplomierung.

Auf Grund einer Gesetzesänderung übernimmt den weiteren Unterrichtsbetrieb die neu geschaffene „Lehranstalt für heilpädagogische Berufe (LHB – Basismodul)“. Das Basismodul besteht aus drei Semestern. Nach erfolgreichem Abschluss wird den TeilnehmerInnen ein Zeugnis mit der Berufsbezeichnung „Behindertenbetreuer“ ausgestellt.

Im Rahmen des **Fortbildungsprogramms** nahmen insgesamt 230 MitarbeiterInnen an den 29 Seminaren teil. Außerdem führte das Institut eine Reihe von Spezialseminaren für MitarbeiterInnen in den Regionen und für die Gruppe der RegionalleiterInnen durch.

Weiters fanden zwei Lehrgänge mit je 16 TeilnehmerInnen aus den Berufsgruppen Sozialpädagogik, Sozialarbeit und Psychologie für Krisenintervention und ein Lehrgang mit 12 TeilnehmerInnen für Erlebnispädagogik statt.

Für die Berufsgruppe der SozialpädagogInnen fanden 102 Einzelsupervisionen und 98 Gruppen(Team)supervisionen statt. Weitere Angebote des Institutes waren Coaching, Teamentwicklung und Organisationsentwicklung sowie Mediation.

Die **Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik** setzte die Erhebungen des Ist-Zustandes der **Schulkultur** mit einer Befragung der SchülerInnen, Eltern und AbsolventInnen fort. Die Bewertung erfolgte dabei nach dem System der Schulnoten. Die Einschätzung des Ist-Zustandes ergibt einen Durchschnitt von 2, wobei die SchülerInnen des Kollegs II und jene der höheren Klassen tendenziös eher zu kritischeren Beurteilungen neigten. Besonders erfreulich ist das Ergebnis, dass bei nochmaliger Wahlmöglichkeit rund drei Viertel der SchülerInnen die Ausbildung wieder an der Bildungsanstalt machen wollen, allerdings nur ca. die Hälfte der Kolleg-Studierenden. Fast die Hälfte der Befragten gab auf die Frage, welche Werte durch die Bildungsanstalt vermittelt werden, „Selbstvertrauen, Selbstbewusstsein“ an. Das Image der Bildungsanstalt wurde mit +3 (genau 2,74) etwas kritisch bewertet, z. B. „zu wenig Öffentlichkeitsarbeit“ und „Meinung Nicht-Informierter, die Schule stelle zu geringe Anforderungen“ als Gründe genannt werden. Positiv hingegen wurden hauptsächlich die „fundierte Berufsausbildung“ und „nette LehrerInnen, nette Direktorin“ genannt.

Auf der Basis der Erhebung des Ist-Zustandes wird in einem 3-jährigen Schulprojekt versucht, die Schulkultur weiter zu verbessern.

Zum Jahresende betrug der **SchülerInnenstand** 471 (12 männliche), weiters wies der Lehrgang zur Ausbildung von KindergärtnerInnen zu SonderkindergärtnerInnen 27 KandidatInnen auf. 70 AbsolventInnen bestanden die Reife- und Diplomprüfung, weiters 56 KandidatInnen aus den Assistentenkursen. 27 KandidatInnen aus der Kolleg-Ausbildung bestanden die Diplomprüfung. Die Eignungsprüfung für die Kolleg-Ausbildung bestanden 26 KandidatInnen. Zur Eignungsprüfung für die Ausbildung zur Reife- und Diplomprüfung traten 140 KandidatInnen an, wovon 119 bestanden, 28 jedoch wegen Platzmangels nicht aufgenommen werden konnten.

Sozialamt (MA 12)

Vorwort

Der Verwaltungsbericht 1999 der MA 12 wird voraussichtlich der letzte in der vorliegenden Form sein.

Am 3. November 1999 wurde ich als neuer Leiter der MA 12 in mein Amt eingeführt und damit gleichzeitig mit umfangreichen Reformaufträgen betraut.

Die MA 12 soll im Laufe der nächsten Jahre zu einem modernen Dienstleistungsbetrieb umgestaltet werden, in dem Kundenfreundlichkeit, Zielorientiertheit und Effizienz die großen Leitlinien darstellen. Ein gewaltiges Vorhaben wenn man bedenkt, dass die MA 12 in ihren wesentlichsten Aufgabenbereichen als „Amt“ agiert, also hoheitliche Aufgaben zu erfüllen hat.

Mit dem „Umbau“ wurde bereits begonnen. Besonders zu betonen ist, dass die neue Organisationsstruktur sich an den zu vollziehenden Aufgaben orientieren wird, d. h. die bisherige Dezernats- und Referatsstruktur wird von einer Fachbereichs- und Gruppenstruktur abgelöst werden.

Die vertraglichen Verhältnisse zu den privaten Leistungserbringern werden und müssen in Richtung festgelegte Standards und Kosten-Leistungs-Rechnung verändert werden.

Jene Elemente des „New Public Management“, die innerhalb der derzeitigen Magistratsstrukturen umsetzbar und für die Reform der MA 12 auch sinnvoll sind, werden zum Einsatz gelangen.

Da sowohl Beschwerdemanagement, Sozialplanung, Controlling und interne Revision als neue Organisationselemente eingeführt werden, sind davon auch verbessernde Auswirkungen auf das bestehende Berichtswesen zu erwarten. Dieses veränderte Berichtswesen wird daher auch die Gestaltung der kommenden Jahres-(Leistungs-)berichte wesentlich beeinflussen.

(DSA Sepp Schmidt, Abteilungsleiter)

Allgemeine Sozialhilfe

In der **Allgemeinen Sozialhilfe** wurden die **Richtsätze** für Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes ab 1. Jänner 1999 mit Verordnung der Wiener Landesregierung, LGBL. für Wien Nr. 62/1998, erhöht:

Sie betragen für Alleinunterstützte ATS 5.019 (364,74 EUR), für Hauptunterstützte ATS 4.894 (355,66 EUR), für Mitunterstützte ohne Anspruch auf Familienbeihilfe ATS 2.513 (182,63 EUR) und für Mitunterstützte mit Anspruch auf Familienbeihilfe ATS 1.505 (109,37 EUR). Der zur Angleichung der Dauerleistungen an die Bezüge der AusgleichszulagenempfängerInnen gewährte Zuschlag wurde ebenfalls erhöht und mit ATS 2.789 (202,68 EUR) für Alleinstehende und ATS 3.733 (271,29 EUR) für ein Ehepaar festgesetzt. Außerdem wurden an DauersozialhilfebezieherInnen – ebenfalls analog den Pensionen mit Ausgleichszulage – im Jänner 1999 eine zusätzliche Zahlung von ATS 600 (43,60 EUR) für Alleinstehende und ATS 900 (65,41 EUR) für Ehepaare sowie im Juni 1999 in der Höhe von ATS 300 (21,80 EUR) geleistet.

Zur Verbesserung des Schutzes vor Wohnungsverlust wurde die Höchstgrenze der Mietbeihilfe mit Verordnung der Wiener Landesregierung LGBL. für Wien Nr. 52/98 dahingehend geändert, dass eine Staffelung je nach Wohnungsgröße und Personenanzahl vorgenommen wurde:

ATS 3.116 (226,45 EUR) bis inklusive 50 m² für 1 bis 2 Personen

ATS 3.300 (239,82 EUR) bis inklusive 70 m² für 3 bis 4 Personen

ATS 3.600 (261,62 EUR) bis inklusive 90 m² für 5 bis 6 Personen

ATS 3.900 (283,42 EUR) ab 90 m² ab 7 Personen.

Geldaushilfen zur Deckung des Lebensunterhaltes wurden in 131.265 Fällen ausbezahlt. U. a. entfielen 7.940 Fälle auf PensionsbewerberInnen, 2.093 auf AlleinerzieherInnen und in 1.249 Fällen handelte es sich um eine Hilfe in besonderen Lebenslagen. Die Aufwendungen für Geldaushilfen erhöhten sich um 12,86 % und betragen ATS 614.973.485.

An die Wiener Stadtwerke – Städtische Bestattung wurden für nicht bzw. nicht zur Gänze in Verlassenschaftsverfahren eingebrachte Bestattungsdurchführungskosten ATS 5.044.825 für 667 Fälle überwiesen (§ 10 des Wiener Leichen- und Bestattungsgesetzes). Im Jahr 1999 wurden an Hinterbliebene Beiträge zum Bestattungsaufwand für bedürftige Personen ausbezahlt, und zwar ATS 609.986.

Im Rahmen der **Hilfe in besonderen Lebenslagen** gewährte die MA 12 in 1.249 Fällen einmalige Aushilfen zur Überbrückung außergewöhnlicher Notstände und monatlich durchschnittlich 11 Aushilfen an die in Wien wohnhaften und durch HIV infizierten Personen zur Überbrückung außergewöhnlicher Notstände. Im Jahr 1999 betrug der Aufwand ATS 18.449.494.

Weitere Hilfen und Zuschüsse umfassten folgende Bereiche:

Für ärztliche Behandlungen, Heil- und Hilfsmittel sowie Arzneimittelversorgung wurden im Rahmen der **Krankenhilfe** ATS 88.439.733 zur Verfügung gestellt, der Aufwand für konservierende und prothetische Leistungen von ZahnärztInnen und DentistInnen betrug ATS 10.046.997. Für Krankenhilfeleistungen für Personen ohne Krankenversicherung in städtischen und nichtstädtischen Krankenanstalten sowie Krankentransportleistungen wurden im Jahr 1999 ATS 966.873.286 aufgewendet (alle Anforderungen ohne Flüchtlingshilfe).

Da die Wiener Gebietskrankenkasse (WGKK) die **Leistungen für Hilfsmittel** an sozialversicherte Personen nach wie vor sehr eingeschränkt bzw. in vielen Fällen eingestellt hat, ist eine bemerkenswerte Zunahme von Fällen eingetreten, bei denen die Gewährung eines Zuschusses oder die Übernahme der Kosten aus Mitteln der Sozialhilfe zu prüfen ist.

An **Konventionsflüchtlinge** wurden 4.656 Aushilfen mit einem Gesamtbetrag von ATS 30.036.383 ausbezahlt, auf österreichischen Staatsbürgern gleichgestellte Personen, ausgenommen Konventionsflüchtlinge, fielen 951 Fälle mit ATS 4.504.549 und auf österreichischen Staatsbürgern nicht gleichgestellte Personen entfielen 3.435 Fälle mit ATS 18.982.289.

Gemäß der Übertragungsverordnung vom 16. Juli 1992, BGBl. Nr. 412/1992, sind nach Maßgabe der Weisungen des Bundesministeriums für Inneres (BMI) Verträge über die Unterbringung von bundesbetreuten **AsylwerberInnen** mit privaten humanitären und kirchlichen Einrichtungen oder Institutionen der freien Wohlfahrt abzuschließen und diese Unterkünfte und die vereinbarten Leistungen regelmäßig zu kontrollieren (mindestens 2-mal jährlich). Am 31. Dezember 1999 waren in Wien 419 AsylwerberInnen untergebracht.

Das Angebot der Caritas der Erzdiözese Wien, der Volkshilfe Wien, der Heilsarmee, der Arge Nichtsesshaftenhilfe, von WOBES, des Vereins Wiener Sozialprojekte, des Wiener Hilfswerks und des Vereins für Bewährungshilfe und soziale Arbeit (diese Organisationen bildeten bis Ende 1998 die **ARGE Wohnplätze für Bürger in Not**) umfasste im Jahr 1999 580 betreute Wohnplätze. Pro Wohnplatz betrug der Monatssatz ATS 5.641 und in den Frauenwohnheimgemeinschaften des Wiener Hilfswerks ATS 6.782 monatlich.

Flüchtlingshilfe

Kosovohilfe

Am 30. März 1999 hat auf Einladung der MD – Hilfs- und Sofortmaßnahmen (MDH) eine Besprechung stattgefunden, an der zahlreiche Dienststellenvertreter und Freiwilligenorganisationen teilnahmen. In dieser Besprechung informierte der Leiter der MDH die Teilnehmer, dass im Auftrag des Herrn Bürgermeisters eine Hilfsaktion für Vertriebene aus dem Kosovo vorzubereiten sei.

Der Auftrag, die Registrierung der Personen durchzuführen, erging an die MA 12.

Per Verordnung vom 27. April 1999, BGBl. II Nr. 133/99, wurde das Aufenthaltsrecht kriegsvertriebener Kosovo-Albaner bis zum 31. Dezember 1999 geregelt.

Zwecks einer gemeinsamen temporären Unterstützung der kriegsvertriebenen Kosovo-Albaner wurde zwischen dem Bund und den Ländern ein entsprechendes Übereinkommen abgeschlossen (Bund-Länder-Aktion). Dieses Übereinkommen enthält neben einer Definition der Zielgruppe und des Leistungskatalogs auch Bestimmungen über die Kostensätze und die Kostenteilung ($\frac{2}{3}$ Bund, $\frac{1}{3}$ Land).

Am 15. April 1999 landete im Rahmen einer international vereinbarten Aufnahmeaktion das erste Flugzeug mit Vertriebenen aus dem Kosovo in Wien-Schwechat.

Bis 2. Juni 1999 folgten 5 weitere Flugzeuge mit kosovarischen Kriegsvertriebenen mit Betreuungs- und Unterstützungszuständigkeit des Landes Wien.

Die per Luftbrücke nach Wien-Schwechat eingeflogenen und für das Land Wien bestimmten Personen, wurden in der Auffangstelle des Landes Wien in 1030 Wien, Hüttenbrennergasse 6, humanitär erstversorgt (Getränke, Nahrung, Kleinkindernahrung), medizinisch und psychologisch betreut, auf Ungezieferbefall untersucht und gegebenenfalls entlaust. Ebenso wurden Lungenröntgen durchgeführt.

Nach erfolgter Registrierung wurde die Zuweisung in die von der MDH vorbereiteten organisierten Großquartiere durchgeführt.

Weitere kleinere Zugänge an zu Betreuenden erfolgten kurzfristig durch Flüge des Roten Kreuzes oder des Verteidigungsministeriums. Die Registrierung dieses Personenkreises wurde teilweise in den Räumlichkeiten der MA 15 (anlässlich des Röntgens) bzw. direkt in den organisierten Großquartieren durchgeführt.

Nach Beendigung der kriegerischen Ereignisse im Kosovo und des darauf folgenden Abschlusses des „Military Technical Agreement“ zwischen KFOR und der Republik Jugoslawien begannen die organisierten Rückflüge der vom Land Wien betreuten Kosovo-Vertriebenen (von Wien-Schwechat via Skopje/Mazedonien) unter Einbeziehung von IOM (International Organization for Migration) beginnend mit 6. Juli.

Bis 15. Dezember 1999 sind auf diesem Weg bereits 474 Personen aus der Wiener Betreuung zurückgekehrt. Die Rückflugaktion wurde von der Bereichsleitung für Integration mit Unterstützung der MDH und der MA 12 administriert. Diese Rückflüge wurden bisher kontinuierlich fortgesetzt. Vertriebene ohne gültige Reisedokumente erhielten für den Rückflug Laisser-Passer-Bestätigungen von der Fremdenpolizei ausgestellt. Die Rückkehr erfolgte ausschließlich freiwillig.

Höchststand Kosovohilfe Wien

Der absolute Höchststand von Betreuten wurde am 10. Juni 1999 mit 696 Personen erreicht, davon waren 612 Personen im organisierten Großquartierbereich und 84 Personen im Privatbereich untergebracht.

Insgesamt wurden seit dem 15. April 1999 bis Jahresende 1999 vom Land Wien 1.188 Personen registriert, inklusive 74 Personen, die keine direkte Leistung im Land Wien erhielten.

Dazu einige nähere Ausführungen:

- Ausweiskarte für Vertriebene aus dem Kosovo
Nach EDV-Registrierung (direkt in der Auffangstelle) wurden noch in der Nacht der Ankunft die Ausweiskarten (Gelbe Karten) ausgestellt und am darauf folgenden Tag den Leitern der organisierten Großquartiere ausgefolgt.
- Kosovo-Vertriebenen, die über keine gültigen Reisedokumente (wie z. B. Reisepässe) verfügten, wurden von der Fremdenpolizei Lichtbildausweise für Fremde ausgestellt.
- Krankenhilfe

In Vorbereitung für die Kosovohilfe wurde das im Rahmen der Bosnienhilfe angewandte Modell der Krankenhilfe (Kranken- u. Zahnscheine sowie allfällige Verordnungen mit MA 12-Sozialhilfekrankenscheinen mit spezieller Kennzeichnung) von Vertretern des BMI und der Länder auch für die Kosovohilfe als anwendbar angesehen.

In den nachfolgend abgehaltenen Bund-Länder-Sitzungen wurde dem Modell der Anmeldung beim Hauptverband der Österreichischen Sozialversicherungsträger (nach der Verordnung zu § 9 ASVG vom 7. Mai 1999, BGBl. II Nr. 148/99) der Vorzug gegeben.

Das Land Wien hat demgemäß mit der WGKK eine entsprechende Vereinbarung über die Abrechnung der Sozialversicherungsbeiträge abgeschlossen. Sämtliche An- und Abmeldungen erfolgten mit der Software ELDA der WGKK unter Einbindung der MA 14. Die monatlichen Beitragszahlungen erfolgen (basierend auf Sozialversicherungstagen) an die WGKK.

Den Kosovaren wurden die von der WGKK ausgestellten SV-Karten ausgefolgt, die Kranken- und Zahnscheine wurden ebenfalls von der WGKK beigestellt.

- Austausch zwischen den Bundesländern

Nachdem eine Anzahl von Personen, die mit organisierten Flügen in andere Bundesländer gebracht wurden, nach kurzer Zeit in Wien vorstellig wurden und in die Betreuung des Landes Wien aufgenommen werden wollten, hat das Land Wien entsprechende Drucksorten entwickelt, die einen organisierten Wechsel von Bundesland zu Bundesland ermöglichen (Bestätigung des zukünftigen Quartiergebers bzw. Information an die entsprechende Landesregierung).

- Pfarren

In Wien erklärten sich Pfarren bereit, Vertriebene aus dem Kosovo aufzunehmen. Die in Pfarren untergebrachten Personen wurden, nach Abschluss von Vereinbarungen mit den katholischen und evangelischen Pfarren, als in „Organisierten Großquartieren“ untergebrachte Personen behandelt.

- Unterstützungsleistungen

Im organisierten Quartier erhält der unterstützte Personenkreis neben Unterkunft, Verpflegung und Krankenhilfe auch noch ein monatliches Taschengeld, wobei der Kostenhöchstsatz für Unterkunft (Quartierkosten, Betriebskosten), Verpflegung, Betreuung, Hygieneartikel und Wäscherei gemäß Bundesbetreuungssatz ATS 225 (16,35 EUR) pro Person und Tag inklusive 10 % USt nicht überschreiten darf.

In Privatquartieren wird an den Unterkunftsgeber oder den Kriegsvertriebenen eine monatliche Unterstützungsleistung in Höhe von ATS 1.500 (109,01 EUR) pro Person ausbezahlt. Ein monatliches Taschengeld in Höhe von ATS 200 (14,53 EUR) erhalten alle in Betreuung stehenden Personen.

- Kurse und Veranstaltungen

Unter der Federführung der Bereichsleitung für Integrationsangelegenheiten wurden für die Vertriebenen aus dem Kosovo Kurse und Veranstaltungen organisiert:

- Deutschkurse, Nähkurse usw.
 - Eintrittsmöglichkeit in Bäder, intensive Freizeitgestaltung (Besuch von Fußballmatches, Zirkus, Theater usw.)
 - Spezialvorträge über Hygiene und den Umgang mit Minen.
- Nach 2 „Fact finding missions“ in den Kosovo durch einen Vertreter der MA 12, erfolgten intensive Beratungen betreffend einer humanen Rückkehrmöglichkeit in den Kosovo.
 - Monatsfahrkarten der Wiener Linien wurden zur Verfügung gestellt.
 - Überbrückungshilfe

Vertriebene aus dem Kosovo, die bis zum 15. September 1999 an organisierten Rückflügen in ihre Heimat freiwillig teilnahmen, erhielten in Entsprechung des Bund-Länder-Übereinkommens außer dem Rückflug eine einmalige finanzielle Überbrückungshilfe in Höhe von ATS 3.000 (218,02 EUR) pro Person ab vollendetem 18. Lebensjahr, bzw. ATS 1.000 (72,67 EUR) pro Kind bzw. Jugendlichen.

Auf Grund der vom Land Wien durchgeführten Erkundungsfahrt und der dabei gemachten Erfahrungen erfolgte eine Ergänzung zum Übereinkommen, in welchem es zu einer Staffelung (entsprechend der im Kosovo vorliegenden Rahmenbedingungen) der Überbrückungshilfe gekommen ist. Die Auszahlung der Überbrückungshilfe wird nunmehr entweder in der Höhe von ATS 3.000/Person (218,02 EUR, DM 430) oder in der Höhe von ATS 6.000/Person (436,04 EUR, DM 850) oder in der Höhe von ATS 9.000/Person (654,06 EUR, DM 1.200), entsprechend dem Zerstörungs- bzw. Beschädigungsgrad des Wohnobjektes, gewährt.

Die angebotene Rückkehrhilfe wurde bereits von 474 Personen in Anspruch genommen. Die Rückkehrhilfe für organisierte Rückflüge wurde am Flughafen Wien von IOM ausbezahlt.

- Die angebotene Rückkehrhilfe für nicht organisierte Rückkehr wurde im Jahr 1999 von 12 Personen in Anspruch genommen.
 - Aufenthaltsrecht
- Per 461. Verordnung der Bundesregierung, ausgegeben am 17. Dezember 1999, wurde das BGBl. II Nr. 133/1999 über den 31. 12. 1999 hinausgehend geregelt.

Am 31. Dezember 1999 waren noch insgesamt 155 Personen, davon 78 in Privatunterkünften und 77 in organisierten Großquartieren und Pfarren, in Betreuung der Kosovohilfe.

Die **Großquartiere** unterscheiden sich per 31. Dezember 1999 nach:

- 1 Organisiertes Großquartier in Wien (Mautner-Markhof'sches Kinderspital),
- 0 Gewerbliche Quartiere in Wien,
- 12 organisierte Quartiere in Wien (davon 11 Pfarren und das Integrationshaus).

Im Verlauf des Jahres 1999 erfolgte an Veränderungen organisierter Großquartiere: Ein Standort in NÖ (Prinz-Eugen-Kaserne, 2000 Stockerau, Unter den Linden 30) war nach Erstbelegung ab 6. Mai 1999 für das Land Wien nicht nachbelegbar und wurde mit 9. Juni 1999 geschlossen.

Zwei organisierte Großquartiere, die mangels anderwertiger UnterkunftsKapazitäten im Mai des Jahres 1999 belegt wurden, waren im Juli 1999 nach Kriegsende, bedingt durch Abgänge, beginnend mit Familienzusammenführungen in anderen Bundesländern und folgend in Abgängen bedingt durch das Anlaufen der Rückflüge in den Kosovo, zu schließen.

Es waren dies die Standorte:

- 1230 Wien, Triester Straße 199, Belag von 18. 5. 1999 bis 5. 7. 1999 und
- 1180 Wien, Bastiengasse 36–38, Pav. 1, Belag von 25. 5. 1999 bis 15. 7. 1999.

Weitere belegte organisierte Großquartiere für Kosovohilfe waren:

- 1030 Wien, Baumgasse 75, MM-Kinderspital, Belag ab 15. 4. 1999,
- 1145 Wien, Baumgartner Höhe 1, Pav. 8, Belag von 18. 5. 1999 bis 31. 8. 1999.

An gewerblichen Häusern wurden nach Abschluss eines entsprechenden Vertrages belegt:

- 1230 Wien, Gatterederstraße 10, JWH Atzgersdorf, Belag von 1. 7. 1999 bis 7. 9. 1999.

Eine dreiköpfige Familie wurde von der Bereichsleitung für Integrationsangelegenheiten im Integrationshaus in 1020 Wien, Engerthstraße 161, untergebracht.

Seit Kriegsende im Juni 1999 erfolgten nur noch wenige Neuaufnahmen. Dabei handelt es sich hauptsächlich um Neugeborene und vereinzelte Übernahmen aus anderen Bundesländern.

Bis 31. Dezember 1999 wurden in Wien seit Beginn der Aktion 1.188 (EDV-Stand 27. 12. 1999) Vertriebene aus dem Kosovo registriert, davon waren per 31. 12. 1999 155 Personen in Betreuung der Stadt Wien.

Bosnienhilfe

Die seit Mai 1992 bestehende **Bosnienhilfeaktion** im Rahmen der Bund-Länder-Vereinbarungen endete vorerst gemeinsam mit dem Aufenthaltsrecht gemäß § 12 Aufenthaltsgesetz (§ 29 Fremdenrechtsgesetz) auch für die nach dem BGBl. II Nr. 215/97 definierten schutzbedürftigen Personen am 31. 7. 1998.

Das am 1. 8. 1998 in Kraft getretene 85. Bundesgesetz, mit dem integrierten Vertriebenen aus Bosnien und Herzegowina das weitere Aufenthaltsrecht gesichert wird, eröffnete dem betroffenen Personenkreis einerseits völlig neue Perspektiven für einen Verbleib in Österreich und stellte andererseits auch klar, dass nicht integrierten Flüchtlingen aus Bosnien und Herzegowina nur noch dann ein auf jeweils sechs Monate vorübergehendes Aufenthaltsrecht im Bundesgebiet gewährt werden kann, wenn ihnen die endgültige Rückkehr in ihre Heimat noch nicht zuzumuten ist.

Letztgenannten Personen ist allerdings dieses vorübergehende Aufenthaltsrecht auf den für die Vorbereitung der Ausreise notwendigen Zeitraum zu beschränken, wenn sie ein entsprechendes Reintegrationsangebot in Bosnien, das ihnen nachweislich gemacht worden ist, nicht annehmen, obwohl ihnen dies zumutbar wäre und dadurch mangelnde Rückkehrbereitschaft gegeben ist.

An derartigen Projekten wurde bereits seit längerer Zeit auf Bund-Länder-Ebene gearbeitet, und Anfang 1999 konnten zwei Projekte jeweils unter der Führung der Länder Wien und Niederösterreich für insgesamt ca. 130 bis 140 Personen fertig gestellt werden.

Im Februar 1999 wurden diejenigen Personen, die sich bereits 1998 zur Teilnahme an Reintegrations- bzw. Altenheimprojekten gemeldet hatten (was für einige 1997 und 1998 die Grundlage ihres weiteren Aufenthaltes in Österreich war) von der Fertigstellung der Projekte schriftlich informiert. Die Reaktionen der Personen waren unterschiedlich.

Teils wurden die Projekte positiv angenommen und die Rückkehr der Personen mit Rückkehr- und Starthilfe wesentlich erleichtert. Andere zur Teilnahme an Projekten vorgesehene Personen verweigerten diese, was für sie zur Folge haben kann, dass wie bereits öfters erwähnt ihr Aufenthalt in Österreich gemäß den Bestimmungen des § 3 Abs. 1 des Bosniengesetzes durch die fremdenpolizeilichen Behörden auf den zur Vorbereitung der Ausreise notwendigen Zeitraum beschränkt werden muss.

Noch im Februar 1999 begann die Besiedelung des Wiener Reintegrationsprojektes Sapna.

De-facto-Flüchtlinge aus Bosnien in Betreuung des Landes Wien erhielten zuzüglich zur finanziellen Rückkehrhilfe die Möglichkeit der Unterbringung in Bosnien im Projekt in Sapna. Es konnten dort bisher 18 Personen untergebracht werden.

Ebenfalls im Februar 1999 konnte mit der Besiedelung des unter der Führung des Landes Niederösterreich stehenden Reintegrationsprojektes in Kalesija/Bosnien begonnen werden.

Bisher konnten dort 20 rückkehrende bosnische De-facto-Flüchtlinge aus der Wiener Betreuung untergebracht werden.

Ab April 1999 wurden De-facto-Flüchtlinge aus Bosnien in Betreuung des Landes Wien im Rahmen des Altenheimprojektes Travnik organisiert mit Bustransporten nach Bosnien gebracht und im Altenheimprojekt untergebracht (18 Personen).

Im Sommer 1999 erhielt das Land Wien vom Land Kärnten die Information, wonach in nächster Zeit 20 bis 25 Personen des Landes Wien am Reintegrationsprojekt Celic teilnehmen können. Am 27. August 1999 erfolgte ein organisierter Transport des Landes Wien mit 12 Personen nach Celic, wobei auch gleichzeitig weitere 5 Personen nach Travnik gebracht wurden. 8 Personen organisierten ihre Übersiedlung ins Reintegrationszentrum Celic selbst.

Im Jahr 1999 setzte sich die im Juni 1998 begonnene Rückkehrwelle fort. Diese war einerseits auf das bevorstehende Ende der Bosnienhilfeaktion und die eingangs zitierte Änderung der aufenthaltsrechtlichen Bestimmungen, als auch auf eine Verbesserung der Situation in Bosnien und Herzegowina, insbesondere auf die Fertigstellung der zitierten Projekte, zurückzuführen. Die Rückkehr erfolgte ausschließlich freiwillig.

Die angebotene Rückkehrhilfe wurde im Jahr 1999 von 88 Personen (1998: 257 Personen) in Anspruch genommen.

Die aktuellen Aufenthaltstitel der aufrecht in Betreuung stehenden Personen werden laufend evident gehalten. Am 17. März 1999 und am 15. Oktober 1999 erfolgten Aussendungen an die Fremdenpolizeilichen Behörden von Wien und Niederösterreich mit den Zuordnungen der Schutzbedürftigkeit je Person. Diese Schreiben ergingen postalisch in Kopie an die Betreuten.

Am 31. Dezember 1999 waren noch insgesamt 67 (Jahresende 1998: 354) Personen, davon 43 (1998: 184) in Privatunterkünften und 24 (1998: 170) in Großquartiere in Betreuung der Bosnienhilfe.

Die Großquartiere unterscheiden sich nach:

- 1 Großquartier (1998: 1), ausschließlich in Wien,
- 1 Gewerbliches Quartier (1998: 2 in Wien und NÖ), in NÖ
- 1 Integrationshaus (1998: 1), in Wien.

Im Jahr 1999 erfolgte eine Verringerung der Großquartiere um einen Standort.

Ein Großquartier in Wien (PKH) wurde im Herbst geschlossen, die Unterbringung erfolgte in einem anderen Wiener Großquartier (MMK).

Die Rückgänge bei den in Großquartieren betreuten De-facto-Flüchtlingsen erfolgten somit:

in gewerblichen Quartieren	um	57 Personen (- 89,06 %)
in Großquartieren	um	48 Personen (- 77,42 %)
in Integrationshäusern	um	41 Personen (- 93,18 %)
insgesamt somit	um	146 Personen (- 85,88 %)

Es erfolgten im Berichtsjahr keine Neuaufnahmen, aber die bereits hier befindlichen Flüchtlinge brauchen zunehmend mehr Beratung und zum Teil psychotherapeutische Betreuung. Auch die Kosten der Krankenhilfe sind wegen des immer höher werdenden Anteils an älteren Flüchtlingen sehr hoch geblieben.

Bis 31. Dezember 1999 wurden in Wien, seit Beginn der Aktion 27.185 (EDV-Stand 27. 12. 1999) De-facto-Flüchtlinge aus Bosnien und Herzegowina registriert, davon waren per 31. 12. 1999 67 Personen (Vergleichswert Ende 1998: 354) in Betreuung der Stadt Wien.

Von diesen 27.185 registrierten Personen erhielten insgesamt im Rahmen der Bosnienhilfeaktion Leistungen:

- 14.938 Personen im Privatbereich
- 5.964 Personen im Großquartierbereich
- 20.902 Personen absolut

Der absolute Höchststand von Betreuten wurde im November 1992 mit 9.264 Personen erreicht, davon waren 2.224 Personen im Großquartierbereich und 7.040 Personen im Privatbereich untergebracht.

Zur **Sicherstellung** aufgelaufener Sozialhilfekosten wurden 21 Hypotheken für einen Gesamtbetrag von ATS 3.691.656 zugunsten des Landes Wien grundbücherlich einverleibt. 7 Hypotheken konnten auf Grund der Rückzahlung des geleisteten Sozialhilfeaufwands gelöscht werden. Im Grundbuch wurden 50 Erhebungen durchgeführt. In 7 Fällen erklärte die Abteilung, auf Grund eines im Jahr 1999 neu eingeleiteten Verfahrens vor dem Arbeits- und Sozialgericht auf Zuerkennung einer Pension ihren Beitritt als Nebenintervenient.

Tuberkulosehilfe, Kur- und Rekonvaleszenten-aufenthalte

Auf Grund des **Tuberkulosegesetzes** werden mangels eines anderen Kostenträgers im Rahmen der mittelbaren Bundesverwaltung die Kosten der Behandlung einer aktiven Tuberkulose bzw. die Kosten der Behandlung anderer Erkrankungen, sofern diese im Zusammenhang mit der Erkrankung an Tuberkulose notwendig sind, übernommen.

Die Behandlungskosten anderer, gleichzeitig mit einer Tuberkulose auftretender, nichttuberkulöser Erkrankungen werden ebenso aus Mitteln der Sozialhilfe übernommen wie die Kosten der Behandlungen der Angehörigen der Tuberkulosekranken.

Im Schnitt wurden im Jahr 1999 monatlich für 59 Personen Behandlungskosten aus Bundesmitteln und für 25 Personen aus Sozialhilfemitteln mit Bescheid übernommen. In Zweifelsfällen wurden vor der Übernahme der Behandlungskosten amtsärztliche Sachverständige befragt, ob ein Zusammenhang zwischen den zu übernehmenden Behandlungskosten und der Tuberkulose vorliegt, um den Kostenträger (Bund oder Land) feststellen zu können.

Aus Mitteln der Sozialhilfe wurden im Schnitt im Jahr 1999 monatlich 43 Personen als HauptbezieherInnen und 21 Personen als MitbezieherInnen finanziell unterstützt. Die Unterstützung erfolgt unter Berücksichtigung des krankheitsbedingten Mehrbedarfs auf die Dauer einer aktiven Tuberkuloseerkrankung, zuzüglich einer dreimonatigen Übergangsfrist.

Vom Referat **Kur- und Rekonvaleszenten-aufenthalte** sind im Jahr 1999 57 Anträge um Bewilligung von Kur- und Rekonvaleszenten-aufenthalte eingegangen, davon wurden 29 Bewilligungen für die Kostenübernahme eines Kur- oder Rekonvaleszenten-aufenthaltes erteilt.

Anspruchsberechtigt sind nur SozialhilfebezieherInnen; bezweckt wird vor allem die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit, bzw. bei dauernd arbeitsunfähigen SozialhilfebezieherInnen eine längerdauernde Linderung von Schmerzzuständen.

Im Laufe des Jahres mussten 26 Anträge abschlägig erledigt werden; die überwiegende Zahl der Abweisungen erfolgte nach amtsärztlicher Begutachtung, weil die medizinischen Voraussetzungen für einen Kur- oder Rekonvaleszenten-aufenthalt nicht vorlagen, bzw. weil keine Kurfähigkeit gegeben war (z. B. bei Bezug von Pflegegeld).

Sozialarbeit mit Erwachsenen, Obdachlosenbetreuung

Dem Referat Sozialarbeit mit Erwachsenen standen mit Dezember 1999 92 SozialarbeiterInnen zur Bewältigung des umfangreichen Aufgabengebiets zur Verfügung. Die im Referat tätigen SozialarbeiterInnen boten auch 1999 Personen ab dem 19. Lebensjahr Hilfestellungen an, die von einmaligen Informations- und Beratungsgesprächen über Vorschläge zur Lösung von Krisensituationen bis zu längerfristigen Intensivbetreuungen reichten.

Ein zusätzliches Aufgabengebiet des Referats Sozialarbeit mit Erwachsenen stellt die Teilnahme am **Expertenkreis**, der sich aus je einem/einer VertreterIn der Caritas, der MAG 11, der MA 12, Wiener Wohnen und des Vereins Wiener Frauenhäuser zusammensetzt, dar. In 23 Sitzungen wurden 1.487 Fälle (manche auch mehrmals), die von Obdachlosigkeit bedroht oder obdachlos waren und von keiner sozialen Institution betreut wurden, behandelt. Von einem weiteren Mitarbeiter der Referatsleitung wurden für den Expertenkreis zusätzliche Erhebungen in Form von Gesprächen bzw. Hausbesuchen durchgeführt.

Betreffend **Delogierungsprävention** obliegt dem Referat Sozialarbeit mit Erwachsenen die Entscheidung über die von den Ämtern für Jugend und Familie weitergeleiteten Ansuchen auf Hilfe in besonderen Lebenslagen für Familien mit minderjährigen Kindern im gemeinsamen Haushalt, die in Gemeindewohnungen leben und deren Einkommen den Sozialhilferichtsatz für Familien übersteigt. 1999 wurden dem Referat 341 Ansuchen übermittelt. 267 Ansuchen wurden bewilligt, 56 Anträge mussten abgelehnt und 18 aus verschiedenen Gründen an die Ämter für Jugend und Familie zurückgeschickt werden.

Im Rahmen der **Mobilen Betreuung von Obdachlosen**, die von einem Mitarbeiter der Referatsleitung durchgeführt wird, fanden 1999 insgesamt 313 Personenkontakte sowie Besprechungen mit Dienststellen und Institutionen, die direkt oder indirekt mit obdachlosen Personen befasst sind, statt.

Die SozialarbeiterInnen der sechs **Außenstellen** des Referats Sozialarbeit mit Erwachsenen bieten für Erwachsene ohne minderjährige Kinder im gemeinsamen Haushalt Information, Beratung und Betreuung bei sozialen Anliegen und in Krisensituationen, die durch Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit, Suchtverhalten, Behinderung, Krankheit, finanzielle Schwierigkeiten, Beziehungskonflikte und dgl. verursacht wurden. 1999 wurden in den Außenstellen 2.991 Personen betreut. Insgesamt wurden 3.387 Hausbesuche und 1.472 Dienstwege durchgeführt. 670 Personen wurden im Rahmen des Wiener Sozialhilfegesetzes Geldaushilfen zur Sicherung des Lebensbedarfs gewährt. Die Möglichkeit eines Beratungsgesprächs wurde 1999 von 2.040 Personen in Anspruch genommen.

Die Außenstelle V, zuständig für den 10. Bezirk, bot zusätzlich zum bestehenden Aufgabengebiet in Zusammenarbeit mit Wiener Wohnen **Delogierungsprävention** für erwachsene GemeindewohnungsmieterInnen im Bezirk. Dieses Projekt besteht bereits das sechste Jahr. 1999 wurden der Außenstelle V 276 Räumungsklagen sowie 236 Räumungsexekutionsanträge von Wiener Wohnen gemeldet. Abgesehen von den Personen, die der Außenstelle bereits bekannt waren, wurden 490 Personen kontaktiert. Zur Verhinderung der Durchführung der Delogierung war in 43 Fällen eine Geldaushilfe erforderlich. Die Novellierung des Mietrechtsgesetzes wird ab 1. 1. 2000 eine Neuregelung der bisherigen Vorgangsweise erforderlich machen.

Im Frühjahr 1999 wurde in Zusammenarbeit zwischen der Außenstelle V und StudentInnen der Akademie für Sozialarbeit der Stadt Wien ein Freizeitklub speziell für KlientInnen der Außenstelle eingerichtet.

Die Anzahl der dem Sozialamt zur Verfügung stehenden **Prekariumswohnungen**, die nach wie vor ein wichtiges Instrument für die zeitlich begrenzte Unterbringung von Obdachlosen und von Obdachlosigkeit bedrohten Menschen, die von Außenstellen betreut werden, darstellen, belief sich 1999 auf 63. Insgesamt waren 1999 74 Personen untergebracht, wovon 25 im Laufe des Jahres aufgenommen wurden und 31 wieder ausgezogen sind.

In 22 Fällen konnten die Personen im Anschluss an das Probewohnen in eine ihnen zugewiesene Gemeindewohnung ziehen.

Mit 31. 12. 1999 wohnten insgesamt 43 Personen in Prekariumswohnungen.

Die beiden **Tageszentren für Obdachlose** erfreuten sich auch 1999 großer Beliebtheit. Die BesucherInnenzahlen beliefen sich in beiden Tageszentren auf insgesamt 47.734, davon 14.825 im Tageszentrum Pazmanitengasse (pro Tag durchschnittlich 59 Personen) und 32.909 im Tageszentrum Josefstädter Straße (pro Tag durchschnittlich 130 Personen). Im Vergleich zu den Vorjahren ist die Anzahl der BesucherInnen am Standort Josefstädter Straße weiterhin rückläufig. Dies ist offenbar ein Erfolg des Wiener Stufenplans zur Reintegration von obdachlosen Personen. 18 langjährigen BesucherInnen der Tageszentren konnte nach einer Befürwortung durch die betreuenden SozialarbeiterInnen eine Gemeindewohnung zugewiesen werden. Seitens der SozialarbeiterInnen wurden 1999 1.195 Beratungsgespräche geführt. Auch die Aktivangebote wie Dusche, Küche, Waschmaschine etc. wurden wieder voll in Anspruch genommen. Ebenso wie im Vorjahr war auch 1999 das Tageszentrum Josefstädter Straße während der Weihnachtsfeiertage von 9 bis 17 Uhr geöffnet. An diesen Tagen wurden Speisen, alkoholfreie Getränke und Winterbekleidung kostenlos an die 462 BesucherInnen ausgegeben.

Im Rahmen der **Straßensozialarbeit**, die von den SozialarbeiterInnen beider Tageszentren wahrgenommen wird, wurden 413 Einsätze durchgeführt, wobei 2.626 Personen kontaktiert und 537 Einzelgespräche geführt wurden. Aufgesuchte Plätze waren: Karlsplatz, Stephansplatz, Schwedenplatz, Bahnhof Wien Mitte, Westbahnhof, Südbahnhof, Franz-Josefs-Bahnhof, Schottentor, Motivpark, Graben, Kärntner Straße, Praterstern, diverse Parks, Donauinsel, Donaukanal sowie Teile der U1, U2, U3, U4, U6 u. a.

Im **Sozialtherapeutischen Wohnheim für Obdachlose** belief sich der BewohnerInnenstand mit 31. 12. 1999 auf 244 Personen (195 Männer, 49 Frauen). 176 Personen (139 Männer, 37 Frauen) wurden im Laufe des Jahres aufgenommen und 179 Personen (137 Männer, 42 Frauen) haben das Heim wieder verlassen. 57 Personen (45 Männer, 12 Frauen) konnten in Gemeindewohnungen untergebracht werden, ein Teil fand eine andere Unterkunft. In einigen Fällen musste die Resozialisierung aus verschiedensten Gründen abgebrochen werden. 1999 haben sich insgesamt 312 Personen um Aufnahme beworben. Davon haben 34 Personen den Termin für das Aufnahmegespräch aus unbekanntem Gründen nicht eingehalten. 64 Personen mussten aus verschiedenen Gründen abgelehnt werden, 214 Personen wurde eine Aufnahme zugesagt, 29 davon sind nicht ins Sozialtherapeutische Wohnheim eingezogen.

Die **Schuldnerberatungsstelle** der Stadt Wien wurde 1999 von 2.797 Haushalten in Anspruch genommen. Mit Jahresende befanden sich 2.046 Haushalte in Intensivberatung. Die von der Schuldnerberatung vorbereiteten und besonders arbeitsintensiven Privatkonkurse sind von 179 auf 260 (+ 45 %) angestiegen.

Der Bereich der **Behindertenbetreuung** (Sachverständigenteam, Trainingswohnungen, Club 21, Betreuung der im Rahmen der Sonderaktion für behinderte DienstnehmerInnen der Stadt Wien beschäftigten MitarbeiterInnen), in dem 9 SozialarbeiterInnen tätig sind, wurde mit 22. März 1999 dem Referat Sozialarbeit mit Erwachsenen ausgegliedert und dem Dezernat V zugeordnet.

FOCUS, dessen Arbeitsauftrag **soziale Erhebungen im öffentlichen Raum** umfasst, besteht seit nunmehr sieben Jahren und war 1999 in unterschiedlichen Regionen der Stadt Wien präsent (bis Jänner 1999 im 12. und 23. Wiener Gemeindebezirk, Mai bis August 1999 im 3. Bezirk, September bis Dezember 1999 im 10., 4. und 5. Bezirk). Die Schwerpunkte der Tätigkeitsfelder umfassten Kontaktaufnahme zu Institutionen vor Ort, Kontaktaufnahme zur Klientel, Analyse der örtlichen Situation und Problemlage, Erarbeitung und Skizzierung präventiver Maßnahmen und Projektideen, Erstellung und Präsentation eines Abschlussberichts sowie Vernetzung der Institutionen vor Ort.

Die **Fachstelle für Wohnungssicherung (FAWOS)**, ein Projekt der Volkshilfe Wien in Zusammenarbeit mit den Magistratsabteilungen 11 und 12 sowie dem Wiener Integrationsfonds, war auch 1999 eine zentrale Anlaufstelle für alle MieterInnen von Privat- und Genossenschaftswohnungen, die vom Verlust ihrer Wohnung bedroht waren. Das Aufgabengebiet umfasste die nachgehende Kontaktaufnahme mit allen Betroffenen, mietrechtliche und sozialarbeiterische Information und Beratung, Krisenintervention, Vermittlung zwischen MieterIn und VermieterIn und gegebenenfalls finanzielle Unterstützung.

1999 wurden FAWOS 3.351 Haushalte, die von Delogierung bedroht waren, bekannt. 60,6 % der Haushalte waren ohne Kinder, 39,4 % mit Kindern. In 2.760 Fällen lag ein Räumungstermin vor, wobei in 71,4 % der Fälle auf Grund der Beratung und Betreuung durch die Fachstelle eine Wohnungssicherung erreicht werden konnte. Eine finanzielle Unterstützung seitens der Fachstelle zur Verhinderung von Delogierungen war in 165 Fällen erforderlich.

Die Angebote Fort- und Weiterbildung betreffend wurden auch 1999 von den SozialarbeiterInnen rege in Anspruch genommen. Als Vortragende waren sie an den Akademien für Sozialarbeit und in den Krankenpflegeschulen tätig.

Zahlreiche Studierende der Akademien für Sozialarbeit absolvierten ein Praktikum (einige davon in Form eines 17-wöchigen Langzeitpraktikums) in den verschiedenen Einrichtungen des Referats.

Behindertenhilfe

Arbeit für behinderte Menschen

Mitte 1998 ist, angebunden an die Arge Wohnplätze, die Initiative Arbeit geschaffen worden, deren Träger der Verein Wiener Sozialdienste ist. Die Kosten dieses erweiterten Projekts mit der Bezeichnung „Arge Wohnplätze/Initiative Arbeit“ werden von der MA 12 übernommen.

Das Projektziel ist die Erstellung eines Vorschlagskatalogs, der mögliche Maßnahmen und auch die Koordination zwischen den Kostenträgern AMS, Land Wien und Bundessozialamt für Wien, Niederösterreich und Burgenland in Bezug auf Maßnahmen für die berufliche Integration von Menschen mit Behinderung beinhalten wird. Die Erhebung des Ist-Zustandes wurde als „Vision 99“ zusammengefasst und soll die Diskussion in der Fachöffentlichkeit anregen und zu konstruktiven Planungen führen, in die die Erfahrungen der ExpertInnen für berufliche Rehabilitation einfließen sollen.

Neue EU-Projekte

- **Arbeitsassistenten für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung:**
Projektträger ist Jugend am Werk. Projektziel ist die psychosoziale Betreuung geistig und mehrfach behinderter Menschen in Bezug auf ihre berufliche Qualifikation, Information und Begleitung der KlientInnen und ArbeitgeberInnen bei der beruflichen Eingliederung.

- **Arbeitsassistenten für blinde und hochgradig sehbehinderte Personen:**
Projektträger ist der Österreichische Blindenverband. Projektziel ist, dass es durch Beratung und begleitende Betreuung, Trainingsmaßnahmen, Information und Vermittlung zwischen Klient und Arbeitgeber gelingen soll, blinde Menschen am primären Arbeitsmarkt zu integrieren.

Wohnplätze für behinderte Menschen

Das Programm der ARGE Wohnplätze, das bis zum Jahr 2003 laufen wird, ist auch 1999 fortgesetzt worden. Es konnten 9 zusätzliche Plätze in vollbetreuten Wohngemeinschaften und 20 ambulant betreute Wohnplätze errichtet werden.

Für die im Rahmen eines Sonderprogramms aus psychiatrischen Einrichtungen ausgegliederten geistig behinderten Patienten wurden 10 Wohnplätze geschaffen.

Betreuung gehörloser Menschen

Die erste Ambulanz für gehörlose Menschen wurde im September 1999 bei den Barmherzigen Brüdern in Wien 2., Große Mohrengasse 9, eröffnet. Die Stadt Wien trägt die Kosten für die sozialmedizinische Beratung, erforderlichenfalls verbunden mit der Zuführung einer medizinischen Behandlung bzw. Zuführung einer fachlichen Sozialbetreuung hochgradig hörbehinderter und gehörloser in Wien wohnhafter Menschen. Das in der Gehörlosenambulanz tätige Personal verfügt zur jeweiligen Fachausbildung über aktive und passive Gebärdensprachkompetenz.

Unterstützungsbeiträge an Behindertenorganisationen

1999 wurden für die von privaten Vereinen geleisteten Beratungs- und Betreuungsdienste an 10 Organisationen Zuschüsse in der Höhe von insgesamt ATS 8.027.680 (583.394,25 EUR) gewährt.

Unter dem Vorsitz von Herrn Bereichsleiter SR Dr. Pröbsting wurden 2 Plenarsitzungen der bereichsangehörigen Magistratsabteilungen abgehalten und 2 Sitzungen der Interessenvertretung der Behinderten. Aus der Tätigkeit dieser Gremien ergab sich für das Referat die Notwendigkeit der Koordinierung verschiedener administrativer Aufgaben, aber auch die Ausarbeitung und Realisierung der in diesen Sitzungen beantragten Maßnahmen.

Dem Kuratorium für psychosoziale Dienste in Wien, das die ambulante psychiatrische und psychosoziale Versorgung der Wiener Bevölkerung wahrnimmt, wurden für den Betrieb seiner Wohnheime Kosten im Ausmaß von ATS 19.701.431 (1.431.758,85 EUR) vergütet.

Der Wiener geschützten Werkstätten und Rehabilitationseinrichtungen GmbH., deren Aufgabe in der beruflichen Rehabilitation psychisch Kranker liegt, wurde ein Aufwand von ATS 33.495.000 (2.434.176,58 EUR) ersetzt.

Aufsichtsrecht

Im Rahmen der behördlichen Aufsicht über die Einrichtungen der Eingliederungshilfe und Beschäftigungstherapie, Wohnheime und geschützte Werkstätten wurden 29 Behinderteneinrichtungen überprüft.

Der Fonds zur Förderung von Selbsthilfegruppen konnte 56 Gruppen eine finanzielle Unterstützung in der Gesamthöhe von ATS 927.000 ermöglichen. Insgesamt wurden 62 Anträge eingebracht (54 gefördert, 5 Ablage ohne Erledigung, 3 Ablehnungen). Die Beurteilung der Förderungswürdigkeit der Vereine, die eine Förderung ihrer Gruppe bei der Servicestelle für Selbsthilfegruppen beantragen, wurde vom Referat Behindertenhilfe durchgeführt.

Die Beratungsstelle für Behinderte war am Montag und Donnerstag von 15.00 bis 18.30 Uhr zugänglich und wurde von 165 Ratsuchenden in Anspruch genommen. 298 telefonische Auskünfte wurden in dieser Zeit erteilt.

Sachverständigenteam

Dem Sachverständigenteam sind im Jahr 1999 1.529 Teamanfragen gestellt worden. 1.434 Teamanfragen wurden als beantwortet retourniert. Von den 1.434 erledigten Anfragen – an 86 Untersuchungstagen – waren 679 Erstvorstellungen im Team und 755 Nachuntersuchungen bzw. aktenmäßige Erledigungen. 95 Teamanfragen mussten als Rückstand ins Jahr 2000 übernommen werden.

Die aktenmäßige Bearbeitung einer Teamanfrage ist eine Serviceleistung für die AntragstellerInnen, denen weite Wege und Mehrfachbegutachtungen erspart werden sollen, und wird als solche von den KlientInnen geschätzt. Bei Erstanträgen oder unklarer Sachlage erfolgt üblicherweise eine Einladung zum Sachverständigenteam, um die AntragstellerInnen über die Möglichkeiten der Behindertenhilfe allgemein zu informieren und individuell zu beraten.

Im Sachverständigenteam sind auch 2 Sozialarbeiterinnen tätig, deren Dienst im Jahre 1999 1.593 KlientInnen in Anspruch nahmen. Davon waren 631 Intensivbetreuungen und 852 Kontakte bzw. Beratungen mit Angehörigen. Zu diversen Institutionen gab es 665 Kontakte.

Durch die Teilnahme an Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen wurde die fachliche Kompetenz der MitarbeiterInnen aktualisiert und erweitert.

1999 wurden im Referat Behindertenhilfe 1.062 Neuanträge auf Leistungen nach dem Wiener Behindertengesetz eingebracht.

Im Rahmen der Behindertenhilfe wurden 1999 weiters folgende Leistungen erbracht:

- für 1.563 Personen Kostenübernahme der öffentlichen Verkehrsmittel
- 1.509 Personen nahmen die Beförderung im Rahmen des Regelfahrtendienstes in Anspruch
- 243.383 Fahrten wurden im Rahmen des Freizeitfahrtendienstes durchgeführt
- mit Jahreswechsel waren 13.278 Personen berechtigt, den Freizeitfahrtendienst zu benützen
- 1.897 Personen nahmen Maßnahmen der Eingliederungshilfe in Anspruch
- 558 Landeszuschüsse zur geschützten Arbeit wurden ausbezahlt
- 3.039 Personen besuchten die Beschäftigungstherapie (inklusive WGW)
- 1.190 Personen wird Hilfe zur Unterbringung gewährt
- 495 Personen wird Hilfe am geschützten Wohnplatz (mobile Betreuung) gewährt
- für 114 Personen wurden die Kosten für eine Drogentherapie übernommen
- 178 Personen wurden Maßnahmen der persönlichen Hilfe gewährt (Einzelleistungen)
- 2 Ausweise für behinderte Personen wurden ausgestellt.

Villa Kellermann

Im Rahmen der Wohngemeinschaft Villa Kellermann wurden 30 junge Männer betreut, davon 16 stationär, 14 ambulant und ein Jugendlicher in der Trainingswohnung Meiselstraße.

1999 gab es 1.168 Besuche von ambulant bzw. ehemals Betreuten. Sie nutzen die Wohngemeinschaft Villa Kellermann vorwiegend an Wochenenden als Beratungs- und Kontaktstelle.

Auch 1999 wurden die Renovierungsarbeiten fortgesetzt.

Referat Sozialarbeit mit behinderten Menschen

Mit 22. März 1999 wurde die Behindertenbetreuung durch SozialarbeiterInnen aus dem Dezernat I aus- und in das Dezernat V eingegliedert.

Das aus einem Leiter und 8 SozialarbeiterInnen bestehende Referat ist in folgenden Bereichen der MA 12 Behindertenarbeit tätig:

- Zwei Sozialarbeiterinnen arbeiten im Sachverständigenteam der MA 12.
- Sechs SozialarbeiterInnen (BbM) beraten und betreuen die behinderten MitarbeiterInnen der Stadt Wien, die im Rahmen der Sonderaktion beschäftigt sind.

Beratung und Betreuung behinderter MitarbeiterInnen der Stadt Wien im Rahmen der Sonderaktion (BbM)

Mit Dezember 1999 waren 670 MitarbeiterInnen im Rahmen der Sonderaktion beschäftigt. Primäre Aufgabe ist es, die akuten Probleme zu lösen. Zweitens ist die Kontaktaufnahme mit den MitarbeiternInnen aus der Sonderaktion wichtig, die einen befristeten Vertrag haben, und drittens wird längerfristig ein Kennenlernen aller im Rahmen der Sonderaktion tätigen MitarbeiterInnen und deren Arbeitsumfeld angestrebt.

1999 fanden 1.880 Betreuungskontakte mit KollegenInnen aus der Sonderaktion statt. Davon waren 483 Intensivbetreuungskontakte, 950 Betreuungskontakte und 447 Wahrnehmungskontakte. 1.877 Gespräche und Kontakte mit Menschen aus dem unmittelbaren Arbeitsumfeld der SonderaktionsmitarbeiterInnen fanden statt.

Im Jahr 1999 gab es regelmäßige Besprechungen zwischen der Vertreterin der Magistratsdirektion – Personalmanagement (MD-PM) und den SozialarbeiterInnen der BbM.

Um die Chance auf Integration in den Dienststellen möglichst gut vorzubereiten, wurden die SozialarbeiterInnen in einzelnen Fällen bereits im Stadium des Aufnahmeverfahrens einbezogen. Mit November 1999 wurde ein neues Gärtner-Projekt mit 8 Plätzen gestartet. Im Rahmen dieses von der Stadt Wien und dem AMS finanzierten Projekts werden 8 behinderte Jugendliche von zwei Gärtnern der MA 42 über einen Zeitraum von zwei Jahren angeleitet. Eine Sozialarbeiterin der BbM begleitet das Projekt.

Der „Tag der offenen Tür“ im Mai 1999 fand bei über 300 BesucherInnen großes Interesse und bot auch Gelegenheit das Arbeitskonzept der BbM vorzustellen. Das Haus in 1020 Wien, Schiffamtsgasse 14, ist stufenlos zugänglich. Im Erdgeschoss gibt es eine Ö-Norm-B1600-Toilette. Vor dem Haus gibt es eine Behindertenparkzone.

Die Aktivitäten rund um den „Tag der offenen Tür“ wurden auch für die Öffentlichkeitsarbeit genutzt. Es gab eine Meldung in einem Bezirksjournal, in einer Tageszeitung und einen Bericht in der Mitarbeiterzeitung „Wien Aktuell“.

Club 21

Im Jahr 1999 wurden viele neue Aktivitäten im Club 21 angeboten. Mit Jänner 1999 wurde ein Angebot „Rhythmik“ eingeführt. Ein neues Angebot ist „Tanzen im Sitzen“ geworden. Das Angebot des Vorjahres, „Gedächtnistraining“ wurde weitergeführt. Der Besuch der Wiener Eisrevue, des IMAX-Filmtheaters und des Historischen Museums waren Schwerpunkte des Programms am Jahresanfang. Im Februar ging es weiter mit einem Faschingsfest und einer Faschings-Disco. Im zweiten Quartal waren Kegeln, der Besuch der Ausstellung „Körperwelten“, ein 2-tägiger Besuch in Prag und ein Theaterbesuch Programmhöhepunkte.

Das traditionelle Sommerfest war eine sehr gut besuchte Veranstaltung vor der Sommerpause.

Seit April 1999 hat der Club 21 eine Sozialarbeiterin mit einer 20-Stunden-Verpflichtung beschäftigt.

Diese neue personelle Ressource nutzend, wurde versuchsweise im bisher geschlossenen August ein spezielles Angebot mit verstärkten Außenaktivitäten angeboten. Es ist sehr gut angenommen worden und wird seine Fortsetzung finden. Nach der Sommerpause fand das traditionelle Clubwochenende im Don Bosco Haus statt. Das Wochenende war äußerst gut besucht. Das Haus mit anderen Gruppen teilend und gemeinsam benutzend, bot auch einen „integrativen“ Ansatz, eine neue positive und sehr erfolgreiche Erfahrung.

Ein Tischtennisturnier wurde unter großer Beteiligung der BesucherInnen abgehalten. Mit Herbst wurde die „Kreativwerkstatt“ institutionalisiert.

Im Oktober fand die Ausstellung „Farbgefühle“ mit Werken von ClubbesucherInnen in der Laska Galerie im Rathaus statt. Diese erste Veranstaltung im Rahmen von „10 Jahre Club 21 in der Linzerstraße“ war ein großes Ereignis in einem wunderschönen und festlichen Rahmen, das alle sehr genossen haben. Das nächste Großereignis zur „10-Jahr-Feier“ war der Hausball mit sehr vielen BesucherInnen in einem festlich geschmückten Haus, mit festlich gekleideten BesucherInnen, die sehr viel Freude erlebten und auf einen Hausball im nächsten Jahr hoffen. Im Rahmen des Hausballes wurde auch die Festschrift „10 Jahre Club 21 in 1140 Wien, Linzerstraße 466“ vorgestellt.

Im Oktober gab es einen sehr schönen Ausflug nach Graz. Eine Führung im Berufsschulgarten Kagran bot neue Eindrücke und eröffnete Möglichkeiten für weitere Besuche im Bereich des Stadtgartenamtes.

Im Dezember gab es abgesehen von der Weihnachtsfeier noch mehrere sehr wichtige Programmangebote: der Besuch am Christkindlmarkt, diesmal auf der Freyung, die Nikolofahrt und ein Besuch des neu gestalteten Technischen Museums. Dieses bietet noch Interessantes für viele weitere Besuche in einem auch für RollstuhlfahrerInnen zugänglichen Rahmen. Den Jahresabschluss bildete die stimmungsvolle, sehr gut besuchte Weihnachtsfeier.

Referat Sozialplanung für behinderte Menschen

Die Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen von gehörlosen Menschen war auch 1999 ein wichtiges Thema. Das Ziel, den behinderungsbedingten Mehraufwand bei gehörlosen Menschen über den Zugang zur Gebärdendolmetscherleistung und deren finanzielle Absicherung auszugleichen, wurde weiter verfolgt. Einerseits muss Vorsorge getragen werden, andererseits muss verstärkt Bewusstseinsarbeit geleistet werden.

Die Verwaltungsakademie wurde bei der Organisation und Durchführung von PC-Grundkursen für gehörlose MitarbeiterInnen unterstützt.

Der im Oktober 1997 begonnene Gebärdenkurs für die SozialarbeiterInnen der Beratung und Betreuung behinderter MitarbeiterInnen der Stadt Wien im Rahmen der Sonderaktion wurde weitergeführt.

In Zusammenarbeit mit dem Verein biv – integrativ wurden für das Projekt „office assistant“ drei Praktikumsplätze bei der Stadt Wien geschaffen. Die SozialarbeiterInnen der BbM begleiten die ProjektteilnehmerInnen während des Praktikums und sind an der Suche nach geeigneten Arbeitsplätzen beteiligt.

Als Folge der Fahrtendienstkrise war es notwendig ein Fahrtendienstkundentelefon einzurichten. Weiters ist es notwendig geworden Koordinationsarbeiten im Rahmen des Fahrtendienstes zu übernehmen.

Das Projekt „Errichtung einer Gehörlosenambulanz“ im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder in Wien 2., Große Mohrengasse 9, konnte erfolgreich umgesetzt werden. Im Oktober ging die Ambulanz in Betrieb.

Das **Dezernat VI** hat im Verwaltungsjahr 1999 folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Zusammenstellung und Aufbereitung von sozial-, behinderten- und pflegegeldrechtlichen Entscheidungen
- Rückforderungen und Zurückweisungen in Pflegegeldsachen
- Mitwirkung bei der Vertretung des Landes Wien bei Verhandlungen in Pflegegeldangelegenheiten vor dem Arbeits- und Sozialgericht (ASG) Wien sowie dem Oberlandesgericht (OLG) Wien
- Bearbeitung von Berufungen gegen Entscheidungen des Arbeits- und Sozialgerichtes Wien (Pflegegeldangelegenheiten)
- Berufungen gegen Bescheide betreffend die Ausstellung von Behindertenpässen nach dem Bundesbehindertengesetz
- legistische Tätigkeit

In Zusammenhang mit dem oben erwähnten Aufgabenbereich wurden 1999 vom Dezernat VI 77 Klagebeantwortungen erstattet sowie 5 Berufungsschriften verfasst und diese in 74 Tagsatzungen vor dem ASG Wien und 3-mal vor dem OLG Wien vertreten. Weiters konnten 19 gerichtsanhängige Verfahren mit einer vergleichweisen Bereinigung abgeschlossen werden.

Außerdem entschied das Dezernat VI im abgelaufenen Jahr 15-mal als Berufungsinstanz in Behindertenpassangelegenheiten. Im Bereich der Berufungsentscheidungen hinsichtlich der Bundesbehindertepässe wurde mit Erlass der Magistratsdirektion am 18. 11. 1999 zur Zl. MD-2271-1/99 dieser Aufgabenbereich an die MA 15 abgetreten.

Darüber hinaus war das Dezernat VI als Vertreter des Landes Wien aktiver Teilnehmer bei verschiedenen Tagungen, wie z. B. der Tagung des European Social Network mit dem Titel „Social services and Service Users building Partnerships for an Inclusive Europe“ in Kopenhagen, sowie der ÖKSA Jahreskonferenz bzw. bei diversen Arbeitskreisen wie „Rechtsbereinigung hinsichtlich behindertendiskriminierenden Bestimmungen“, „5 Jahre Pflegevorsorge in Österreich“, „Durchforstung der Wiener Landesrechtsordnung nach behindertendiskriminierenden Bestimmungen“ und

„Antidiskriminierung Wien“. Das Dezernat VI beteiligte sich darüber hinaus beim Arbeitskreis „Pflegevorsorge“, der „Landessozialreferentenkonferenz“ und dem „Arbeitskreis zur Schaffung von Einstufungskriterien für Kinder und Jugendliche“. Des Weiteren war das Dezernat VI in der Steuerungsgruppe betreffend einer Studie zur Evaluation der Leistungen der Stadt Wien für behinderte Menschen vertreten.

Im Rahmen der legislativen Tätigkeit erstellte das Dezernat VI im abgelaufenen Verwaltungsjahr den Entwurf einer Verordnung über die Beurteilung des Pflegebedarfs nach dem Wiener Pflegegeldgesetz, der Pensionsordnung 1995 und dem Unfallfürsorgegesetz 1967 (Einstufungsverordnung zum Wiener Pflegegeldgesetz), welche sich derzeit in Begutachtung befindet. Der Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Pflegegeldgesetz, die Pensionsordnung 1995 und das Unfallfürsorgegesetz 1967 geändert wird, wurde fertig gestellt. Darüber hinaus wurde vom Dezernat VI ein Entwurf zur Änderung des § 46 Wiener Behindertengesetz ausgearbeitet und für den Arbeitskreis Behindertenbetreuung in Zusammenarbeit mit dem Dezernat V ein Entwurf eines Gesetzes über eine Wiener Behindertenanwaltschaft erstellt.

Im Jahr 1993 wurde zur Neuordnung der Pflegevorsorge auf Bundes- und Landesebene eine Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG über gemeinsame Maßnahmen des Bundes und der Länder für pflegebedürftige Personen abgeschlossen, in der sich Bund und Länder verpflichten, die Vorsorge für pflegebedürftige Personen zu regeln.

Der MA 12 – Referat Pflegegeld obliegt, ebenso wie der MA 3 und der Pensionsabteilung der Wiener Stadtwerke, die Vollziehung des Wiener Pflegegeldgesetzes (WPGG). Dieses stimmt in den wesentlichen Regelungsinhalten, wie etwa bei den Beurteilungskriterien der Pflegebedürftigkeit, der Höhe des Pflegegeldes und den Übergangsregelungen, mit den Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes überein.

Pflegegeld wird jenen Personen geleistet, die infolge ihrer körperlichen, geistigen oder psychischen Behinderung einen ständigen Betreuungs- und Hilfsbedarf (Pflegebedarf) haben. Dieser durch Behinderung oder Krankheit bedingte Pflegebedarf muss während eines Zeitraumes von mehr als sechs Monaten gegeben sein.

Das Pflegegeld gebührt zwölfmal jährlich und betrug im Jahr 1999 monatlich in

Stufe	ATS
Stufe 1	2.000
Stufe 2	3.688
Stufe 3	5.690
Stufe 4	8.535
Stufe 5	11.591
Stufe 6	15.806
Stufe 7	21.074

Die Einstufung stützt sich auf ein ärztliches Sachverständigengutachten. Die Beurteilung erfolgt grundsätzlich nicht diagnosebezogen, sondern funktionsbezogen, unter Berücksichtigung der individuell erforderlichen Betreuungs- und Hilfsmaßnahmen im Zusammenhang mit den Richtlinien der Verordnung der Wiener Landesregierung zum Wiener Pflegegeldgesetz.

Im Bereich der MA 12 wurden im Jahr 1999 2.965 Anträge auf Gewährung bzw. Erhöhung von Pflegegeld gestellt, 2.795 Akten konnten mit Bescheid erledigt werden. Seit Einführung des Pflegegeldgesetzes per 1. 7. 1993 ergibt sich somit eine Gesamtzahl von 22.516 Anträgen und demgegenüber eine Gesamtzahl von 22.297 Erledigungen per 31. 12. 1999 (dazu zählen auch amtswegige Erledigungen ohne eigenen Antrag).

Stufe	Pflegegeld-bezieherInnen
Stufe 1	1.722
Stufe 2	2.140
Stufe 3	1.481
Stufe 4	767
Stufe 5	597
Stufe 6	570
Stufe 7	149
Ausgleichszahlungen	727

Zum Stichtag 31. 12. 1999 wurde Pflegegeld an insgesamt 8.153 Personen angewiesen.

Diese Zahl bezieht sich sowohl auf Überleitungsfälle, Neuzuerkennungen, Erhöhungen, Herabsetzungen, Ausgleichszahlungen an ehemalige BlindenbeihilfenbezieherInnen, teilweise unter Anrechnung anderer pflegebezogener Geldleistungen, als auch auf Umstellungen von Pflegegeld der Stufe 3 auf Stufe 4 in jenen Fällen, in denen mehr als 160 Stunden Pflegeaufwand im Monat bestand. Auf Grund der Novelle des Wiener Pflegegeldgesetzes LGBl. für Wien Nr. 44/1999 (rückwirkend in Kraft getreten ab 1. 1. 1999), mit der bereits bei einem Pflegebedarf von mehr als 160

Stunden monatlich ein Pflegegeld der Stufe 4 gewährt wurde, was vorher der Stufe 3 entsprochen hat, war daher der Differenzbetrag von Stufe 3 auf Stufe 4 nachzuzahlen und laufend Pflegegeld der Stufe 4 anzuweisen.

Der Aufwand für Pflegegelder betrug im Jahr 1999 insgesamt ATS 574.873.367.

Das **Behindertenzentrum der Stadt Wien** ist die einzige Einrichtung für behinderte Menschen, die von der Stadt Wien selbst errichtet und betrieben wird. Die Integration ins gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben steht im Mittelpunkt der Bemühungen. Dies ist auf Grund der herrschenden Bedingungen am Arbeitsmarkt ein fast nicht zu lösendes Problem. Durch öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen wurde auch in diesem Berichtsjahr versucht, die Öffentlichkeit für die Probleme von behinderten Menschen zu sensibilisieren.

Im Berichtsjahr wurden die Maßnahmen, die im Kontrollamtsbericht für das Behindertenzentrum vorgeschlagen wurden, umgesetzt. Durch die nicht erfolgte Nachbesetzung einer Werkstättenleiterin und dem Wechsel einer Bediensteten in eine andere Dienststelle konnten die Personalkosten verringert werden. Einsparungen konnten auch durch eine andere Gestaltung der Kundenerfassung erzielt werden.

Sanierungsarbeiten des Hauses wurden durch die Fachabteilung weitergeführt. Die notwendigen Schließtage wurden durch einen Notbetrieb überbrückt. Ein eingeschränkter Kursbetrieb wurde während dieser Zeit den Kursteilnehmern angeboten.

Freizeitaktivitäten, Erholungsaufenthalte, Therapiewochen und gemeinsame Besuche von Veranstaltungen rundeten das Betreuungsprogramm des Behindertenzentrums ab.

Die Einnahmen des Hauses mit ca. ATS 1,7 Mio. konnten gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht werden und bewegen sich im langjährigen Durchschnitt.

9 Veranstaltungen wurden im Jahr 1999 durchgeführt.

Die „Wiener Kulturspaziergänge“, ein im Vorjahr begonnenes Projekt, wurde auf Grund des großen Interesses der Behinderten fortgesetzt. Im Jahr 1999 wurden insgesamt 17 Exkursionen angeboten.

Um die Zielorte zu erreichen, wurden ausschließlich öffentliche Verkehrsmittel genutzt (lediglich stark Gehbehinderte und Rollstuhlfahrer nahmen dabei den Fahrtendienst in Anspruch). Nach Einschätzung des Sozialarbeiters hat sich die Fähigkeit zur Orientierung im Stadtgebiet, d. h. sich des Wiener U-Bahn-Netzes adäquat zu bedienen, beim Großteil der ExkursionsteilnehmerInnen verbessert. Ein Teil der Exkursionsziele stammte auch aus Vorschlägen bzw. Wünschen von einzelnen KursteilnehmerInnen, denen – je nach persönlichen Fähigkeiten – „Organisationsaufgaben“ übertragen wurden. Mit einer „intellektuell“ begabteren Kleingruppe wurden „Nachbesprechungen“ mit kurzen, einfachen (auch schriftlichen) Berichten „geübt“.

Im Frühjahr und Herbst 1999 wurden Englisch-Sprachkurse angeboten, an denen rund die Hälfte aller Kursteilnehmer teilnahmen (jedoch mit sehr unterschiedlichen Wissens- und Fähigkeitsniveaus).

Des Weiteren wurden Übungen zum lebenspraktischen Training angeboten, z. B. ausfüllen von Formularen, Postüberweisungen und dgl. In diesem Arbeitsfeld dürfte mittlerweile das (unterschiedliche) Lernpotenzial der Kursteilnehmer ausgeschöpft sein; es sollte aber der Erhalt dieser Fähigkeiten nach wie vor trainiert werden.

Das Referat für internationale Behindertenangelegenheiten stellte den Kontakt zu Behinderteneinrichtungen Moskaus her. Während der Moskautage in der Volkshalle des Wiener Rathauses wurde mit den Leitern der Einrichtungen Kontakt aufgenommen und Überlegungen zu einem Gedankenaustausch besprochen. Für das Jahr 2000 wird eine Intensivierung der Kontakte angestrebt.

1999 wurden von der **Fachstelle der Stadt Wien für barrierefreies, behinderten- und generationsgerechtes Planen, Bauen und Wohnen** die bisherigen Tätigkeiten, wie sie seit dem 1. Juli 1997 in der Geschäftseinteilung des Magistrates der Stadt Wien verankert sind, weitergeführt.

Darüber hinaus waren in diesem Jahr weitere Schwerpunkte der Tätigkeit:

- Mitwirkung als Experte bei der Initiative „Sicher gehen über 60“ (Wiener Unfallverhütungsprogramm für Senioren) zur Erarbeitung von Grundlagen für eine technische Wohnungsberatung für Senioren und ältere Menschen
- Teilnahme als Vertreter der Stadt Wien beim Internationalen Kongress „Lebensgestaltung und Unterstützungsbedarf älterer Menschen als Herausforderung für Soziale Dienstleister in Europa“ (Stuttgart)
- Teilnahme als Experte bei der Veranstaltung „Alltag und Berufsleben behinderter Menschen“ (3. Österreich-Tag in Graz)
- Teilnahme als Vertreter der Stadt Wien bei der „Internationalen Reha Messe“ (Düsseldorf)
- Mitarbeit als Vertreter der Stadt Wien im Österreichischen Normungsinstitut,
 - insbesondere in den Fachnormenausschüssen FNUA 011f „Barrierefreies Planen und Bauen“ (z. B. barrierefreie Schul- und Ausbildungsstätten) und FNA 196 „Technische Hilfen für behinderte Menschen“, sowie in den Unterausschüssen und Arbeitsgruppen 017.1 „Aufzüge“, 196.01 „Pflege und Mobilitätshilfen“, 196.6 „Blindenhilfsmittel“ und SA 1004 „Handicap“
- Im Rahmen der MD – Verwaltungsakademie wurden Fachschulungen zu dem Themenkreis „Behindertengerechtes und barrierefreies Planen, Bauen und Wohnen“ im Mai und Oktober 1999 zu nachstehenden Teilbereichen gehalten:
 - Anforderung hinsichtlich der Stadtplanung
 - Bereich öffentliche Gebäude (Schulen, Kindertagesheime, Krankenhäuser, Seniorenheime, Kulturstätten, Amtsgebäude und dgl.)
 - öffentlicher Bereich und Freiflächen

- Der Leiter der Fachstelle wurde als Experte im Jahre 1999 zu Vorträgen eingeladen:
 - Im Rahmen einer Informationsveranstaltung der Landesinnung Wien für Sanitär- und Heizungsinstallateure wurde ein Vortrag mit dem Inhalt „Planung barrierefreier Bäder“ gehalten.
 - Im Rahmen einer Fachschulung für die Wiener Sozialdienste – Mobile Ergotherapie – wurde ein Vortrag mit dem Inhalt „Behindertengerechte Wohnungsanpassung und Finanzierungsmöglichkeiten“ gehalten.
 - Im Rahmen einer Sitzung der Sozialkommission der Bezirksvertretung Leopoldstadt wurde ein Vortrag mit dem Inhalt „Überblick bzw. Aufgabengebiet der Fachstelle der Stadt Wien für barrierefreies Bauen“ gehalten.
- Mitarbeit als Vertreter der Stadt Wien im Netzwerk der österreichischen Beratungsstelle für barrierefreies Planen und Bauen
 - Erarbeiten von technischen Informationsblättern hinsichtlich Aufstiegshilfen
 - Teilnahme an einer Fachveranstaltung in Salzburg, Erarbeitung von technischen Richtlinien und Merkblättern
 - Teilnahme als Experte an Sitzungen eines Arbeitskreises „Z.I.P. – Zentrum intelligenter Produkte“, der auf Grund einer Initiative des Netzwerks der österreichischen Beratungsstellen eingerichtet wurde.
- Mitwirkung im Rahmen einer Veranstaltung im Jahr der älteren Generation
- Mitarbeit an der Messe für Senioren im 22. Bezirk (Infostand an 2 Tagen)
- Teilnahme als Experte der Stadt Wien an einer Arbeitskreissitzung der Sozialversicherungsträger „Barrierefreie Arztpraxen“
- Konsulententätigkeit hinsichtlich der von Architekten und Planern an die Fachstelle herangetragenen Planungen, wobei die Abstimmung der behindertengerechten Maßnahmen mit den Planern (Architekten) und Ausführenden sowie die Vidierung der planlichen Unterlagen erfolgte
- Konsulententätigkeit innerhalb des Magistrates hinsichtlich der Erstellung und Ausführung von behindertengerechten Maßnahmen im Planungs-, Ausführungs- und Finanzierungs- bzw. Förderungsbereich
- Weiterführung der Prüfungstätigkeit im Rahmen der Eignungsfeststellung von Veranstaltungsstätten, Durchführung der technischen und wirtschaftlichen Prüfung mit Feststellung der Zumutbarkeit
- Teilnahme als Mitglied in der Theaterkommission
- Die in der Fachstelle eingerichtete Bau- und Wohnungsberatung wurde von 135 Betroffenen, Angehörigen oder Planern aufgesucht, wobei im Regelfall eine Betreuung von mindestens ein bis zwei Jahren pro Beratungsfall notwendig wird.
- Weiters wurden im Jahr 1999 von der Fachstelle der Stadt Wien 1.764 Geschäftsfälle betreut und bearbeitet.

Mietbeihilfe, Opferfürsorge

Die Zuerkennung einer **Mietbeihilfe** erfolgt als Hilfe zur Sicherung des Lebensunterhalts (Unterkunft) nach den Bestimmungen der §§ 8, 12 und 13 des Wiener Sozialhilfegesetzes, LGBl. für Wien Nr. 11/1973, i.d.g.F. Jedes Jahr muss ein Antrag auf Weitergewährung der Mietbeihilfe gestellt und die weitere Anspruchsberechtigung geprüft werden. Auf Grund von Änderungen des Mietzinses, des Einkommens, des Familienstandes usw. ist es sehr oft notwendig, innerhalb eines Jahres einen Akt mehrmals durchzurechnen und entsprechende Bescheide zu erlassen. Von den im Jahr 1999 eingebrachten 12.529 Anträgen wurde in 11.340 Fällen je eine Beihilfe zuerkannt, weitergewährt oder neu bemessen. In 831 Fällen mussten Ansuchen – mangels Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen – abgewiesen oder der Bezug eingestellt werden. Mit 31. 12. 1999 bezogen 6.838 Personen eine Mietbeihilfe, für die ein Betrag von ATS 89.578.438 aufgewendet wurde. (Im Jahr 1999 waren es durchschnittlich 6.657 Personen.) In 248 Fällen wurden die Anträge mangels fehlender Unterlagen bzw. Nichtmeldung der Antragsteller über Ergebnisse der Ermittlungsverfahren nicht weiter behandelt. 110 Anträge aus dem Jahr 1999 sind derzeit noch in Bearbeitung. Gleich bleibende Einkommensgrenzen für die Mietzinsbeihilfen des Bundes zogen eine weitere Erhöhung der Anzahl der MietbeihilfenbezieherInnen nach sich.

Die **Opferfürsorge** gehört zu den Agenden der mittelbaren Bundesverwaltung. Das Opferfürsorgegesetz ist 1999 nicht maßgeblich novelliert worden, sodass sich keinerlei Änderungen ergeben haben. Änderungen sind nur in gewissen Fällen durch richtungsweisende Verwaltungsgerichtshofentscheidungen bzw. bei der Berechnung der einkommensabhängigen Rentenleistungen durch Erlässe des Bundesministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales entstanden.

Durch Änderungen der ausländischen Pensionen und Anpassungsvorschriften sowie Lohnsteueränderungen wurden Rentenleistungen teilweise abgeändert; daher mussten vom 1. 1. 1999 bis 31. 12. 1999 für Unterhaltsrenten- und Beihilfenbezieher 81 Rentenänderungsbescheide erlassen werden. Außerdem wurden 352 Rentenkontrollen bei einkommensabhängigen Leistungen durchgeführt und 204 Einmalzahlungen für Juli 1999 errechnet.

Im Jahr 1999 wurden 97 Rentenansprüche einschließlich 45 Neuzuerkennungen von Opferrenten und Verschlimmerungsanträgen (Anträge von Opferrentenbeziehern auf Erhöhung der Minderung der Erwerbsfähigkeit auf Grund eines verschlimmerten Gesundheitszustands) eingebracht. Es wurden 1999 147 Rentenansprüche erledigt (inklusive amtswegig gewährte Rentenleistungen). Rentenänderungs- und Erledigungsbescheide wurden insgesamt 228 ausgestellt. Das ergibt zusammen mit den Rentenkontrollen 580 Rentenänderungen.

Die Bestimmungen des Bundespflegegeldgesetzes sind auch im Rahmen der Opferfürsorge anzuwenden. 1999 wurden 32 Pflegegeldanträge erledigt.

Weiters wurden 24 Anträge auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung und 25 Anträge auf Ausstellung eines Opferausweises sowie 15 Anträge auf Zuerkennung von Entschädigungen eingebracht, also insgesamt 64. 24 Amtsbescheinigungsanträge, 28 Opferausweisanträge und 21 Anträge auf Entschädigungen (insgesamt 73) wurden erledigt. Insgesamt waren am 31. 12. 1999 12.831 Amtsbescheinigungen und 18.631 Opferausweise im Umlauf.

Die laufenden Novellen zum Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz (ASVG), die sich auf die Ausstellung einer Bescheinigung gemäß § 506 ASVG bzw. Bescheinigungen für BVA Berlin beziehen, beeinflussen nach wie vor die Tätigkeit des Opferfürsorgereferates, da dadurch einem großen Teil des durch die NS-Behörden zu Schaden gekommenen Personenkreises die begünstigte Erweiterung von Ansprüchen und Anwartschaften bei der Stellung von Pensionsansprüchen möglich gemacht wurde. Das Opferfürsorgereferat hat die Aufgabe, die Ansprüche der in Wien und im Ausland lebenden Personen zu prüfen und die Ansprüche, falls die Voraussetzungen gegeben sind, zu bestätigen. Im Jahr 1999 wurden 36 Anträge erledigt, 158 Honorarnoten für Sachverständige wurden überprüft und zur Auszahlung weitergeleitet. Weiters wurden 13 Anträge auf Heilfürsorge bearbeitet und 47 Anträge auf Sterbegeld bescheidmäßig erledigt. Gemäß § 32 KOVG (Orthopädische Versorgung) wurde in 12 Fällen ein Zuschuss gewährt. Es wurden 219 Aushilfen zu je ATS 2.500, insgesamt ATS 547.500 angewiesen. Im Jahr 1999 sprachen 761 Personen vor. Die Zahl der Zwischenerledigungen betrug 4.310 (inklusive Einmalzahlungen). Im Bereich der Rentenfürsorge wurden von der MA 12 76 Erhebungen durchgeführt.

Seniorenbetreuung

Die Anzahl der **Pensionistenklubs** betrug in der Periode Jänner bis April 184 und in der Periode Oktober bis Dezember 183. Von den 186 Pensionistenklubs waren insgesamt 48 länger in Betrieb (im Mai 48, Juni 2). Einige Pensionistenklubs wurden bereits früher in Betrieb genommen (im August 2, im September 55).

Die durchschnittliche tägliche Besucherzahl betrug in der Periode Jänner bis April 12.663 Personen (pro Klub rund 79) und von Oktober bis Dezember 13.077 Personen (pro Klub rund 69). Die Pensionistenklubs waren wie im Vorjahr von Montag bis Freitag (außer an Feiertagen) in der Zeit von 13.00 bis 18.00 Uhr geöffnet.

Wie im vergangenen Jahr wurden bunte Nachmittage vom „Sozialwerk für österreichische Artisten“ gestaltet sowie Vorträge über Verkehrserziehung abgehalten.

In einigen Pensionistenklubs wurden unter Anleitung einer Fachkraft oder Betreuerin Bastelgruppen geführt.

Weiters wurden den BesucherInnen weiterhin eine tägliche kostenlose Kaffeejause mit Mürbgebäck bzw. Mehlspeisen und zweimal im Monat fakultativ ein kostenbeitragspflichtiges Mittagessen geboten. Das gesamte Klubpersonal wurde im Rahmen eines Einführungsvortrags vor Beginn der Klubperiode über die zu verrichtenden Obliegenheiten informiert. Zusätzlich führten die MitarbeiterInnen des Referats für alle neuen Betreuerinnen Schulungsveranstaltungen durch. Diese Weiterbildung erfolgte in Form einer Seminarveranstaltung, in der vor allem die Problematik der Kommunikation mit alten Menschen dargelegt und Informationen über Soziale Dienste vermittelt wurden.

Sozialpass

Zur leichteren Inanspruchnahme der Sozialen Dienste wurde mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 1980 der Sozialpass geschaffen. Jeder Wiener, der Leistungen des Sozialamtes in Anspruch nimmt, kann einen Sozialpass erhalten. Bis zum 31. Dezember 1999 wurden insgesamt 154.950 Sozialpässe, davon 88.434 Sozialpässe mit „P“, die zur ermäßigten Benützung öffentlicher Verkehrsmittel berechtigen, ausgestellt. Außerdem wurde in 10.371 bereits ausgestellten Sozialpässen der Vermerk „P“ nachgetragen.

Urlabsaktion für SeniorInnen

Mit der Aktion „Urlaub in der Sommerfrische“ bietet die Stadt Wien (MA 12 – Referat für Seniorenbetreuung) allen in Wien wohnenden SeniorInnen die Möglichkeit, zwischen April und Oktober einen kostengünstigen Urlaub in Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg oder der Steiermark zu verbringen.

InhaberInnen eines „Sozialpasses P“, DauersozialhilfebezieherInnen sowie BesucherInnen der Pensionistenklubs der Stadt Wien können finanzielle Zuschüsse zu den Urlaubskosten erhalten. Diese richten sich nach dem Einkommen und der Dauer des Urlaubs.

Im Jahr 1999 haben ca. 870 PensionistenklubbesucherInnen, die Zuschüsse seitens der MA 12 erhalten, an dieser Aktion teilgenommen. Es wurden Zuschüsse in der Höhe von ATS 1.863.777 geleistet.

Ausflugsaktion

Für die DauersozialhilfebezieherInnen und PensionistenklubbesucherInnen wurden je Bezirk bzw. Klub vier Ausflüge zu 38 Orten in den Monaten Mai bis Oktober durchgeführt. An allen Ausflügen für DauersozialhilfebezieherInnen, die keine KlubbesucherInnen sind, nahmen insgesamt 347 Personen teil. An allen Ausflügen der KlubbesucherInnen beteiligten sich insgesamt 15.236 Personen. Darüber hinaus wurden mit Pflöglingen der städtischen Pflegeheime Baumgarten, Liesing, St. Andrä, Geriatriezentrum am Wienerwald, des Pulmologischen Zentrums, des Sozialmedizinischen Zentrums Ost, des Pflege- und Therapiezentrum Ybbs sowie des Pflegezentrum Sophienspital Ausflüge durchgeführt. In der Zeit von Mai bis Oktober nahmen an diesen Ausflügen 908 Pflöglinge teil.

Die TeilnehmerInnen der Berufseingliederungs- und Beschäftigungstherapiekurse nahmen an vier Ausflügen mit 147 Personen teil.

SeniorInnen unterwegs

Die vormalige Aktion „Fahrt ins Grüne“ wurde unter der neuen Bezeichnung „SeniorInnen unterwegs“ auf alle Bezirke ausgeweitet. Hierbei wurde den BewohnerInnen der bisher teilnehmenden Bezirke 1 und 3 bis 9 in den Monaten Juli und August von Montag bis Donnerstag jeder Woche, den BewohnerInnen aller anderen Bezirke jeweils an einem Tag in der Woche in diesen beiden Monaten die Möglichkeit von Halbtagsausflugsfahrten geboten. Als Ausflugsziele firmierten einige Gasthöfe an der Peripherie von Wien sowie solche in Niederösterreich, mit maximaler Entfernung von 40 km von Wien.

Erstmals wurde für die TeilnehmerInnen an den Fahrten je Person ein Kostenbeitrag von ATS 20 vorgesehen, im Vorverkauf wurde bei dem Erwerb eines Blocks von 5 Fahrten eine sechste Fahrt kostenlos zugestanden.

Gemeinsame Feier für UrlauberInnen und KlubbesucherInnen

Für interessierte PensionistenklubbesucherInnen wurden die bereits traditionellen Vorstellungen in der Wiener Volksoper angeboten. Über Einladung des Herrn Bürgermeisters und der Frau Vizebürgermeisterin haben insgesamt fast 6.000 Personen fünf verschiedene Vorstellungen am 11. und 18. November, 1. und 2. Dezember sowie am 26. Jänner 2000 besucht.

Kulturelle Betreuung für SeniorInnen

Im Rahmen der kulturellen Betreuung wurden am 27. Jänner zu „Holiday on Ice“ rund 6.000 Personen in die Wiener Stadthalle eingeladen.

An der traditionellen Seniorenmesse des Wiener Handels „Senior Aktuell“ hat das Sozialamt der Stadt Wien teilgenommen und in der Zeit vom 23. bis 27. März einen Informationsstand geführt, ebenso an der Wiener Herbst-Seniorenmesse im Messegelände in der Zeit vom 18. bis 21. November.

Im Rahmen eines Seniorentages wurden am 1. Oktober in der Zeit von 10.00 bis 20.00 Uhr am Rathausplatz und im Messegelände jeweils ein Informationsstand geführt.

Am Tag der Offenen Tür im Pensionistenwohnhaus Hetzendorf am 2. Oktober und am Kongress „Senior's Care Systems“ vom 6. bis 8. Oktober im Austria Center war das Referat Seniorenbetreuung ebenfalls mit je einem Informationsstand vertreten.

Im Rahmen der Weihnachtspaketaktion wurde an 3.586 Erwachsene und 652 Kinder je ein Paket verteilt. Am 24. Dezember wurden in 12 Pensionistenklubs bzw. Festsälen für 610 Personen **Einsamenfeiern** abgehalten.

Mütterehrung für Dauersozialhilfebezieherinnen

Anlässlich des Muttertages wurden an 599 Mütter, die über 60 Jahre alt sind und eine Dauersozialhilfeleistung beziehen, je ein Golddukaten ausgegeben.

Stiftungen

Die MA 12 verwaltet derzeit 44 Stiftungen. Im Zuge der Reorganisation der Stiftungsverwaltung wurden bisher 25 Stiftbriefe neu gefasst und die Umstellung der Veranlagung der Stiftungsvermögen auf mündelsichere Rentenfonds und deren Gebarung über Depositenkontos fortgeführt. Durch die Zusammenfassung der verschiedenen Stiftungszwecke in sechs Zweckgruppen und die Umstellung der Stiftungsverwaltung auf die EDV-Systeme der Stadt Wien wurde eine raschere und effizientere Zuwendungsgebarung erreicht.

Aus dem Zinsertrag der von der MA 12 verwalteten Stiftungen wurden im Jahr 1999 ATS 6.727.495 verwendet, und zwar ATS 540.000 für die MA 11, ATS 2 Mio. für den Krankenanstaltenverbund, ATS 83.000 für das Allgemeine Krankenhaus, für die MA 7 ATS 56.000, für die MA 15 – TBC-Hilfe ATS 250.000, ATS 3.794.915 für die eigene Abteilung sowie ATS 3.580 für Grabpflege.

Fachaufsicht Sozialreferate

Die **Fachaufsicht** führte in allen Sozialreferaten Aktenkontrollen durch. Die Ergebnisse dieser Aktenüberprüfungen wurden mit den SozialreferatsleiterInnen sowie MitarbeiterInnen besprochen und bei dieser Gelegenheit auch allfällige Entscheidungsfragen über den Anspruch von Sozialhilfeleistungen geklärt. Neben der fachlichen Prüfung ist die Fachaufsicht für die Personalbetreuung und Koordinierung zuständig. Da das Fachwissen sehr umfangreich ist und die Einschulungszeit dementsprechend lang ist, sind neue MitarbeiterInnen anfangs nur beschränkt einsetzbar. Hinzu kommt, dass der Arbeitsdruck durch den oft starken Parteienandrang und die mitunter schwierige Persönlichkeitsstruktur mancher KlientInnen sehr groß ist.

Die Fachaufsicht hat schriftliche und mündliche Beschwerden von KlientInnen zu bearbeiten. Es wurden einerseits zahlreiche klärende Gespräche mit den KlientInnen geführt, andererseits die von den KlientInnen vorgetragenen Anliegen und Probleme mit den jeweils zuständigen ReferentInnen besprochen und Lösungsmöglichkeiten vorge-

schlagen. Bei schriftlichen Beschwerden wurden Erhebungen durchgeführt, Berichte und Antwortschreiben verfasst. Kassenskontrierungen wurden von MitarbeiterInnen des Finanzreferats und der Buchhaltungsabteilung 4 in allen Sozialreferaten durchgeführt.

Zur Wiedereingliederung von langzeitarbeitslosen Sozialhilfe- und NotstandshilfebezieherInnen des 6., 7., 8., 9., 12., 15., 16., 17. und 18. Bezirks (Urban-Gebiet) wurde das Projekt COMEBACK des WAFF – Wiener ArbeitnehmerInnen-Förderungsfonds eingerichtet. COMEBACK bietet Kursmaßnahmen, Berufsweg-, Ausbildungsplanung und Nachbetreuung bei Arbeitsantritt. Das Projekt läuft seit März 1997. Im Jahr 1999 wurden von den Sozialreferaten 26 SozialhilfeempfängerInnen und von den Außenstellen 4 Personen an COMEBACK verwiesen.

Ein weiteres Projekt zwischen dem WAFF und der MA 12 ist JOBCHANCE. Projektziel ist es, 240 langzeitarbeitslose SozialhilfeempfängerInnen im Zeitraum von August 1998 bis Ende Mai 2000 in den ersten Arbeitsmarkt zu vermitteln. Eine erfolgreiche Vermittlung liegt u. a. dann vor, wenn das Arbeitsverhältnis mindestens 6 Monate besteht. Ausgangspunkt der konzeptionellen Arbeiten war die Orientierung an den erfolgreichen Vermittlungsmodellen der holländischen Vermittlungsagentur Maatwerk. Die VermittlerInnen von JOBCHANCE absolvierten eine umfangreiche Einschulung durch Maatwerk-Trainer über die Methodik des Vermittlungsvorgangs. Einen Schwerpunkt dieser Methode bilden die Gespräche mit den Arbeitssuchenden, in denen ein Persönlichkeitsprofil über Stärken, Schwächen, Motivation sowie Berufsperspektiven gemeinsam erarbeitet werden. Ausgehend davon werden bei Arbeitgebern gezielt Stellen akquiriert, die möglichst genau den Kenntnissen und Fähigkeiten der Erwerbslosen entsprechen.

Von den Sozialreferaten und Außenstellen wurden von Projektbeginn bis Dezember 1999 insgesamt 1.281 arbeitssuchende SozialhilfebezieherInnen an JOBCHANCE gemeldet. 93 % wurden von den Sozialreferaten, 7 % von den Außenstellen zugewiesen. Von den zugewiesenen SozialhilfebezieherInnen konnten bereits 218 Personen vermittelt werden, davon haben 51 Personen die Arbeit vor der 6-Monats-Frist abgebrochen, 167 Personen stehen noch immer in Arbeit. 82 Personen sind bereits länger als 6 Monate beschäftigt. 562 Personen haben das Projekt verlassen, für 416 Personen (in der Kartei von JOBCHANCE per 31. 12. 1999) werden die Vermittlungsbemühungen fortgesetzt. Im Jahr 2000 werden weitere SozialhilfebezieherInnen zugewiesen werden.

Die Fachaufsicht ist die Ansprechpartnerin zwischen Jobchance und MA 12 bezüglich der von den Sozialreferaten gemeldeten Sozialkunden.

Im Jahr 1999 wurde in zwei Sozialreferaten durch bauliche Maßnahmen und Änderung der Raumaufteilung das Raumangebot sowohl für die MitarbeiterInnen als auch für die KlientInnen erheblich verbessert. Im 3. Bezirk konnten durch Übersiedlung des Marktamtes die frei gewordenen Räume für das Sozialreferat gewonnen werden und ein seit langem bestehendes Raumproblem gelöst werden. Es fanden umfangreiche Umbau- und Renovierungsarbeiten statt. Im Sozialreferat für den 5. Bezirk wurde die Raumsituation durch Zuteilung von zwei Räumen ebenfalls verbessert.

Die Fachaufsicht nahm gemeinsam mit VertreterInnen der MA 17 – Wiener Wohnen und der MAG 11 regelmäßig an Delogierungsbesprechungen zur Verhinderung von Delogierungen aus Gemeindewohnungen teil. Die Fachaufsicht ist für die Akten der delogierungsgefährdeten Personen ohne minderjährige Kinder im Haushalt zuständig. Die Fälle des 3., 10., 21. und 22. Bezirks wurden von den jeweiligen Sozialreferaten (SR) und im 10. Bezirk vom Referat Sozialarbeit mit Erwachsenen erledigt. Das SR 3 bearbeitete 144, das SR 21 345 und das SR 22 179 Delogierungsfälle.

Von der Fachaufsicht wurden insgesamt 842 Fälle bearbeitet.

Ab Jänner 2000 wird das Sozialamt nicht mehr von Wiener Wohnen, sondern direkt von den Gerichten von eingeleiteten Räumungsverfahren benachrichtigt werden. FAWOS (Fachstelle für Wohnungssicherung) wird an die betroffenen MieterInnen ein Informationsschreiben versenden.

Sozialkonto (SOKO), EDV und Verwaltung

Die Entwicklung des Sozialkontos wurde 1999 mit folgenden Schwerpunkten fortgesetzt:

Datenbank und Serverprogramme

- Die Datenbank wurde für die Erfordernisse der Dauerleistungen und Mietbeihilfe erweitert.
- Der Serverteil für die Servisierung der online-Auswertungen wurde nochmals erweitert, sodass nun praktisch alle lesenden und schreibenden Zugriffe über Auswertungen realisierbar sind.
- Es konnten alle Anforderungen aus allen Systemwelten (IBM, UNIX/VAX und WINDOWS/PC) einwandfrei abgedeckt werden. Im Zuge der Datenübernahme der Altbestände Mietbeihilfe und Dauerleistung von der IBM-Rechenanlage konnten trotz sehr beschränkter Datentiefe (kein Geburtsdatum bei Mietbeihilfe, keine eindeutige Adress-Schreibweise) auf Grund der optimierten Programmlogik mehr als 95 % der Fälle korrekt im SOKO abgebildet werden. Alle Programme zur Übernahme der zur Verfügung gestellten Datenbestände in die MA 12-Datenbank wurden im EDV-Referat selbst erstellt.

Verrechnungsprogramme

Am Datenbankrechner der MA 12 laufen mit Inbetriebnahme der neuen Module Mietbeihilfe und Dauerleistungen nunmehr bereits 4 verschiedene Verrechnungen, wobei alle Anweisungsdaten buchungsfertig an die MA 6 übermittelt werden:

Kassenverrechnung – wöchentlich, Pflegegeldverrechnung – monatlich, Mietbeihilfenverrechnung – monatlich, Dauerleistungsverrechnung – monatlich.

In Summe werden bereits Sozialausgaben von weit mehr als ATS 1,5 Mrd. jährlich alleine durch SOKO verrechnet.

Client-Versionen

- Im Jahr 1999 wurden die Versionen SOKO 6.1 bis SOKO 6.4 zum Einsatz gebracht. Neu sind die vollständigen Erfassungs- und Verrechnungsdialoge der Module „Mietbeihilfe“ und „Dauerleistungen“.
- Zusätzlich wurden die Clientberechtigungen für alle SozialarbeiterInnen erweitert und ein Dialogsystem für die Erfassung und Verwaltung der im Zuge der Tätigkeit von SozialarbeiternInnen anfallenden Informationen integriert.
- Ein externer Zugang zu diesem Programmteil wurde ebenfalls integriert.
- Das Projekt „START/JOBCHANCE“ wurde via SOKO weitergeführt.

Test- und Schulungsumgebung

Die technische Aufrüstung (komplett neuer Leitungsanschluss und Neuverkabelung samt nachrichtentechnischer Infrastruktur) war Ende 1999 fast abgeschlossen, sodass eine Basis für eine adäquate Schulung der MA 12-MitarbeiterInnen ab 2000 gegeben ist.

SOKO-Dauerleistungen

Nach Abschluss der ersten Ausbaustufe des Dialogsystems Dauerleistungen erfolgte Ende Oktober die Datenübernahme von der MA 6. Durch die Übernahmeprogramme der MA 12 wurden ca. 100.000 Datensätze automatisch im SOKO generiert und die Basis für eine Verrechnung damit in ca. 99 % der Fälle erreicht. Nach 2 Parallel-Verrechnungen mit der MA 6 wurde Ende Dezember 1999 die erste Verrechnung der Dauerleistungen aus dem SOKO begonnen.

SOKO-Pflegegeld

1999 wurden Zahlungen im Gesamtwert von ca. ATS 579 Mio. transferiert.

SOKO-Mietbeihilfen

Die Datenübernahme erfolgte ebenfalls ab Oktober 1999 mit jeweiliger Aktualisierung der monatlichen folgenden Datenauszüge der IBM/MA 6. Die Problematik des beschränkten Identifikationsbereichs (MA 6-seitig kein Geburtsdatum und keine exakte Adresse gespeichert) bedeutete einen hohen Aufwand bei der Datenabbildung im SOKO. Hier wurde unter Zuhilfenahme von Abbildungen in PC-Programmen und Vergleichssimulationen zu möglichen Übereinstimmungen mit sinkendem Spezifizierungsgrad die Zuordnung durchgeführt. Letztlich konnte auch hier eine Datensicherheit von über 95 % für die erste Verrechnung erreicht werden.

SOKO-Sterbedatenabgleich

Der seit 1. Juli 1994 laufend durchgeführte Sterbedatenabgleich wird unverändert beibehalten. Als Erweiterung wurde das Protokoll des Abgleichs in der Datenbank abgebildet und ist somit auch in der Datenbank für weitere Auswertungen und Auskünfte verfügbar.

Die SOKO-Daten werden täglich mit einem via IBM zur Verfügung gestellten Datenbestand mit den Daten von verstorbenen Personen aus dem Bereich Wien verglichen. Bei Übereinstimmung werden die Primär-SOKO-Daten automatisch aktualisiert. Danach werden weitere Abschlussarbeiten zu den EDV-Akten vom EDV-Referat durchgeführt. Die betroffenen Referate erhalten eine Information via IBS-Mail an ihren Referatsbereich zugestellt und können danach die weiter zu setzenden Schritte veranlassen. 1999 wurden 944 Übereinstimmungen von Personen gefunden und diese ausgegliedert.

SOKO-Tabellenwartung

Die Tabellenwartung (eine Rally-Anwendung) wurde einerseits an Neuerungen der Datenbank zu den jeweils aktuellen SOKO-Versionen angepasst, andererseits in immer weiterem Umfang für die Datenkorrekturen (Eingabefehler der Anwender) eingesetzt.

SOKO-Auswertungen

Alle Nutzer von SOKO haben die Möglichkeit, ihnen zugeordnete Auswertungen jederzeit selbst anzufordern. So wurde 1998 für alle Sozialreferate die Möglichkeit geschaffen, die Monats- und Jahresabschlussarbeiten über solche integrierte Auswertungen selbst durchzuführen.

Derzeit sind ca. 450 Auswertungen verfügbar, davon über 150 im Dialogeinsatz in der MA 12.

An Spitzentagen werden bereits mehr als 200 Auswertungen pro Tag durchgeführt und neben dem Dialogbetrieb von ca. 100 ständigen Online-Benutzern von SOKO abgewickelt.

Alle Auswertungen werden via E-mail zugestellt und können in allen üblichen Mailing-Clients wie IBSnext, Teamlinks, MS-Exchange oder MS-Outlook gelesen und weiterverarbeitet werden.

Als Neuerung zu den Auswertungen wurde auf Grund einer Anforderung eines Sozialreferats erstmals auch ein Basisdatenbestand für die direkte Erzeugung von Serienbriefen via Winword als jederzeit abrufbare Auswertung zur Verfügung gestellt (typischer Datentyp „.csv“).

Hardwareanforderungen 1999

Die Bestellung der im Systemisierungsplan 1999 sachlich genehmigten und im Budget abgedeckten EDV-Geräte wurde unter Berücksichtigung der in der Zentrale parallel ablaufenden Verkabelung durchgeführt. Es wurden im Rahmen des zur Verfügung stehenden EDV-Budgets vermehrt Geräte getauscht, welche sich im Netzverbund als nicht mehr betriebssicher, überaltet bzw. nicht Jahr-2000-fähig darstellten. Diese Hardware wurde bei entsprechender Kosten-Nutzen-Rechnung auf einen höheren Standard gebracht oder aber durch Neugeräte ersetzt. Von der Zentrale der MA 12 abgesehen, wurde vor allem an der PC-Ausstattung in den Sozialreferaten gearbeitet und nur mit einer Mindestgeräteeinheit von 2 PCs pro Sozialreferat eine Hardwareausstattung von zusätzlichen 42 Mikros bestellt, geliefert, mit geeigneter EDV-Netzwerktechnik und Konfigurationsunterstützung durch das EDV-Referat zum Einsatz gebracht. Dies ist ein wichtiger Schritt der für 2000 angestrebten PC-Vollausstattung der MA 12.

Schulungsverwaltung

Auch 1999 erfolgten Schulungen von MA 12-MitarbeiterInnen mit Schwerpunkt auf der PC-Grundausbildung durch VA-Kurs-Koordination des EDV-Referats. Es erfolgten nach vorheriger Erhebung des jeweiligen PC-Wissensstands folgende Kurseinteilungen wie „PC-Lernstudio, PC-Grundeinführung mit Windows 95, Winword Einführung und Exchange mit MAPI“. Das Kursangebot wurde nach vorheriger Terminabsprache mit den jeweiligen KollegInnen gerne und intensiv genutzt. IBS-, SOKO-Geldaushilfe- und SOKO-Pflegegeld-Schulungen konnten durch die bis Ende 1999 nicht zur Verfügung stehende Schulungsumgebung nur eingeschränkt und direkt am Arbeitsplatz angeboten und durchgeführt werden. Für Vertreter der Sozialreferate wurden 3 Dauerleistungs-Kurzschulungstermine abgehalten, um den KollegInnen einen Einblick in den SOKO-Ablauf zu ermöglichen, welcher danach mit Vorort-Schulungen in den Sozialreferaten komplettiert wurde.

Userverwaltung

Da auf der einen Seite die EDV-Umgebung in der MA 12 sich auch trotz eines mehrjährigen EDV-Betriebes noch im Aufbau befindet und regelmäßig wächst, auf der anderen Seite es sich um eine Abteilung mit relativ starker personeller Fluktuation handelt, ergibt sich mit 31. 12. 1999 ein Stand von insgesamt 886 EDV-Berechtigungen (EDV-Zugänge). Davon entfallen 236 auf LAN-User (Verdoppelung gegenüber dem Vorjahr), 185 auf IBM-User, 25 auf UNIX-User und 362 auf VAX-User (IBS). Von den VAX-Usern entfallen 228 Accounts auf die Springer und 28 werden als Aushilfszugänge verwendet. Der Systemadministration dienen 22 Accounts. Der Rest wird von MA 12-MitarbeiterInnen verwendet. Detailliert ergab sich für das Jahr 1999 die Erfordernis, 149 LAN-Useraccounts, 26 IBM-Useraccounts, 5 UNIX-Useraccounts und 110 IBS-Useraccounts (davon 52 für Springer) neu anzulegen. Gelöscht werden mussten 141 EDV-Accounts (20 UNIX-, 14 IBM-, 22 LAN- und 85 IBS-Zugangsberechtigungen). Üblicherweise benötigt ein Anwender 3 bis 5 Accounts, ein Springer, für seine Einsätze nach Bedarf in 21 Sozialreferaten, 24 bis 26 Useraccounts.

Dezentrale Userverwaltung

Durch Auslagerung von Teilbereichen der ADV-Betriebsführung zur Dezentralen Userverwaltung wurde 1997 mehr Eigenverantwortlichkeit an die MA 12 übergeben.

Wie kaum eine andere Magistratsabteilung hat die MA 12 die weitestgehende Stufe der Selbstständigkeit in der Verwaltung aller EDV-System-Zugangsberechtigungen erreicht. Die MA 12 verwaltet somit alle Accounts (LAN-, IBS-, TPX-, PDB-, HVB-User) in der Dienststelle weitgehend selbst.

Springerverwaltung – Springerevidenzsystem SES

Neben der Gruppe der Norm-User kann auf Grund der Dezentralisierung von der Dienststelle aus durch das EDV-Referat auch eine spezielle Usergruppe, nämlich die der Springer, betreut und verwaltet werden. Für neu dazukommende SpringerInnen wurde eine erforderliche EDV-Umgebung eingerichtet (18 Berechtigungen), für ausgeschiedene SpringerInnen erfolgte eine Bereinigung (25 Berechtigungen).

Ebenfalls über die Dialogauswertungen wurde vom EDV-Referat ein Online-Verwaltungssystem programmiert und eingesetzt, das bisher zur vollen Zufriedenheit läuft. Mit diesem System kann das Personalreferat und die Fachaufsicht jederzeit jeden Springer innerhalb von Wien an einem bestimmten Arbeitsplatz mit allen erforderlichen Berechtigungen versehen. Zusätzlich wird bei jeder Änderung ein aktueller Übersichtsplan der Einsatzorte der Springer ausgegeben.

Das System ist ebenfalls in der zentralen Datenbank der MA 12 abgebildet. Somit ist auch die Erstellung von Übersichten und Auswertungen jederzeit abrufbar.

1999 wurden 434 Änderungen über dieses System abgewickelt und dokumentiert.

Zuordnungen

Begründet durch den sukzessiven Ausbau der EDV-Umgebung in der MA 12 steigt auch die Anzahl der von den Endanwendern benötigten Applikationen. Entsprechend diesem Bedarf wurden 1998 verschiedene Applikationen wie Bereichswechsel, Textsortierung, SOKO usw. zugeordnet. In diesem Jahr wurden, obwohl die Hauptzahl der Zuordnungen 1994 erfolgte, bei weiteren IBS-Anwendern die entsprechende Zuordnung mit Einschulung vor Ort ermöglicht. Auch die Erstellung von Handbüchern und Kurzanleitungen für die Zugriffe wurde durchgeführt. Durch die Umstellung von IBSplus auf IBSnext erfolgte eine Vereinfachung, da für vieles (TPX, Postbereich, Offene Nachrichten, Wiener Rechtsinformationssystem) keine Zuordnung mehr erfolgen musste. In Zahlen: Berechtigung von 162 und Löschung von 347 Zuordnungen.

Benutzeranfragen

Um die Entgegennahme und Bearbeitung von täglich einlangenden Störungsmeldungen ohne zu starke Behinderung des restlichen Tagesgeschehens zu ermöglichen, wurde der 1994 begonnene Telefondienst im EDV-Referat auch 1999 fortgesetzt. Die Besetzung der Hotline und auch die Hilfestellung teilweise nach 15.30 Uhr ist dadurch gewährleistet. Auf Grund der ab 2000 für alle Magistratsabteilungen kostenpflichtigen Störungsklappen war dies ein wichtiger Schritt, einen wirksamen Vorfilter für direkt lösbare Probleme zu setzen und die Kosten dadurch bereits im Vorfeld stark zu minimieren. Ein ebenfalls vom EDV-Referat programmiertes Helpdesk-Programm soll die Hotline bei der Beurteilung von Fehlerhäufungen und Problemschwerpunkten unterstützen.

Internet, Intranet

Durch die Telefonumstellung erforderlich gewordene Adaptierungsarbeiten wurden im MA 12-Beitrag von Wien-Online durchgeführt. Die MA 12 ist derzeit (Stand 1999) mit ca. 100 Webseiten präsent.

Ein elektronisches Informationssystem über das Medium Intranet für die MA 12 wurde als Struktur konzipiert und wird nach Einlangen der entsprechenden Inhalte von den jeweiligen Referaten der MA 12 realisiert werden.

Seit Ende 1999 ist das Intranet der MA 12 sowohl magistratsweit als auch abteilungsintern im Einsatz. Dort sind nicht nur Informationen zu Veranstaltungen (wie z. B. Leitersitzungsprotokolle mit einem zusätzlichen Gesamtindex) abrufbar, sondern auch Inhalte betreffend neue Programmteile, Beschreibungen aller neuen Online-Auswertungen, Anmeldeformulare zum Download etc. verfügbar. Alle Inhalte wurden bisher vom EDV-Referat ins Intranet gestellt. Links auf häufig benötigte Seiten wie etwa MD-Erlässe sind ebenso enthalten sowie die Möglichkeit, durch einen Klick im Intranet eine e-mail an das EDV-Referat zu versenden.

Alle Mitarbeiter der MA 12, gleich ob Terminal- oder PC-Benutzer, haben uneingeschränkten Zugang zum Internet und seit Ende 1999 auch zum Intranet.

Projektunterstützungen

In einigen Besprechungen betreffend das Projekt „Elektronische Formulare – Rahmenschriftstücke“ wurden weitere Vorbedingungen für den Einsatz in der MA 12 geschaffen. Ein weitgehender Einsatz bedingt allerdings eine durchgehend auf PCs basierende Infrastruktur, deren Schaffung für 2000 zugesichert wurde.

Im Bereich des Projekts FAWOS konnte bis Ende 1999 kein Abschluss im Sinne eines durchgängig anwendbaren Arbeitsablaufs erreicht werden. Ende 1999 wurde die Basis für den Elektronischen Rechtsverkehr (EVR) geschaffen und die elektronische Infrastruktur eingerichtet. Daten wurden für Jänner 2000 durch das Bundesministerium für Justiz via Bundesrechenzentrum zugesagt.

Durch diese Übermittlung soll die Dauer der Informationsübermittlung an die MA 12 verkürzt werden.

EDV-Verwaltung

Neben der **Materialverwaltung** der EDV-Verbrauchsgüter aller MA 12-Referate und Protokollierung von Schriftstücken über lokale PC-Anwendungen ist **VePro** weiter das zentrale Verwaltungsprogramm der MA 12, EDV-Referat. Dieses Verwaltungsprogramm hat sich bestens bewährt und ist mit den Modulen UMS-HW und UMS-HD (ebenfalls Lokalanwendungen für Hardware und Helpdesk) verknüpft, sodass Account-Informationen jederzeit gegen Hardware-Komponenten verifiziert werden können und Hilfestellungen leichter möglich sind.

Ein genereller Einsatz des Helpdesk-Protokolls wird allerdings erst nach der (weiterhin nicht vorhandenen) Vernetzung aller Mitarbeiter des EDV-Referats möglich sein.

Eine Netzanbindung des Standorts des EDV-Referats Wien 12., Reschgasse 12, besteht zwar seit Oktober 1999, doch ist sie nicht adäquat und ermöglicht weiterhin nicht die gemeinsame Nutzung der im EDV-Bereich üblichen Anwendungen (Servernutzung, SMS-Verwendung, Referatsapplikationen etc.).

Die statistischen Möglichkeiten von Vepro zu erstellten, aktiven oder gelöschten Usern, ihren Zuordnungen und Geschäftsfällen, zu Vorgängen aus der Schulungsverwaltung u. v. m. wurden erweitert. Der Ausbau dieses Verwaltungsprogramms mit seinen Lokalanwendungen wie Hard/Software, Helpdesk, Protokoll und Schulung wird sukzessive, nach Möglichkeit verbleibender Zeit, weiter betrieben.

Im Jahr 1999 wurden in der **Kanzlei und Einlaufstelle** 9.954 Schriftstücke neu protokolliert. In 76.248 Fällen waren zu den eingelangten Geschäftsstücken bereits Vorakten vorhanden, wobei 8.580 Akten aus der Registratur zu beschaffen waren und dem Geschäftsstück angeschlossen wurden. Außerdem wurden 231.958 Schriftstücke expediert. 25.014 Akten wurden mit dem Vermerk „ad Acta“ versehen, im Protokoll vermerkt und anschließend in der Registratur abgelegt.

In der Kasse der MA 12 erfolgten neben der Bestellung von Sonderdrucksorten, allgemeinen und verrechenbaren Drucksorten 3.520 Auszahlungen im Rahmen des Zentral- bzw. des Bezirksbudgets. Aus dem Kanzleiverlag wurden 350 Auszahlungen kleineren Umfangs für Amtserfordernisse getätigt. Weiters werden auch Fahrscheinverläge geführt (Dienstfahrscheine, Sozialhilfefahrscheine sowie Fahrscheine für Flüchtlinge).

Bildung und außerschulische Jugendbetreuung (MA 13)

Die MA 13 – Bildung und außerschulische Jugendbetreuung ist u. a. für die Förderung von Einrichtungen der Erwachsenenbildung sowie von Jugendorganisationen zuständig. Darüber hinaus obliegt ihr die Führung des Landesjugendreferats, der Städtischen Büchereien, der Landesbildstelle Wien, der Musiklehranstalten (Konservatorium, Musikschulen, Kindersingschule) und der Modeschule der Stadt Wien.

Volksbildung

Im Berichtszeitraum wurden im Bereich Volksbildung insgesamt 60 Subventionsfälle positiv behandelt. Einschließlich des Alternativsektors erhielten Vereine, Gruppen und Institutionen Mittel im Ausmaß von mehr als ATS 290 Mio.

Wie in den vergangenen Jahren war auch 1999 wieder der Verband Wiener Volksbildung, die Dachorganisation der **Wiener Volkshochschulen**, größter Subventionsempfänger, dem eine Betriebssubvention in der Höhe von ATS 244.113.000 gewährt wurde. Seit ihren Anfängen vor mehr als hundert Jahren arbeiten die Wiener Volkshochschulen (VHS) auf Vereinsbasis. Sie gehören dem Verband Wiener Volksbildung, ebenfalls einem Verein, als Mitglieder an. Grundsätzlich erstrecken sich ihre Bildungsprogramme über alle Wissensgebiete, beinhalten aber auch das Erlernen und die Förderung künstlerischer und handwerklicher Fertigkeiten. Sondereinrichtungen wie das Planetarium, die Urania – und seit einigen Jahren die der Volkshochschule Ottakring als Zweigstelle angeschlossene Kuffner-Sternwarte, die Kleine Galerie der Gesellschaft für Kunst und Volksbildung und die Künstlerische Volkshochschule ergänzen das vielfältige Angebot, das auch über Österreichs Grenzen hinaus Anerkennung findet. Ein spezielles Bildungsangebot für Behinderte wird weiterhin von der aus dem ehemaligen Bildungszentrum Aktiv durch Vereinigung mit einer Zweigstelle der Volkshochschule Ottakring hervorgegangene Volkshochschule Rudolfsheim-Fünfhaus angeboten, die darüber hinaus auch ein vollwertiges Volkshochschulprogramm präsentiert. Insgesamt umfasst der Verband Wiener Volksbildung derzeit 18 Mitgliedsvereine sowie einige kooptierte Einrichtungen.

Wie sehr das Programm der Wiener Volkshochschulen von den WienerInnen angenommen wird, lässt sich aus den weiter gestiegenen Frequenzzahlen ablesen: so gab es im Studienjahr 1998/99 16.014 Kurse, die von ca. 151.000 HörerInnen besucht wurden. In 5.494 Veranstaltungen wurden rund 446.000 BesucherInnen gezählt. Etwa 540.000 TeilnehmerInnen kamen zu über 16.947 Veranstaltungen hausfremder Mieter in den Häusern der Begegnung. Die internen Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen hatten 2.087 TeilnehmerInnen aufzuweisen.

Darüber hinaus führt der Verband Wiener Volksbildung die von der Stadt Wien errichteten und der Wiener Volksbildung zur Verfügung gestellten Volksbildungsbauten – Volkshochschulen, Volksheime und Häuser der Begegnung. Er verfügt damit über eine auch im europäischen Vergleich beachtliche Raumkapazität.

Im Hinblick auf die Erzielung synergetischer Effekte sind in den Häusern der Begegnung und – soweit es die räumliche Situation zulässt – in den Volksheimen im Allgemeinen neben den Volkshochschulen bzw. ihren Zweigstellen auch andere Bildungseinrichtungen wie Städtische Büchereien oder Musikschulen untergebracht. Viele der Räumlichkeiten in den Häusern der Begegnung und Volksheimen stehen gemäß ihrer Bestimmung als Bildungs-, Kultur- und Veranstaltungszentren stunden- und tageweise auch Vereinen, politischen Parteien, Konfessionsgemeinschaften, Firmen usw. zur Verfügung.

Im Rahmen eines bereits jahrelang laufenden **Sanierungsprogramms** wurden dem Verband Wiener Volksbildung wieder Förderungsmittel in der Höhe von ATS 14 Mio. zur Instandhaltung dieser Bauten bzw. zur Behebung aufgetretener Schäden zur Verfügung gestellt, um ihn in die Lage zu setzen, die geschaffenen Werte für die Zukunft erhalten zu können. Eine finanzielle Unterstützung im Ausmaß von ATS 2.800.000 diente darüber hinaus für den Einbau eines Aufzugs in der Volkshochschule Wien-Nordwest. Im Herbst 1999 konnte die Zweigstelle der Volkshochschule Liesing in Wien 23., Speisinger Straße 256, ihrer Bestimmung übergeben werden. Das Haus der Begegnung Mariahilf feierte sein 35-Jahr-Jubiläum, und das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung beging den 10. Jahrestag seiner Gründung. Zur Durchführung von Projekten wurden dem Verband Wiener Volksbildung Fördermittel im Ausmaß von ATS 2.400.000 zur Verfügung gestellt.

Für Aktivitäten des Jüdischen Instituts für Erwachsenenbildung im Bereich der Wiener Volkshochschulen erhielt der Verband Wiener Volksbildung weiters eine Subvention in der Höhe von ATS 150.000. Der Sektor der konfessionellen Erwachsenenbildung, darunter das Katholische Bildungswerk der Erzdiözese Wien und das „Kardinal-König-Haus“, wurde mit insgesamt ATS 830.000 gefördert.

Entsprechend ihrer Aufgabenstellung unterstützten die Vereine der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien und der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien sowie der Verein zur Förderung der Modeschule der Stadt Wien wieder erfolgreich die Arbeit der Institutionen. Im Volksbildungsbereich standen ihnen dafür Förderungsmittel in der Höhe von ATS 2.235.000 zur Verfügung.

Das Wiener Volksliedwerk erhielt eine Förderung im Ausmaß von ATS 1.250.000. Es war bis Sommer 1999 gemeinsam mit dem Österreichischen und dem Niederösterreichischen Volksliedwerk, die beide mittlerweile andere Standorte gefunden haben, im „Bockkeller“ in Wien 16., Gallitzinstraße 1, untergebracht. Der schon weit gediehene Aufbau des „Wiener Musik Archiv“ wurde zügig fortgesetzt.

Gefördert wurde unter anderem auch die vor rund 30 Jahren durch Prof. Gerda Matejka-Felden gegründete Wiener Kunstschule mit ATS 3 Mio., eine Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht, die in enger Verbindung mit der Künstlerischen Volkshochschule tätig ist. Der Verein „Kinderhaus Hofmühlgasse“, die Dachorganisation der im Objekt Wien 6., Hofmühlgasse 2, untergebrachten Kinder- und Alternativschulgruppen, erhielt eine finanzielle Unterstützung in der Höhe von ATS 1.294.000. Dem Haus des Meeres, das im Jahr 1999 sein 40-Jahr-Jubiläum feierte, wurde eine Subvention im Ausmaß von ATS 1,2 Mio. insbesondere für ein bereits im Bau befindliches, von Prof. Holzbauer entworfenes Paludarium, ein gläsernes Tropenhaus an der Außenseite des Flakturms, gewährt.

Durch Beantragung von auf bestimmte Zielgruppen ausgerichteten Förderungsmitteln sowie durch Hilfeleistungen verschiedenster Art hat das **Referat für Bildungsprojekte** der MA 13 wie schon in den Vorjahren diverse Volksbildungseinrichtungen in die Lage versetzt, innovative Vorhaben durchzuführen, die jeweils wichtige Ergänzungen ihrer regulären Programmangebote darstellen.

Schwerpunktthemen der im Berichtszeitraum subventionierten Projektarbeit an den Wiener Volkshochschulen waren „Universität/Volksbildung“ sowie eine Studie über „Teilnahme und Nichtteilnahme an der Weiterbildung“.

Im Rahmen von „**University meets public**“ wurden im Sommersemester 1999 30 zugkräftige Einzelvorträge und 13 Vortragsreihen in den Bereichen Naturwissenschaften/Neue Technik und Medizin angeboten. Insgesamt nahmen 1.014 Personen an den jeweiligen Programmen teil.

Die durchschnittliche TeilnehmerInnenanzahl pro Veranstaltung lag im Bereich der Naturwissenschaften mit 28 InteressentInnen deutlich höher als bei „Medizin“ mit 18, wobei hier Inhalte mit psychologischen Schwerpunkten wie z. B. „Burn-out“ sehr gut angenommen wurden, während Angebote rund um Fragen der Prävention von Krebs auf nur wenig Nachfrage stießen.

Zu den Highlights im Bereich der Medizin gehörten insbesondere die Vorträge von Univ.-Prof. Dr. Dantendorfer zum Thema „Schizophrenie“ mit rund 60 HörerInnen und von Mag. Ulrike Demal zum Thema „Krank vor Angst“. Der am besten besuchte naturwissenschaftliche Vortrag war jener von Univ.-Prof. Dr. Köberl mit dem Titel „Impact, Gefahr aus dem All...“ (rund 90 TeilnehmerInnen).

Im Herbstsemester stand neben Theaterwissenschaft, Theologie und Naturwissenschaft vor allem der umfassende Komplex „Europa“ mit insgesamt 71 angebotenen Einzelvorträgen und 5 Vortragsreihen im Mittelpunkt.

Gemeinsam mit dem Institut für Ethnologie und dem Institut für Geschichte der Medizin bot die Volkshochschule Wien-Nordwest eine gut besuchte Vortragsreihe zu Heilmethoden außereuropäischer Kulturen an. Mit diesem Projekt wurde versucht, neueste Forschungsergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen und ohne esoterische Mystifizierung Möglichkeiten und Grenzen verschiedener medizinischer Systeme aufzuzeigen. An den im Jahr 1999 gehaltenen 4 Vorträgen nahmen rund 50 Personen teil.

Gregor J. Mendel, seine Forschungsergebnisse sowie sein Einfluss auf die moderne Naturwissenschaft standen im Mittelpunkt eines dreitägigen Symposiums Anfang November in der Wiener Urania, bei dem insgesamt rund 500 InteressentInnen verzeichnet werden konnten.

Die Zusammenarbeit zwischen Universität und Volksbildung ist neben der Vortragstätigkeit von Universitätsangehörigen vor allem im **Zweiten Bildungsweg** sehr eng. Die Studienberechtigungsprüfung und die Berufsreifeprüfung bieten ihren AbsolventInnen, die in der Schulzeit aus welchen Gründen auch immer keine Matura abgelegt haben, eine neuerliche Möglichkeit, die ordentlichen Zugangsvoraussetzungen für ein Universitätsstudium, ein Kolleg oder eine Fachhochschule zu erwerben. Im Berichtszeitraum wurden verstärkt gemeinsame Informationsveranstal-

tungen angeboten und darüber hinaus intensive Versuche unternommen, Bildungswillige via Infoscreen mit dem Spot „Geht Ihnen ein Licht auf“ anzusprechen bzw. sie auf die Möglichkeiten des Zweiten Bildungswegs aufmerksam zu machen.

Die aus Mitteln der Stadt Wien – MA 13 finanzierte Studie „Teilnahme und Nichtteilnahme an der Weiterbildung in Wien“ hatte die Aufgabe, Grundlagendaten zum Weiterbildungsverhalten für künftige Konzeptstellungen erheben zu lassen. Inhaltliche Schwerpunkte der Zielgruppenstudie waren:

- Assoziation mit Volkshochschulen
- Besuch von Volkshochschulen
- Gründe für den Besuch von Volkshochschulen
- Gründe für die Nichtnutzung von Volkshochschulangeboten
- notwendige Voraussetzungen und Rahmenbedingungen für einen Kursbesuch
- Kurspräferenzen, inhaltliche Interessen
- Interessensgebiete und Bedürfnisse generell
- Freizeitverhalten, soziales Umfeld

Die Befragung erfolgte Ende Juni bis Mitte August 1999 bei einer repräsentativen Stichprobe von 422 Personen. Es wurden mündliche Interviews mittels eines teilstrukturierten Fragenprogramms an der Haushaltsadresse der Zielpersonen gemacht. Die Studie liegt vor und kann von Interessierten eingesehen werden.

Eine wichtige Zielgruppe der Arbeit der Volkshochschulen sind **SeniorInnen**. Auf Initiative der MA 13 führt der Verband Wiener Volksbildung daher seit vielen Jahren gemeinsam mit dem Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser von der Stadt Wien finanziell und ideell unterstützte Bildungsprojekte durch. Lag der Schwerpunkt in der Vergangenheit ausschließlich im musischen Bereich, so wurden 1999 über Wunsch der BewohnerInnen kleinere Veränderungen vorgenommen: Neben Chorsingen, das weiterhin auf dem Programm stand, gab es erstmalig auch Bridge- und Internetkurse. Insgesamt nahmen an diesen Aktivitäten ca. 70 Personen regelmäßig teil.

Einen großen Erfolg konnte wieder einmal das vom Neuen Radio Wien mitgetragene SeniorInnenquiz „Wer weiß, gewinnt“ (mit Günter Tolar, Prof. Leopold Großmann, prominenten Ehrengästen als InterviewpartnerInnen und künstlerischen Darbietungen – überwiegend von Studierenden des Konservatoriums der Stadt Wien) verzeichnen. Im Berichtsjahr wurden neben 17 Regelveranstaltungen mit mehr als 4.000 BesucherInnen im Rahmen der „3. Wiener Herbst Senioren Messe“ auf dem Wiener Messegelände zusätzlich noch 4 Sondervorstellungen mit ca. 800 ZuschauerInnen präsentiert.

Im Ansatz neuartig für die Volksbildung ist das Projekt „**SeniorInnen für SeniorInnen**“, das die Volkshochschulen Wien-West, Favoriten und Floridsdorf gemeinsam entwickelt haben und bei dem SeniorInnen selbst ein Kursgeschehen durchführen. 1999 wurde dieses Projekt auf diversen Informationsmessen, die auch von älteren Menschen besucht werden, beworben. An der Volkshochschule Wien-West und in Favoriten kam es bereits zu ersten Clubaktivitäten mit insgesamt 70 TeilnehmerInnen.

Zu den schon traditionellen Vorhaben der SeniorInnenbildung gehört das von der Kleinen Galerie in Form von Reproduktionen in Wiener Pensionisten-Wohnhäusern zum Aushang gebrachte und mit den PensionärInnen diskutierte „Bild des Monats“.

Besonderen Raum nahmen darüber hinaus wieder einmal spezielle Angebote für benachteiligte Personen ein. Geistig Behinderte sowie psychisch Kranke, aber auch Menschen mit unzureichender Basisbildung haben es schwer, in einer erfolgsorientierten Welt für sie geeignete Bildungsmaßnahmen zu finden, die über ein reines „Nützlichkeitslernen“ hinausgehen. Die Volkshochschule Meidling hat daher eine Reihe von allgemein- und persönlichkeitsbildenden Kursen für geistig Behinderte entwickelt, die in Kleingruppen über einen längeren Zeitraum hinweg angeboten werden. An diesen Lehrgängen in Meidling nahmen rund 24 Personen teil.

Im Unterschied dazu bot die Volkshochschule Floridsdorf Menschen, die mangelnde Kenntnisse im Bereich der Basisbildung (Lesen – Rechnen – Schreiben) aufweisen, die Möglichkeit, sie sich in eigens für diese Zielgruppe konzipierten Kursen anzueignen. Bei derartigen Programmen wurden 1999 rund 100 InteressentInnen registriert.

Im Bereich der **Kreativitätsförderung** anzusiedeln waren ferner spezifische Aktivitäten im Psychiatrischen Krankenhaus Baumgartner Höhe, im Kaiser-Franz-Josef-Spital und im Sozialmedizinischen Zentrum Ost, die sich an Menschen richteten, die aufgrund ihrer seelischen Disposition an keinen anderen Veranstaltungen teilnehmen können. Dabei wird davon ausgegangen, dass in jedem Menschen Ressourcen zur Selbstheilung stecken, die sich über künstlerische Tätigkeiten aktivieren lassen. An den insgesamt 6 Kunstgruppen, die wöchentlich im Zeitausmaß von jeweils 2 Stunden stattfanden, nahmen rund 60 Personen teil. Des Weiteren wurden wieder Vernissagen u. a. im KOMM 24, dem Kommunikationscafé auf der Baumgartner Höhe, organisiert und damit größere BesucherInnenkreise, auch von außerhalb der Anstalt, angesprochen.

Breiter Raum innerhalb der geförderten Bildungsprojekte 1999 kam dem Sektor der **Politischen Bildung** zu. So hat etwa die Volkshochschule Favoriten einen Lehrgang entwickelt, der sich vor allem an die Wiener Polizei wendet und zum Ziel hat, deren interkulturelle Kompetenzen zu verstärken. Dieser zwei Semester dauernde Kurs mit Abschlusszertifikat befindet sich zwar noch in der Erprobungsphase, wird aber von der Zielgruppe ausnehmend gut angenommen. Im Berichtszeitraum beteiligten sich an ihm 18 SicherheitswachebeamteInnen, die den Vorträgen bzw. Workshops engagiert und diskussionsfreudig folgten.

Trotz der UN-Menschenrechtsdeklaration werden weltweit jährlich mehr als 300 Menschen ermordet, weil sie sich für die Interessen von ArbeitnehmerInnen einsetzen. Geschätzte 2.000 Personen werden deswegen verletzt, geschlagen und gefoltert. Ungefähr 5.000 Menschen werden inhaftiert, zum Teil lebenslänglich, und die Dienstverhältnisse von ca. 70.000 bis 100.000 ArbeitnehmerInnen werden pro Jahr von ihren DienstgeberInnen aufgelöst, weil sie ihre Gewerkschaftsrechte wahrgenommen haben. Ende November 1999 fand deshalb an der Volkshochschule Favoriten ein Symposium statt, das den rund 40 Anwesenden die Möglichkeit eröffnete, sich mit dem Thema „Folter und Missachtung von Demokratie und Menschenrechten“ auseinander zu setzen.

Erfolgreichem **Sprachunterricht** im Spannungsfeld zwischen den Erwartungen bzw. Erfahrungen von KursteilnehmerInnen sowie den methodischen und ideologischen Ansätzen von Anbietern, BildungspolitikerInnen und Verlagen galt die primäre Aufmerksamkeit des Brigittenaauer Sprachensymposiums, das im September unter dem Titel „Der Fremdsprachenlerner – Objekt oder Subjekt?“ stattfand. An der Veranstaltung nahmen rund 100 Personen teil.

Das Projekt „**Verlorene Nachbarschaft**“ der Volkshochschule Wien-West hatte zum Ziel, heute noch lebende, 1938 vertriebene Juden im 7. bzw. 8. Bezirk zu fotografieren und diese Aufnahmen für eine Ausstellung aufzubereiten. Solcherart sollte der Schrecken der gewaltsamen Vertreibung anhand von individuellen Schicksalen für die BetrachterInnen nachvollziehbar gemacht werden.

Die Volkshochschule Simmering versuchte mit „**Neubesiedelung/Familienförderung**“ in erster Linie junge Familien, karentierte Frauen und Männer, AlleinerzieherInnen sowie WiedereinsteigerInnen mit Bildungsmaßnahmen in den Bereichen „Persönlichkeitsbildung“, „Familienbildung“ und „berufsorientierte Bildung“ zu erreichen. Um allen die Teilnahme zu ermöglichen, wurden Kurse und Seminare mit Kinderbetreuung angeboten. Für diese Aktivitäten interessierten sich rund 200 Personen.

Ebenfalls von der Volkshochschule Simmering organisiert wurde das Projekt „Starke Sprüche gegen schwache Argumente“. Sein Ziel bestand darin, dem pointierten „Sager“ wieder Anerkennung zu verschaffen. Es wurde ein Workshop mit 10 TeilnehmerInnen durchgeführt und ein Spruchwettbewerb ausgeschrieben. Per Post und E-Mail langten daraufhin rund 50 Sprüche ein.

Bei den **innovativen Vorhaben** wurde der Schwerpunkt vor allem auf die Erprobung und den Einsatz von **neuen Technologien**, neue Formen der Vermittlung und die Entwicklung zukunftsweisender Ansätze im Bildungsgeschehen gelegt.

Mit dem Projekt „**ESPACE – European System for Particle and Astronomy Cyber Education**“ wollte die Volkshochschule Ottakring (Zweigstelle Kuffner Sternwarte) Einsichten, Erkenntnisse und Fertigkeiten vermitteln, die einen nutzbringenden Einsatz moderner Technik und eine verständliche Präsentation neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse fördern. Im Rahmen von Testkursen mit ErwachsenenbildnerInnen und LehrerInnen aus dem naturwissenschaftlichen Bereich wurden die jüngsten Ergebnisse und Entwicklungen aus den Sektoren Astronomie und subatomare Physik vermittelt. Die Ergebnisse flossen wiederum in die Arbeit an der Präsentation der Inhalte ein. Als MultiplikatorInnen waren im Rahmen der Testkurse rund 25 Personen beteiligt.

Für „**Business English including New Medi@**“ wurde ein Curriculum mit 15 Unterrichtseinheiten à 3 Stunden entwickelt. Die Themen umfassten:

- language of socialising: job descriptions, 1st meetings and introductions, cross-cultural understanding
- telephoning: active listening, enquiries, giving and exchanging information, taking and leaving messages
- presenting techniques: profiles, facts and figures, body language
- meetings and negotiating skills: procedures, discussions, stating an opinion, agreeing and disagreeing, interrupting, hedging and stalling, establishing rapport
- business letters: enquiries, offers, reports, complaints, memos, e-mails, faxes
- mini-projects: practical application of course contents and skills
- new media integrated: searching the Internet, use of e-mail communication, newsgroups, chatrooms and CD-ROMs
- self-study and learning strategies, tutoring offered via e-mail and help-desk

Zusätzlich wurde eine einschlägige aktuelle Link-Liste im Internet entwickelt. Damit werden folgende Schritte ermöglicht:

- Zugang zu internationalen und nationalen Bibliotheken
- Einrichtung eines elektronischen Forums für Unterrichtende und Lernende
- Einrichtung eines Tutoriums über E-Mail zur Lernbetreuung der Lernenden
- Online-Übungen
- Zugang zu Online-Ressourcen
- Beratungsmöglichkeit von Lernenden durch die TutorInnen per E-Mail

Es gelang, diese Aufstellung in die Link-Liste der University of Hull, CTI-Centre (das europäische Zentrum für CALL), und jene der IATEFL/BESIG (= International Association of Teaching English as a Foreign Language/Business English Special Interest Group) aufzunehmen.

Weiters wurde bzw. wird auch ein vorhandener Internetzugang an den beteiligten Volkshochschulen geboten, der zur Informationsbeschaffung und weiteren Vernetzung sowohl Unterrichtender als auch Lernender dient.

Die Volkshochschule Wien-Nordwest hat mit dem Kurs „Wienerisch im Internet“ ein überaus erfolgreiches Bildungsangebot entwickelt, auf das am Wienerischen Interessierte im In- und Ausland gern zugreifen. 1999 wurden neue Themen angeschnitten, Links zu bedeutenden wissenschaftlichen Institutionen sowie Verlagen gelegt und neue Inhalte in das Wörterbuch aufgenommen.

Mit Hilfe der Medien können Wirtschaft und Politik Wert- und Meinungsbildungen bewusst beeinflussen. Daher spielt der Umgang mit Medien, aber auch mit Informationen im Allgemeinen, eine immer wichtigere Rolle. Unter dem Titel „Die manipulierte Information – Ethik und Journalismus“ hat sich die Volkshochschule Landstraße dieses Problemkreises angenommen. Zu dieser Veranstaltung kamen 170 Personen.

Das Jüdische Institut für Erwachsenenbildung erachtet die **Bildung gegen Vorurteile** als besonders wichtig. Anlässlich seines 10-jährigen Bestehens wurden KursteilnehmerInnen und ReferentInnen in- und außerhalb der Einrichtung schriftlich zu der Arbeit der vergangenen Jahre befragt. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Zufriedenheit mit dem Angebot generell sehr hoch ist und die Qualität der Kurse überwiegend positiv beurteilt wird. Hinsichtlich des Gründungsziels des Instituts, den Abbau von Vorurteilen zu fördern, wurde kritisch angemerkt, dass das ein schwieriges Unterfangen sei, weil sich, wie die Erfahrung bei ähnlichen Veranstaltungen in anderen Institutionen zeigt, erfahrungsgemäß meist dieselben bildungswilligen Menschen einfinden. Die Untersuchungsergebnisse werden in einer Festschrift publiziert werden.

Der **Kunstvermittlung an kunstfernen Orten** hat sich seit Jahren die Kleine Galerie verschrieben. Ihr Bestreben dabei ist es, Menschen, die keinen Bezug zur bildenden Kunst haben, diese näher zu bringen. 1999 wurden „Radiierungen“ und „Bilder von anderswo“ im Volkshochschularchiv und in der Volkshochschule Landstraße präsentiert. Bei der Eröffnung waren rund 150 Personen anwesend. Den Arbeitsschwerpunkt bildeten jedoch die Konzipierung und Gestaltung einer Wanderausstellung zum Thema „Lithographie“, die an Orten der Begegnung und der Kommunikation vermittelt werden soll.

Beginnend mit 1981, dem Jahr der Vereinten Nationen für behinderte Menschen, haben Mag. Walter Angerer und Helmut Kurz-Goldenstein mit eben dieser Zielgruppe das Malprojekt „**Behinderung und Euthanasie – Geschichte und Gegenwart**“ durchgeführt. Die Ergebnisse wurden im Berichtszeitraum von der Kleinen Galerie für einschlägige VHS-Ausstellungen zu politischer und ästhetischer Bildung (Hartheim, Spiegelgrund) restauriert und neu gestaltet. Gezeigt wurde die Ausstellung von 24. September bis 20. Oktober 1999 im 3. Bezirk; zur Eröffnung kamen 100 Gäste. Anschließend übersiedelte sie in die Volkshochschule Brigittenau, wo sie bis Dezember blieb. Am „Tag der Behinderten“ nahmen ca. 50 Personen an den Veranstaltungen teil.

Das Volksbildungshaus Wiener Urania führte im Berichtsjahr wieder einen „**Musiktheaterworkshop**“, eine auf hohem Niveau stehende Bildungsmaßnahme für ambitionierte Laien, durch. Da er sich als Vorbereitungskurs für die Aufnahmeprüfung an der Musikuniversität eignet, bot er den im Schnitt mitwirkenden 10 Personen pro Semester wie schon in der Vergangenheit einen professionellen Einstieg in die Welt des Musicals und der Operette.

Die „Urania Menschenbühne“ erprobte Fremdsprachenunterricht mit den Mitteln des Theaters. Höhepunkt der gemeinsamen Arbeit war die Aufführung des Textes „Das Haus an der Grenze“ von Slawomir Mrozek, die von der Wiener Presse und den rund 320 BesucherInnen sehr positiv aufgenommen wurde.

Zum Tätigkeitsbereich von „**K3 – Kunst Kultur Kommunikation**“ der Volkshochschule Simmering gehörte schließlich die Fortführung der Initiative „Treffpunkt Leberberg. Ein Stadtteil macht Zeitung“. Damit konnten Initiativen und Projekte vernetzt werden, wodurch zu einer nachhaltigen Verbesserung der Kommunikation in diesem Stadtteil beigetragen wurde.

Geförderte Veranstaltungen wie die eben genannten sprechen im Regelfall InteressentInnen weit über den unmittelbaren Einzugsbereich einzelner Volkshochschulen hinaus an und stoßen oft auf beachtliche Resonanz in den Medien. Die dem Verband Wiener Volksbildung für ihre Realisierung im Jahr 1999 auf Antrag der MA 13 gewährte Subvention in der Höhe von insgesamt ATS 2,4 Mio. – die veranschlagten Gesamtprojektkosten lagen demgegenüber bei fast ATS 11,8 Mio. – stellt mithin einen wichtigen Beitrag zur Attraktivierung sowie zur Steigerung des Bekanntheitsgrades der Wiener Volkshochschulen dar.

Komplettiert wurden die angeführten Projekte noch durch zahlreiche Vorhaben einschlägig tätiger Institutionen, die mit Unterstützung durch die Stadt Wien – MA 13 wesentliche Aufgaben im Bereich von „Bildung und außerschulischer Jugendbetreuung“ wahrnehmen.

Dazu gehören

- die von allen Bundesländern aliquot subventionierte Hörbücherei des Österreichischen Blindenverbandes (Förderung: ATS 738.000),
- der Betrieb des Franz-Schubert-Konservatoriums für Musik und darstellende Kunst (Förderung: ATS 600.000), des Konservatoriums für Musik und Dramatische Kunst (Förderung für die Sanierung seines Klavierbestandes und den Ankauf einer Gesangsanlage: ATS 96.000), des Gustav-Mahler-Konservatoriums für Musik und darstellende Kunst (Förderung für den Ankauf von Musikinstrumenten: ATS 90.000) sowie der Ersten privaten Musikschule Hietzing (Förderung: ATS 798.000),
- die Unterstützung junger Nachwuchstalente im Wege des Vereins zur Förderung der Modeschule der Stadt Wien, die Zuschüsse für Diplomarbeiten ebenso umfasst wie SchülerInnenprämien für gutes Design von Verkaufsartikeln und Starhilfen für Erstkollektionen von Hetzendorfer AbsolventInnen (Förderung: ATS 125.000),

- diverse Schulungsprogramme für Pflegefamilien (Förderung: ATS 96.000),
- die Aktivitäten des Vereins zur Geschichte der Volkshochschulen – Österreichisches Volkshochschularchiv (Förderung: ATS 96.000),
- Lehrgänge zur Ausbildung in Stenografie und Maschinschreiben bzw. Tastschreiben auf Computern (Förderung: ATS 50.000),
- „Mütterseminare“ des Katholischen Familienwerks der Erzdiözese Wien (Förderung: ATS 45.000),
- der vom Burgenländisch-Kroatischen Kulturverein in Wien gestaltete Elementarunterricht in der burgenländisch-kroatischen Muttersprache für Schul- und Vorschulkinder in Wien lebender burgenländischer Kroaten (Förderung: ATS 30.000),
- einschlägige Bildungsangebote der Evangelischen Bildungswerke A. B. (Förderung: ATS 25.000) und H. B. (Förderung: ATS 10.000) Wien,
- Italienischkurse der „Società Dante Alighieri/Wien“ (Förderung: ATS 25.000) sowie
- die Aktivitäten der ARGE Esperanto (Förderung: ATS 15.000).

Neben der Initiierung, Unterstützung und begleitenden Kontrolle richtungweisender Aktivitäten im Bereich Erwachsenenbildung bestand eine der Aufgaben des Referats für Bildungsprojekte im Jahr 1999 u. a. auch wieder in der förderungstechnischen Betreuung animativer oder bibliothераpeutischer Vorhaben im Büchereiwesen.

In diesem Zusammenhang zu nennen sind

- die Tätigkeit des Vereins der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien (Subvention: ATS 750.000), zu der die Herausgabe einer Zeitschrift („Neue Wiener Bücherbriefe“), ein „Hausbesuchsdienst“ für Kranke und Gehbehinderte etc. gehören,
- das mit ATS 580.000 in Form einer Ausfallhaftung unterstützte, dezentral veranstaltete und weit über die Grenzen Wiens hinaus bekannte „Lesofantenfest“ derselben Einrichtung, bei dem namhafte Kindertheatergruppen aus dem In- und Ausland mitwirkten, auf die Zielgruppen zugeschnittene preisgekrönte Filme vorgeführt, Bücher-Flohmärkte abgehalten wurden u. v. a. m.
- die im Rahmen des „sommerferienspiels“ an mehreren geeigneten Standorten veranstaltete Großaktion „Lesen im Park“ des Internationalen Instituts für Jugendliteratur und Leseforschung (Subventionserfordernis: ATS 230.000) und
- die Betreuung von zum Teil beträchtlich vergrößerten Krankenhaus- bzw. Pflegeheimbüchereien im Wilhelminenspital, in der Kinderabteilung der Krankenanstalt Rudolfstiftung und im Sozialmedizinischen Zentrum Ost durch den Büchereiverband Österreichs (Subventionshöhe: ATS 309.000).

MA 13 – Landesjugendreferat

Im Berichtszeitraum konnte die MA 13 – Landesjugendreferat viele ihrer bewährten Aktivitäten oft auch in Kooperation mit dem Verein „wienXtra“ (früher: Verein „Wiener Jugendkreis“) fortsetzen und mittels neuer inhaltlicher und optischer Akzente optimieren. Damit vermochte das Referat die Akzeptanz und Attraktivität der Angebote weiter zu verstärken und die Wünsche seiner breitgestreuten Zielgruppen noch konkreter anzusprechen. Durch aktuelle Schwerpunktsetzungen wurde der Bekanntheitsgrad der jeweiligen Aktionen zusätzlich vertieft und der InteressentInnenkreis vergrößert.

Ihrer Aufgabenstellung als **Koordinations- und Vernetzungsstelle für jugendrelevante Fragen** kam die MA 13 – Landesjugendreferat durch die Institutionalisierung neuer Einrichtungen nach, die die Zusammenarbeit der verschiedensten Gruppierungen, die sich mit Kinder- und Jugendarbeit in der Stadt beschäftigen, erleichtern sollen.

Eines dieser innovativen Vernetzungsgremien stellt das der BezirksrätInnen für Kinder- und Jugendfragen dar. Es fungiert vor allem als Schnittstelle zwischen den BewohnerInnen, den Regionalforen, den beamteten Institutionen und der Wiener Stadtregierung. Der MA 13 – Landesjugendreferat obliegt dabei die Koordination des Gremiums; sie bietet Fortbildungsmöglichkeiten an, leistet „Lobbying“, informiert, vermittelt und offeriert bei Bedarf auch Hilfestellungen. Insgesamt soll damit der Informationsfluss zwischen den Einrichtungen verbessert und solcherart die Umsetzung der einzelnen Aktivitäten der verschiedenen Institutionen optimiert werden. Die mit eingebundenen Regionalforen, gebildet aus ExpertInnen der sozialen Bereiche, sowie die politisch Verantwortlichen der Bezirke gewähren bei diesen Bemühungen ebenfalls Unterstützung.

Die „**Jugendplattform**“ ist ein Kommunikationsgremium unter dem Vorsitz von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska, in dem die EntscheidungsträgerInnen vieler mit der Kinder- und Jugendarbeit in Wien im weitesten Sinn befassten Einrichtungen vertreten sind. Das Ziel dieser Jugendplattform besteht auch in der Vernetzung der vielfältigen Ebenen der Jugendarbeit in der Stadt unter Bedachtnahme auf gemeinsame Ressourcennutzungen und – so weit möglich – der Herstellung synergetischer Effekte.

Eine ebenfalls 1999 neu geschaffene Einrichtung mit Begegnungs- und Weiterbildungscharakter stellt das „**Österreichische Bildungsforum für fördernde und präventive Jugendarbeit**“ dar. Diese von allen österreichischen Landesjugendreferaten sowie dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie getragene und finanzierte Einrichtung bot im Berichtszeitraum ExpertInnen aus den Bereichen der Sucht- und Sektenprävention, aber auch MitarbeiterInnen der außerschulischen Kinder- und Jugendarbeit im Rahmen von 4 größeren Veranstaltungen Möglichkeiten des Erfahrungsaustauschs und der Weiterbildung.

Der im Jahr der EU-Präsidentschaft Österreichs 1998 in Wien installierte „Europäische Freiwilligendienst“ (EFD) verschaffte 1999 wieder 30 Jugendlichen Gelegenheit zur Teilnahme an seinem Programm in verschiedenen europäischen Ländern.

Zudem konnten im Berichtsjahr 30 Jugendliche aus anderen europäischen Ländern in der Bundeshauptstadt Wien in sozialen Institutionen oder sonstigen Trägereinrichtungen an verschiedenen Projekten mitarbeiten. Die im Rahmen dieses Programms erstellten Sonderprojekte (z. B. Sunrise, Steam Wheels) ermöglichten die Ausdehnung des Europäischen Freiwilligendienstes auf Osteuropa; ebenso konnte die Integrierung von Jugendlichen mit körperlichen Behinderungen in das Programm erreicht werden.

Der im Vorjahr getätigten Weichenstellung entsprechend war die unmittelbare Umsetzung dieses europäischen Austauschprogramms, das Jugendlichen aus allen EU-Ländern eine Tätigkeit im sozialen Umfeld anbieten kann, dem Verein „Grenzenlos“ in Kooperation mit dem Verein „wienXtra“ übertragen; der MA 13 – Landesjugendreferat kam dabei die allgemeine Koordination zu. Sie sorgte auch für die Mittelfreistellung für jene gemeinnützigen Organisationen, die sich bereit erklärten, EFD-VolontärInnen aufzunehmen.

Zu den bewährten und im Berichtszeitraum in Zusammenarbeit mit „wienXtra“ erfolgreich fortgeführten Programmen zählen ferner die **Internationalen Jugendkontaktprojekte**, durch die wieder ein Erfahrungsaustausch zwischen ExpertInnen der Kinder- und Jugendarbeit geboten wurde und Jugendlichen selbst die Möglichkeit gegeben war, verschiedene Aktivitäten im Bereich der Jugendarbeit in anderen Städten und Ländern kennen zu lernen.

Den wesentlichsten Schwerpunkt in diesem Bereich bildeten die „7. Internationalen Jugendfachgespräche“, die von 6. bis 16. Juni 1999 im Artis Tower Hotel stattfanden. International besetzte Präsentationen und Workshops beschäftigten sich dabei theoretisch, aber auch praxisnah mit verschiedenen Aspekten zum Thema „Kunst, Freizeit und Jugendkultur“. Ziel dieser Veranstaltungsreihe war das Erarbeiten neuer Methoden, Techniken und Inhalte der Freizeitgestaltung und der freizeitpädagogischen Animation einschließlich der musisch-kreativen Ansätze sowie Reflexionen über deren Entstehung und Entwicklung bzw. über neue Aktivitätenformen dazu.

Zu den besonderen Aktivitäten in diesem Arbeitssegment kann auch das Jugendtreffen der „Union of Capitals of the European Union“ (von 5. bis 15. Juli 1999) gezählt werden.

Die **Koordinationsstelle für Aufsuchende/Mobile Jugendarbeit** wurde im dritten Jahr ihres Bestandes aus Gründen der Vereinfachung in M.A.ST.A. umbenannt (Mobile Jugendarbeit, Aufsuchende Kinder- und Jugendarbeit, Streetwork und Animative Freizeitpädagogische Betreuung). Diese Stelle, zu deren Aufgaben auch die Erstellung der zentralen und dezentralen Budgets, die Suche nach KooperationspartnerInnen, die Steuerung, Überprüfung und Modifikation von Konzepten, Standortbestimmungen und Methodikentscheidungen in Umsetzungsfragen in dem betreffenden Fachbereich zählen, konnte im Berichtsjahr insgesamt 18 Projekte – unabhängig von der Trägerschaft – der Mobilien und Aufsuchenden Jugendarbeit und von Streetwork koordinieren, unterstützen und inhaltlich begleiten. Ihr oblag auch die Abwicklung der Animativen Freizeitpädagogischen Betreuung (Parkbetreuung) in allen Wiener Bezirken. Die für diese Maßnahmen erforderlichen Mittel wurden im Zuge der Dezentralisierungsmaßnahmen bereits im vorhergehenden Jahr den einzelnen Bezirken übertragen.

In den von der M.A.ST.A. koordinierten Arbeitsfeldern wird vornehmlich mit benachteiligten und „gefährdeten“ Kindern und Jugendlichen mit starkem Bezug zum Stadtteil gearbeitet, die den Großteil ihrer Freizeit im öffentlichen Raum verbringen. Da die Projekte hauptsächlich regional in bestimmten Bezirken tätig sind, stellen Gemeinwesenorientierung und Vernetzung wichtige Schwerpunkte dar.

Der Koordinationsstelle wurde nach einer entsprechenden Änderung der Geschäftsordnung des Magistrats auch die Fachaufsicht über „Streetwork“ nach dem Jugendwohlfahrtsgesetz übertragen. Generell gesehen lagen wesentliche Schwerpunkte der Jahrestätigkeit der M.A.ST.A. im Bereich der Vernetzung und Sicherung der bestehenden Projekte, in der Mitwirkung und Einbeziehung bei bereichsübergreifenden Themen sowie in einer Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Referat für Mehrfachnutzungen. Wesentliche neue Akzente konnten ebenso im Bereich der Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen für MitarbeiterInnen der diversen Trägerorganisationen mobiler und sonstiger Projekte initiiert werden.

Im Rahmen der **Animativen Freizeitpädagogischen Betreuung** in Wien im öffentlichen Raum und in geeigneten Räumlichkeiten“ wurden im Jahr 1999 von insgesamt 21 verschiedenen Vereinen 82 Park- und Wohnhausanlagen, 6 Schul- und Jugendsportanlagen und 20 sonstige Freiplätze bzw. Räumlichkeiten vorrangig saisonell betreut. Damit konnte das Netz dieser Betreuungsform auf alle 23 Wiener Bezirke erstreckt und weiter intensiviert werden. Im Bereich Rennbahnweg/22. Bezirk ermöglichten im Wege der MA 13 – Landesjugendreferat beantragte Fördermittel, die entsprechenden Angebote eines Aktivspielplatzes um Animative Freizeitpädagogische Betreuung für Jugendliche zu erweitern.

Der 1998 begonnene Prozess zur Erlangung einer neuen „Corporate Identity“ in der MA 13 – Landesjugendreferat konnte im Berichtszeitraum weitergeführt und zusammen mit einem „Corporate Design“ auch beendet werden.

Die seit langem bestehende Kooperation mit dem Verein „wienXtra“ (früher: Verein „Wiener Jugendkreis“) im Aktionsbereich wurde fortgesetzt und erbrachte zahlreiche **Aktivitätenangebote für Wiener Kinder und Jugendliche** sowie deren Eltern, von denen die wesentlichsten hier angeführt sind:

Zu ihrem „politischen Geburtstag“ bzw. zur Erlangung der Großjährigkeit luden die Wiener Stadtverantwortlichen insgesamt 12.485 JungbürgerInnen des Jahrgangs 1980 zur Teilnahme an verschiedenen Veranstaltungen ein und

informierten dabei auch durch eine Informationsbroschüre über deren neu erworbene Rechte und Pflichten. Mit der „Paradise City – Special Edition“ am 8. und 9. Oktober 1999 sowie dem „Ball der jungen WienerInnen“ wurden besonders attraktive Events angeboten. Die rund 9.000 BesucherInnen bei diesen Veranstaltungen im Wiener Rathaus dokumentierten das kontinuierlich steigende Interesse der jungen WienerInnen an dieser im Zusammenwirken mit „wienXtra“ von der MA 13 – Landesjugendreferat durchgeführten Großveranstaltungsreihe.

Höhepunkt im sportlichen Bereich war der „Millennium Dome“-Event am 6. November 1999 im Ferry-Dusika-Hallenstadion, bei dem Stars der Snowboardszene ihr Können auf der Halfpipe zeigten, aber auch Skateboard-Contests und andere Bewerbe neben zahlreichen Auftritten von Szene-Bands stattfanden; über 8.000 junge WienerInnen kamen zu dieser auch für alle JungbürgerInnen angebotenen Veranstaltung.

Reges Interesse vor allem der für ihre Umwelt aktiven jungen WienerInnen konnte die am 17. Oktober 1999 in Wien Floridsdorf/Nähe Gaswerk Leopoldau abgehaltene Baumpflanzaktion „Der Wald der jungen WienerInnen“ verzeichnen, an der rund 7.500 Personen teilnahmen.

Auch im Bereich der „schulbezogenen Aktionen“ konnte die MA 13 – Landesjugendreferat im Berichtsjahr nicht nur viele der bewährten Angebote erfolgreich fortführen, sondern mit besonderen Schwerpunktsetzungen auch auf aktuelle Erfordernisse in der Kinder- und Jugendarbeit eingehen. So wurden z. B. im Bereich „Partizipation“ Beteiligungsmodelle entwickelt und dabei in einigen Wiener Bezirken Kinderbezirksvertretungssitzungen, SchülerInnenparlamente oder ähnliche Veranstaltungen abgehalten, bei denen SchülerInnen zu aktuellen Themen des Bezirks Stellung nehmen konnten. Dabei bestehen hinsichtlich der Art der Durchführung und der thematischen Abwicklung etc. weiterhin unterschiedliche Modelle in den Bezirken, denen ihre Umsetzung im Rahmen der Dezentralisierung obliegt. Der MA 13 – Landesjugendreferat kommt daher vor allem eine entsprechende fachliche Beratungsmöglichkeit zu; ihr sind derzeit 6 „aktive“ Projekte dazu bekannt. Einige sollen – koordiniert von der MA 13 – Landesjugendreferat – erst noch entwickelt und ausgearbeitet werden. Als weiteres neues Projekt in diesem Zusammenhang wäre das im Zusammenwirken der SchulpartnerInnen sowie diverser Sponsoren durchgeführte Schulungsprojekt für gewählte SchülervertreterInnen an Hauptschulen zu nennen. Inhalte dieser Schulungen waren u. a. die rechtlichen Grundlagen und Informationen über Aufgaben der SchülervertreterInnen sowie Kommunikationstraining und praktischer Einsatz an den Schulen. Das Projekt soll aufgrund des offensichtlichen Bedarfs und der zahlreichen positiven Rückmeldungen in Zukunft weitergeführt werden.

Zusätzliche Schwerpunkte im Rahmen dieses überaus breit gestreuten Aktivitätenblocks waren die Bildungsinformationswoche von 9. bis 13. November 1999 in den Räumen des Stadtschulrats unter Mitwirkung von BeraterInnen aus allen weiterführenden Schultypen, vom Arbeitsmarktservice, von der Berufsinformation der Wiener Wirtschaft, der Schulberatung für MigrantInnen, der Arbeiterkammer, dem Schulservice und anderen Gruppen. An 5 Halbtagen wurden dabei insgesamt 4.848 Beratungen vorgenommen.

Bereits zum vierten Mal konnte mit der „ARGE Multikids“ das „Multikidsfestival“ im „dietheater Künstlerhaus“ veranstaltet werden. Schwerpunkt dieser Veranstaltungsreihe war es, ein möglichst vielseitiges Programm aus Theater, Tanz, Musik etc. verschiedenster Kulturkreise (auch fremdsprachig) für in Wien lebende Kinder diverser Ethnien anzubieten. Insgesamt 1.352 interessierte BesucherInnen verfolgten das Programm, das von einem sehr attraktiven Eröffnungsfest im „dietheater“ und auch auf dem Platz davor eingeleitet wurde.

Zu den seit langem bewährten Aktivitäten zählt der in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium „Österreichischer Jugendredewettbewerb“ veranstaltete „Redewettbewerb“, der 83 TeilnehmerInnen Gelegenheit bot, in freier Rede vor Publikum zu aktuellen Themen Stellung zu nehmen. Unter dem Titel „Neues Sprachrohr“ wurde ihnen die Möglichkeit gegeben, unter Einsatz von optischen und akustischen Hilfsmitteln einzeln oder in Kleingruppen ihre Meinung zu aktuellen Themen zu äußern (5 Gruppen). Die den Wettbewerb abschließende Österreichwoche fand von 12. bis 17. Juli 1999 in Eisenstadt statt.

Die im Rahmen der Aktionsreihe „Begegnungen“ veranstalteten Aktionen „Musik aktiv“ (82.354 SchülerInnen aus 66 Schulen), „Schulspiel aktiv“ (270 TeilnehmerInnen) und „Kreativ aktiv“ (522 SchülerInnen) schufen für alle TeilnehmerInnen weitere Möglichkeiten, ihre musisch-kreativen Talente vor Publikum oder Jury darzustellen.

Aktivitäten im musikalischen Bereich, darunter die alljährlich im Rahmen der Wiener Bezirksfestwochen umgesetzten Aktionen zum „Bezirksjugendsingen“ (33.961 teilnehmende SchülerInnen), die „Chortage“ (16 teilnehmende Chöre/453 SchülerInnen) und ein „ChorleiterInnen-Seminar“ für LehrerInnen aus dem Volks- und Hauptschulbereich, das von 25. bis 28. Mai 1999 im Schloss Zeillern abgehalten wurde, vervollständigen den überaus breit gestreuten Tätigkeitsbereich dieses Referats, das auch noch Modellbaukurse organisiert oder z. B. die Bundes-Fußballmeisterschaft für Polytechnische Schulen unterstützt hat.

Die Zusammenarbeit mit „wienXtra“ konnte auch mit vielen bewährten Angeboten im Ferienbereich fortgesetzt werden, die wieder zahlreichen Kindern und Jugendlichen sowie deren Eltern Möglichkeiten für unterschiedlichste gemeinsame Freizeiterlebnisse boten.

Das mit dem „Super-Schnupper-Startfest“ am 4. Juli 1999 im Wiener Stadtpark eröffnete „sommerferienspiel 1999“ verwandelte wieder über 2 Monate hinweg die ganze Stadt in einen großen Spielplatz.

Die insgesamt 113 verschiedenen Veranstaltungen im Rahmen des „sommerferienspiels“, darunter lustige und spannende Mitmachaktionen, Informationen über Wissenswertes, Möglichkeiten zur kreativen Gestaltung etc., waren so weit einem freizeitpädagogischen Konzept untergeordnet, dass insgesamt nicht nur für die Unterhaltung der Interes-

sierten gesorgt war, sondern auch zwischenmenschliche Aspekte und Toleranz veranschaulicht, die Integration von Familien aus anderen Ländern gefördert und vor allem auf spielerische Weise Wissen vermittelt und zu gemeinsamen Freizeiterlebnissen von Kindern und Eltern angeregt wurde. Das „wienerferienspiel“ war 1999 auch im Internet präsent, wobei etwa 7.000 User die dabei gebotene Möglichkeit der Teilnahme am virtuellen „ferienspiel“ nutzten.

Im Rahmen des „winterferienspiels 1998/99“, an dem rund 51.000 BesucherInnen teilnahmen, wurde im Wiener Rathaus das große „Ramba-Zamba-Riesenspielfest“ durchgeführt.

Beim „semesterferienspiel 1999“ nutzten rund 60.000 junge BesucherInnen die über 50 Angebote, die vom „Mitspielzirkus“ über das „Dschungelabenteuer“ bis hin zur Haifischfütterung reichten.

Die „wienspielt“-Aktivitäten fassten wieder ein umfangreiches Angebot für die 6- bis 12-jährigen Kinder, die ihre Ferien größtenteils in Wien verbrachten, zusammen; an den insgesamt 887 Aktionstagen konnten 27.939 Kinder gezählt werden.

Die 1999 erstmals in dieser Form organisierte „osterspielwoche“ im Rahmen der „familientage“-Veranstaltungsreihe bestätigte durch die enorme Inanspruchnahme den Bedarf an interessanten Freizeitangeboten auch während der Osterfeiertage (19.763 TeilnehmerInnen).

Mit der Broschüre „familientage“, die außer im Juli und im August monatlich erscheint und derzeit 48.000 WienerInnen zugesendet wird, wurden pro Ausgabe ca. 300 unterschiedliche Freizeitaktivitäten von diversen Partnerorganisationen angeboten.

Die auf die Zielgruppe der Kinder mit ihren erwachsenen Begleitpersonen ausgerichteten Aktionen sowie die durch die neu eingeführten „Serviceseiten“ gebotenen Möglichkeiten wurden im Berichtszeitraum von 98.490 Personen in Anspruch genommen.

Das „jugendwien“-Programm versteht sich auch als Gegenpol zu den nicht immer positiven Erfahrungen der Jugendlichen (Überforderung durch Schule, erste Berufserfahrung, Loslösung von den Eltern etc.) und möchte daher neben kommerziellen Freizeitangeboten wie Kino, Computer usw. den anderen Angeboten auch Möglichkeiten zur Förderung der Eigeninitiative und der Mitgestaltung als positive Akzente entgegensetzen.

Die Bandbreite der durch die „jugendwien“-Broschüre 1999 (10 Monatshefte) an die jungen InteressentInnen herangetragenen Veranstaltungen reichte von „Hip-Hop-Partys“ über Freiluftkino bis hin zu Kreativworkshops und Berufsinformation. Eigeninitiative bzw. Mitgestaltung wurden im vergangenen Jahr durch die Aktionen „Be Journalist“ und „Pinwand“, aber auch durch die Eventberatung gefördert.

Im Jahr 1999 feierte Österreichs größter Bandwettbewerb „popodrom“ sein 25-jähriges Bestehen. In seinem Jubiläumsjahr wurde dieser Wettbewerb durch verschiedenste Innovationen wesentlich attraktiviert. In 28 Einzelveranstaltungen konnten insgesamt 192 Gruppen, darunter sogar Gäste aus Deutschland und Südtirol, ihr Können vor Publikum unter Beweis stellen. Das Finale fand am 21. Oktober 1999 in der Libro-Music-Hall statt; in den zahlreichen Veranstaltungen davor (Vorentscheidungs-, Entscheidungs-, Semifinal- und Finalrunden) ließen sich von dem in seiner neuen Konzeption erfolgreichen Bandwettbewerb über 8.000 BesucherInnen ansprechen.

Als besonderes Projekt im Rahmen der Jugendprogramme ist die Initiative „urbanX“ zu nennen, die kulturelle Aktivitäten unterstützt, öffentlich gemacht und gefördert hat. Das gemeinsame Projekt von „wienXtra“, den Wiener Jugendzentren und der MA 13 – Landesjugendreferat wurde mit einem Event auf der Donauinsel (29. Mai 1999) eröffnet und mit einer gemeinsam organisierten und gestalteten Veranstaltung im Arkadenhof des Wiener Rathauses abgeschlossen (13. November 1999). 40 von Jugendlichen eingerichtete Projekte wurden dabei von den Trägerorganisationen organisatorisch, logistisch und inhaltlich beraten sowie mittels Kostenzuschüssen finanziell unterstützt. Diese neue und sehr engagiert genutzte Möglichkeit, jugendkulturelle Ausdrucksformen zu entwickeln, konnte in ihren verschiedenen Ausformungen zu Themenkomplexen wie Sport, Kultur, Musik, Film, Internet etc. 6.000 junge WienerInnen ansprechen. Bei den Veranstaltungen im Rahmen der „jugendwien“-Reihe wurden bei Eigenproduktionen und Kooperationsveranstaltungen über 500.000 Jugendliche gezählt.

Sonderaktionen wie z. B. „Wien – die bunte Stadt“, in deren Rahmen viele junge WienerInnen das Stadtbild durch Bemalung verschiedener Flächen bunter zu gestalten versuchten (71 Projekte insgesamt), das bewährte Volkstanzfest vor der Südseite des Schlosses Belvedere (11. September 1999) oder die insgesamt 13 Projekte, die 1999 im Rahmen der Aktion „miteinander“ unterstützt werden konnten, ergänzen die Vielzahl der seitens der MA 13 – Landesjugendreferat in Kooperation mit „wienXtra“ umgesetzten Aktionen.

Die Serviceangebote der „jugendinfowien“ wurden im Berichtszeitraum von insgesamt 43.800 Personen (Tagesdurchschnitt: 145 Personen) in Anspruch genommen. Zwei Drittel dieser Kontakte, die Anfragen betrafen, wurden persönlich geknüpft; inhaltlich betrafen ebenfalls zwei Drittel die Bereiche Arbeit und Bildung, insbesondere die Teilbereiche Neben- und Ferialjobs sowie Schule und Studium.

Die seit August 1998 produzierte Radiosendung „jugendinfo on air“ in Kooperation mit dem Sender „Radio Orange 94.0“ wurde ganzjährig fortgesetzt. Zu häufig angefragten Themen wie z. B. Bildungsberatung, Berufsorientierung, Liebe und Sex oder Wohnen sowie Sucht wurden entsprechende Informationsbroschüren herausgebracht. Einen sehr wesentlichen Schwerpunkt im Arbeitsjahr 1999 stellten auch die vorbereitenden Tätigkeiten für die geplante Übersiedlung in ein neues Lokal dar.

Zu den Tätigkeitsschwerpunkten des „medienzentrums“ zählten im Berichtszeitraum die sehr gut frequentierte Ausstellung „Görls Culture“, die „Wiener Video- und Filmtage“ im neuen Kino- und Jugendfilmzentrum „cinemagic“,

das „CDemowerk“ (junge Bands produzieren ihre erste CD) und die zumeist in 14-tägigen Intervallen produzierte Magazinsendung „Radio Medienzentrum“ in Kooperation mit dem nicht-kommerziellen Sender „Radio Orange 94.0“. Die MitarbeiterInnen des „medienzentrums“ erreichten in 1.359 Einsätzen rund 14.800 Personen.

Die „spielebox wien“ konnte im Berichtsjahr ihre Bemühungen zum Ausbau einer qualitätvollen und kundenorientierten Beratung und Betreuung der BesucherInnen vertiefen und 360 neue PrivatentlehnerInnen gewinnen. Auch die Aktualisierung von guten neuen Spielen und die damit verbundene ebenso kompetente wie professionelle Beratung über aktuelle Spielentwicklungen wurde fortgeführt. Das vielfältige Aktivitätenprogramm der „spielebox“ umfasst neben Spielaktionen (187 Tage mit insgesamt 779 Aktionsstunden) auch Bildungs- und Informationsveranstaltungen wie z. B. Seminare und Workshops sowie eigene Bildungs- und Spielaktionen zum Bereich „Computer- und Videospiele“. Insgesamt 1.444 Personen/Gruppen nutzten 1999 die von der „spielebox“ angebotenen Verleihmöglichkeiten und borgten insgesamt 12.044 Spiele aus.

Die im „institut für freizeitpädagogik“ (ifp) angesiedelte „wiener jugendleiterInnenschule“, die sich als Fort- und Weiterbildungseinrichtung für im freizeitpädagogischen Bereich der Kinder- und Jugendarbeit tätige MitarbeiterInnen versteht, konnte im Berichtsjahr wieder eine Vielzahl von Veranstaltungen für ehrenamtliche JugendarbeiterInnen anbieten; das „ifp“ veranstaltete weiters Studiengänge für LehrerInnen, SozialpädagogInnen sowie AnimatorInnen. Die insgesamt 250 konzipierten Seminare wurden von ca. 1.800 TeilnehmerInnen in Anspruch genommen. Die Bildungs- bzw. Serviceangebote des „ifp“ (Bibliothek, Vermietungen, Ausstellungen etc.) nutzten im Jahr 1999 insgesamt 6.755 Personen. Nach einer kurzen Umbauphase wurde das früher im „Kosmos-Kino“ etablierte Kinder- und Jugendfilmzentrum in das ehemalige „Opernkino“ übersiedelt und am 24. April 1999 mit dem Film „Die 3 Posträuber“ eröffnet. Dieses neue Kinder- und Jugendkino, das an Wochenenden auch öffentliches Kinderkino bietet, erhielt den Namen „cinemagic“.

Neben den zahlreichen etablierten Veranstaltungsreihen wie z. B. „Schule im Kino“, „Film in Diskussion“ oder „Internationales Kinderfilmfestival“ offerierte das neue Kinder- und Jugendfilmzentrum in seinem erweiterten Programmangebot 1999 auch Sonderveranstaltungen wie z. B. das „Jazzfilmfestival“ oder die „Tage des russischen Films“. Die insgesamt 331 Veranstaltungen wurden von rund 42.000 interessierten WienerInnen besucht.

Der über die MA 13 – Landesjugendreferat koordinierte **Logistikbereich von „wienXtra“** besorgte im Veranstaltungsjahr 1999 nicht nur eine Vielzahl von Transport- und Materialbeistellungsleistungen, auch der Geräteverleih an Organisationen und Schulen konnte wieder ein ähnlich hohes Niveau wie in den Vorjahren aufweisen.

Im **Förderungsbereich der außerschulischen Jugendbetreuung** wurden im Wege der MA 13 – Landesjugendreferat wieder eine Vielzahl von unterschiedlichsten Projekten und Organisationen, denen ein vielfältiges und anspruchsvolles Freizeitangebot für die Wiener Kinder und Jugendlichen ein Anliegen ist, unterstützt.

Größter Subventionsempfänger in diesem Bereich war der für die Führung und den Betrieb der bestehenden kommunalen Jugendzentren in Wien zuständige „Verein Jugendzentren der Stadt Wien“, der damit auch Objekterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen in den von ihm betreuten Jugendzentren durchführen konnte. Für verschiedene bestehende bzw. neue Vorhaben erhielt der Verein Förderungsmittel in der Höhe von ATS 152.503.000.

Vorhaben wie z. B. die Lokaladaptierung 22., Hirschstetten, die „Bassena 10“ und ähnliche im baulichen Bereich liegende Aktivitäten wurden mit ATS 2.610.000 zusätzlich unterstützt.

Dem Verein „wienXtra“ standen im Berichtsjahr zur organisatorischen Unterstützung und finanziellen Abwicklung der von der MA 13 – Landesjugendreferat mitorganisierten Aktionen, Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten Förderungsmittel in der Gesamthöhe von ATS 62.910.000 zur Verfügung.

Zusätzlich wurden dem Verein Förderungsmittel in der Höhe von ATS 10.785.000 gewährt, wodurch zahlreiche Aktivitäten für Kinder, Jugendliche und Familien, wie z. B. die Projekte „Görls Culture“, „Kulturstadt Wien – urbanX“ oder Workshops und Tagungen zum Bereich der Medienkultur, aber auch bauliche Vorhaben, z. B. im Bereich der „jugendinfo“, ermöglicht wurden.

Für die Umsetzung der JungbürgerInnen-Veranstaltungen 1999 konnten Mittel in der Höhe von ATS 4.031.000 und für die Fortführung der Programme zum „Europäischen Freiwilligendienst“ Förderungen im Ausmaß von ATS 2 Mio. zur Verfügung gestellt werden.

Die im „Österreichischen Bundesjugendring“ vertretenen Wiener Landesverbände der Kinder- und Jugendorganisationen sowie die Freiheitliche Jugend erhielten einen Gesamtbetrag in der Höhe von ATS 6.500.000 (Basisförderung); ergänzend dazu wurden diverse gesondert eingereichte und vom Wiener Landesjugendbeirat beurteilte Projekte zahlreicher Jugendorganisationen aus unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern mit Projektförderungsmitteln in der Höhe von insgesamt ATS 500.000 subventioniert.

Für die vielfältigen sonstigen Jugendklubs und -zentren anderer Trägerorganisationen, darunter z. B. das „Zentrum Aichholzgasse“ oder der Club „Alpha“, aber auch für kleinere Organisationen wie etwa die „Bildungsstätte Beth Chabad“ oder den „Landesverband Wien für Schul-, Jugendspiel und Amateurtheater“ wurden Subventionen in der Gesamthöhe von ATS 13.753.800 zur Verfügung gestellt.

Die bereits in den Vorjahren begonnene Unterstützung neuer, modellhafter Einrichtungen mit sozio-kulturellem oder sozialpräventivem Charakter wurde im Berichtsjahr fortgesetzt, wobei auch EU-geförderte mobile Jugendarbeitsprojekte, darunter beispielsweise die der Vereine „Kids Company“ und „Zeit!Raum“, berücksichtigt wurden.

Die im Interesse der Wiener Lehrlinge über den „Kultur- und Sportverein der Wiener Berufsschulen“ betriebenen Kommunikationszentren an Berufsschulen wurden 1999 weiter ausgebaut. Für die Erhaltung dieser Einrichtungen und die Gewährleistung seiner sonstigen Aktivitäten erhielt diese Vereinigung Förderungsmittel der Stadt Wien in der Höhe von ATS 5 Mio. zuerkannt.

Abschließend seien noch die Förderungen im musikalischen Bereich genannt, wobei hier Einrichtungen unterstützt wurden, die es sich zum Ziel gesetzt haben, das musikalische Verständnis der Wiener Jugend zu steigern. Zu ihnen zählen u. a. die Vereine „Musik der Jugend“ oder der „Verein für vorschulische und weiterführende Musikausbildung“ sowie die Aktion „Musik hören – Musik verstehen“ des Vereins der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien.

Insgesamt wurde für diesen Bereich eine Förderungssumme in der Höhe von ATS 3.409.614 vergeben.

Wiener Städtische Büchereien

Da während der Umstellung auf ein neues Bibliothekssystem die 16 größten Zweigstellen der **Wiener Städtischen Büchereien** für 6 Wochen geschlossen hatten, kam es 1999 zu rückläufigen Entlehnzahlen. Die Entlehnungen sind gegenüber 1998 (5.702.562) um 15,67 % auf 4.809.080 gesunken.

Trotzdem sind die Einnahmen gestiegen, was auch auf das große Interesse der LeserInnen an den audiovisuellen Medien zurückzuführen ist.

Die Einnahmen aus den Benützungsgebühren sind gegenüber 1998 (ATS 5.193.000) um 6,78 % auf ATS 5.545.000 und die Kostenersätze für Mahnungen gegenüber dem Vorjahr von ATS 11.908.000 um 14,2 % auf ATS 12.179.000 gestiegen.

Die Steigerung bei den Einnahmen aus Benützungsgebühren und Mahnungen beträgt demnach 8,77 % (1999: ATS 7.724.000 gegenüber 1998: ATS 7.101.000).

Die Subvention des Bundesministeriums für Unterricht und kulturelle Angelegenheiten für den Ankauf von Büchern betrug ATS 1,2 Mio.

Im Jahr 1999 musste das Lektorat wegen der Umstellung des EDV-Systems in den Büchereien teilweise andere Arbeitsschwerpunkte setzen: aus dem gewohnten Angebot von 6 Auswahllisten pro Jahr entfiel eine (im Sommer 1999); den Zweigstellen wurden 1.779 Titel auf den Listen „Typus A“ (bestehend vor allem aus Neuerscheinungen) und 979 Titel auf den Listen „Typus B“ (vorwiegend als Bestandsergänzungen gedacht) angeboten, insgesamt also 2.758 Titel. Dieses Service konnte erst wieder im Spätherbst – mit einem etwas versetzten Rhythmus – aufgenommen werden. Beides resultierte aus der völligen Abschaltung des EDV-Systems im Juli und August sowie aus notwendigen Adaptierungen im Programm ab September.

Im Gegenzug wurden die Serienkäufe (das sind Medienankäufe, bei denen die Zweigstellen nicht mitwirken können und die für Zweigstellen von bestimmter Größe oder von bestimmtem Typus vom Lektorat getätigt werden) auf 1.175 Titel ausgeweitet. In diesem Rahmen erfolgten Ankäufe umfangreicherer Blöcke von Großdruckbüchern sowie von Romanen in englischer Sprache.

Weiters schafften MitarbeiterInnen der Hauptbücherei im Rahmen des zentralen Lektorats etwa 500 CDs, 290 CD-ROMs, 220 Videos und 200 Audiobooks für die Zweigstellen an; diese Erwerbungen wurden ausschließlich als Serienkäufe getätigt.

Grundlage der Ankaufsentscheidungen waren die zirka 15.000 Titel, die das Lektorat in Zusammenarbeit mit MitarbeiterInnen der Hauptbücherei aus dem Gesamtangebot des Buchmarkts (ca. 400.000 Titel, darunter etwa 85.000 Neuerscheinungen) ausgewählt hat.

2.000 dieser Titel wurden in fünf Verteilersitzungen an KollegInnen zur Beurteilung ausgegeben. Die Rezensionen dienen als Hilfe bei Lektoratsentscheidungen sowie für ZweigstellenmitarbeiterInnen als zusätzliche Information bei ihrer Arbeit an Auswahllisten; daneben werden sie für die „Neuen Wiener Bücherbriefe“ verwertet.

Die Redaktion der „Bücherbriefe“ erfolgt durch das Lektorat in Kooperation mit dem Verein der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien. 1999 sind wie gewohnt sechs Nummern der Zeitschrift erschienen; sie informieren die LeserInnen sowie eine interessierte Öffentlichkeit über Neuzugänge in den Büchereien.

Die Anzahl der verfügbaren Medien in den Städtischen Büchereien betrug Ende 1999 1.311.004 Exemplare (Bücher, Zeitschriften, CDs, Tonkassetten, CD-ROMs und Videos). Es konnten um ATS 19.108.000 Bücher und Zeitschriften angekauft werden. Dies bedeutet eine Steigerung von 6,16 % gegenüber dem Vorjahr. Audiovisuelle Medien wurden um ATS 2.900.000 angekauft, um 20,83 % mehr als 1998.

Da die Büchereien im Zuge des Neubaus der Hauptbücherei und der Zentrale am Gürtel eine neue „Corporate Identity“ zusammen mit einem „Corporate Design“ entwickeln (neuer Name, neues Aussehen), wurde die Produktion von Werbemitteln im Bereich „Werbung und Öffentlichkeitsarbeit“ 1999 auf ein Minimum reduziert:

- Papiertrageetaschen: beidseitiger, farbiger Werbeaufdruck (Büchereilogo, Präsentation des Medienbestandes, Infotelefon und Internetadresse etc.)
- Papiertrageetaschen: beidseitiger und bunter Werbeaufdruck mit Lesofanten-Motiv
- Lesezeichen für die Spitalsbücherei im Donauespital
- Entlehnkarten: neue farbige Entlehnkarten in Scheckkartenformat und -qualität mit Barcode

Die größte Leseanimations- und Werbeveranstaltung für Kinder von 4 bis 13 Jahren, das gemeinsam mit dem Verein der Freunde der Wiener Städtischen Büchereien durchgeführte „14. Lesofantenfest“, fand in der Zeit vom 22. November bis zum 3. Dezember 1999 statt. Dabei gab es 43 Veranstaltungen an 12 Programmtagen in 5 verschiedenen Bezirken und Büchereien mit insgesamt 8.000 BesucherInnen. Theater, Musiktheater, Puppentheater, Erzähl- und Figurentheater, Clowntheater, Tanztheater sowie Musik für Kinder bildeten die Höhepunkte. Es traten nicht nur Ensembles aus Wien, Niederösterreich, Salzburg und der Steiermark, sondern sogar aus Deutschland und aus Frankreich auf. Des Weiteren angeboten wurden: ein Bücherflohmarkt, Aktionen der „spielebox“ von „wienXtra“, Internet-Surfen, Kinderschminken und Animation, eine Zeitungswerkstatt u. a. m.

Als Werbemittel dienten:

- 12.000 38-seitige, vierfärbige „Lesofantenfest“-Programmhefte
- 16.000 vierfärbige „Lesofantenfest“-Postkarten (5 verschiedene Motive: für jeden Veranstaltungsort ein anderes)
- 5.000 Luftballons mit „Lesofanten“/Büchereien-Logo

Bei einem eigens eingerichteten Telefonautomaten („Hauptmenü“ mit 5 Nebenstellen – für jede Veranstaltungsbücherei eine) erhielt man Tag und Nacht detaillierte Auskünfte über das Programm. Darüber hinaus wurde eine spezielle Internet-Homepage installiert und in U-Bahn-Stationen mit Infoscreen mehrmals ein kurzer Beitrag über das Lesofantenfest 1999 gezeigt.

Die übliche Resonanz und die positive Berichterstattung über diese Großveranstaltung in Fernsehen, Radio und diversen Publikationen konnten 1999 sogar noch intensiviert werden: So brachten nahezu alle Zeitungen und Zeitschriften Programmankündigungen und/oder redaktionelle Beiträge, im Hörfunk gab es Interviews und Live-Berichte von verschiedenen ORF-Redaktionen sowie in Blue Danube Radio, in Radio Antenne und in Radio RPN. Im Fernsehen wurden Reportagen bzw. Vorankündigungen im Kinderprogramm, aber auch ein vor Ort gedrehter Bericht in der „ZIB“ und in „Wien heute“ ausgestrahlt.

Als Höhepunkt der Aktivitäten erfolgte die Moderation des gesamten TV-„Confetti-Clubs“ am ersten „Lesofantenfest-Tag“ aus einem in eine virtuelle Städtische Bücherei umgestalteten Fernsehstudio. Am Beginn der Sendung stand selbstverständlich ein ausführlicher Beitrag über das Fest.

In den Wiener Städtischen Büchereien wurden aber auch noch andere Veranstaltungen organisiert: Im Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Schulen, Kindergärten und Büchereien kamen etwa zahlreiche Schulklassen (Volksschule bis Berufsschule) oder Kindergarten- und Hortgruppen zu Bibliotheksführungen, Lesungen, Diavorträgen, Buchsuchspielen sowie Büchereifesten; dabei wurden sie stets von den vor Ort befindlichen BibliothekarInnen animatorisch betreut.

Davon abgesehen fanden mehr als 100 sonstige Veranstaltungen in 17 verschiedenen Büchereizweigstellen statt, darunter Ausstellungen, AutorInnenlesungen, Diskussionen, Musikveranstaltungen, ein Computerclub, literarische Klubs, Spieltage mit der „spielebox“, Workshops, Grätzelfeste u. a. m.

Auf dem Sektor der **betrieblichen Aus- und Weiterbildung** von erheblicher Bedeutung war der 21. Vorbereitungskurs für die Dienstprüfungen, der im Jänner 1999 begann. Das Kursprogramm umfasste in Entsprechung zur Dienstprüfung für Bedienstete des Fachverwaltungsdienstes Gegenstände aus dem Rechts- und Wirtschaftsbereich und in Entsprechung zu den Ausbildungsrichtlinien für MitarbeiterInnen an Öffentlichen Büchereien bibliothekarische Fächer. Zusätzlich wurden Exkursionen in die Wiener Stadt- und Landesbibliothek, die Nationalbibliothek, ins Literaturhaus und in die Bibliothek des British Council organisiert.

Der Ausbildungsteil für die C/D-Bediensteten wurde mit zwei ausgezeichneten und zwei sehr guten Prüfungsergebnissen abgeschlossen. Der Aufbaukurs für die B-Bediensteten wird bis Sommer 2000 laufen.

Bei der Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen war das Jahr 1999 für die Wiener Städtischen Büchereien ein außergewöhnlich intensives Jahr; so resultierte etwa aus der Umstellung des Ausleihbetriebs und der Katalogrecherche auf Computerbetrieb in zahlreichen Zweigstellen ein besonderer Schulungsbedarf im EDV-Bereich. Insgesamt besuchten die Bücherei-MitarbeiterInnen im Berichtsjahr 291 Weiterbildungsveranstaltungen der Verwaltungsakademie, davon 253 EDV-Kurse.

Zusätzlich wurden anlässlich der Umstellung von der Bibliotheks-Software „URICA“ auf das neue System „Bibliotheca2000“ büchereiintern EDV-Schulungen für das neue Programm in Zusammenarbeit mit der Firma B.O.N.D. organisiert.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesinstitut für Erwachsenenbildung in Strobl konnten folgende Seminare zur bibliothekarischen Weiterbildung angeboten werden:

- „Blickpunkt. Werbung u. Öffentlichkeitsarbeit in und für öffentliche Bibliotheken“
- „Elektronische Medien in der Bibliothek“
- „Als ich auf die Welt kam, da war die Welt schon da“ – Bausteine zur Kinder- und Jugendliteratur
- „Frankfurter Buchmesse 1999“
- „Bibliotheksmanagement“

Außerdem wurden Vorträge zu büchereispezifischen Themen angeboten: Ein Vortrag der Psychotherapeutin Mag. Andrea Kunert zum Thema „Bibliotherapie“ setzte sich mit den therapeutischen Einsatzmöglichkeiten von Büchern in der Arbeit mit Kindern auseinander; Johannes Auer von der Stadtbücherei Stuttgart sprach über das Stuttgarter Modell des Interneteinsatzes in Bibliotheken.



Die Stadt Wien unterstützte gemeinsam mit den Wiener Kinderfreunden die Errichtung eines Betriebskindergartens für MitarbeiterInnen im IKEA-Nord. Als Dank erhielt Vizebürgermeisterin Grete Laska eine Torte in Form des geplanten Kindergartengebäudes. Foto: Votava / PID

Die Vizebürgermeisterin und Stadträtin für Jugend, Soziales, Information und Sport Grete Laska bei ihrer Ansprache an Schülerinnen und Schüler, welche Lieder zum Thema „Kinderrechte! Dein Beitrag zählt!“ am Stephansplatz sangen. Foto: Votava / PID





Vizebürgermeisterin Laska besucht die Ausstellung von Bewohnern des Sozialtherapeutischen Wohnheims für Obdachlose der MA 12 in Wien 3, Gänsbachergasse 7, anlässlich seines 10-jährigen Bestehens.

Foto: Votava / PID

Am 29. 11. 1999 erfolgte der Spatenstich für den Bau der Hauptbibliothek der Wiener Städtischen Büchereien am Urban-Loritz-Platz.

Foto: Votava / PID



Ferner fand eine Exkursion nach Bratislava zur internationalen Ausstellung von Kinderbuchillustrationen: „Biennale der Illustrationen Bratislava“ statt.

Was das Großvorhaben „EDV-Umstellung“ anbelangt, wurde nach dem Ankauf der Bibliothekssoftware „**Bibliotheca2000**“, der Fertigstellung der Vernetzung aller Zweigstellen und nach der Einrichtung der Datenübertragung im Haus Skodagasse 20 die serielle Vernetzung des Systems „URICA“ abgeschaltet, demontiert und auf Client-Server-Übertragung umgestellt. Der Datenbankserver wurde in der MA 14 eingerichtet.

Nachdem die notwendigen PCs sowie die erforderlichen Zusatzgeräte angekauft und installiert waren, wurde „**Bibliotheca2000**“ am 23. August 1999 in der Hauptbücherei und in 15 Zweigstellen gestartet. Bis Jahresende kamen noch 10 weitere Zweigstellen dazu, in denen nunmehr ebenfalls eine online-Entlehnung möglich ist.

Der WorldWideWeb-Opac steht unter der Adresse <http://buechereien.wien.at> zur Verfügung. Während die LeserInnen im Berichtszeitraum somit bereits über Internet recherchieren konnten, befanden sich die Möglichkeiten zur Vormerkung und Verlängerung über Internet noch in der Testphase. Die Fertigstellung der Vernetzung aller Zweigstellen war bis Ende März 2000 in Aussicht genommen.

Räumliche Veränderungen bzw. Verbesserungen gab es u. a. in der Städtischen Bücherei 30 im 14. Bezirk, die aus dem alten Lokal in der Hickelgasse 4–6 in die Hütteldorfer Straße 130 übersiedelte. Der neue Standort befindet sich in einer Wohnhausanlage der Genossenschaft „Familie“ und umfasst ca. 490 m². Die Bücherei wurde vollkommen neu ausgestattet und bietet auch Platz für Veranstaltungen. Im Februar 2000 wird mit dem Ausleihbetrieb begonnen. Für die Bücherei in Wien 2., Engerthstraße 197, konnte ein Nebenlokal von 80 m² angemietet werden. Durch diese Erweiterung war die Verlegung der Kinderbücherei vom Keller in das adaptierte und neu eingerichtete Lokal realisierbar.

Im Zug der EDV-Umstellung wurden noch 18 Computertheken angeschafft, sodass jetzt alle Zweigstellen über computergerechte Ausleihplätze verfügen.

Weil in einigen Büchereien Telefonanschlüsse und PCs sehr weit voneinander entfernt sind und daher Auskünfte über den Bestand der Büchereien und Verlängerungen schwierig sind, wurden die betroffenen Zweigstellen mit Schnurlostelefonen ausgestattet.

Im neuen Bibliothekssystem werden die Mahnungen nicht mehr in der MA 14 und in den Büchereien, sondern zentral ausgedruckt. Infolgedessen war es notwendig, einen leistungsfähigen Drucker sowie eine Kuvertiermaschine anzukaufen.

Da die Fenster in der Zentrale und der Hauptbücherei schadhaft waren, mussten sie ausgetauscht werden; dazu konnte die Schließzeit während der EDV-Umstellung genutzt werden.

Unerfreulich war eine **außergewöhnliche Einbruchserie**, fanden 1999 doch ca. 60 Einbrüche in die Wiener Städtischen Büchereien statt. Viele Zweigstellen waren davon sogar mehrmals betroffen. Unter Mithilfe der Magistratsdirektion – Hilfs- und Sofortmaßnahmen sowie der Kriminalpolizei, die an einigen Standorten eine Videoüberwachungsanlage installierte, konnte der Täter schließlich gefasst werden.

Landesbildstelle

Das Verwaltungsjahr 1999 in der **Landesbildstelle Wien** wurde dominiert von der **Generalrenovierung und dem Umbau der Räumlichkeiten**, die bei laufendem Betrieb erfolgen mussten.

Dadurch ergaben sich vor allem in den Produktionsbereichen erhebliche Erschwernisse, und es ist dem überdurchschnittlichen Engagement der MitarbeiterInnen zuzuschreiben, dass trotzdem das geforderte Leistungsvolumen bewältigt werden konnte.

Die Umbauarbeiten werden auch im Jahr 2000 mit der Schaffung neuer Archivräume und der Neupadaptierung des Foto- und Diaarchivs fortgesetzt.

Trotz der angeführten Hindernisse wuchs die Anzahl der abgewickelten Geschäftsfälle um 14 %. Dies war nur durch weit gehende organisatorische Maßnahmen wie z. B. eine umfassende EDV-Vernetzung und die Übertragung der referatsimmanenten Verwaltung in die Eigenverantwortung der Referate möglich. Weiters wurden auch Instrumente des Projektmanagements und des Controllings verstärkt eingesetzt.

Folgende Vorhaben konnten unter reger Beteiligung des Zielpublikums durchgeführt werden:

- **Wiener Schülerzeitungspreis:** Bereits zum dritten Mal waren SchülerInnen aus Wien aufgerufen, am Wettbewerb zum „Wiener Schülerzeitungspreis“ teilzunehmen. Insgesamt wurden 58 Beiträge in sechs Kategorien eingereicht. Um einer zeitgemäßen Form der Nachrichtenverbreitung Rechnung zu tragen, gab es erstmals auch die Kategorie „Online-Ausgaben und Projekte im Internet“. Die Geld-, Förder- und Sachpreise wurden von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska und dem amtsführenden Präsidenten des Wiener Stadtschulrates, Dr. Kurt Scholz, überreicht.
- **Freizeit in Wien – einst und jetzt:** Im März wurde die Fotoausstellung „Freizeit in Wien – einst und jetzt“ in der Alten Schiebekammer am Meiselmarkt präsentiert. Fotografien aus dem Archiv der Landesbildstelle zeigten, wie sehr sich das Freizeitverhalten der Menschen in unserer Stadt von 1899 bis 1999 mit der sozialen, wirtschaftlichen und auch politischen Entwicklung geändert hat und durch diese bestimmt wurde. Die Ausstellung umfasste Fotos zu den Freizeitthemen „Sport“, „Vergnügungen“ und „Kulturleben“.

- **Filmpremieren:** Im „Cinemagic“ (ehemaliges Opernkinno) fand die Premiere des Videofilmes „Bleib Cool – keine Angst vor Krankenhausaufenthalten“, eine Produktion der Landesbildstelle Wien, in Anwesenheit von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska und Gesundheitsstadtrat Dr. Sepp Rieder statt. Der Film vermittelt in Form eines Erlebnisberichtes zweier kleiner Patienten den Alltag und die fürsorgliche Betreuung in einem Kinderspital. Ziel ist es, Kindern auf anschauliche Weise verschiedene Untersuchungsmethoden altersgerecht zu erklären und ihnen die Angst vor Spitalsaufenthalten zu nehmen. Als Hilfsmittel zur spielerischen Vertiefung des Themas wurde darüber hinaus ein pädagogisch wertvolles Arbeitsheft aufgelegt.
- **Goldene CD für „Songs for Kids“:** Kinder der bilingualen Volksschule Meißnergasse erarbeiteten zwölf englische Lieder, die auf einer CD vokal und zum Mitsingen nur instrumental aufgenommen wurden. Darüber gibt es ein Begleitheft mit Texten, Noten und einfachen didaktischen Hinweisen. Herausgegeben wurden die CD und das Begleitheft von der Landesbildstelle Wien in Kooperation mit den Zentralen Arbeitsgemeinschaften für Musik und Englisch. Wegen des beachtenswerten Erfolges ihrer Aktivitäten wurde den Kindern von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska im Rahmen einer kleinen Feier eine „Goldene CD“ und ein Scheck überreicht.
- **Film- und Videoproduktionen:** Den Schwerpunkt des Produktionsjahres 1999 bildeten zwei Auftragswerke für das Kuratorium Wiener Pensionisten-Wohnhäuser. „Häuser zum Leben“ lautet der Titel eines Imagefilms, der – was neu in der Geschichte des Filmreferats ist – als Spielfilm konzipiert und gedreht wurde. Eine begleitende Dokumentation ermöglichte die erstmalige Herstellung eines „Making of“. Unter demselben Titel entstand auch ein Informationsvideo.

„Was uns verbindet“: Unter diesem Titel arbeitete das Team des Filmreferats unter der Regie von Dr. Michael Stöger an einer „Human-Touch-Story“ über Komfort und Sicherheit bei der Wiener U-Bahn. Für diesen Film konnten mit Julia Stemberger, Topsy Küppers, Dr. Helmut Pechlaner und Josef Broukal vier prominente InterviewpartnerInnen verpflichtet werden.

„Tanz x 7“, „Das Lächeln einer Sommernacht“, „Der Vetter aus Dingsda“, „Musicals“, „Der Opernball“, „Festliches Singen“ sowie die Anfertigung eines 104-minütigen Masterbandes mit Aufzeichnungen der Opernklasse Prof. Meschwitz wurden im Auftrag des Konservatoriums der Stadt Wien als Video dokumentiert. Weiters wurden für die Preisträgerinnen eines Gesangswettbewerbs Videoclips produziert, die von Frau Vizebürgermeisterin Grete Laska im Rahmen einer Feier überreicht wurden.

Auf Initiative des Wiener Umweltstadtrates, Fritz Svihalek, wurden nach dem Buch von Gerhard Hofer zwei weitere Filmprojekte als Produktion der Landesbildstelle realisiert:

„WUM Blues“ ist der Titel einer Spielfilmdokumentation der etwas anderen Art über die Wiener Umweltmeile. Und mit der einwöchigen Dokumentation eines internationalen Jugendtreffens wurde das Material zur Herstellung des Films „Young European Solidarity“ geschaffen. Im Zusammenhang mit den Dreharbeiten zu „WUM Blues“ entstand auch eine CD mit dem amtsführenden Stadtrat Fritz Svihalek.

„Fashion on Ice“: Die Aufzeichnung dieser Veranstaltung der Modeschule der Stadt Wien wurde mit sieben Kameras durchgeführt. In intensiver Zusammenarbeit mit Frau Prof. Podkowicz entstand ein künstlerisch gestaltetes Video, in dem Arbeiten der Modeschule auf ungewöhnliche Art präsentiert werden.

„Die Wiener Donauinsel – Refugium einer Großstadt“: Mit dem Auftrag der MA 45 – Wasserbau durch SR Dipl.-Ing. Michlmayr zur Erstellung eines Drehbuchs begann für die MitarbeiterInnen des Filmreferats eine eingehende Kooperation mit dem „Monitoring-Team“. Mit der Erarbeitung des Drehbuchs wurden Manfred Corrine und Hubert Kretschmer beauftragt. Es gibt auch bereits Kontakte mit dem ORF, um diese Produktion in die Reihe „Universum“ aufzunehmen.
- **Fotodienst:** Die Höhepunkte der Fotodokumentation für die Magistratsdirektion – Präsidialbüro waren im Jahr 1999:
 - 29. 01.: Goldenes Ehrenzeichen an Staatsoperndirektor Ioan Holender
 - 03. 03.: Beisetzung von Polizeipräsident i.R. Josef Holoabek
 - 16. 03.: Goldenes Ehrenzeichen an Christiane Hörbiger
 - 19. 03.: Bürgerurkunde an Paul Grosz
 - 11. 09.: 50. Geburtstag von Bürgermeister Dr. Michael Häupl
 - 08. 11.: Eintragung des Präsidenten von Indien in das Goldene Buch der Stadt Wien

Für die MA 31 wurde die Brunnendokumentation weitergeführt. Für den Schulbereich wurden die Aufnahmen für die Bezirksdiareihe Floridsdorf abgeschlossen. Für die MA 18 und das Hausarchiv wurden bei zwei durchgeführten Fotoflügen über 500 Aufnahmen erstellt.
- **Einkauf audiovisueller Betriebsmittel:** Der Einsatz digitaler Fotografie im Bereich der Dokumentation wurde in verstärktem Maß fortgesetzt. Aufgrund der technischen und preislichen Entwicklung konnte nahezu professionelle Qualität angekauft werden.

Die Einrichtung von Multimediaräumen für Schulungszwecke und Vorträge im Magistrat und im Bildungsbereich wurde auch 1999 weiterbetrieben, wobei durch den Ankauf von Daten- und Videoprojektoren beste Voraussetzungen für multimediale Präsentationen ermöglicht wurden.

Für 162 öffentliche Schulen wurden semiprofessionelle Verstärkeranlagen getestet und angekauft. Die Grundausstattung mit TV-Geräten, Videorekordern und Overheadprojektoren wurde fortgesetzt.

Die Fachberatung durch die Landesbildstelle Wien wurde in steigendem Ausmaß für Ankaufsentscheidungen in Anspruch genommen. Dadurch konnte bei zahlreichen Geräten innerhalb der Stadt Wien eine Standardisierung auf anerkannte Markenartikel erreicht werden, die neben einer kostengünstigen Beschaffung auch die Serviceleistung im Reparaturfall sicherstellen.

- **Telematik:** In diesem Bereich können folgende Schwerpunkte angeführt werden:
 - Umfangreiche Erweiterungen der Homepage speziell im Bereich „Medienpädagogik und Online-Unterricht“. Es wurden weitere Online-Projekte ins Netz gestellt und das Angebot von Unterrichtssoftware zum „downloaden“ erweitert.
 - Anschluss des Telematikbereichs an die Glasfaserleitung des Wiener Bildungsnetzes (WBN)
 - Der Medienkatalog wurde mit den Medienankäufen 1999 ergänzt. Alle Schulen wurden mit einer Neuauflage der Verzeichnisse, aber auch mit einer neuen Version des Medienkatalogs auf Diskette (700 Kopien) beliefert.
 - Der Support für die Homepages für Schulen wurde durch Info-Veranstaltungen, Kurse und die Programmierung von Web-Templates erweitert. Zurzeit werden annähernd 100 Schulen am Bildungsserver von der Landesbildstelle betreut und administriert.
 - Zahlreiche Veranstaltungen und Aussendungen der Landesbildstelle wurden ebenso durch den Telematikbereich unterstützt.
- Im Bereich „**Medienpädagogik und Projektunterstützung**“ wurden folgende Schwerpunkte gesetzt:
 - Institutionalisierung und Weiterentwicklung des Schülerradios „Wiener RADIO-BANDe“ im Wiener Pflichtschulbereich (Konzeption, Information, Betreuung, Organisation; monatliche Redaktionstreffen, Sendungsabwicklung, Administration, Archivierung, medienrechtliche Einschulung)
 - „Wiener Schülerzeitungspreis 1999“ – inhaltliche Konzeption, Ausschreibung, Jurybetreuung, Administration der Einreichungen, Abschlussveranstaltung
 - „Fünfte Film- und Videotage“ – Mitarbeit bei der Planung, Bewerbung und Administration (Schulbereich)
 - „Waldemar und Lucy“ – Entwicklung eines Projektangebots zur Auseinandersetzung mit Charakteren und Figuren im Film- und Videobereich
 - Umbau des Kurssaales in ein Medienatelier mit Radio- und Videostudio
 - Kontinuierliche Beratung der Schulen mit medialen Schwerpunkten (Ausstattung, inhaltliche Konzeption, Projekte: sechs Schulen wurden mit Audiostudios ausgestattet und betreiben Schülerradio)
 - Betreuung von insgesamt 143 Projekten mit medienpädagogischem Schwerpunkt
- **Medienverleih:** 1999 wurden insgesamt 127 Titel – davon 108 Videokassetten, 11 Diaserien, 6 CD-ROM, 2 Overhead-Transparent-Serien mit den Schwerpunkten Biologie und Umweltkunde, Geografie und Wirtschaftskunde, Geschichte und Sozialerziehung sowie Sachunterricht angekauft und in den Verleih gestellt.
- **Technischer Dienst und Geräteverleih:** Reparaturen und Serviceleistungen für den Schul- und Bildungsbereich konnten im erforderlichen Ausmaß durchgeführt werden. Der Geräteverleih erfreut sich nach wie vor eines gesteigerten Zuspruchs. Die technische Beratung und die Mitwirkung bei Ausbildungskursen stellen ebenfalls wichtige Leistungen dieses Bereichs dar.
- Im **Kino der Landesbildstelle** wurden sowohl die Begutachtungssitzungen der Jugendfilmkommissionen und der Gemeinsamen Filmbewertungskommission der Bundesländer als auch die Schulfilmaktionen durchgeführt.

Musiklehranstalten der Stadt Wien

Das Konservatorium der Stadt Wien, die 17 Wiener Bezirksmusikschulen und die Kindersingschule, zusammengefasst in den **Musiklehranstalten der Stadt Wien**, konnten auch im Berichtsjahr ihre Position in der Wiener Kultur- und Bildungsszene behaupten bzw. weiter festigen und so ihrem bildungs- und kulturpolitischen Auftrag nachkommen. Durch die teilweise Einbeziehung des Konservatoriums in das Universitäts-Studiengesetz besteht in vielen Bereichen eine Gleichstellung zur Universität für Musik und darstellende Kunst, was den StudentInnen wie dem Institut gleichermaßen eine Vielzahl von Vorteilen bringt.

Die **Schülerbewegung** ergab mit Stichtag 31. Oktober 1999 folgendes Bild:

Konservatorium: 1.451 Studierende (nach Fächern), davon 481 AusländerInnen aus 53 Ländern. Die Musikschulen besuchten 4.486 SchülerInnen, die Kindersingschule 3.007. Die GesamtschülerInnenzahl der Musiklehranstalten betrug 8.944. Am Konservatorium wurden 96 Diplom- und 26 staatliche Lehrbefähigungsprüfungen sowie 15 Lehrgangsprüfungen in Ensembleleitung bzw. Klassische Operette mit Erfolg abgelegt. Besonders erfreulich war die steigende Anzahl an musikinteressierten Kindern an der Kindersingschule.

Ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildungsprogramme an den Musiklehranstalten sind die **öffentlichen Veranstaltungen**, in denen sich Studierende und SchülerInnen einem Publikum stellen müssen. Beim traditionellen Jahreskonzert des Konservatoriums im Großen Musikvereinssaal wurden die StudentInnen Lidia Baich, Nikolaj Znaider und Julian Rachlin als Solisten unter der Leitung von Georg Mark umjubelt. Das „Festliche Singen“ der Kindersingschule, 1999 unter dem Motto „Lieder ohne Grenzen“, stand erstmals unter der Leitung von OStR Prof. Mag. Ernest Seiler. Die in großem Rahmen abgehaltenen Faschings-, Jahres- und Adventkonzerte der Musikschulen bildeten kulturelle Schwerpunkte in den Bezirken. Ferner wurde die Konzertreihe „Unsere jungen ... stellen sich vor“ eingeführt.

Viele Aktivitäten wie etwa die Abhaltung von Workshops für mehrere Abteilungen des Konservatoriums, unter anderem mit Oleg Maisenberg (Einführung in die Interpretation von Klavierwerken der Weltliteratur), Michael Khomitscher (Violoncello), Patricia Wise (Gesang) und Sigiswald Kuijken (Barockvioline), ergänzten den praxisorientierten Unterricht.

In Kooperation mit dem Verein der Freunde der Musiklehranstalten der Stadt Wien haben Klangkörper, Ensembles und Abteilungen eine Vielzahl von Darbietungen für die Schuljugend im Rahmen der Aktion „Musik hören – Musik verstehen“ bestritten.

Vom Veranstaltungsreferat des Konservatoriums wurden im Berichtsjahr 367 Konzerte und Aufführungen in den eigenen oder in repräsentativen angemieteten Konzertsälen organisiert. In diesen öffentlichen Vortragsabenden der einzelnen Klassen und Abteilungen, die im Lehrplan vorgeschrieben sind, konnten immer wieder sowohl der hohe Ausbildungsstand als auch die ausgezeichnete Qualität des gebotenen Unterrichts von SchülerInnen und Studierenden der Musiklehranstalten eindrucksvoll unter Beweis gestellt werden.

Erstmals wurde das Konservatorium auch zu einem Gesprächskonzert im Rahmen der Sendereihe „Tonart“ des RadioKulturHauses eingeladen.

Großen Erfolg hatten die Aufführungen der Schauspielabteilung „Spitzen und Splitter – Klassiker und Raritäten des Wiener Kabarets“ (Texte unter anderem von Farkas, Waldbrunn, Bronner und Weigel) sowie „Liebe und kein Ende“. Die Opernabteilung ging mit „Der Barbier von Sevilla“ (Rossini) auf Tournee durch Niederösterreich. Der Lehrgang Klassische Operette schloss das Studienjahr mit „Der Opernball“ von Richard Heuberger ab. Die Abteilung für Musikalisches Unterhaltungstheater brachte die Operette „Der Vetter aus Dingsda“ von Eduard Künneke und das Musical „Das Lächeln einer Sommernacht“ von Stephen Sondheim zur Aufführung.

Die Ballettabteilung präsentierte im Tanzfest 99 „Die steinerne Blume“ von Sergej Prokofjew. Dieser Querschnitt aus den Aufführungen der Bühnenabteilungen zeigt wieder die Vielfältigkeit und das hohe Ausbildungsniveau am Konservatorium. Für die öffentlichen Aufführungen wurden Ermäßigungen von ATS 30 auf den Eintrittspreis für PensionistInnen, Jugendgruppen und StudentInnen gewährt.

Veranstaltungssäle und Unterrichtsräume des Konservatoriums wurden – etwa zur Abhaltung der Wiener Meisterkurse oder für einen Akkordeonwettbewerb des Verbands der Amateurmusiker und -vereine Österreichs (VAMÖ) – gegen Entgelt zur Verfügung gestellt.

Modeschule Hetzendorf

Das Schuljahr 1998/99 an der Modeschule der Stadt Wien endete wie üblich mit der Präsentation der traditionellen Modeschauen im Schlosspark Hetzendorf sowie der Jahresabschlussausstellung in den Festräumen des Schlosses, diesmal aber unter einer neuen Leitung und in weitgehend veränderter Form: Unter dem Titel „Luftschloß 99“ wurden in einer zweiteiligen Laufstegshow 220 Modelle gezeigt, die von SchülerInnen und externen Models präsentiert wurden. Die mit Hilfe einer speziell konzipierten Ausstellungsarchitektur gestaltete Sammlung im Festsaal dokumentierte das „Making of Luftschloß 99“. Bei den beschriebenen Aktivitäten konnten trotz eines im Vergleich zu früher verkürzten Zeitraums (19. bis 25. Juni 1999) insgesamt ca. 5.500 BesucherInnen registriert werden.

Schon zu Jahresbeginn hatte die Modeschule bei der Eröffnung des „Eistraums“ vor dem Wiener Rathaus mit großem Erfolg Modelle ihrer letztjährigen Modeschau vorgeführt, und am 11. November 1999 präsentierte sie vor internationalen Kunden und der Presse die frisch mit Stoffen (6 im historischen Stil gehaltene Outfits) ausgestatteten Suiten des Hotels Bristol. Gleichfalls im November fand „Second Skins by Hetzendorf“, eine Pressevorführung von experimentellen Dessous, Grafiken und Objekten im Kunstforum der Bank Austria, statt; am 13. Dezember 1999 gab es sodann noch eine Darbietung von Ausschnitten der „Luftschloß 99“-Kollektion in der Wiener Secession (im Rahmen einer Ausstellung über Johanna Kandler).

Mit Beginn des Schuljahres 1999/2000 wurde eine auf den Modesektor ausgerichtete **Präsenzbibliothek** mit Fachliteratur zu Mode, Design, Fotografie, Architektur, Gartengestaltung, Typografie, Modetheorie, Philosophie und Ästhetik, Ausstellungskatalogen sowie internationalen Mode- und Designzeitschriften etc. eröffnet und ein technisch hochwertig ausgerüstetes Computerlabor für den Unterricht in Informatik/Computergrafik bzw. für die Einbeziehung von Spezialcomputern in andere Unterrichtsfächer in Betrieb genommen; sämtliche SchülerInnen verfügen auch über einen Internet-Zugang.

Eine wichtige Neuerung im Berichtszeitraum bestand darüber hinaus im Anlegen eines **digitalen Bildarchivs**. Diese Form der Aufbewahrung erlaubt eine attraktive, moderne Form der allgemeinen Präsentation.

Im Lehrbetrieb konnten durch organisatorische Änderungen des Stundenplans gewisse Einsparungen erzielt werden. Was **Kontakte mit dem Ausland** anbelangt, zählten der Besuch der bedeutenden Modemessen „Première Vision“ und „Prêt-a-porter“ in Paris durch zwei Lehrkräfte des Instituts (10. bis 14. März 1999), Exkursionen von SchülerInnen der Lederabteilung nach Klagenfurt und Bologna zur internationalen Lederfachmesse „Linea Pelle“ (3. bis 7. Mai 1999) – hier konnte der 1. Preis beim Young-Designer-Wettbewerb errungen werden – sowie eine Kulturwoche für die 3. Klassen in London (20. bis 25. September 1999) zu den Höhepunkten.

SchülerInnen der Modeschule haben außerdem an der Tracht- und Country-Messe in Salzburg mitgewirkt und dabei den Preis für das beste Trachtenmodedesign sowie für attraktive Ledertaschen erhalten. Bei sonstigen nationalen

sowie internationalen Konkurrenzen wurden ebenfalls wieder beachtliche Erfolge erzielt (z. B. 1. Preis im Wettbewerb „Uniformen für Bundestheater“, internationaler Gabor-Design-Preis u. a. m.).

Weitere Glanzlichter bildeten ein Weihnachtsmarkt und eine Präsentation des Kinospots zur Print-Werbekampagne „A shirt becomes a statement“ im Dezember 1999.

Für beide Seiten fruchtbare **Kooperationen mit österreichischen Firmen**, die zum Teil auch Entwürfe, Objekte und Grafiken, etwa zum Thema „Schmuckschuh“, ankauften oder Kollektionen erstellen ließen, ergänzten schließlich die vielfältigen Aktivitäten der Modeschule der Stadt Wien im Berichtsjahr.

Im Verwaltungsbereich war die Realisierung des seit längerem geplanten Umbaus der Zentralheizungsanlage auf Betrieb durch Fernwärme eine der größten Herausforderungen. Aufgrund von nicht vorhersehbaren technischen Schwierigkeiten kam es dabei zu einigen Verzögerungen, sodass die endgültige Ausgestaltung des an die Stelle des ehemaligen Heizhauses getretenen Kommunikationsraumes („Mensa“) ungeachtet seiner schon 1999 erfolgten Eröffnung erst für 2000 in Aussicht genommen ist.

Der Gesamtumfang aller Investitionen im Jahr 1999 lag um ein Vielfaches über den diesbezüglichen Aufwendungen der Vorperioden.

Im Dezember betrug die Anzahl der SchülerInnen an der Modeschule Hetzendorf 161 – um 19 mehr als 1998. Diese erfreuliche Steigerung der Nachfrage ist u. a. auf die erfolgreiche Medienarbeit des Instituts zurückzuführen.

Sportamt (MA 51)

Zu den wesentlichen Aufgaben des Sportamtes gehören **Baumaßnahmen** auf dem Sportsektor und der **Betrieb von Sportstätten**. Das Investitionsprogramm in die von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. im Wege eines Geschäftsführungsauftrages betriebenen Sportanlagen der Stadt Wien wird weiterhin schrittweise verwirklicht. Die 1997 begonnene Generalsanierung des Ferry-Dusika-Hallenstadions wurde 1999 abgeschlossen und diese neue multifunktionale Halle mit der Volleyball-EM im September 1999 eröffnet. In einigen Fällen baut die Stadt Wien nicht selbst, sondern unterstützt durch Subventionen den Neu- oder Umbau von Sportanlagen. So wurden dem ASKÖ-Landesverband Wien, der UNION und dem ASVÖ namhafte Subventionen für den Ausbau ihrer Verbandssportanlagen zur Verfügung gestellt. Das 1991 begonnene Sanierungsprogramm, das in Zusammenarbeit mit dem Wiener Fußballverband ausgearbeitet wurde, um die Wiener Fußballplätze in einen zeitgemäßen Zustand zu bringen, wurde auch 1999 fortgesetzt. Die Sanierungsarbeiten umfassten je nach Notwendigkeit die Sanierung des Rasenspielfelds, die Errichtung von Kunstrasenfeldern oder die Neuerrichtung von Kabinengebäuden.

Insgesamt wurden bisher 36 Sportanlagen fertig gestellt.

Auf Wunsch berät die Abteilung auch die Wiener Sportorganisationen bei der Durchführung von Bauvorhaben. Seit dem Beitritt Wiens zum Österreichischen Institut für Schul- und Sportstättenbau ergibt sich die Möglichkeit, in eine umfangreiche **Sportdokumentation** Einsicht zu nehmen, sodass durch Vereinheitlichung und Systemisierung bei der Errichtung von Sportbauten die Voraussetzung für eine intensive Beratung geschaffen werden konnte.

Die Gremien der Wiener Landessportorganisation (Wiener Landessportrat, Landessportpräsidium, Wiener Landessportfachrat und Fachausschuss) stellen eine geeignete Plattform für alle zur Lösung der Probleme des Wiener Sports erforderlichen Beratungen dar. Der Wiener Landessportrat verteilt die Subventionsmittel für die Fachverbände und den Leistungssport. Aus Mitteln der **Leistungssportförderung** wurde allen Vereinen, deren Mannschaften an in mehreren Phasen ausgetragenen gesamtösterreichischen Meisterschaften der beiden obersten Spielklassen teilnahmen, ein bestimmter Prozentsatz der Fahrtkosten rückvergütet, nämlich ATS 800.000. Den Teilnehmern an Europacupbewerben wurde rund ein Drittel der Fahrtkosten ersetzt – ATS 200.000 –, wobei die Entschädigungshöhen nach der Entfernung gestaffelt waren. Für die Förderung der Tätigkeit von Verbandstrainern, Nachwuchssportlern und Verwaltungsförderung der Fachverbände wurden 1999 ATS 2.400.000 aufgewendet.

Die Abteilung betrieb im Jahre 1999 17 Jugendspielplätze und 14 öffentlich zugängliche Ball- und Kleinkinderspielplätze, die den städtischen Schulen, Kindergärten und Horten sowie privaten Jugend-, Turn- und Sportorganisationen zur Benützung überlassen wurden. Die 10 von der Stadt Wien verwalteten Sporthallen wurden den Dach- und Fachverbänden wochentags für Trainingszwecke und an Wochenenden für den Meisterschaftsbetrieb zur Verfügung gestellt. Weitere 8 **Spielplätze** und 109 **Sportanlagen** wurden Wiener Sportorganisationen zur Verfügung gestellt. Die Sportanlagen in Wien 10., Triester Straße, 10., Laxenburger Straße – Heuberggstättenstraße, 10., Franz-Koci-Straße, 10., Eibesbrunnergasse, 16., Kendlerstraße 38, 16., Roterdstraße, und 20., Lorenz-Müller-Gasse, werden von der Abteilung selbst geführt, ebenso das neu errichtete Kanu- und Ruderzentrum auf der Donauinsel. Seit 1966 verfügt die Stadt Wien über einen Schlepplift in Wien 14., Mauerbachstraße 172 (Hohe Wand-Wiese), der von den **Wintersportlern** sehr gerne benützt wird. Auf Grund des großen Interesses am Langlaufsport wurden von der Stadt Wien bei Schneelage im Prater ab Ecke Hauptallee-Kaiserstraße, auf der Sofienalpe ab Parkplatz Hotel Sofienalpe, auf der Donauinsel abwärts der Steinspornbrücke, auf den Steinhofgründen ab dem Eingang in das Erholungsgebiet und im Donaupark ab dem Donauturm Langlaufloipen präpariert und der Bevölkerung zur Verfügung gestellt.

Die städtischen Turnsäle, Schwimmhallen, Sporthallen sowie die von der Wiener Stadthalle-KIBA Betriebs- und Veranstaltungsgesellschaft m.b.H. verwalteten Trainings- und Wettkampfanlagen werden den Sportorganisationen im Ausmaß von 10.183 Stunden pro Woche zur Verfügung gestellt. Diese Organisationen werden bei der Errichtung von Baulichkeiten und der Durchführung von Sportveranstaltungen durch die Gewährung namhafter **Subventionen** unterstützt und erhalten weitere Beihilfen für die Durchführung von Erhaltungs- und Verwaltungsmaßnahmen, die für den Betrieb notwendig sind.

Mit den **Jugendsportaktionen** „Sportplatz der offenen Tür“, „Jugendeislaufaktion“, „Fahrt zum Schnee“, „Spieleschwimmen“, „Talent-Leistungsschwimmen“, „Talent-Spezial“ und „Talent-Turnen“ wird der direkte Kontakt zur Wiener Jugend gesucht.

Sehr gut angenommen wurde die vor allem für Hausfrauen gedachte Aktion „**Frau und Sport in Wien**“. Sie findet an Vormittagen und frühen Nachmittagen statt, und das Angebot reicht von Tennis, Squash, Schwimmen u. v. a. m. bis hin zur Selbstverteidigung. Für die Kinder wird eine eigene Betreuung angeboten. Diese Aktionen wurden in Zusammenarbeit mit diversen Sportverbänden durchgeführt.

Die benötigten Anlagen wurden von der Stadt Wien zur Verfügung gestellt oder zu bestimmten Terminen vermietet. Weiters wurden die organisatorischen Arbeiten, wie Anmeldung und Einteilung der Teilnehmer, vorgenommen und die Tätigkeit der eingesetzten Mitarbeiter (Sportlehrer und -studenten sowie Verbandstrainer) überwacht.

Die Aufgaben und Tätigkeiten des Sportamtes umfassen eine breite Palette von **Sportförderungsmaßnahmen** direkter und indirekter Art und tragen beträchtlich zur Entwicklung des Wiener Sports bei.

Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien (MA 53)

Schwerpunkte der Tätigkeit des Presse- und Informationsdienstes (PID) der Stadt Wien waren im Jahr 1999:

- Die Information der Medien über aktuelle Ereignisse und Entwicklungen in Wien (Rathaus-Korrespondenz, Pressekonferenzen, Kontakte mit in- und ausländischen Journalisten etc.)
- Die Koordination der Internet-Informationen der Stadt Wien (wien.online)
- Die Herausgabe von Periodika (Unser Wien, Wien aktuell, Amtsblatt etc.) sowie von Broschüren zu verschiedenen Themen
- Die Öffentlichkeitsarbeit im Interesse der Bezirke
- Zum letzten Mal die Durchführung des Filmfestivals auf dem Rathausplatz
- Die Schaltung von Inseraten
- Die Durchführung von Rundfahrten
- Die Kooperation mit den im Auftrag der Stadt Wien tätigen Büros in den mittel- und osteuropäischen Hauptstädten
- Die Durchführung von Wien-Bällen und anderen Imagemaßnahmen

Über das elektronische Informationsnetz (OTS) der Austria-Pressagentur (APA) gab die **Rathaus-Korrespondenz** 3.591 Meldungen durch. Die gedruckte Ausgabe der Rathaus-Korrespondenz (RK) mit einer Auflage von täglich rund 900 Stück umfasste 3.439 Seiten. Das Nachrichtenmaterial gliedert sich in Meldungen aus den Bereichen Kommunal- und Lokalgeschehen, Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Die Rathaus-Korrespondenz wird auf elektronischem Weg allen Usern im Bereich der Stadt Wien zur Verfügung gestellt und trägt damit wesentlich zu einer Verbesserung des Informationsflusses innerhalb der Stadtverwaltung bei. Seit 1995 wird die RK mit Volltextsuche auch im Internet über die Wien Online-Homepage angeboten. Der Dienst habende Redakteur der Rathaus-Korrespondenz ist werktags von 7.30 bis 19 Uhr erreichbar, samstags von 10 bis 17 Uhr; sonntags ist die Redaktion von 12 bis 17 Uhr besetzt. In der übrigen Zeit steht ein Anrufbeantworter zur Verfügung. Das Nachrichtenmaterial aus den Geschäftsbereichen der Stadt Wien wird vor allem von den PressereferentInnen des Bürgermeisters und der Amtsführenden Stadträte erstellt, über die ein Großteil der Kontakte zwischen Stadtverwaltung und Medien abläuft. Im Jahr 1999 wurden vom PID 326 Pressekonferenzen veranstaltet. Für diesen Zweck wurden jeweils Presseinformationen, fallweise aber auch Fotos, Zeichnungen und Pläne ausgearbeitet. Darüber hinaus wurden 620 Fototermine wahrgenommen. Das Pressegespräch des Bürgermeisters findet jeden Dienstag nach der Sitzung des Stadtsenats im Steinsaal des Wiener Rathauses statt. Zusätzlich waren 371 kommunal relevante Pressekonferenzen, die von den politischen Parteien und anderen Institutionen abgehalten wurden, von RedakteurInnen des PID wahrzunehmen. Zweiwöchentlich wurde eine Zusammenfassung der Meldungen der Rathaus-Korrespondenz erstellt. Diese „RK-intern“ wurde in rund 1.500 Exemplaren vom PID gedruckt. Zu bestimmten Themen erschienen insgesamt 57 „RK-Spezial“ mit ausführlichen Hintergrundinformationen, darunter: „Wien im Rückblick – die Jahre 1954, 1955 und 1956“, „Wissenschaftsstadt Wien – Zwei Jahre Wissenschafts- und Forschungsförderung“, „Johann Strauß-Jahr 1999“, „Wiener Kulturkalender 1999“, „Wien personell und organisatorisch“, „Österreichs neue Währung: 1 Euro = 13,7603 Schilling“, „PID – Presse- und Informationsdienst MA 53 – Die kommunale Nachrichtenagentur der Stadt Wien“, „Best of European Citys“ – Ein intelligenter Städtevergleich, „EU-Ratspräsidentschaft – Erfreuliche Bilanz für die Stadt Wien“, „Verkehrswirksame Baustellen im Bundesstraßennetz und Gemeindehauptstraßennetz 1999“, „Wissenschaft in Wien – Wissenschaftsprogramm“, „Qualität verpflichtet – Innovationen für Wien“, „Über das Wesen von Kontrolle – Rede von Kontrollamtsdirektor Dr. Peter Satrapa“, „Internationales Presseecho auf die Wiener Festwochen 1999“, „Kom-

munal – International – Nachrichten aus Prag, Bratislava, Budapest, Laibach, Zagreb und Sarajewo“, „RK-Wahlser-vice – Diverse Vergleichszahlen anlässlich der Nationalratswahl 1999“, „Der Voranschlag der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 2000“.

Die Erstellung von EDV-gestützten Indizes der Rathaus-Korrespondenz wurde fortgesetzt. Derzeit liegen die Jahrgänge 1945 bis 1955 und 1985 bis 1999 vor.

Insgesamt wurden **Periodika, Flugblätter und Presseinformationen** in einer Auflagenhöhe von ca. 7.000.000 Stück in der PID-eigenen Setzerei und Druckerei hergestellt.

Im **Pressespiegel**, der elektronisch magistratsintern – bzw. über das Internet auch extern – mit Volltextsuche (bis November 1999) zur Verfügung gestellt wurde, wurden die in Wien erscheinenden und vertriebenen Tageszeitungen ausgewertet, und zwar am Morgen des Erscheinungstages Kurier, Die Presse, Kronen Zeitung, Der Standard, Salzburger Nachrichten, täglich Alles, WirtschaftsBlatt und Wiener Zeitung; sowie im Laufe des Erscheinungstages auch profil, Format, Falter, Die ganze Woche, News, Die Furche, Neue Freie Zeitung, Wiener, Wienerin und trend. Die Bundesländer-Zeitungen stehen bei Bedarf im Handarchiv des PID für den magistratsinternen Gebrauch zur Verfügung.

Seit 1. Dezember 1999 wird der neue **online-Pressespiegel** (ein gemeinsames Produkt der Austria Presse Agentur und der MA 53 in Zusammenarbeit mit der MA 14) allen magistratsinternen Usern zur Verfügung gestellt. Damit wird ein tagesaktueller, themen- und quellenstrukturierter Überblick über Wien-relevante Berichte in Wiener Tageszeitungen, Zeitschriften und Magazinen geboten. Maßgebliche Innovation dabei: Die Artikel sind im Volltext abrufbar, die Volltext-Suche ist ab 1. November 1999 möglich. Der bisherige Internet-Pressespiegel wird vorläufig in einer „schlankeren“ Ausgabe (ohne Volltextsuche) weiter angeboten.

Die Beobachtung der audiovisuellen Medien für den Pressespiegel umfasste folgende Sendungen: Treffpunkt Wien (Sendung mit Ende Juni eingestellt), Wien heute, ZiB 19.30, ZiB 2, ZiB 3, Der Report sowie Wien 1 aktuell und Standard-Wirtschaft. Im ORF-Hörfunkbereich wurden die Stadtjournale von Radio Wien um 12.30 und um 16.30 Uhr (ab September Sendezeitpunkt 12 und 17 Uhr) ausgewertet.

Mitgeschnitten – und bei Bedarf Interessenten für den Dienstgebrauch zur Verfügung gestellt – wurden u. a. die Sendungen Morgenjournal, Mittagsjournal, Abendjournal, Ausschnitte aus dem Wiener Stadtradio (9 bis 19 Uhr), sowie Die Kulturwoche, Fremde Heimat, Pressestunde, Europa-Studio, Euro-Austria, thema, help-TV, Vera, Am Schauplatz, Absolut life, Treffpunkt Kultur, Der Report, Konflikte, Willkommen Österreich, Seitenblicke, Zur Sache, Mini-ZiB sowie Menschen.

Ziel des **Auslandspressepiegels** ist es, über das Auffinden von Wien-Berichten in ausländischen Medien hinaus vor allem den interessierten Stellen im Magistrat Hintergrundberichte, internationale Trends und Neuheiten aus ihrem Arbeitsbereich anzubieten.

Das Angebot des Auslandspressepiegels umfasst die Auswertung von 33 Tageszeitungen aus Deutschland (Süddeutsche Zeitung, Die Welt am Sonntag, Die Welt, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, Handelsblatt, Berliner Zeitung, Berliner Morgenpost, Hamburger Abendblatt, taz, Frankfurter Neue Presse, Kölnische Rundschau, Main Post, Passauer Neue Presse, Stuttgarter Zeitung), der Schweiz (Neue Zürcher Zeitung), Frankreich (Le Monde, Liberation, Le Figaro), Spanien (El Pais), Belgien (Le Soir), Italien (Corriere della Sera), Großbritannien (The Times, Independent, Daily Mail), Irland (The Irish Times), Schottland (The Scotsman), Japan (Asahi Shimbun), Skandinavien (Politiken, Dagens Nyheter) und den USA (The Financial Times, Wall Street Journal, The New York Times) sowie 13 Wochenzeitungen aus Deutschland (Die Zeit, Wirtschaftswoche, Woche, Focus, Spiegel, Der Journalist), der Schweiz (Weltwoche), Großbritannien (Observer, New Statesman), Ungarn (Der Neue Pester Lloyd) und den USA (Time, Newsweek, Economist).

Der **Auslandsprespiegel** wird täglich auf elektronischem Weg sowohl magistratsintern als auch über das Internet mit Volltextsuche und e-mail-Bestellmöglichkeit (nur im Intranet) angeboten. Soweit es urheberrechtlich möglich und kostenlos ist, besteht seit Dezember 1999 auch die Möglichkeit, direkt auf den gewünschten Artikel im Volltext zuzugreifen bzw. ihn aus dem Internet auszudrucken. Auch können die Artikel mittels der den Kurzfassungen nachgestellten Nummern über e-mail oder Fax im Volltext kopiert bestellt werden (aus Urheberrechtsgründen nur magistratsintern zu dienstlichem Gebrauch).

Im Handarchiv des PID wurden Zeitungsausschnitte und andere Publikationen von einem Beamten des Wiener Stadt- und Landesarchivs nach Schlagworten archiviert.

wien.online – erste Adresse für elektronische Information aus Wien

wien.online, das Webservice der Stadt Wien, hat sich im Kreis der österreichischen Internetanbieter als einer der wichtigsten etabliert. Das betrifft den mit 6.500 Seiten (dazu rund 15.000 Seiten der Wiener Rathauskorrespondenz) und 20 Datenbanken kaum überbietbaren Umfang ebenso wie die Zugriffszahlen: Monatlich werden mehr als 2.500.000 Seiten aus dem breit gefächerten Angebot aufgerufen. Damit hat sich diese Zahl innerhalb eines Jahres fast verdoppelt. <http://www.wien.at/> (wie die neue, kurze und international logisch nachvollziehbare Adresse der Stadt Wien im World Wide Web lautet) wird für immer mehr Menschen zur Informationsquelle, und zwar über die Dienstleistungen der Wiener Stadtverwaltung und anderes Wissenswerte aus Wien gleichermaßen wie über andere nützliche Informationen, die den BewohnerInnen und BesucherInnen der Bundeshauptstadt dienlich sind.

Dass wien.online so erfolgreich ist, hat gute Gründe: Zum einen ist es das Engagement zahlreicher MitarbeiterInnen der Stadt Wien, die Zeit und Kraft in diesen neuen Dienst investieren, Inhalte also dort erarbeiten und pflegen, wo sie am besten verfügbar sind, nämlich an der Quelle der Information, in den einzelnen Fachdienststellen. Zum anderen ist es aber auch die übersichtliche Präsentation mit klaren Strukturen und konsistenter Navigation, ergänzt durch die penible Einhaltung der Maxime kurzer Ladezeiten. Um diese berechtigten Userforderungen zu erfüllen, zieht die Stadt Wien auch externe Usability-Experten heran.

Sehr schlank ist auch die Organisationsstruktur von wien.online: Der Presse- und Informationsdienst steuert eine erst in letzter Zeit auf vier Personen erweiterte Internet-Koordinationsstelle bei, die gegenüber den einzelnen Fachabteilungen als Dienstleister in mehrfacher Hinsicht auftritt: Sie definiert Standards und Perspektiven, entwickelt gemeinsam mit den Fachdienststellen durchdachte Strukturen für den Webauftritt, konzipiert maßgeschneiderte Lösungen für die Umsetzung der unterschiedlichsten Angebote, unterstützt die aufwendige interne und externe Verlinkung (die auch ein wesentlicher Pfeiler des Erfolgs des Wiener Web-Auftritts ist), kümmert sich um die Qualitätssicherung und die Weiterentwicklung vorhandener Inhalte und sorgt nicht zuletzt auch für begleitende Öffentlichkeitsarbeit und Userinformation. Die Rechenzentren der Stadt Wien und des Wiener Krankenanstaltenverbundes sorgen für den technischen Hintergrund vom Rechnerbetrieb bis zur Beisteuerung der erforderlichen Software.

Fast täglich werden bis zu 50 Seiten Inhalt in wien.online neu oder überarbeitet ins Netz gestellt. Konsequente wöchentliche Linkwartung durch die wien.online-Koordination ist Voraussetzung dafür, dass die von den Usern naturgemäß wenig geschätzten „Broken Links“, also nicht funktionierende Verknüpfungen zu weiterführenden Informationen, so gut wie völlig ausgeschlossen sind.

Diese Anstrengungen werden vielfach gewürdigt: durch Mails an die wien.online-Koordination, zahlreiche positive Berichte in vielen Medien – und durch Links, die von anderen Angeboten auf wien.online weisen. Information und Dienstleistung aus Wien werden, so haben die User festgestellt, am besten und schnellsten über wien.online gefunden.

Ständig nähert sich der Webdienst der Stadt mit wachsendem Umfang immer mehr einem seiner wichtigsten Ziele, nämlich die Stadtverwaltung transparent zu machen und Behördenwege möglichst abzukürzen oder zu ersparen. Ein Wiener Amtshelfer steht zur Verfügung und wird laufend erweitert, nicht zuletzt auch in Zusammenarbeit mit dem gleichartigen Dienst des Bundes.

Zu verschiedenen Angeboten, wie Gewerbeanmeldung, Baubewilligung, Kulturförderung oder Parkpickerl für Betriebe, stehen am Bildschirm ausfüllbare Formulare bereit, und für die Nationalratswahl 1999 konnten Wahlkarten online bestellt werden. Wichtige Wiener Abgaben werden ebenso dargestellt wie die Einnahmen der Stadt und ihre Verwendung, Gesundheits- und Ernährungstipps oder Spitäler und Pflegeheime mit ihren Dienstleistungen und speziellen Angeboten. Besonderer Frequenz erfreuen sich die Adressensuche oder die Suche nach neuen freien Wohnungen. Von bestimmten Nutzern dringend gebrauchte Daten, wie etwa Berechnungsgrundlagen im Wohnbau, können aus wien.online auf den eigenen Rechner heruntergeladen werden.

Stillstand ist wien.online fremd: Ständig sind etwa 100 Projekte in unterschiedlichen Stadien der Realisierung. Neue technische Entwicklungen werden genau beobachtet und hinsichtlich ihrer möglichen Nutzbarmachung für wien.online geprüft. Und nicht zuletzt greift die wien.online-Koordination auch auf die große Zahl wertvoller Hinweise auf mögliche Verbesserungen oder Erweiterungen sowohl aus dem Kreis der städtischen Bediensteten (auch im Rahmen des Betrieblichen Vorschlagswesens) als auch von Seiten der wien.online-Nutzer in aller Welt zurück. Viele dieser Ideen konnten bereits erfolgreich umgesetzt werden.

So lässt sich berechtigt erwarten, dass wien.online unter <http://www.wien.at/> auch weiterhin seine herausragende Position im weltweiten Internet-Angebot behaupten kann.

MA 53 – Schulungen zum Thema „Öffentlichkeitsarbeit“

Im Jahr 1999 wurden in das Programmangebot der Magistratsdirektion – Verwaltungsakademie (MD-VA) die zwei Seminare der MA 53 – Presse- und Informationsdienst der Stadt Wien aufgenommen: „Medientraining – Grundseminar: Umgang mit Zeitung, Rundfunk und Fernsehen“ und „Medientraining – Aufbau-seminar: Verhalten in Interview-situationen“. Beide Seminare richteten sich an Führungskräfte und MitarbeiterInnen, die mit Medien in Kontakt treten.

Insgesamt besuchten im Rahmen des Regelprogrammes der Verwaltungsakademie insgesamt 40 MitarbeiterInnen der Stadt Wien das Grundseminar und 43 MitarbeiterInnen das Aufbau-seminar.

Weiters wurden 35 MitarbeiterInnen, die die Magistratsdirektion-Hilfsmaßnahmen (MDH)-Ausbildung „Psychosoziale Betreuungsteams“ absolvierten, mit den Grundzügen der Pressearbeit im Katastrophenfall vertraut gemacht. In diesen drei Seminareinheiten wurden neben der theoretischen Wissensvermittlung auch Praxisübungen vor dem Mikrofon und vor der Kamera durchgeführt.

Zu Jahresende 1999 fand noch ein Spezialseminar unter dem Titel „Medienarbeit – Der Liveauftritt“ statt, das für 21 Mitarbeiter der Geschäftsgruppe Umwelt und Verkehrskoordination durchgeführt wurde.

Im Rahmen der Newcomerschulung der MD-VA hielt die MA 53 insgesamt zehn Einführungsseminare zum Thema „Stadtmarketing“ ab. Dabei wurden insgesamt 220 neue Magistratsmitarbeiter mit der Öffentlichkeitsarbeit der Stadt Wien vertraut gemacht.

Von „Wien aktuell“, dem Journal für MitarbeiterInnen sowie für PensionistInnen der Stadtverwaltung und der Wiener Stadtwerke erschienen im Jahr 1999 21 Ausgaben mit je 24 Seiten. Die Zeitschrift enthält Informationen aus dem kommunalen Bereich, berichtet über die Arbeit der Organe der Stadt Wien, der Magistratsabteilungen, der Städtischen Unternehmungen und der Holding-Betriebe. Die Rubrik Job-Börse mit Postenausschreibungen, höherwertigen und anderen Dienstposten sowie Job-Wünschen wird auch im Intranet veröffentlicht.

Vom „**Amtsblatt der Stadt Wien**“ erschienen in einer Auflage von rund 6.500 Stück 52 Nummern mit insgesamt 2.780 Seiten, weiters ist die Geschäftseinteilung für den Magistrat erschienen.

Vom „**Landesgesetzblatt für Wien**“ wurden im Jahr 1999 insgesamt 64 Stück mit 263 Seiten herausgegeben.

„**Unsere Wiener Hauswandzeitung**“ erschien im Jahr 1999 in zwölf verschiedenen Ausgaben.

Im Laufe des Jahres 1999 wurden durch den PID Vorbereitungen in Richtung einer mittelfristigen Umstellung der Öffentlichkeitsarbeit im Sinne einer integrativen Dezentralisierung getroffen. In diesem Zusammenhang wurde auch ein neues **Leitbild** für den PID erarbeitet. Neben der laufenden Beratung von Magistratsabteilungen bei der Öffentlichkeitsarbeit koordinierte und betreute die MA 53 im Namen und auf Rechnung anderer Abteilungen u. a. die Mistvermeidungskampagne, die Jugendkampagne, die Aktivitäten zum Jahr der älteren Generation sowie eine Fülle von Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Strauß-Gedenkjahr 1999. Mit der MA 22 wurde eine Umweltpräsentation der Stadt Wien bei der TerraTec in Leipzig durchgeführt.

Die Arbeitsgruppe für dezentrale Öffentlichkeitsarbeit in der MA 53 hat im Jahr 1999 neben zahlreichen Beratungsgesprächen und aufwendigen administrativen Vorarbeiten 168 Projekte durchgeführt.

Die Aufgabenstellung der **Öffentlichkeitsarbeit im Interesse der Bezirke** umfasst folgende Bereiche der klassischen Werbung, Direktwerbung und Public Relations:

- Redaktion, Herstellung und Druck von Printprodukten (z. B. Broschüre „Parks in der Inneren Stadt“, Mailing „Schubertpark“, Mailing „Esterhazypark“)
- Herstellung und Verteilung von Flugblättern
- Schaltung von klassischen Inseratensujets und PR-Strecken (z. B. Vorstellung der Bezirksvorstehung und der Bezirksmandatare)
- Kooperation im Bereich Film, Funk, Fernsehen (z. B. Videoproduktion „125 Jahre Favoriten“)
- Ausrichten von Bürgerversammlungen
- Werbliche Maßnahmen für Informationsveranstaltungen und Vermittlung von Begleitprogrammen wie Moderatoren, Musikkapellen etc. (z. B. „Hernalser Stadtsilvester“, zahlreiche Parkeröffnungen)
- Bestellung des notwendigen Equipments für Informationsveranstaltungen inklusive Auf- und Abbau
- Ausrichten von Ausstellungen mit bezirksrelevanten Themenstellungen (z. B. „Gestaltung Wiedner Hauptstraße“)
- Bereitstellung von Werbegeschenken

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit im Interesse der Bezirke liegt die Budgethoheit bei den Bezirken, daraus ergeben sich auch die Aufgabenstellungen der Voranschlagserstellung, des Rechnungsabschlusses, der Kreditgenehmigungen, der Vergabeanträge, der Kalkulationen, der Offerteinholungen, der Budget-Evidenz und eine Vielzahl allgemeiner Verwaltungstätigkeiten im Bereich der erweiterten Dezentralisierung.

Im Jahr 1999 wurde das Filmfestival auf dem Rathausplatz letztmalig durch den PID organisiert und durchgeführt: Die weiteren **Großveranstaltungen** werden nunmehr durch die neu gegründete Stadt Wien Marketing Service GmbH organisiert. Der erste Event war der Wiener Jahreswechsel bzw. Stadtsilvester 1999/2000.

1999 wurden u.a. zu folgenden Themen **Broschüren** und **Folder** sowie **Plakate** und/oder **Kleber** herausgegeben bzw. produziert: „6. Wiener Faschingsumzug“, „Berufsmesse“, „Wenn Städte Trauer tragen“, „Die Aufgaben der Gemeinderätlichen Behindertenkommission“, „Leitfaden für die Wien-Aktion“, „Film-Festival“, „Kurzparken in Wien“, „Nachtparken in Garagen“, „Sozialhilfe in Wien“, „City-Shuttle-Zug“, „Stadtthema Wien im Internet“, „Stadtthema Sicher ist sicher“, „Stadtthema Event Manager“, „Wien Haus in Brüssel“, „Antidiskriminierungsstelle“.

Folgende **Printprodukte** wurden für andere Dienststellen produziert:

„Park der Ruhe und Kraft“, „Kleingartenpreis der Stadt Wien“, „Junge WienerInnen für 14-Jährige“, „Junge WienerInnen für 18-Jährige“, „Musikausbildung der Stadt Wien“, „Die Rückkehr des Dritten Mannes“ (Deutsch, Englisch, Italienisch und Französisch), „1. Wiener Mistvermeidungs-Meisterschaft“, „48 Tipps zur Mistvermeidung“ (Nachdruck), „Bürgerdienst der Stadt Wien“, „B 3 – Donau Straße“, „Bike 2000“, „Lebensmittelberatung“ (Nachdruck), „Alles zum Thema Hauptwohnsitz“, „Mehr Lebensqualität Am Spitz“, „Kalorien in Wien“, „Kindertelefon“, „Naturlehrpfad Obere Lobau“ (Nachdruck), „Nationalpark Donau-Auen“ (Nachdruck), „Stadtthema Pflegebedürftig – was nun?“, „Ihr Partner für Verkehrsbauten“, „Willkommen im Kindergarten“, „Was sie cool finden, macht Eltern manchmal Sorgen“, „Lehrlings-Ideenpool für Wien“.

Zum Thema „Zukunft“ wurden **Stadteinfahrtstafeln** erstellt:

Im Jahr 1999 wurden vom **Lager- und Versandbüro** des PID ca. 70.000 Broschüren, Zeitschriften, Plakate und Bücher versandt. Diese Druckwerke wurden in erster Linie über „Unser Wien“, Telefonanrufbeantworter und Internet bestellt.

Für die diversen Aktivitäten bzw. magistratsbezogenen Aktionen erfolgte auch 1999 eine lagermäßige Betreuung mittels Ausgabe und Rücknahme des Veranstaltungsmaterials in den verschiedenen Lagern des PID.

Die Postwurfzeitung „Unser Wien“ erschien 1999 20-mal, wobei zu diversen Themen (zum Teil auf Kosten anderer Magistratsabteilungen) wie „Winter in Wien“, „Strauß – Das Jahr des Walzerkönigs“, „Theater in Wien“, „Wien im Internet“, „Bürgerdienst“, „Fit in den Frühling“, „Senioren“, „Kosovo“, „EU-Wahlen“, „Musizieren in Wien“, „Sommer in Wien“, „NR-Wahlen“, „Winterdienst“, „Advent“ und „Wintertipps“ Beilagen produziert wurden. Bei 54 Gewinnspielen in der Zeitschrift „Unser Wien“ wurden 141.570 Einsendungen gezählt.

Im Jahr 1999 wurden vom PID knapp über 1.000 Inserate und PR-Artikel in ca. 300 Tages-, Wochen- und Monatszeitungen sowie in diversen unregelmäßig erscheinenden Publikationen veröffentlicht.

Durch diese Inserate wurden Service- bzw. Freizeiteinrichtungen der Stadt Wien beworben, sie thematisieren aber auch spezielle Anliegen diverser Ressorts wie Wirtschaft, Verkehr, Kultur, Frauenfragen, Planung. Konkrete Ankündigungen erschienen zu den Großveranstaltungen „Filmfestival vor dem Rathaus“ und zum „Seniorentag“. Informationskampagnen wurden unter anderem zu den Themenbereichen „Theatertag“, „Jugendschutz“, „Modeschule Hetzendorf“, „Frauennotruf“, „Bürgerdienst“, „Gesundheit der Frau“ und „Sicherheit für Frauen in Wien“ sowie zu einigen Aufgabenstellungen der MA 48 abgewickelt. Besonders hervorzuheben sind die während des gesamten Jahres durchgeführte Müllvermeidungskampagne der MA 48 und Bewerbungen des „Strauß-Jahres“ der MA 10.

Für die allgemeine Personalsuche der Stadt Wien und fachspezifische Postenausschreibungen des Krankenanstaltenverbundes wurden gezielte Einzelinserate in Tageszeitungen und Fachmagazinen geschaltet. Überdies wurden seitens der MA 53 202 Pflichteinschaltungen veranlasst.

Im Bereich der **audiovisuellen Medien** wurden zur Müllvermeidungskampagne Spots und zum „Filmfestival vor dem Rathaus“ Ankündigungen bei diversen Radiosendern geschaltet. Im Rahmen der Kampagne „Wien wird“ der MA 18 wurden mit privaten Fernsehsendern Kooperationen durchgeführt und Spots geschaltet. Zu Themen wie u. a. „Konsummentage“ der MA 59 oder „Freizeit- und Sportaktivitäten“ wurden mit dem ORF Vereinbarungen über Produktionskostenbeiträge geschlossen. Darüber hinaus hat sich der Presse- und Informationsdienst an verschiedenen Wien-spezifischen Fernsehproduktionen beteiligt.

Überdies wurde durch Beteiligung an einer Reihe von Aktivitäten Wien-Imagewerbung im In- und Ausland betrieben. Dazu gehören die Veranstaltungen bzw. Projekte „Vienna City Marathon“, Ausstellung „Mythos Mensch“, „Literatur rund um die Burg“, „Bike-Festival“, „Medienviennale“, „Ski-WM-Übertragung am Rathausplatz“, „Wohnpark DonauCity“, „Kunst- und Adventkalender“, „Christmas in Vienna“ sowie die Wien-Beiträge in der Sendereihe „Hello Austria – Hello Vienna“ und im AUA-Bordvideo „Skylines“.

Im Sommer fanden folgende Open Air-Events im Rahmen des Imageprojektes „Wien ist anders/Im Summa samma in the city“ unter Beteiligung der Stadt Wien statt: Jubiläumsturnier „100 Jahre Rapid“, „Tribüne Krieau“, „Summerstage Independent Festival Vienna“, „Life Ball“, „Strohzeit“.

Wien im TV-Wetterpanorama – live vom Burgtheater

Als lebendige Kulturmetropole präsentiert sich die Bundeshauptstadt Wien im Wetterpanorama, das täglich in ORF 2, 3sat und TW1, dem neuen Tourismus- und Wetterkanal, ausgestrahlt wird. Das Burgtheater dient dabei als optimaler Standort für die Wiener Panoramakamera. Die Live-Kamera gibt neben einem Rundschwenk über das historische Wien Auskunft über die aktuelle Wettersituation.

Das **Wiener Filmbüro** konnte auch 1999 wesentlich dazu beitragen, das Image der Bundeshauptstadt als Filmstadt zu fördern. Zahlreiche in- und ausländische Filmproduktionen nutzten den Service des Wiener Filmbüros speziell im Hinblick auf die Koordination der Dreharbeiten im Bereich der Wiener Stadtverwaltung.

369 Film- und Fernsehprojekte in- und ausländischer Produktionsfirmen und Fernsehstationen sowie der Filmakademie langten im Wiener Filmbüro ein. Dafür wurden Foto- und Drehgenehmigungen für über 600 Motive auf unbürokratischem, serviceorientiertem Weg erteilt. Im gesamten Stadtverwaltungsbereich wurden im vergangenen Jahr 1.816 Motive eingereicht (MA 46 und Wiener Filmbüro).

Zu den nennenswerten Fernsehproduktionen 1999 zählen: „Kommissar Rex“, „Kaisermühlen Blues“, „Medicopter 117“, „Julia – die Bezirksrichterin“, „Feuerteufel“.

Erwähnenswerte Kinofilmproduktionen mit der Location Wien waren: „Wanted“, „Geboren in Absurdistan“, „Der Umweg“, „Bockerer III“, „Die älteste Wienerin“, „Ternitz Tennessee“, „Der Überfall“.

Das **Rundfahrtenbüro** befasst sich mit der Abwicklung der Rundfahrten und Führungen „Modernes Wien“. Im Jahr 1999 wurden 2.085 dieser mehrstündigen Touren und Fachführungen organisiert. Dabei konnten 72.597 Teilnehmer Wissenswertes über die Bundeshauptstadt Wien erfahren. Zur Hälfte handelt es sich bei den Gästen um SchülerInnen aus Wien und den übrigen Bundesländern. Im Zuge der Gruppenführungen für andere Interessierte wurden auch Sonder- und Fachführungen gestaltet. 52 Führungen wurden für Gäste aus dem Ausland fremdsprachig abgehalten. Im Rahmen der Aktion „Steig ein auf Wien“ wurden 773 Einzelkarten für 10 Routen verkauft.

Der **PID-Auslandsdienst** beteiligte sich mit Know-how und Co-Finanzierungen an Einladungen, die über den Bundespressdienst, Kulturinstitute, Botschaften, die Österreich-Werbung oder den Wiener Tourismusverband ausgesprochen bzw. an die Stadt Wien weitervermittelt wurden.

1999 wurden mehr als 50 internationale Medienvertreter im Rahmen eines meist mehrtägigen Wien-Besuches intensiv durch den PID betreut. Die Themenvielfalt reicht von Kultur bis Umwelt und soziale Fragen, von Wohnbau bis Freizeit und zum „Wirtschaftsstandort Wien“. In Zusammenarbeit mit den einzelnen Ressorts wurden entsprechende

Programmpunkte erstellt, die die Präsentation von Magistratsabteilungen und Termine mit Wiener Stadtpolitikern ebenso beinhalten wie Betriebsbesichtigungen. Nicht nur Journalisten aus europäischen Ländern, sondern auch aus anderen Kontinenten, vorwiegend aus dem asiatischen und nordamerikanischen Raum, zeigten Interesse an spezifischen Wiener Themen. Im Zuge diverser PR- und Imagemaßnahmen sowie Veranstaltungen in Kooperation mit verschiedenen Partnern im arabischen Raum, in China, im Kaukasus und in Nordamerika konnten äußerst erfolgreich und medienwirksam wien-relevante Themen transportiert werden.

Jeweils ein- bis mehrstündige Reportagen in „France Musique“, „Shanghai TV“, „Dubai Satellite TV“, „PBS Radio Chicago“, „WCRB Radio Boston“, „CBS TV and Radio Boston“ und weiteren TV-Stationen und viele Berichte in Zeitungen und Zeitschriften reflektierten das Engagement der Auslandsarbeit.

Jeweils 30 deutsch- und englischsprachige nicht in Wien ansässige ausländische Medienvertreter sowie rund 50 in Wien akkreditierte Journalisten werden regelmäßig betreut und erhalten Informationen über Wiener Themen.

Die seit dem Frühjahr 1996 im Auftrag der Stadt Wien tätigen Büros in den Städten Praha, Bratislava, Budapest, Ljubljana, Sarajevo, Zagreb und Beograd haben sich zu wichtigen Anlaufstellen für Kontakte entwickelt. So wurden in den vergangenen Jahren unzählige persönliche Begegnungen und Kontakte auf politischer und wirtschaftlicher sowie auf Ebene der Verwaltung vermittelt, gemeinsame Projekte und Initiativen gestartet, Partnerschaftsverträge, Symposien und Kongresse betreut und Medienkontakte vor Ort aufgebaut.

Zu den Höhepunkten des Jahres 1999 zählten unter anderem Vorbereitungsarbeiten bei der Unterzeichnung des Stadttechnologieabkommens mit Bratislava im März und des Kooperationsabkommens mit Laibach im Juli, die Mithilfe bei der Vorbereitung der „Wiener Kulturtag in Laibach“ im September, die Einladung und Betreuung von Medienvertretern aus den sieben Städten beim „Wiener Kanalspektakel“ sowie die Betreuung von Delegationen im Rahmen von Wien-Besuchen von Politikern aus den Ländern.

In den Städten selbst wurden Delegationen des Wiener Bürgermeisters, der Stadträte sowie der Wiener Magistratsdirektion und -abteilungen betreut. Auch die Mithilfe bei Hilfslieferungen nach Bosnien wurde 1999 fortgesetzt: So konnten in Zusammenarbeit mit dem Wiener Stadtschulrat Schulmöbel und Bücher an das Unterrichtsministerium des Kantons Sarajevo übergeben werden. Neben der laufenden Medienbeobachtung und monatlichen Berichterstattung wurden im Jahr 1999 rund 1.500 Presseaussendungen und -meldungen in den Städten versandt. Über 1.000 Presserückmeldungen konnten nach Wien übermittelt werden.

Auch das Büro in Beograd hielt während der Bombardierungen im Frühjahr seinen Betrieb – soweit möglich – aufrecht. Mittlerweile konnte die Arbeit wieder in vollem Umfang aufgenommen werden.

Im Auftrag der Magistratsdirektion – Internationale Beziehungen hat der PID die inhaltliche Betreuung des Urban-Projektes Coop-Radio und die Ausstrahlung von Rundfunksendungen auf dem Programm Radio 1476 und Orange 94.0 übernommen.

Im Mittelpunkt des EU-Förderprogrammes INTERREG steht die regionale Kooperation mit Staaten jenseits der derzeitigen EU-Außengrenzen. Die Stadt Wien hat sich dabei auf Kooperationen mit den an die EU grenzenden mittel- und osteuropäischen Staaten konzentriert – derzeit sind rund 70 Projekte mit Wien im Laufen.

Die MA 53 ist seit Mitte des Jahres 1999 gemeinsam mit der Magistratsdirektion – Internationale Beziehungen an zwei INTERREG-Projekten beteiligt: Das Projekt „Challenges of Tomorrow“ beschäftigt sich mit der Sammlung und Aufbereitung von Informationen zu den Themen Wirtschaftsstandort, Arbeitsmarkt, Infrastruktur, Ökologie sowie Sicherheit und Demokratiepoltik. Leitgedanke der Initiative: Nur wer umfassend informiert ist, kann sich ein eigenes Bild machen und unbegründete Ängste ablegen.

Medien und Kultur stehen im Mittelpunkt eines weiteren INTERREG-Projektes: Das Projekt „MedCult“ macht es sich zur Aufgabe, kulturelle und medienspezifische Potentiale zu erfassen sowie Trends und Bedürfnisse zu erkennen. Erhoben werden einerseits „harte Fakten“ wie Betriebsgrößen, Schwerpunktbereiche der Journalisten der Region, Instrumente der Kulturpolitik und -förderung und innovative Projekte. In einem weiteren Schritt werden dann mit Hilfe von Experten aus der Medien- und Kulturszene konkrete Kooperationen vorbereitet. Beide Projekte werden vom Europaforum Wien betreut, Informationsrecherche erfolgt auch in Zusammenarbeit mit den mittel-osteuropäischen Verbindungsbüros der Stadt Wien.

Die MA 53 entfaltet im Auslandsbereich darüber hinaus auch Aktivitäten in Ländern wie Ukraine, Armenien und Georgien mit dem Ziel, beim Auf- und Ausbau demokratischer Strukturen Unterstützung zu leisten.

In großen Städten beteiligte sich der PID aus Imagegründen an einer Reihe von **Wien-Bällen**. In manchen Städten kam es zu einem gebündelten Auftreten mit den Partnern Wiener Wirtschaftsförderungsfonds, der Geschäftsgruppe Kultur, der Wiener Wirtschaftskammer, dem Wiener Tourismusverband und der Magistratsdirektion – Internationale Beziehungen Schwerpunktdestinationen (SD). Es wurde dadurch ein großes internationales Medienecho für Wien erzielt. Mailand (23. 1.), Basel (23. 1.), New York (29. 1.), Brüssel (30. 1.), Noordwijk (5. 2.), München (5. 2.), Ottawa (6. 2.), Athen (12.+13. 2.), Berlin (13. 2.), Bern (20. 2.), Leipzig (5. 3.), Lissabon (24. 4.), Hongkong (14. 5., SD), Budapest (22. 5.), St. Petersburg (29. 5.), Johannesburg (29. 5.), Prag (19. 6.), London (6. 7., SD), Laibach (11. 9., SD), Chicago (18. 9., SD), Tokyo (21. 10., SD), Peking (26. 10., SD), Shanghai (28. 10., SD).

Der **Übersetzungsdienst** hat im Jahr 1999 wie in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Übersetzungen in den verschiedensten Sprachbereichen durchgeführt bzw. veranlasst. Auch zahlreiche Dolmetschleistungen für Empfänge, Konferenzen, offizielle Delegationen und Fachgespräche wurden organisiert und beauftragt.

Bürgerdienst (MA 55)

1999 feierte der Bürgerdienst sein 20-jähriges Bestehen. Unter dem Motto „20 Jahre Bürgerdienst“ präsentierte er sich bei zahlreichen Veranstaltungen.

Im Jänner wurde der Bürgerdienst für den 2. Bezirk eingerichtet (davor wurde der 2. Bezirk von der Bezirksbürgerdienststelle im 20. Bezirk mitbetreut), im Februar der Bürgerdienst für den 14. Bezirk (davor gab es eine gemeinsame Bürgerdienststelle für den 13. und 14. Bezirk).

Im März wurde der Bürgerdienst Simmering zu einem Bürger-Service-Zentrum ausgebaut.

Der Bürgerdienst wurde 1999 in 255.672 Fällen von der Wiener Bevölkerung in Anspruch genommen, und zwar für Information, Beratung, zur Weiterleitung von Schadensmeldungen, und für Anliegen, die von „Kleinigkeiten“ bis zu schwer wiegenden persönlichen Problemen reichen. Von diesen Bürgerkontakten entfielen 230.306, das sind rund 90 %, auf Information und Beratung. Diese Hilfeleistungen konnten zumeist in Telefonaten oder persönlichen Gesprächen umgehend erledigt werden.

25.357-mal wurden Anliegen behandelt, die vom Bürgerdienst entgegengenommen, an die zuständigen Stellen weitergeleitet und bis zur Erledigung weiterverfolgt wurden. Bei diesen Anliegen handelte es sich vor allem um Probleme im Wohn- und Straßenbereich. 5.423 Fälle betrafen Verunreinigungen, 4.943 Fälle diverse Gebrechen, 2.568 Fälle Verkehrsprobleme, 1.479-mal wurden Straßenschäden gemeldet, 1.359 Fälle betrafen Rechtsprobleme. Probleme betreffend den Grünraum und Parkanlagen wurden 1.119-mal behandelt, 680 Meldungen betrafen in den Straßen abgestellte Fahrzeuge ohne Kennzeichen, Lärmprobleme wurden 621-mal gemeldet. Um bautechnische Probleme ging es in 511 Fällen, um Probleme mit Baustellen in 431 Fällen und um Gerüche/Luftschadstoffe in 235 Fällen.

Bezirksbürgerdienststellen

Bürgerdienst für den	Anzahl der bearbeiteten Fälle
1. und 8. Bezirk	5.456
2. Bezirk	5.199
3. Bezirk	7.172
4. und 5. Bezirk	7.300
6. und 7. Bezirk	5.196
9. Bezirk	6.827
10. Bezirk	8.438
11. Bezirk	6.031
12. Bezirk	6.524
13. Bezirk	5.477
14. Bezirk	5.877
15. Bezirk	6.522
16. Bezirk	6.376
17. Bezirk	7.193
18. Bezirk	5.267
19. Bezirk	9.708
20. Bezirk	5.131
21. Bezirk	10.096
22. Bezirk	9.192
23. Bezirk	5.498
Insgesamt	134.480

Bürger-Service-Zentren

Im Bürger-Service-Zentrum Donaustadt wurden 1999 3.399 Anträge eingebracht. Im Zusammenhang mit der Antragsentgegennahme wurden 3.159 Informations- und Beratungsgespräche geführt.

Im Bürger-Service-Zentrum Simmering wurden 1999 516 Anträge entgegengenommen und 469 Informations- und Beratungsgespräche geführt.

Stadtinformation

Die Stadtinformation verzeichnete 1999 106.670 Kundenkontakte.

71.697 Anfragen wurden telefonisch, 4.490 schriftlich gestellt, 30.483 Kunden wurden bei einem persönlichen Besuch in der Schmidt-Halle informiert.

8.621 Anrufe sind im Rahmen des „Telefon-Service“ an Wochenenden und Feiertagen eingelangt. In 421 Führungen durch die Repräsentationsräume des Wiener Rathauses wurde 13.722 Personen (Schulklassen, Touristen und Gäste der Stadtverwaltung) die Geschichte des Hauses näher gebracht.

Für die Betreuung der ausländischen Wien-Besucher wurden in den Sommermonaten Juli und August Ferialpraktikantinnen eingesetzt.

Sonderaktionen und Ausstellungen:

- Im Jänner konnte die Bevölkerung in den Rechnungsabschluss Einsicht nehmen.
- Während der Weihnachts-, Semester- und Sommerferien war der Ferienspielstand in der Stadtinformation untergebracht.
- Von April bis November lief die Aktion „Billiger Parken in Garagen“. Von der Stadtinformation wurden Antragsformulare ausgegeben und Anträge entgegengenommen.
- Im Juni wurden kostenlose Zählkarten für das „Konzert der Nationen“ im Rahmen des 19. Österreichischen Blasmusikfestes ausgegeben.
- Ein Probealarm aller Warn- und Alarmsysteme wurde am 2. Oktober durchgeführt. Unter Mithilfe der Bevölkerung wurden mit zusätzlich eingerichteten Telefonleitungen technische Probleme des Alarmsystems aufgezeigt.
- Im November wurde der Entwurf zum Budgetvoranschlag zur Einsichtnahme in der Stadtinformation aufgelegt.
- Vom 11. bis 29. November Fotoausstellung „Sexuelle Gewalt gegen Frauen von Bethel Fath“
- Über das ganze Jahr verteilt wurde die Bevölkerung über das Y2k-Problem informiert. Schwerpunkt: Y2k-Hotline zu Silvester

Mobilbüros

Unter dem Motto „Wir sind immer dort, wo uns die Bürger brauchen“ fungierten die drei Mobilbüros des Bürgerdienstes in Wohngebieten, an frequentierten Plätzen und bei Verkehrsknotenpunkten als mobile Anlaufstellen für Wünsche, Anliegen, Beschwerden und Informationen. Sie verzeichneten 1999 3.718 Kundenkontakte.

Zusätzlich zur eigentlichen Bürgerdiensttätigkeit wurden noch folgende Aktionen durchgeführt:

- „Rathausmänner unterwegs“: In Zusammenarbeit mit der Magistratsdirektion – Hilfs- und Sofortmaßnahmen wurden Bezirke auf Missstände untersucht. Das Büro für Hilfs- und Sofortmaßnahmen war in den Bezirken unterwegs und fahndete nach Unzulänglichkeiten im Straßenbereich. Die Mobilbüros waren stationär im Einsatz und dienten als Anlaufstelle für Probleme im unmittelbaren Wohnbereich der Bürger. Schäden, die einer sofortigen Behebung bedurften, wurden per Funk an das Büro für Hilfs- und Sofortmaßnahmen zur sofortigen Überprüfung übermittelt.
- Informationsveranstaltungen in Zusammenarbeit mit dem Wiener Zivilschutzverband, insbesondere bei Schulen zur direkten Information von Schülern und Lehrern.
- Gemeinsame Informationsveranstaltungen mit den „Helfern Wiens“, wobei die Aktionen im Schulbereich besonderen Anklang bei Elternvereinen, Lehrern und Schülern fanden.
- Gemeinsame Informationsveranstaltung mit dem Verein Wiener Volksbildung anlässlich einer Aktion der UNESCO „Woche der Erwachsenenbildung“.
- Garten- und Pflanzenberatung gemeinsam mit dem Stadtgartenamt.
- Informationsveranstaltungen gemeinsam mit der MA 46 über geplante Umbauarbeiten in Wien 5., Reinprechtsdorfer Straße, und in Wien 15., Sparkassenplatz.
- Informationstag für Verbesserung der Lebensqualität im 9. Bezirk (Standort: Thurnstiege und Julius-Tandler-Platz).
- Beratungstätigkeiten in den Stadtentwicklungsgebieten des 11., 21. und 22. Bezirks.
- Information vor Ort über Baumfällungen im 22. Bezirk, Bereich Naufahrt.
- Teilnahme an Großveranstaltungen wie dem Donauinselfest und dem Feuerwehrfest.
- Teilnahme an Bezirksveranstaltungen.

Städtische Schulverwaltung (MA 56)

Im Jahr 1999 wurde im Bereich der MA 56 schwerpunktmäßig mit der Generalsanierung von Schulgebäuden begonnen. Parallel dazu wurde im Hinblick auf die Bedeutung neuer Kommunikationstechniken die erste Etappe der Einrichtung eines Wiener Bildungsnetzes in Angriff genommen. Weiters wurde eine 14. Novelle zum Wiener Schulgesetz ausgearbeitet. Durch entsprechende Ausführungsbestimmungen wurden erprobte Schulversuche im Schuleingangsbereich ins Regelschulwesen übernommen. Weiters wurde eine Fördermöglichkeit für interessierte BerufsschülerInnen zur Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung eingeführt sowie die Bewilligungspflicht für die Verwendung von Gebäuden für Schulzwecke vereinfacht bzw. dereguliert.

Im Schuljahr 1998/99 wurden 372 öffentliche allgemein bildende Pflichtschulen mit 3.969 Klassen und 84.588 SchülerInnen geführt, und zwar 226 Volksschulen (2.358 Klassen und 53.070 SchülerInnen), 98 Hauptschulen (1.075 Klassen und 25.432 SchülerInnen), 41 Sonderschulen (440 Klassen und 3.911 SchülerInnen) und 7 Polytechnische Schulen (96 Klassen und 2.175 SchülerInnen).

In den 29 öffentlichen berufsbildenden Pflichtschulen wurden im Schuljahr 1998/99 765 Klassen mit 18.296 SchülerInnen, in den privaten Fachschulen der Stadt Wien 21 Klassen mit 556 SchülerInnen und in der Uhrmacherwerkstätte der Stadt Wien 4 Klassen mit 40 SchülerInnen geführt.

Im Pädagogischen Institut der Stadt Wien wurden im Jahr 1999 49.438 TeilnehmerInnen in 2.080 Veranstaltungen betreut.

Am 31. Dezember 1999 befanden sich 360 Gebäude in Verwaltung der Abteilung. Davon wurden 325 von allgemein bildenden Pflichtschulen, 15 von berufsbildenden Pflichtschulen, 3 von Fachschulen und ein Gebäude vom Pädagogischen Institut der Stadt Wien genutzt. 13 Gebäude dienten verschiedenen Zwecken und 3 Gebäude wurden dem Bund für Zwecke der allgemein bildenden höheren Schulen überlassen (Widmungsgebäude), in 22 teils städtischen, teils privaten Gebäuden waren für Zwecke der allgemein bildenden Pflichtschulen Räume gemietet.

Folgende Bauarbeiten für Neu-, Um- und Zubauten wurden 1999 durchgeführt:

Fertig gestellt wurden: die Adaptierung des Gebäudes zur Unterbringung von Volks- und Hauptschulexpositurklassen 11., Braunhubergasse 3 – Vordertrakt, die Adaptierung des Gebäudes für Hauptschulzwecke 15., Kauergasse 3–5, ein 9-klassiger Volksschulneubau, eine 12-klassige Polytechnische Schule, 2 Turnsäle und ein Jugendzentrum 20., Engerthstraße 78–80, ein 9-klassiger Volksschulneubau, 1 Turnsaal sowie ein Kindertagesheim 22., Donaacity/Leonard-Bernstein-Straße 2, ein 9-klassiger Volksschulneubau, 12-klassiger Hauptschulneubau, 2 Turnsäle und ein Gymnastikraum 22., Am Kaisermühlendamm, ein 9-klassiger Volksschulneubau, 1 Turnsaal und ein Kindertagesheim 22., Prandaugasse 5, ein 12-klassiger Hauptschulneubau, 1 Turnsaal, 1 Gymnastikraum und ein Kindertagesheim 23., Carlberggasse 72.

In Bau befinden sich: die Aufstockung und 1 Gymnastikraum 2., Wittelsbachstraße 6, die Adaptierung des Gebäudes für Volksschulzwecke 5., Am Hundsturm 18, ein 12-klassiger Hauptschulzubau 10., Josef-Enslein-Platz 1–3, die Adaptierung des Gebäudes für Volksschulzwecke 15., Goldschlagstraße 113, ein 6-klassiger Volksschulzubau und ein Gymnastikraum 22., Asperner Heldenplatz 3, ein 9-klassiger Volksschulneubau, 1 Turnsaal und ein Kindertagesheim 23., In der Wiesen/Nord.

Für weitere 18 Schulneu- und -zubauten wurden Planungs- bzw. Bauvorbereitungsarbeiten geleistet. Insgesamt wurden für die angeführten Bauarbeiten rund ATS 600 Mio. aufgewendet.

Schwerpunkt der Bautätigkeit ist in den nächsten fünf Jahren die Generalsanierung bestehender Schulgebäude. Dafür sind Mittel in der Höhe von ATS 1,4 Mrd. vorgesehen. In nachstehend angeführten Schulen wurde mit den Bauarbeiten begonnen: 2., Kleine Sperlgasse 2a; 12., Haebergasse 1a; 16., Grundsteingasse 48–56; 17., Geblergasse 29–31; 19., Krottenbachstraße 108; 20., Vorgartenstraße 95–97; und 21., Aderklaaer Straße 2.

Im 1. Zentralberufsschulgebäude in 6., Mollardgasse 87, welches aus dem Jahre 1908 stammt, wurde in den Jahren 1988 bis 1994 ein umfangreiches Instandsetzungs- bzw. Modernisierungsprogramm vom Hochparterre bis zum Mansardengeschoss, ausgenommen der Gymnastikraumbereich im 4. Stock, zur schrittweisen Anpassung an die heutigen Anforderungen des Berufsschulunterrichts durchgeführt und mit Kosten in der Höhe von ATS 256 Mio. abgeschlossen. Im Jahr 1995 wurde mit der 2. Etappe der Generalmodernisierung begonnen. Bis Ende 1998 wurden für die Berufsschule für Sanitär- und Heizungstechnik die Räumlichkeiten des ehemaligen Gymnastikraumbereiches im 4. Stock für Schulzwecke (Laborräume) umgebaut, die Halle 2 als Werkstättenhalle adaptiert, rund zwei Drittel der Gänge im Tiefgeschoss instand gesetzt sowie nach Abbruch der Halle 3 und der Herstellung eines begehbaren Kollektorganges, die Errichtung einer Turnhalle und der entsprechenden Nebenräume in Angriff genommen. Im Jahr 1999 wurde die Modernisierung mit der Einrichtung und Eröffnung der Turnhalle einschließlich der Turnhallennebenräume im Tiefgeschoss mit einem Betrag von rund ATS 30 Mio. abgeschlossen. Die Baukosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf insgesamt ATS 119,6 Mio. Weiters wurde die Erneuerung der restlichen Dächer und der Gassenfassadenflächen an den Fronten Linke Wienzeile – Hornbostelgasse – Mollardgasse mit einem Betrag von ATS 7,5 Mio. abgeschlossen. Die Baukosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf insgesamt ATS 30 Mio. Die Gesamtbaukosten der Instandsetzung und Modernisierung des 1. Zentralberufsschulgebäudes betragen somit voraussichtlich ATS 405,6 Mio.

Im 2. Zentralberufsschulgebäude in 15., Hütteldorfer Straße 7–17, wurden die Bauarbeiten für die Erweiterung und Modernisierung des Gebäudes im Jahr 1999 mit einem Betrag in der Höhe von ATS 9,6 Mio. fortgesetzt. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens werden voraussichtlich ATS 423 Mio. betragen.

Im 3. Zentralberufsschulgebäude in 12., Längenfeldgasse 13–15, konnte in den Jahren 1992 bis 1999 der Neubau der Berufsschule für Bäcker und Konditoren, die Aufstockung des bestehenden Klassentraktes einschließlich der Generalmodernisierung des Gebäudes und des Festsaaltraktes, der Neubau der Volkshochschule und des Bezirksmuseums, die Modernisierung des Küchentraktes der Berufsschule für Gastgewerbe (Stiege 6) sowie die Unterbringung einer Fleischerwerkstätte samt Nebenräumen im Stammgebäude (da das Berufsschulexpositurgebäude in 3., Viehmarktgassee 3, durch die Schließung des Schlachthofes St. Marx für einen weiteren Schulbetrieb nicht mehr zweckmäßig war), zur Gänze abgeschlossen werden. Die Gesamtkosten betragen voraussichtlich rund ATS 544 Mio. Die im Jahr 1997 begonnene Adaptierung des Schulgebäudes in 10., Kempelengasse 20, für die Berufsschule Einzelhandel IV wurde im Jahr 1999 mit einem Betrag von ATS 15 Mio. abgeschlossen. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens betragen voraussichtlich ATS 46 Mio.

Im Berufsschulgebäude in 14., Goldschlagstraße 137, wurde die 1995 begonnene Instandsetzung und Modernisierung im Jahr 1999 mit einem Betrag von ATS 8 Mio. abgeschlossen. Die Gesamtkosten des Bauvorhabens betragen voraussichtlich rund ATS 65 Mio.

Zur Abdeckung des zusätzlich erforderlichen Pflichtschulbedarfs im 15. Bezirk wurde die Berufsschule für Großhandel von Wien 15., Kauergasse 3–5, in das neu adaptierte Berufsschulgebäude in Wien 16., Panikengasse 31, übersiedelt. Die Gesamtbaukosten der dafür notwendigen Bauarbeiten, die im Sommer 1998 begonnen wurden, betragen voraussichtlich rund ATS 8,2 Mio.

Das Fachschulgebäude 9., Hahngasse 35, wurde seit 1995 an die Fernwärme angeschlossen, die Dacheindeckung und die Hoffenster erneuert, die Fassade instand gesetzt, die Gangverteiler in allen Geschossen erneuert und die Steigleitung verstärkt, die Modernisierung aller Lehrküchen, des Turnsaalbereichs (ohne Nebenräume) und des Hauswirtschaftsraumes sowie der restlichen Räume im 2. und 3. Stock durchgeführt. Im Jahr 1999 wurde die weitere Modernisierung des Gebäudes, wie Fertigstellung des Aufzugszubaues im Schulhof, Instandsetzung der Hoffassade, Erneuerung des Hauskanals, Renovierung der Räume im 1. Stock, einschließlich der Gänge (1. bis 3. Stock) und des Stiegenhauses sowie des 3. Stocks der Expositur D'Orsaygasse 8 (ausgenommen WC-Gruppen), mit einem Betrag von ATS 5 Mio. fortgesetzt. Die Baukosten dafür belaufen sich voraussichtlich auf ATS 20,1 Mio. Die Gesamtbaukosten der gesamten Renovierung des Fachschulgebäudes 9., Hahngasse 35, werden somit voraussichtlich ATS 33,5 Mio. betragen.

Die Instandsetzung der für Zwecke der allgemein bildenden Pflichtschulen genutzten Schulgebäude erfolgte auch 1999 im Rahmen der Dezentralisierung über Bezirksbudgets. In Summe wurden von den Bezirken für Instandsetzungsarbeiten und laufende Erhaltungsarbeiten rund ATS 320 Mio. zur Verfügung gestellt. Mit diesen Mitteln wurden in 137 Schulen Modernisierungsarbeiten durchgeführt, in 13 die Dächer instand gesetzt, in 14 die Fassaden, in 20 die Fenster, in 6 die Fußböden, in 11 die Spielplätze, in 13 die Turnsäle und in 14 die WC-Anlagen. In 21 Schulgebäuden wurden veraltete Heizanlagen umgebaut bzw. diese Schulen an das Fernwärmenetz angeschlossen.

Im Zuge des Ausbaus der Dezentralisierung fällt die Betriebsausstattung (Möbel, Reinigungsgeräte) der allgemein bildenden Pflichtschulen, ausgenommen der Spezialsonderschulen sowie Schulneu- und -zubauten, seit Beginn des Jahres 1998 in die Budgetkompetenz der Bezirke. 1999 wurden weitere 196 Klassen mit ÖNORM-gerechtem Mobiliar, 11 Schulen mit Garderobespinden für SchülerInnen zur Aufbewahrung der Kleidungsstücke, 12 Lehrerzimmer mit versperrbaren Lehrerkästchen, 93 Klassen mit Einbaumöbeln, 2 Physiksäle und 1 Schulküche ausgestattet.

Besonders wäre die Einrichtung der Schulneubauten 15., Kauergasse 3–5, 20., Engerthstraße 78–80, 22., Prandaugasse 5, 22., Leonard-Bernstein-Straße 2, 22., Am Kaisermühlendamm 2, und 23., Carlberggasse 72, mit Schulmobiliar, Lehrmitteln und Geräten in der Gesamthöhe von ATS 57.624.000 hervorzuheben.

Die Stadt Wien stellte den SchülerInnen der 4. Haupt- und Sonderschulklassen sowie den 4. Klassen der allgemein bildenden höheren Schulen die Broschüre „Die jungen WienerInnen“ mit 17.100 Exemplaren im Wert von ATS 181.000 zur Verfügung. Für Klassenlesestoff, Gruppenlektüre sowie die Beschaffung von Büchern für die Lehrbücherei wurden ATS 2.820.000 aufgewendet. 1999 wurden für die allgemein bildenden Pflichtschulen Lehrmittel (Physik, Geographie, Biologie usw.), Werkzeuge, audiovisuelle Geräte und Musikinstrumente mit einem Kostenaufwand von ATS 13.561.000 angeschafft.

Um allen Wiener SchülerInnen chancengleich den Umgang mit neuen Technologien zu ermöglichen, hat die Stadt Wien mit der Errichtung des **Wiener Bildungsnetzes** begonnen. Alle Kinder und Jugendlichen können so ohne Zugangsbarrieren, unabhängig von der jeweiligen wirtschaftlichen Situation ihrer Familie und pädagogisch angeleitet mit den neuen Medien lernen. 1999 wurde begonnen, 91 Volksschulen mit jeweils zwei Computern und einem Drucker pro Stammklasse auszustatten.

Insgesamt erwachsen der Stadt Wien im Jahr 1999 für die Erhaltung der allgemein bildenden Pflichtschulen Kosten von ATS 9.202.275.000. In diesem Betrag ist auch der Lehrpersonalaufwand enthalten, der der Stadt Wien vom Bund zur Gänze refundiert wird.

Im Schuljahr 1998/99 wurde auch die **Modernisierung der Einrichtungen** an Berufsschulen fortgesetzt. Besonders wäre die Einrichtung von Klassen- und Verwaltungsräumen für die Berufsschule für Einzelhandel IV und Großhandel mit einem Aufwand von ATS 6.519.000 hervorzuheben.

Insgesamt wurden 1999 für die Anschaffung von Maschinen, Geräten und Werkzeugen ATS 20.145.000 aufgewendet. Für den praktischen Unterricht waren ATS 8.310.000, für den theoretischen Unterricht ATS 1.973.000 erforderlich. Der Stadt Wien erwachsen für die Erhaltung der Berufsschulen Gesamtkosten von ATS 789.727.000. In diesem Betrag ist auch der Lehrpersonalaufwand enthalten, von dem der Stadt Wien vom Bund auf Grund des Finanzausgleichsgesetzes 50 % rückerstattet werden.

Für die von der MA 56 erhaltenen drei Fachschulen wurden 1999 insgesamt ATS 1.259.000 für die Betriebsausstattung aufgewendet. Der Gesamtaufwand für die Fachschulen der Stadt Wien betrug rund ATS 79.219.000. Auf Grund einer Subventionsvereinbarung werden der Stadt Wien vom Bund 80 % des Lehrpersonalaufwandes (Aktivbezüge) refundiert.

Die Abteilung deckt auch den LehrerInnenbedarf für den theoretischen Unterricht an den Vorbereitungslehrgängen der Allgemeinen Krankenpflegeschulen der Stadt Wien.

Die **ganztägige Betreuung** an allgemein bildenden Pflichtschulen erfolgt in Form der „Ganztagsschule“ (Unterricht und Freizeit verschränkt) oder der „Offenen Schule“ (Unterricht und Freizeit in getrennter Abfolge). Die Höhe des Betreuungsbeitrags für das Schuljahr 1998/99 wurde mit täglich ATS 57 festgesetzt, der allerdings – auf Grund einer sozialen Staffelung – erst ab einem monatlichen Familieneinkommen von ATS 25.830 in dieser Höhe zu entrichten ist.

Unter Ausnutzung der in der Ganztagsschule gegebenen günstigeren Möglichkeiten der Stundenplangestaltung werden in Verbindung mit einem sinnvollen Wechsel von Unterrichts-, Lern- und Übungszeit einerseits und Freizeit andererseits im Wege einer effektiven Lernorganisation Unterrichts- und Arbeitsformen entwickelt und eingesetzt, die insgesamt eine Verbesserung der gesamten schulischen Bildungsarbeit bewirken und zu einer Steigerung der Bildungserfolge führen. Ein umfangreiches und vielfältiges Freizeitangebot bietet den SchülerInnen die Möglichkeit eines sinnvollen Freizeiterlebens.

In der Regel beginnt die Schulzeit um 8.00 Uhr und endet um 16.00 Uhr, an manchen Standorten um 17.30 Uhr.

An folgenden Standorten sind ganztägig geführte Schulen eingerichtet:

Volksschulen

2., Aspernallee 5, 2., Wolfgang-Schmälzl-Gasse 13, 3., Kleistgasse 12, 3., Landstraßer Hauptstraße 146, 4., Phorugasse 4, 5., Stolberggasse 53, 7., Zieglergasse 21, 8., Zeltgasse 7, 10., Carl-Prohaska-Platz 1, 10., Jagdgasse 23, 11., Fuchsröhrenstraße 23, 11., Pantucekgasse 13, 11., Svetelskystraße 4–6, 12., Am Schöpfwerk 27, 12., Rohrwassergasse 2 (VS I), 14., Diesterweggasse 30, 14., Hadersdorf Hauptstraße 70, 14., Hochsatzengasse 22–24, 14., Märzstraße 180, 15., Ortnergasse 4, 15., Reichsapfelgasse 30, 16., Grundsteingasse 56, 18., Köhlergasse 9, 20., Robert-Blum-Gasse 2, 20., Spielmannsgasse 1, 20., Vorgartenstraße 50, 21., Christian-Bucher-Gasse 14, 21., Dopschstraße 25, 21., Hanreitergasse 2, 21., Herzmanovsky-Orlando-Gasse 11, 21., Irenäusgasse 2, 21., Prießnitzgasse 1/II, 21., Schumpe-terweg 3, 21., Zehdengasse 9, 22., Am Kaisermühlendamm 2, 22., Hammerfestweg 1, 22., Pastinakweg 10, 22., Viktor-Wittner-Gasse 50, 22., Wagramer Straße 27, 23., Anton-Baumgartner-Straße 44/I.

Hauptschulen

2., Kleine Sperlgasse 2a, 2., Max-Winter-Platz 2, 2., Wittelsbachstraße 6, 3., Kölblgasse 23, 7., Neustiftgasse 100, 9., Glasergasse 8, 10., Absberggasse 50, 10., Josef-Enslein-Platz 1–3, 11., Enkplatz 4/I, 11., Hasenleitengasse 7, 11., Svetelskystraße 4–6, 12., Hermann-Broch-Gasse 2, 12., Steinbauergasse 27, 13., Veitingergasse 9, 14., Hadersdorf Hauptstraße 80, 14., Kinkplatz 21/I, 15., Selzergasse 25, 16., Koppstraße 110/I und II, 16., Roterdstraße 1, 19., In der Krim 6, 21., Aderklaaer Straße 2, 21., Deublergasse 21, 21., Hanreitergasse 2, 21., Roda-Roda-Gasse 3, 21., Rudolf-Schön-Weg 1, 22., Am Kaisermühlendamm 2, 22., Anton-Sattler-Gasse 93, 22., Eibengasse 58, 22., Plankenmaisstraße 30, 22., Simonsgasse 23, 23., Carlberggasse 72.

Sonderschulen

2., Schwarzingergasse 4, 3., Landstraßer Hauptstraße 146, 3., Paulusgasse 9–11, 14., Kienmayergasse 41, 15., Zinckgasse 12–14, 17., Hernalser Hauptstraße 220 (ASO und Sonderschule für körperbehinderte Kinder), 18., Währinger Straße 173–181 (VS und HS), 21., Herchenhahngasse 6, 22., Hammerfestweg 1, 22., Steinbrechergasse 6, 23., Kanitzgasse 8.

An jenen Schulstandorten, wo die räumliche oder personelle Situation eine ganztägige Schulform nicht oder nicht kurzfristig zulässt, sind durch den von der Stadt Wien beauftragten Verein „Wiener Kinder- und Jugendbetreuung“ **Lern- und Freizeitklubs** eingerichtet. Diese werden in fünf Varianten angeboten: Betreuung von 12.00 bis 17.00 Uhr (Elternbeitrag ATS 630 pro Monat ohne Essen, ca. ATS 840 Essensbeitrag pro Monat), Betreuung von 14.00 bis 17.00 Uhr ohne Essen (Elternbeitrag ATS 420 pro Monat), Betreuung von 12.00 bis 17.00 Uhr tageweise (Elternbeitrag ATS 126 pro Wochentag/Monat ohne Essen, Essensbeitrag pro Tag ca. ATS 37). Die angeführten Elternbeiträge unterliegen einer sozialen Staffelung und sind erst ab einem monatlichen Familieneinkommen von ATS 27.761 in dieser Höhe zu entrichten. Lern- und Freizeitklubs sind an 33 Standorten eingerichtet.

An 193 Volks- und Sonderschulen wurde eine **Frühaufsicht** eingerichtet, damit die Kinder auch schon vor 7.45 Uhr zur Schule gebracht werden können, ohne dass sie den Gefahren des Verkehrs und der Witterung ausgesetzt sind. Im Rahmen der Frühaufsicht werden die Kinder von 7.15 bis 7.45 Uhr beaufsichtigt. An 105 Haupt- und Sonderschulen (sowie an Schulen mit Integrationsklassen) und an 4 Polytechnischen Schulen wurde eine **Mittagsaufsicht** eingerichtet, in deren Rahmen die SchülerInnen an den Schulen ein Mittagessen unter Aufsicht von LehrerInnen einnehmen und somit die Zeit bis zu einem allfälligen Nachmittagsunterricht überbrücken können.

Den **Integrationsmaßnahmen zur Betreuung ausländischer Kinder** liegt die Überlegung zugrunde, dass über den Weg der speziellen, zumeist additiven Förderung Deutschkenntnisse vermittelt werden, die eine effektive Teilnahme am Unterrichtsgeschehen gewährleisten sollen. Die Betreuung der ausländischen Kinder im Sinne integrativer Maßnahmen an den Wiener Pflichtschulen erfolgt in vier Abstufungen.

Jene SchülerInnen, die schon über fundierte Deutschkenntnisse verfügen, erfahren im Rahmen der sprachlichen Förderkurse für SchülerInnen mit nichtdeutscher Muttersprache eine entsprechende Betreuung, in der die Verständ-



Vizebürgermeisterin Grete Laska im Gespräch mit Bewohnerinnen des Pensionistenheimes Penzing bei der 25-Jahr-Feier.

Foto: Votava / PID

Sportstadträtin Grete Laska eröffnete am 7. September 1999 die Volleyball-Europameisterschaft im Ferry-Dusika-Hallenstadion.

Foto: Votava / PID





Ansprache von Kulturstadtrat Dr. Peter Marboe bei der Kranzniederlegung vor dem Strauß-Denkmal im Stadtpark anlässlich des 100. Todestages von Johann Strauß am 3. Juni 1999.

Foto: Votava / PID

Gruppenfoto anlässlich der Überreichung der Ehrenmedaille der Stadt Wien in Gold an den berühmten Schauspieler Gunther Philipp.

Foto: Blauensteiner / Landesbildstelle



gungs- und Ausdrucksfähigkeit gefördert wird. SchülerInnen, die mit großen Sprachschwierigkeiten zu kämpfen haben oder überhaupt keine Kenntnisse der deutschen Sprache aufweisen, werden durch eigens ausgebildete Begleit-lehrerInnen betreut. Die BegleitlehrerInnen werden neben dem Klassenlehrer eingesetzt und betreuen die genannten SchülerInnen in eigenen Gruppen.

Das Projekt integrative Ausländerkinderbetreuung wird an Volks- und Sonderschulen durchgeführt, an denen sehr viele ausländische Kinder ohne Kenntnisse der deutschen Sprache die Schuleingangsphase (Grundstufe I, erste und zweite Volksschulklasse) besuchen. Es handelt sich hierbei um eine Intensivförderung, in der durch den Einsatz zweier LehrerInnen (KlassenlehrerIn und BegleitlehrerIn) im Rahmen des Klassenunterrichtes der Erwerb elementarer Kenntnisse der deutschen Sprache erleichtert wird.

Die Betreuung von SeiteneinsteigerInnen in der dritten und vierten Volksschulklasse sowie an Hauptschulen hat zum Ziel, SchülerInnen, die sich erst kurz in Österreich aufhalten und demzufolge der Unterrichtssprache nicht oder kaum mächtig sind, auf dem Weg intensiven, sprachlichen Lernens zu möglichst raschem Spracherwerb zu verhelfen. Hierzu werden die Kinder in eigenen Kursen zusammengefasst.

Grundanliegen der Bildung von **Integrationsklassen an Volks- und Hauptschulen** war es, die Ausgliederung physisch bzw. psychisch behinderter Kinder aus Wiener Volks- und Hauptschulklassen zu vermeiden. Dabei wird auf die sonderpädagogische Förderung der behinderten Kinder durch dafür ausgebildete SonderschullehrerInnen nicht verzichtet. Für jedes behinderte Kind ist daher eine individuelle Planung vorgesehen, der zu entnehmen ist, nach welchem Lehrplan bzw. welchen Lehrplänen es unterrichtet wird. In einer Integrationsklasse soll der Anteil der behinderten Kinder in Bezug auf die Zahl der nichtbehinderten Kinder 20 Prozent nicht übersteigen. Im Schuljahr 1998/99 wurden 237 Integrationsklassen an Volksschulen als Regelklassen geführt, 224 Integrationsklassen an Hauptschulen und 14 Klassen an Polytechnischen Schulen.

Die „**Integrative Betreuung verhaltensauffälliger SchülerInnen**“ hat sich zur Aufgabe gestellt, spezifische Wege zu finden, um Verhaltensauffälligkeiten abzubauen. Dabei kommt einer spezifischen Beratung in Verbindung mit verschiedenen Fördereinrichtungen sowie sozialpädagogisch-therapeutisch orientierten Angeboten wesentliche Bedeutung zu.

Zusätzlich sind noch Förderklassen eingerichtet, die – bedingt durch die niedrigen Schülerzahlen (Durchschnitt 6 SchülerInnen pro Klasse) – ein intensives Eingehen auf die psychische Situation der Schülerpersönlichkeit mit der Zielsetzung einer baldigen Rückführung in die Stammklasse erlauben.

Das Projekt „**Psychagogische Betreuung an Pflichtschulen**“ dient der Behandlung schulschwieriger Kinder, das sind SchülerInnen mit Lernstörungen, Leistungsstörungen und Teilleistungsstörungen sowie Verhaltensauffälligkeiten. LehrerInnen mit mindestens vierjähriger Unterrichtspraxis erhalten an der Universitätsklinik eine zweijährige Ausbildung zum/zur psychagogischen BetreuerIn. Die Ausbildung garantiert ein tiefen- und entwicklungspsychologisches Verständnis und vermittelt nicht nur tiefenpsychologische Kenntnisse, das Wissen um diagnostische Zuordnung und therapeutische Konsequenzen und Techniken zur Einzelfallhilfe, sondern auch die Beherrschung der Kriseninterventionstechniken und der assistierten Problemkonfrontation bei Kindern, Eltern und LehrerInnen. Nicht zuletzt werden die Kenntnisse über Arbeitstechniken der Verhaltensmodifikation, funktionell-therapeutische Übungen, Gruppentherapie sowie herkömmliche Beratungstechniken und fallbegleitende Führung vermittelt.

Die psychagogischen BetreuerInnen, die Pflichtschulen zugeteilt werden, beschäftigen sich ausschließlich mit der Betreuung verhaltensauffälliger SchülerInnen einer Schule oder eines Schulblocks, führen regelmäßig Beratungsgespräche mit Eltern, LehrerInnen sowie anderen mit den Kindern befassten Personen und arbeiten mit den betroffenen Institutionen, wie etwa dem Amt für Jugend und Familie, zusammen. Ziel dieser Arbeit ist es, Schwierigkeiten und deren Ursachen bei den Kindern möglichst rasch zu erkennen, geeignete Maßnahmen für ihren Abbau einzuleiten bzw. durch die Betreuung die Probleme schulschwieriger Kinder abzubauen. Die Betreuung umfasst insbesondere Aspekte der Gesprächs-, Spiel-, Bewegungs- und Musiktherapie. Außerdem hilft die/der psychagogische BetreuerIn bei Entscheidungen, die die Situation des Kindes erleichtern oder verändern. Bei der Betreuung handelt es sich nicht um eine Beratungsfunktion, sondern um eine Einzelfallhilfe, die darauf abgestimmt ist, nicht in medizinische und/oder soziale Bereiche einzudringen, sondern vielmehr den gesellschaftlichen und gesetzlichen Auftrag der Schule erfüllen zu helfen.

Im Wiener Pflichtschulwesen wurden im Schuljahr 1998/99 verschiedene **Schulversuche** durchgeführt. In Anbetracht der relativ großen Zahl und der verschiedenen Wertigkeit der einzelnen Vorhaben können an dieser Stelle nur die wesentlichsten Schulversuche eingehender dargestellt werden.

Angesichts der gesetzlichen Neuregelung der Schuleingangsphase ab September 1999 stieg im Schuljahr 1998/99 die Zahl der Schulversuchsklassen, die einen Schulversuch zur flexiblen Gestaltung der Schuleingangsphase durchführen, auf etwa 60 %. Ca. 80 % der 1. Klassen boten eine Lebende Fremdsprache (zumeist Englisch) an.

Beim Schulversuch „**Integrativer Hausunterricht im Rahmen der Heilstättenschule**“ sollen schulpflichtige Wiener Kinder mit Tumoren und an Leukämie erkrankte Kinder – sie werden im Rahmen des Therapieverfahrens nur teilweise bei einem stationären Aufenthalt behandelt, teilweise erfolgt die Betreuung zu Hause – während des häuslichen Aufenthaltes im Rahmen der Gesamttherapie einen der Unterrichtserteilung an der Krankenanstalt vergleichbaren Unterricht erhalten. Der Unterricht dieser Kinder erfolgt entweder in Form eines Einzelunterrichts oder durch Zusammenfassen von zwei oder drei SchülerInnen gleichen Krankheitsbilds in Form eines Hausunterrichts. Die

Zusammenfassung von zwei oder drei Patienten zu kleinen Lerngruppen setzt das Einverständnis der Eltern voraus. Der Hausunterricht schließt nahtlos an den Krankenhausunterricht an und ist Bestandteil der Betreuung im Rahmen der Heilstättenschule. Der Unterricht wird von speziell vorbereiteten LehrerInnen der Heilstättenschule erteilt.

Die politische und wirtschaftliche Entwicklung Europas fordert ein vermehrtes Ausmaß an **Fremdsprachenkenntnissen**, um in einer immer kleiner werdenden Welt persönliche und berufliche Kontakte zu Menschen mit anderer Muttersprache knüpfen zu können.

Im allgemein bildenden Pflichtschulbereich gibt es in Wien derzeit sieben bilinguale Volksschulen und drei bilinguale Hauptschulen.

Der Schulversuch „Europäische Mittelschule“ Wien (EMS) an der HS 7., Neustiftgasse 98–100, ist eine Weiterentwicklung des Gesamtkonzeptes Vienna Bilingual Schooling (VBS) im Bereich der Mittelstufe.

Ausgehend von einer Schülerpopulation von multilingualen SchülerInnen (z. B. SchülerInnen mit Muttersprache Deutsch, Englisch, Slowakisch, Tschechisch, Ungarisch) soll ein Bildungsangebot sichergestellt werden, das einerseits den SchülerInnen eine dem österreichischen Lehrplan des Realgymnasiums bzw. den ungarischen, tschechischen und slowakischen Lehrplänen entsprechende Grundbildung gewährleistet, das andererseits aber auch Möglichkeiten bietet, Fertigkeiten in einer zweiten und dritten Sprache zu erwerben, die im Rahmen des herkömmlichen, schulischen Fremdsprachenunterrichts kaum vermittelt werden können.

Zusätzlich bietet diese Schulform eine einmalige Chance, bei SchülerInnen der genannten Länder ein tieferes Verständnis für ein europäisches, grenzübergreifendes Miteinanderleben und Arbeiten zu entwickeln.

Junge Menschen ohne Hauptschulabschluss haben in der derzeitigen Arbeitsmarktsituation wenig bis gar keine Chance auf einen Ausbildungsplatz. Angebote an Hauptschulabschlusskursen durch außerschulische Institutionen können schon jetzt nicht bedarfsdeckend erfolgen oder sind für die Betroffenen zu kostenintensiv. Daher wird im Rahmen des Nationalen Beschäftigungsplans Jugendlichen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und über keine Lehrstelle verfügen, ab dem Schuljahr 1997/98 an Wiener Pflichtschulen im Rahmen des Schulversuchs **„Maßnahmen der schulischen Nachqualifikation arbeitsloser Jugendlicher“** die Möglichkeit geboten, einen Hauptschulabschlusslehrgang zu besuchen. Behinderten Jugendlichen werden im Rahmen dieses Schulversuches Berufsorientierungskurse angeboten.

An folgenden Standorten wurden im Schuljahr 1998/99 insgesamt sechs Kurse im Rahmen des Schulversuchs „Maßnahmen der schulischen Nachqualifikation arbeitsloser Jugendlicher“ geführt: HS 11., Pachmayergasse 6, HS 14., Lortzinggasse 2, ASO 16., Schinaglgasse 3–5, HS 16., Grundsteingasse 56, HS 16., Koppstraße 110/II, und HS 20., Pöchlarnstraße 14.

Der Unterricht an den **Wiener Berufsschulen** wird in unterschiedlichen Organisationsformen angeboten:

Ein österreichisches Unikat gibt es im Elektro-Starkstrombereich für die ausbildenden Gewerbebetriebe mit dem Lehrberuf Elektroinstallateur, nämlich eine Wahlmöglichkeit aus drei verschiedenen Organisationsformen:

- Berufsschule für Elektrotechnik I

Im ersten Semester des ersten Schuljahres: 1 Schultag, im zweiten Semester: 2 Schultage; im zweiten, dritten und vierten Schuljahr: je 1 Schultag. Diese Form wird überwiegend für den industriellen Bereich angeboten (vereinzelt auch im Gewerbe).

Für den gewerblichen Bereich wird im ersten Schuljahr an 1½ Schultagen durchgehend (1. und 2. Semester) unterrichtet, im zweiten, dritten und vierten Schuljahr je 1 Schultag.

Bei den Anlagenmonteuren im vierten Lehrjahr geblockter Unterricht.

- Berufsschule für Elektrotechnik II

Generell geblockter Unterricht.

- Berufsschule für Baugewerbe

Für die Berufe Maurer und Schalungsbauer, Isoliermonteur, Stuckateur und Trockenausbauer, Hafner, Pflasterer, Platten- und Fliesenleger, Brunnenmacher, Betonfertiger, Isoliermonteur, Schalungsbauer und Steinmetz: jeweils drei Blöcke pro Schuljahr (gesplitteter Lehrgang).

- Berufsschule für Maler und Kunstgewerbe

Im Lehrberuf Maler und Anstreicher: gesplitteter Lehrgang. Die Schilderhersteller werden im zweiten Semester der dritten Klasse 2-mal 2 Wochen unterrichtet.

- Berufsschule für Sanitär- und Heizungstechnik

Gesplitteter Lehrgang.

- Berufsschule für Nachrichtentechnik

Ganzjähriger Unterricht. Allerdings werden auch Lehrplaninhalte (EDV- u. Telekommunikation, Nachrichtenelektronik) der Berufsschulzeiterweiterung (120 Unterrichtseinheiten Laborunterricht) in geblockter Form unterrichtet.

- Berufsschule für Chemie, Grafik und gestaltende Berufe

Der Unterricht im Gegenstand Praktische Arbeit erfolgt für die Lehrberufe Reprotechniker, Drucker, Druckvorstufentechniker und Fotograf in geblockter Form.

- Berufsschule für Mechaniker und Optiker

Lehrgangsmäßiger Unterricht für den Lehrberuf Verpackungsmittelmechaniker.

- Berufsschule für Gärtner und Floristen
Lehrgangsmäßiger Unterricht. Nur die Wiener Gärtnerlehrlinge im Jahresunterricht.
- Berufsschule für Einzelhandel III
Lehrgangsmäßiger Unterricht für den Lehrberuf Reisebüroassistenten.
- Berufsschule für Lebensmittel- und Textilbereich, Technische Zeichner und Zahntechniker
Lehrgänge für Textilmechaniker, Gerber, Kürschner, Hutmacher, Modisten, Tierpfleger, Präparatoren, Schuhmacher und Orthopädienschuhmacher.
Für den Lehrberuf Fleischer geblockter Unterricht im Gegenstand „Praktische Arbeit“.
- Berufsschule für Holzbearbeitung und Musikinstrumentenerzeuger
Lehrgänge für Musikinstrumentenerzeuger, Klaviermacher und Orgelbauer, Drechsler und Bildhauer.
- Einzelhandelskaufmann, Waffen- und Munitionshändler
 1. Klasse: im 1. Semester an zwei Tagen je 8 Unterrichtseinheiten, im 2. Semester an zwei Tagen je 8 bzw. 7 Unterrichtseinheiten.
 2. und 3. Klasse: ganzjährig ein Tag mit 8 Unterrichtseinheiten.
 Alle anderen Handelsberufe:
Ganzjährig an zwei Schultagen (Halbtagen) mit je 6 Unterrichtseinheiten.
Alle anderen Lehrberufe (zumeist):
 1. Klasse: 1. Semester: 1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten,
 2. Semester: 2 Schultage mit 9 Unterrichtseinheiten,
 - 2., 3. und 4. Klasse: ganzjährig 1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten oder
 1. Klasse: ganzjährig 1½ Schultage,
 - 2., 3. und 4. Klasse: ganzjährig 1 Schultag mit 9 Unterrichtseinheiten.

Das Ziel der **Verfachlichung** wurde in Wien vollkommen erreicht. In den meisten Lehrberufen bestehen eigene Fachklassen, in etlichen Lehrberufen wurden in den fachtheoretischen Gegenständen Gruppenteilungen eingerichtet. Darüber hinaus werden Lehrlinge aus mehreren Bundesländern, die in Splitterberufen ausgebildet werden, auf Grund von Vereinbarungen mit den einzelnen Landesregierungen in Lehrgängen unterrichtet, die in acht bis zwölf Wochen den Lehrstoff eines Jahres vermitteln. Wien betreute im Schuljahr 1998/99 insgesamt 61 Lehrgangsklassen mit SchülerInnen der oben zitierten Lehrberufe. Andererseits besuchten ca. 1 % der Wiener Lehrlinge, unter anderem Büchsenmacher, Vulkaniseure und Fitnessbetreuer, Lehrgänge in anderen Bundesländern.

Im Oktober 1999 bekannten sich ca. 23 % der BerufsschülerInnen zu einer nichtdeutschen Muttersprache. Die Beherrschung der Unterrichtssprache ist jedoch gegenüber den letzten Jahren wieder deutlich angestiegen. In jenen Klassen, wo es noch sprachliche Probleme gibt, wird dieses Manko mittels eines Schulversuches ausgeglichen.

Im Sinne der Fortsetzung von Integrationsmaßnahmen für behinderte Lehrlinge werden Schulversuche in 25 Klassen geführt.

An der Berufsschule für Verwaltungsberufe wird ein Schulversuch für Lehrlinge im Lehrberuf „Bürokaufmann“ durchgeführt, der die Ausweitung und Neueinführung von Pflichtgegenständen beinhaltet, um den durch den vermehrten Einsatz der EDV im Verwaltungsbereich geänderten Anforderungen Rechnung zu tragen. In diesem Schulversuch wird die Unterrichtszeit von 9 auf 14 Unterrichtseinheiten pro Woche, das sind somit 560 Jahreswochenstunden pro Schulstufe, ausgeweitet. Darüber hinaus wird in 2 Klassen im Gegenstand „Wirtschaftskunde mit Schriftverkehr“ Englisch als Arbeitssprache verwendet.

Die **Ausstattung** der Wiener Berufsschulen mit Funktionsräumen und die weitere bauliche Erneuerung machen es möglich, dass die Wiener BerufsschülerInnen auch ein vermehrtes Angebot an Freigegegenständen erhalten. Im Angebot befinden sich Fremdsprachen (Englisch, Französisch, Spanisch und Italienisch), Kurzschrift und Religion sowie Unverbindliche Übungen (Leibesübungen). Die Vorbereitung auf die Berufsreifeprüfung ist sowohl in den Pflichtgegenständen als auch in den Freigegegenständen möglich.

Am 16. November 1999 wurden im Rahmen des Nationalen Aktionsplans für Beschäftigung wieder Klassen eröffnet, in denen ca. 850 Jugendliche, die ein Ausbildungsverhältnis bei Jugend am Werk, BFI oder WIFI eingegangen sind, unterrichtet werden.

Die Teilnahme an **EU-Projekten** wurde zu einem fixen Bestandteil der Arbeit an den berufsbildenden Pflichtschulen. Sowohl der Schüleraustausch, in Übereinstimmung mit den Lehrbetrieben, als auch der Erfahrungsaustausch von Lehrern und Direktoren wird in den nächsten Jahren eine Fortsetzung finden. Darüber hinaus gibt es mittlerweile regelmäßige Kontakte in einzelne Bundesstaaten der USA. Hilfs- und Unterstützungsprojekte in Israel, Syrien und im Gaza-Streifen sowie in Rumänien bilden einen Schwerpunkt bei Auslandsaktivitäten einzelner gewerblicher Berufsschulen.

Das pädagogische Konzept der Wiener Berufsschulen ist darauf ausgerichtet, durch Bereitstellen optimaler Lernbedingungen und durch eine bestmögliche LehrerInnenaus- und -fortbildung die im § 46 Schulorganisationsgesetz festgelegten Aufgaben der Berufsschule zu erfüllen. Ein vielfältiges Freizeitprogramm bietet das Schulgemeindereferat in Zusammenarbeit mit dem Kultur- und Sportverein der Wiener Berufsschulen. Sportveranstaltungen, Kulturveranstaltungen, Sprach- und Bildungsreisen, Lernhilfen usw. sollen den über den schulischen Bereich hinausgehenden Teil der Erziehungsarbeit an den Wiener Berufsschulen unterstützen.

Die **Fachschulen der Stadt Wien für wirtschaftliche Berufe** sind in erster Linie mittlere berufsbildende Schulen mit einer fundierten praktischen Ausbildung für Großhaushalte und Fremdenverkehrsbetriebe sowie für kaufmännische Berufe. Als zweite Ausbildungsmöglichkeit wird eine 1-jährige Wirtschaftsfachschule, die das 9. Schuljahr ersetzt, angeboten.

Die Fachschule für wirtschaftliche Berufe in 9., Hahngasse 35, führt den Ausbildungsschwerpunkt Ernährungs- und Betriebswirtschaft.

Die Fachschule für wirtschaftliche Berufe in 12., Dörfelstraße 1, führt die Ausbildungszweige zweite Lebende Fremdsprache (Französisch) sowie Gesundheit und Soziales.

An der **Fachschule für Mode und Bekleidungstechnik** in Wien 15., Siebeneichengasse 17, wird der Ausbildungsschwerpunkt Modedesign geführt. Im Kernbereich wird neben allgemein bildenden Fächern unter anderem Betriebswirtschaft, Wirtschaftsinformatik und Textverarbeitung unterrichtet. Im Gegenstand Werkstätte wird je nach Ausbildungsschwerpunkt differenziert unterrichtet. Es kann zwischen vier Ausbildungsschwerpunkten gewählt werden.

Das **Pädagogische Institut (PI)** der Stadt Wien ist eine von der Stadt Wien erhaltene Privatschule mit Öffentlichkeitsrecht und dient der Fort- und Weiterbildung der LehrerInnen an allgemein bildenden Pflichtschulen und an allgemein bildenden höheren Schulen sowie der KindergärtnerInnen und HorterzieherInnen. Ferner beschäftigt sich das Pädagogische Institut der Stadt Wien mit pädagogischer Tatsachenforschung, welche die Aufgaben der Schulforschung und Schulentwicklung wahrnimmt. An weiteren Einrichtungen gibt es ein Projektzentrum, die Netzwerkstatt, das MitweltBüro, ein Gesundheitsförderungszentrum, eine Studienbücherei (Pädagogische Zentralbücherei) und das ICE (Internet Center for Education).

Das PI arbeitet mit Universitäten, anderen Pädagogischen Instituten, der Stadt Wien, der Arbeiterkammer, der Industriellenvereinigung, der Bundeswirtschaftskammer, dem Österreichischen Gewerkschaftsbund, dem Österreichischen Informationsdienst für Entwicklungspolitik (OIE), Einrichtungen der Kindergartenpädagogik, den Pädagogischen Akademien und anderen Instituten der Erwachsenenbildung zusammen.

Schwerpunkte lagen in der aktiven Auseinandersetzung mit Integration, Suchtprävention, Lehrplan 99, Qualitätssicherung, Schulprogrammen, Fremdsprachen.

Der Bücherzuwachs der Pädagogischen Zentralbücherei betrug 1999 948 Bände, wodurch der Bücherbestand Ende 1999 auf rund 195.400 Bände (Bücher und gebundene Zeitschriften) anwuchs. Im Lesesaal liegen 144 Zeitschriften auf.

Im Jahr 1999 wurden 7.793 Besucher gezählt. Davon entlehnten 3.989 Personen 23.892 Bücher und Zeitschriften. Der Lesesaal wurde von 2.804 LeserInnen besucht, die 11.254 Bücher und Zeitschriften benutzten. Die gesamte Buchbewegung umfasste somit 35.146 Bände.

Insgesamt waren in der Zentrale der MA 56 und an den angeführten Einrichtungen im Jahr 1999 rund 1.600 städtische Bedienstete beschäftigt.